

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1999 | 2-3

1999

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18373>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1999 | 2-3, Jg. 25 (1999), Nr. 2-3. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18373>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Rundfunk und Geschichte

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte
Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

25. Jahrgang Nr. 2 / 3 – April / Juli 1999

**Die Rundfunkpolitik des Stahlhelm
(1930 – 1933)**

Der Fensehsender Paris (1942 – 1944)

Fernsehstuben in der DDR und anderswo

**Rundfunk in den neuen Bundesländern
(1990 – 1992)**

**Rundfunkkommentare des Senders Freies Berlin
und des Berliner Rundfunks (1955)**

Rezensionen

Bibliographie

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Zitierweise: RuG – ISSN 0175-4351

Redaktion: Ansgar Diller Edgar Lersch

Redaktionsanschrift

Dr. Ansgar Diller, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin, Bertramstraße 8,
60320 Frankfurt am Main, Tel. 069-15687212, Fax 069-15687200

Dr. Edgar Lersch, Südwestrundfunk, Historisches Archiv, 70150 Stuttgart, Tel. 0711-9293233,
Fax 0711-9293345

Redaktionsassistent: Dr. Stefan Niessen

Herstellung: Michael Friebel

Redaktionsschluß: 27. Juli 1999

Das Inhaltsverzeichnis von »Rundfunk und Geschichte« wird ab Jg. 19 (1993), H. 1, im INTERNET
(<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/zeitschr/RuGe/rugindex.htm>) angeboten.

Inhalt

25. Jahrgang Nr. 2 / 3 – April / Juli 1999

Aufsätze

- Florian Cebulla
Die Rundfunkpolitik des Stahlhelm (1930 - 1933) 101
- Petra Truckendanner
Der Fernsehsender Paris
Deutsch-französisches Okkupationsfernsehen (1942 - 1944) 107
- Michael Meyen
Fernsehstuben in der DDR und anderswo 118
- Reiner Stein
Kein Auferstehen aus Ruinen.
Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
in den neuen Bundesländern (1990 - 1992) 127

Dokumentation

- Maral Herbst
»Offen und rückhaltlos, wie Freunde das zu tun pflegen«
oder »Die Sowjetführer in Berlin«. Rundfunkkommentare des
Senders Freies Berlin und des Berliner Rundfunks zum Besuch
von Bulganin und Chruschtschow in Berlin am 26. Juli 1955 142

Miszellen

- Hans Mahle (1911 - 1999)
(Ingrid Pietrzynski) 150
- Els Vordemberge (1902 - 1999)
(Birgit Bernard) 152
- »Bambule«. Zur Absetzung eines Fernsehspiels (1970)
(Stephan Rechlin) 153
- Drittes Forum Medienrezeption »Information und Informationsnutzung«
(Edgar Lersch) 156
- Die offiziellen Programmzeitschriften der Schweizerischen Radio- und
Fernsehgesellschaft
(Benno Schmid) 159
- Ein Paradies für Kommunikationswissenschaftler?
Der audiovisuelle Lesesaal der neuen französischen Nationalbibliothek in Paris
(Muriel Favre) 162
- Zur Ökonomie von Medienunternehmen im 20. Jahrhundert. Eine Tagung 164

Rezensionen

- Irene Neverla (Hrsg.): Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche
Aspekte eines Mediums in Entwicklung
- Beatrice Dernbach u.a. (Hrsg.): Publizistik im vernetzten Zeitalter.
Berufe – Formen – Strukturen.
- Bertelsmann Stiftung/Heinz Nixdorf Stiftung (Hrsg.): Bildungsinnovation durch Medien
- Gudrun Gross u.a. (Hrsg.): Studieren und Forschen im Internet.
Perspektiven für Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft
(Christian Filk) 165

Jürgen Felix u.a.(Hrsg.): Radioästhetik – Hörspielästhetik (Edgar Lersch)	167
Helmut Kreuzer (Hrsg.): Radio (Edgar Lersch)	168
Carsten Lenk: Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923 - 1932 (Renate Schumacher)	169
Hans Bohrmann/Gabriele Toepser-Ziegert (Hrsg.): NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit: 1937 (Ansgar Diller)	170
Margot Hamm u. a. (Hrsg.): Der Ton. Das Bild. Die Bayern und ihr Rundfunk 1924 - 1949 - 1999 (Ansgar Diller)	171
Radiozeiten. 50 Jahre Bayerischer Rundfunk. Stimmen, Szenen, Dokumente (Walter Roller)	172
Erich Selbmann: DFF Adlershof. Wege übers Fernsehland. Zur Geschichte des DDR-Fernsehens (Rolf Geserick)	173
Klaus Beucher u.a.: Mediengesetze. Rundfunk, Mediendienste, Teledienste. Albrecht Hesse: Rundfunkrecht. Die Organisation des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland (Ansgar Diller)	174
Walter Klingler u.a. (Hrsg.): Fernsehforschung in Deutschland. Themen – Akteure – Methoden (Helmut Schanze)	175
Alfred Sous: Ein Orchester für das Radio. Das Radio-Sinfonie-Orchester Frankfurt (Thomas Münch)	176
Heinz W. Burow: Musik, Medien, Technik. Ein Handbuch (Thomas Münch)	176
Kaspar Maase: Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970 (Detlef Siegfried)	177
Udo Thiedeke: Medien, Kommunikation und Komplexität. Vorstudien zur Informationsgesellschaft (Christian Filk)	179
Bilder, die lügen. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik, Bonn (Wolfgang Mühl-Benninghaus)	180
Günter Agde: Flimmernde Versprechen. Geschichte des deutschen Werbefilms im Kino seit 1887 (Wolfgang Mühl-Benninghaus)	181
Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), 1945 - 1949. Struktur und Funktion (Petra Galle)	182
European Broadcasting Union (Hrsg.): EBU Yearbook 1997 European Broadcasting Union (Hrsg.): EBU Yearbook 1998 (Oliver Zöllner)	184
Jürgen Kirschner: Fischer Handbuch. Theater, Film, Funk und Fernsehen (Ansgar Diller)	185

Bibliographie

Online, Internet und Digitalkultur.

Bibliographie zur jüngsten Diskussion um die Informationsgesellschaft
(Christian Filk) 186

Zeitschriftenlese (79) (1.1. - 30.4.1999)
(Rudolf Lang) 194

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Mitgliederversammlung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Siegen 197

Internet, E-Mail und Studienkreis 197

27. Examenskolloquium Rundfunkforschung des Studienkreises in Baden-Baden 1999 198

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Weitere Publikationen in der Buchreihe des DRA

Hans-Ulrich Wagner: Günter Eich und der Rundfunk 199

ARD-Stipendien zur Erforschung des DDR-Rundfunks für 2000 199

Kalter Krieg und Mauerfall. »Stimmen des 20. Jahrhunderts« mit zwei neuen CDs

Ost-Westkonflikt. Wiederbewaffnung und Kalter Krieg in Deutschland 1949 - 1956

Die Mauer fällt. Die Wende in Deutschland vom Januar 1989 bis zum 3. Oktober 1990 199

Autoren der längeren Beiträge

Florian Cebulla, Goethestraße 14, 34119 Kassel

Maral Herbst, Walsroder Straße 9, 12169 Berlin

Dr. Michael Meyen, Am Hirtenhaus 2, 04159 Leipzig

Reiner Stein, Eickhorster Str. 6, 38533 Vordorf

Dr. Petra Truckendanner, Scharnsteinerstraße 39, A-4818 Gmunden

Die Rundfunkpolitik des Stahlhelm (1930 – 1933)*

»Der Kampf um den deutschen Rundfunk ist nicht zu führen mit bloßer politischer Agitation. Es handelt sich um die direkte Beeinflussung eines Kulturinstruments, um die Eroberung einer Machtposition. (...) Wir brauchen ein neues deutsches Rundfunkprogramm, den Neuaufbau des Rundfunks aus dem Geiste der Nation, aus dem Frontgeiste der Selbstbehauptung.«¹

Diese Zeilen im Verbandsorgan der 1932 gebildeten Stahlhelm-Funkhörer-Vereinigung (FHV) dokumentieren die Position des rechtsgerichteten Bundes der Frontsoldaten gegenüber dem Rundfunk in der Endphase der Weimarer Republik. Zum einen wird hier die Abgrenzung der FHV von der Rundfunkpolitik der NSDAP deutlich, zum anderen kommt in den Formulierungen die programmatische Zielorientierung der Stahlhelmer zum Ausdruck, den Rundfunk über die Beeinflussung der Programminhalte zu einem Instrument revisionistischer und nationalistisch-konservativer Sammlungspolitik zu machen. Während die Nationalsozialisten eine destruktive und auf revolutionäre Veränderung abzielende Agitation gegen den Rundfunk betrieben und die »Rundfunk-Frage« zum Organisationsproblem erklärten, indem sie eine akzeptable Rundfunk- und Programmpolitik nur durch eine Veränderung der organisatorischen und personellen Struktur des Rundfunkwesens realisiert sahen,² betonten die Stahlhelmer die Notwendigkeit, sich auf Programmfragen zu konzentrieren. Sie setzten ihre Hoffnung in eine günstige organisatorische und programmatische Neuerung des Rundfunkwesens durch die Reform des Jahres 1932,³ die das Medium zu einem Verlautbarungsinstrument der autoritären Präsidialregime transformierte. Dies befriedigte die Nationalsozialisten aber keineswegs, da sie die alleinige Macht und die Besetzung der Führungspositionen in Staat und Rundfunk für sich reklamierten, die Rundfunkreform jedoch ihre Agitation im Medium behinderte, weil statt dessen deutschnational-konservative Inhalte stärker zur Geltung kamen.⁴

Dem Rundfunk als Kulturinstrument und Ausdruck politischer Kultur kam eine Stellvertreterfunktion für das den Antidemokraten verhasste System zu, so daß seine Bekämpfung und die ihm gegenüber entwickelten Ziele einen Aspekt der Destruktion der politischen Ordnung als Ausfluß antidemokratischer politischer Kultur in der Weimarer Republik darstellen. Da der Rundfunk der 20er Jahre ein weitgehend mittelständisches Medium war,⁵ stellte das konserva-

tiv-großbürgerliche und mittelständische Milieu, aus dem sich die Anhängerschaft der Deutschnationalen und des Stahlhelm überwiegend rekrutierte⁶ und in dem spätestens seit 1930 die NSDAP Wähler für sich gewinnen konnte,⁷ eine rundfunkpolitische Zielgruppe dar, die von der Rechten umworben wurde.

Angesichts dieses politischen Spannungsfeldes, dem das neue Medium ausgesetzt war, ermöglicht eine genauere Analyse der rundfunkpolitischen Aktivitäten des Stahlhelm nicht nur eine organisationsgeschichtliche Ausleuchtung eines bislang wenig beachteten Hörerverbandes, sondern es können politische Divergenzen und unterschiedliche Interessenlagen im vermeintlich homogenen Segment antidemokratischer politischer Kultur der Weimarer Republik aufgezeigt werden. Zwar herrschte im Lager der »nationalen Opposition« Einigkeit über Bekämpfung und Beseitigung von Demokratie und Republik, jedoch spiegelt die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Rundfunk, aus der Positionen zum System, Werthaltungen und Umgangsformen des politischen Tagesgeschäfts abgelesen werden können,⁸ die Fragmentierung des rechten Lagers in inhomogene Teilkulturen wider. Im jeweiligen Kontext politisch-moralischer Milieus herrschte zwischen den deutschnationalen und nationalkonservativen Gruppen einerseits und dem Nationalsozialismus andererseits Uneinigkeit über Mittel, Wege und Gestalt des zukünftigen Staatsaufbaus⁹ und auch des Rundfunkwesens.

Stahlhelm in vorderster Front: Die »nationale Opposition« und der Rundfunk

Entgegen der Legende, die Nationalsozialisten hätten von Anfang an führend beim Aufbau der ersten rechtsnationalen Hörerorganisation mitgewirkt,¹⁰ diese sogar verdeckt inszeniert,¹¹ ging die Gründung des Reichsverbands Deutscher Rundfunkteilnehmer (RDR) im August 1930 ausschließlich auf die Initiative von Deutschnationalen und Stahlhelm zurück, wobei der Stab Herzog Carl Eduards von Sachsen-Coburg und Gotha, dem Generalinspekteur des technischen Dienstes im Stahlhelm, einen Kristallisationspunkt bildete. Die Werbung der demokratischen Parteien im Rundfunk in Form von Auflagemeldungen der Reichsregierung gegen das vom »Reichsausschuß der nationalen Op-

position« aus DNVP und Stahlhelm unter Beteiligung der NSDAP initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan¹² sowie das Scheitern dieses Plebiszits dürften die nationale Rechte aus dem rundfunkpolitischen Dornröschenschlaf aufgeschreckt haben. Da man die Wirkung des Mediums im Glauben an die eigene Pressemacht unterschätzt hatte, hatten Journalisten des Hugenberg-Konzerns im Vorfeld der RDR-Gründung zum »Aufbau eines Kampfverbandes der vereinigten national gesinnten Rundfunkteilnehmer« aufgerufen,¹³ die Rechte organisierte damit im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Gruppen erst sehr spät einen Hörerverband.

Der Vorstand des RDR bestand aus Deutschnationalen, von denen im Laufe der Radikalisierung des Verbandes einige zur NSDAP wechselten. Lediglich ein Gründungsmitglied, Willi Bischoff, der Herausgeber der Verbandszeitschrift »Der Deutsche Sender«, war im Mai 1930 der NSDAP beigetreten.¹⁴ Der Vorsitzende Alfred Walter Kames, Journalist und Hauptschriftleiter des »Deutschen Schnelldienstes«, schlug als Beteiligter an Kapp- und Hitler-Putsch eine Brücke zwischen den im Verband organisierten Gruppen. Er war seit 1919 Mitglied der DNVP und gehörte seit 1928 als Stahlhelm-Aktivist dem Stab Carl Eduards von Coburg an.¹⁵ Durch seine Positionierung konnten die Stahlhelmer im RDR ihren allgemeinen Führungsanspruch in der »nationalen Opposition« verwirklicht sehen. Mit Hans Henning Freiherr Grote, ebenfalls Vertrauter Carl Eduards,¹⁶ besaß der Stahlhelm ein weiteres Gründungsmitglied. Dieser skizzierte mit konservativer Rhetorik den RDR und seine Aufgabe als einen »Kampfverband, dessen Mitglieder aufgebrochen sind, um unerträglichen Zuständen im deutschen Rundfunk ein Ende zu bereiten, wie sie die Vorherrschaft kommunistischer und marxistischer Hörerverbände zum Schaden deutscher Kultur, zur Vernichtung jedes christlichen und kirchlichen Gedankens und Fühlens gezeitigt hat.«¹⁷

Zunächst ermöglichte die deutschnationale Ausrichtung mit der Radioübertragung einer Kundgebung den größten Erfolg der Hörerorganisation,¹⁸ bevor Nationalsozialisten seit Bildung der Harzburger Front im Oktober 1931 massiv in den RDR drängten, eine eigene Verbandsgruppe bildeten und Spitzenpositionen beanspruchten.¹⁹ Die Taktik, kostspielige Aufbau- und Sammlungsarbeit den Deutschnationalen zu überlassen, war nichts Neues. Auch der Reichs-Landbund und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband waren von der NSDAP zur Blockbildung und inhaltlichen Hegemonie unterwandert worden.²⁰ Bei der konfliktgeladenen Generalversammlung am 19. Dezember 1931²¹ übernahmen die Nationalsozialisten die Führung

im RDR, wobei nun höhere Funktionäre der »nationalen Opposition« aktiv wurden. Kames wurde mit dem Posten des Ehrenvorsitzenden abgespeist, neuer Vorsitzender wurde der Nationalsozialist Hanno Konopath, dem zur scheinbaren Wahrung der Parität innerhalb der Harzburger Front Ferdinand Ernst Nord vom Stahlhelm und der Hauptgeschäftsführer der DNVP, Max Weiß, als Stellvertreter zur Seite gestellt wurden. Da die Goebbels-Anhänger und NS-Funktionäre Eugen Hadamovsky und Horst Dreßler-Andreß fortan als geschäftsführende Vorstandsmitglieder wirkten, war der Verband de facto in der Hand der NSDAP, zumal eine neue Satzung zur Verankerung des Führerprinzips erarbeitet werden sollte.²² Mit der Aufstellung Nord dürfte der Stahlhelm versucht haben, seinen Einfluß trotz NSDAP-Übermacht zu festigen und zwischen den Gruppen der »nationalen Opposition« zu vermitteln, denn Nord war nicht nur als Chef des Berliner Dienstes Carl Eduards von Coburg engster Vertrauter des Herzogs und hoher Stahlhelm-Funktionär,²³ sondern seit 1930 auch Mitglied der NSDAP.²⁴ Sein Einsatz entsprach den politischen Bestrebungen des hinter den Kulissen agierenden Herzogs, der die Integration der »nationalen Opposition« zu forcieren versuchte.²⁵

Abspaltung aus Protest: Stahlhelm-Funkhörer-Vereinigung

Die Verbandspolitik der Nationalsozialisten brachte bis zur außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. März 1932 das Faß für die Deutschnationalen und Stahlhelmer trotz Appellen zur Einheit²⁶ zum Überlaufen. Da eine Parität im Vorstand des RDR durch die von Hadamovsky ausgearbeitete neue Satzung nicht mehr gewährleistet war, traten Kames, Nord und Weiß unter Protest von ihren Ämtern zurück.²⁷ Damit schieden Stahlhelm und DNVP offiziell aus dem Reichsverband aus, der zum Kampfapparat der NSDAP wurde. Der Verband wurde nun nicht nur zur antisemitischen und antirepublikanischen Hetze benutzt, die Parole hieß jetzt: »Mikrofon frei für Adolf Hitler!«²⁸ Aus Sicht Hadamovskys stellte sich das Ausscheiden Deutschnationaler und Stahlhelmer als voller Erfolg nationalsozialistischer Politik dar, um den Rundfunk ohne Kautelen attackieren zu können. Im nachhinein kommentierte er: »am 19. März 1932 wurde jede reaktionäre Gegenbestrebung endgültig ausgeschaltet,«²⁹ worin die Antipathie gegenüber den rechtskonservativen Kräften zum Ausdruck kommt. Es gelang dem Rechtskonservatismus entgegen seiner Vorstellung nicht, die NSDAP zu zähmen, vielmehr instrumentalisierte

die NSDAP das nationalistische Lager, um im Rahmen der Legalitätstaktik an die Macht zu gelangen,³⁰ und servierte die anderen Gruppen schnell ab. Die Nationalsozialisten hatten Deutschnationale und Stahlhelm nicht allein durch den Vorwurf von Veruntreuung und Erfolglosigkeit systematisch aus dem RDR gedrängt,³¹ die Spaltung des Verbandes wurde auch durch die Tatsache begünstigt, daß die Harzburger Front aufgrund des Verhaltens der NSDAP in der Frage um eine gemeinsame Reichspräsidentenchaftskandidatur im Frühjahr 1932 gebrochen war und das Verhältnis innerhalb der »nationalen Opposition« einen Tiefpunkt an Kooperation erreicht hatte.³²

Trotz Bildung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und des guten Verhältnisses zwischen Stahlhelm und DNVP – 1932 waren 26 von 41 DNVP-Reichstagsabgeordneten auch Stahlhelm-Mitglieder³³ – gründeten beide Gruppen im April 1932 eigene Hörerorganisationen, wobei der Bund Nationaler Rundfunkhörer (BNR), der im Gegensatz zur Stahlhelm-FHV reine deutschnationale Propaganda und Schelte an der NSDAP übte, nur geringe Bedeutung hatte.³⁴ Grund für die getrennten Wege dürfte gewesen sein, daß Stahlhelmer und Deutschnationale eine eigene Führungsrolle beanspruchten, es an gemeinsamen konstruktiven Zielen aufgrund von divergierenden Interessen innerhalb der Organisationen mangelte³⁵ und die rundfunkpolitischen Akteure des Stahlhelm eine zu starke Affinität zur NSDAP besaßen. Die Stahlhelm-FHV entwickelte entgegen dem BNR ein weitaus größeres Engagement und versuchte eine konstruktive Kritik am Rundfunkwesen zu üben.

Die Gründung der FHV erfolgte im Rahmen der Umwandlung des existierenden Stahlhelm-Funkhörerdienstes durch eine Anordnung des Technischen Dienstes Carl Eduards von Coburg in Verantwortung von Ferdinand Nord,³⁶ der fortan als Vorsitzender der Vereinigung fungierte. Es handelte sich dabei nur um eine Veränderung der Organisationsform in eine neue Untergliederung, die den rundfunkinteressierten Stahlhelmen nach Ausscheiden aus dem RDR eine neue Heimat bieten sollte, denn die FHV wurde nicht gesondert als Verein eingetragen. Die Stahlhelmer zum Austritt aus dem RDR zu bewegen, war nicht so leicht, denn Nord ging es in einem Schreiben an die Stahlhelm-Landesämter vor allem um Werbung für die Zeitschrift »Stahlhelm-Sender«. Es ist »Ehrenpflicht eines jeden Stahlhelm-Kameraden ausschließlich den Stahlhelm-Sender zu beziehen. Derselbe ist billiger als der bisherige Deutsche Sender, enthält ebenfalls das Europaprogramm und umfaßt auch die kostenlose Geräte-Versicherung,«³⁷ bemerkte Nord. Er ordnete außerdem an, auf

sämtlichen Dienststellen bis hin zur Kreisebene Funkwarte zu ernennen, deren Aufgabe die Werbung für das FHV-Organ sein sollte; die Landes-Funkwarte sollten »in Fühlungnahme mit den Gau- und Kreis-Funkwarten die Belange des Stahlhelm gegenüber den (...) Sende-Gesellschaften (...) vertreten.«³⁸ Der Stahlhelm versuchte, die von den Nationalsozialisten im RDR aufgebaute Funkwarte-Organisation zu kopieren; als Richtlinie für die Funkwarte galten die Verlautbarungen im »Stahlhelm-Sender.«³⁹ Der zum Abteilungschef im Bundesamt des Stahlhelm aufgestiegene Nord, der sich bereits mit der Gründung diverser nationalistischer Organisationen im Auftrag Carl Eduards von Coburg verdient gemacht hatte,⁴⁰ war Exponent für einen der NSDAP gewogenen Kurs. Obwohl der Stahlhelm einen eigenen Weg ging, agitierte Nord ähnlich den Nationalsozialisten, wenn er schrieb, der Rundfunk sei verdorben, da »sich der Marxismus des Rundfunks für seine auf Zerstörung deutscher Art und Sitte gerichtete »Kulturpropaganda« bediene und der »mit ihm verbündete Liberalismus (...) diese Zersetzungsarbeit« dulde. Die FHV als Kampfverband werde »die Geister des 9. November, von Versailles und von Weimar« aus dem Rundfunk vertreiben.⁴¹

Heroischer Stil und bildungsbürgerliches Gut: Rezepte für den Rundfunk als Kulturfaktor

Die FHV engagierte sich vor allem in der Frage der Programmgestaltung. In einem offenen Brief an Rundfunkkommissar Hans Bredow erklärte Nord das »Kulturexperiment des November-Systems« für gescheitert, erwachende Nation und das Kriegserlebnis erforderten »für alle deutschen Kultureinrichtungen die zwingende Aufgabe, deutsche Kulturpolitik und Kulturpropaganda in der Welt zu treiben, für das mütterländische, grenzländische, minderheitliche, koloniale und fremdstaatliche Deutschtum.«⁴² Eine »Fahnenflucht ins Spießertum, die den Rundfunk zum bloßen Unterhaltungsmittel (...) erniedrigen möchte«, müsse verhindert werden. Nord schrieb weiter: »Wir fordern also weltanschauliche Klarheit, Bekenntnis zum Deutschtum in jedem Falle, Auswertung der Überlieferung unseres Volkstums nach allen Richtungen, sowohl nach der Vergangenheit zu, als auch in die Zukunft.«⁴³ In dieser offiziellen Stellungnahme, die detaillierte Vorschläge für Rundfunksendungen samt Titeln und die Aufzählung nationalistischer Dichter für die Durchführung des Programms beinhaltete, kommen die Ziele der FHV zum Ausdruck: ein Rundfunkprogramm mit nationaler

Sendung, außenpolitischem Revisionismus und erzieherischer Wirkung.

Neben Nord sorgten der Schriftleiter des ›Stahlhelm-Sender‹ Curt Hotzel, der dem konservativ-revolutionären Lager zuzurechnen ist,⁴⁴ und der in Rundfunkfragen versierte nationalistische Schriftsteller Hans Kyser⁴⁵ bestimmend für das Bild einer eigenständigen Stahlhelm-Rundfunkpolitik. Ziel war die geistige Vorbereitung des Volkes auf den »Endkampf um die Werte der Heimat«.⁴⁶ Zur Verteidigung deutschen Wesens im Radio bedürfe es eines heroischen Stils, als »Haltung der Selbstbehauptung«, ⁴⁷ riet Hotzel. Er ging jedoch noch weiter, denn der Rundfunk sollte auf die Unwägbarkeiten der Zukunft vorbereiten. Hotzel schrieb: »Wir müssen uns also darüber klar werden in dem deutschen Raume in der Mitte Europas, daß die Zukunft für unsere Werte kaum hegendes oder auch nur duldendes Verständnis aufbringen wird. Wir stehen nach Nietzsche in dem ›Zeitalter der großen Kriege‹ und werden wohl – wieder nach Nietzsche – nur in dem ›Zustande der zusammengebissenen Zähne‹ unser Bestes leisten«, und deshalb wolle man »neben der Freude auch den Ernst hören im Rundfunk, den ehernen Ernst der Glocken und des Schweres!«⁴⁸ Hotzel teilte mit vielen seiner nationalrevolutionären Gesinnungsgenossen als Bewältigungsstrategie seines Fronterlebnisses die Mentalität einer Flucht nach vorne, einem Festhalten an militärischer Revision der Kriegsergebnisse und einer Beschwörung des Kampfes als Mittel der Auseinandersetzung.⁴⁹

Kyser sorgte für eine ausgeprägte bildungsbürgerliche Komponente der Programmkonzeptionen des Stahlhelm und untermauerte damit die schon von Nord zuvor gestellten Forderungen an den Rundfunk. In seinem Programm-katalog verdeutlichte der Schriftsteller, das Medium müsse »[d]er nationalen Erziehung und Bildung dienen«, und listete nicht nur historische, künstlerische und volkstümliche Themengruppen mit möglichen Sendetiteln auf, sondern gab auch noch Hinweise auf die formale Gestaltung der Sendungen.⁵⁰ Darin drückt sich zum einen die konservativ-bildungsbürgerliche Vorstellung vom Rundfunk, der mehr Volkshochschule als Unterhaltungsmedium sein sollte, aus, zum anderen dokumentieren die propagierten Programminhalte einen übersteigerten Nationalismus: der Rundfunk sollte primär der Agitation für »deutsches Wesen«, Weltgeltung und die Revision des Versailler Vertrages dienen. Zur Durchführung seiner Programm-vorschläge schrieb Kyser: »Wer nicht deutsch zu fühlen oder zu denken gewohnt ist, scheidet aus. In allen Fällen entscheidet die Persönlichkeit und Leistung.«⁵¹ Als geeignete »Führerpersönlichkeit« in diesem Sin-

ne rangierte Kyser bei den Stahlhelmern an höchster Stelle. Sie schlugen den Schriftsteller mehrfach als Nachfolger für den entlassenen Hans Flesch auf dem vakanten Intendantenposten der Berliner Funk-Stunde vor.⁵²

In bezug auf die Programminhalte, die der Rundfunk nach Meinung des Wehrverbandes transportieren sollte, zeigte sich die zunehmend politisch-kulturelle Fragmentierung der »nationalen Opposition«. Während die Nationalsozialisten einen gleichgeschalteten Rundfunk unter alleiniger politischer Führung anstrebten, um die Massengesellschaft zur homogenen »Volksgemeinschaft« umzuformen, forderten die Stahlhelmer eine Veränderung der Programmgestaltung im Rahmen des bestehenden Rundfunks, wobei sie auf einen Rundfunkneubau unter eigener und deutschnationaler Beteiligung setzten. Den Stahlhelmern schwebte keine nationalsozialistische Volksgemeinschaft vor, vielmehr wollten sie einen nationalistisch-autoritären Staat konservativer Prägung, weshalb sie den Gedanken der »nationalen Erneuerung« auf der Basis der Verinnerlichung nationalistischer Propaganda und konservativer sowie bildungsbürgerlicher Werte in kultureller Hinsicht im Radioprogramm fördern wollten. Aus diesem Grund ging es dem Stahlhelm zunächst darum, über den Rundfunk eine kulturelle Hegemonie zu erzielen.

Die FHV gab zwar vor, das Interesse der Hörer im allgemeinen und ihrer politischen Klientel im besonderen zu vertreten. Über den ›Stahlhelm-Sender‹ wurde jedoch neben den Programm-vorschlägen vor allem handfeste Politik im Sinne einer antidemokratischen Kritik am bestehenden politischen System betrieben. Damit unterschieden sich die Stahlhelmer nicht vom RDR und BNR. Es gab in der Weimarer Republik keine mit dem Rundfunk vergleichbare Kulturinstitution, bei der die Kritik von außen gleichsam als Angriff auf die politische Ordnung wirkte. Es unterschieden sich aber die rundfunkpolitischen Zielvorstellungen, was spätestens seit der organisatorischen Zersplitterung der Hörerverbände der »nationalen Opposition« im Jahr 1932 offensichtlich wird, so daß die These, die politischen Gruppen hätten eine Beherrschung des Rundfunks als Mittel anvisiert, um dann die Macht im Staat zu übernehmen,⁵³ für den Stahlhelm partiell zutrifft, für die nationalsozialistische Rundfunkpolitik unter Goebbels aber modifiziert werden muß. War der RDR als gemeinsamer Kampfverband der politischen Rechten und unter dem Einfluß des Strasser-Flügels der NSDAP noch an einer Mitwirkung bei der Reform des Rundfunkwesens orientiert – freilich mit der Intention, das Medium als politische Bühne nutzen und eigenes Personal einschleusen zu können⁵⁴ –, diente der RDR unter alleiniger Füh-

rung Goebbels nur noch als faschistische Propagandaorganisation, deren Aktivisten die Rundfunkreform ablehnten und eine revolutionäre Umgestaltung des Radiowesens propagierten, und zwar für die Zeit nach einer Machtübernahme.⁵⁵ Somit galt für die NSDAP nicht mehr das Ziel, den Rundfunk zu instrumentalisieren, um eine Übernahme der Staatsgewalt herbeizuführen, sondern die Umkehrung dieses Ziels, denn durch die strukturellen Bedingungen der Rundfunkreform und die Dissonanzen im rechten Lager waren die Wirkungsmöglichkeiten der Nationalsozialisten auf den Rundfunk und sein Programm eingeschränkt.⁵⁶ Für den Stahlhelm kann im Gegensatz dazu konstatiert werden, daß er während der Rundfunkreform auf eine Mitgestaltung setzte und konstruktive Kritik übte, um über die Beeinflussung des Rundfunks eine autoritäre und revisionistische Staatspolitik voranzutreiben.⁵⁷ Die Konzeptionen fanden zwar kaum Widerhall, jedoch entwickelte sich der Rundfunk 1932/33 tendenziell in die vom Stahlhelm intendierte Richtung.⁵⁸ Lediglich in der Frage der Organisation des Rundfunks nach dem Führerprinzip lag der Stahlhelm mit der NSDAP auf einer Linie, und aufgrund enttäuschter Hoffnungen und zunehmender politischer Radikalisierung wurde die Rundfunkreform schließlich als gescheitert bewertet,⁵⁹ wenngleich man nun Hoffnungen in den neuen Rundfunkkommissar Walther Conrad setzte.⁶⁰ Somit lavierte der Stahlhelm zwischen den rundfunkpolitischen Positionen von Deutschnationalen und NSDAP hin und her, schlug sich aber 1933 wieder auf die Seite der Nationalsozialisten.

Anmerkungen

* Zusammenfassung der MA des Verfassers: »Rundfunk-Revolutionen« – Freie und organisierte konservative und nationalsozialistische Agitation gegen den »System-Rundfunk« am Ende der Weimarer Republik. Kassel 1998.

¹ Reichsführertagung. Die Rundfunk-Politik des Stahlhelms. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 3, S. 2.

² Vgl. Heinz Weiß: Rundfunk und deutscher Mensch. In: Nationalsozialistische Monatshefte Jg. 2 (1931), H. 21, S. 529-546; Artikelreihe: Walter M. Gensel: Die nationale Reform des deutschen Rundfunks. In: Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 23ff.

³ Reichskommissar Scholz. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 17, S. 2 u. 4.

⁴ Horst O. Halefeldt: Sendegesellschaften und Rundfunkordnungen. In: Programmgeschichte

des Hörfunks in der Weimarer Republik. München 1997. Bd. 1, S. 330-339; Hans Bausch: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik. Tübingen 1956, S. 85-99.

⁵ Karl Christian Führer: Auf dem Weg zur »Massenkultur«? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 1996, Bd. 262, S. 739-781.

⁶ Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München ³1992, S. 27ff.

⁷ Hans Mommsen: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Reinbek 1991, S. 27.

⁸ Diese Elemente sind Ausdrucksformen politischer Kultur. Vgl. Hans Gerd Schumann: »Nationalkultur« zwischen Einheitlichkeit und Segmentierung. Methodologische Anmerkungen zur historischen Erforschung »politischer Kultur«. In: Detlef Lehner/Klaus Megerle (Hrsg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik. Opladen 1990, S. 21.

⁹ Sontheimer: Antidemokratisches Denken (wie Anm. 6), S. 279-297.

¹⁰ Eugen Hadamovsky: Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik. Oldenburg 1933, S. 667f.

¹¹ Lilian-Dorette Rimmel: Der Rundfunk in Norddeutschland 1933-1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Organisations-, Personal- und Kulturpolitik. Hamburg 1977, S. 141f. Widerlegt von Dietmar Keßler: Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer e.V. für Kultur, Beruf und Volkstum. MA. Mainz 1991, S. 22-25.

¹² Renate Schumacher: Radio als Medium und Faktor des aktuellen Geschehens. In: Programmgeschichte (wie Anm. 4), Bd. 1, S. 532.

¹³ Ansgar Diller: Rundfunkpolitik im Dritten Reich. München 1980, S. 31.

¹⁴ Keßler: Der Reichsverband (wie Anm. 11).

¹⁵ Personalakte Kames, Bundesarchiv (BA) Berlin: BDC; Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 1, S. 2. Vgl. Klaus-Peter Hoepke: Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Düsseldorf 1968, S. 278-283.

¹⁶ Ebd., S. 295.

¹⁷ Der RDR erklärt. In: Der Deutsche Sender Jg. 1 (1930), H. 1, S. 4.

¹⁸ Diller: Rundfunkpolitik (wie Anm. 13), S. 33.

¹⁹ Heinz Pohle: Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923-1938. Hamburg 1955, S. 162f.

- 20 Vgl. Hans Mommsen: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland am Übergang von der Bewegungszur Systemphase. In: Ders.: Nationalsozialismus (wie Anm. 7), S. 49.
- 21 Protokoll in: Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 1, S. 2f. u. 46.
- 22 Ebd.
- 23 Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Berlin o.J., S. 1336f.
- 24 Personalakte Nord, BA Berlin: BDC.
- 25 Hoepke: Die deutsche Rechte (wie Anm. 15), S. 298.
- 26 Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 12, S. 2f.
- 27 Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung. In: Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 14, S. 2f.
- 28 Ebd.
- 29 Eugen Hadamovsky: Dein Rundfunk. Das Rundfunkbuch für alle Volksgenossen. München 1934, S. 36.
- 30 Vgl. Sontheimer: Antidemokratisches Denken (wie Anm. 6), S. 287.
- 31 Keßler: Der Reichsverband (wie Anm. 11), S. 69f.
- 32 Volker Berghahn: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918-1935. Düsseldorf 1966, S. 181-210.
- 33 Heidrun Holzbach: Das »System Hugenberg«. Stuttgart 1981, S. 233.
- 34 Vgl. das dürftige Verbandsorgan: National-Funk Jg. 2 (1933), H. 1-5.
- 35 Vgl. Anneliese Thimme: Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918. Göttingen 1969, S. 103.
- 36 Rundschreiben an die Landesämter zur Gründung der Stahlhelm-FHV vom 11.04.1932. BA Berlin R 72/ 303.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Z.B. »Ring der Nationalen Motorfahrbewegung«, Reichshandbuch (wie Anm. 23).
- 41 F.E. Nord: Die Stahlhelm Funkhörer-Vereinigung. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 1, S. 15.
- 42 Brief an Bredow. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 12, S. 2f.
- 43 Ebd.
- 44 Hotzel publizierte 1934 eine Aufsatzsammlung, für die er selbst zwei Texte verfaßte: Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Stuttgart 1934. Vgl. Stefan Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt 1993, S. 180-202.
- 45 Kyser galt als Fachmann für Hörspiele, die er oft als historische Funkreportagen aufbaute. Dichtung und Rundfunk. Reden und Gegenreden. Berlin 1930, S. 40ff.; Altpreußische Biographie. Hrsg. v. Chr. Krollmann. Marburg 1967/1974, S. 377.
- 46 Curt Hotzel: Der Rundfunk im Volke. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 5, S. 2.
- 47 Curt Hotzel: Der heroische Stil. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 1, S. 4.
- 48 Hotzel: Der Rundfunk (wie Anm. 46), S. 2f.
- 49 Vgl. Breuer: Anatomie (wie Anm. 44), S. 44-47.
- 50 Hans Kyser: Anregungen zur Programmgestaltung des deutschen Rundfunks. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 20, S. 4ff.
- 51 Ebd.
- 52 Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 17, S. 2; H. 32, S. 4.
- 53 Pohle: Der Rundfunk (wie Anm. 19), S. 68f.
- 54 Vgl. Propaganda der Tat. In: Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 18, S. 2f; Artikelreihe von Gensel: Die nationale Reform (wie Anm. 2).
- 55 Vgl. Goetz Otto Stoffregen: Die Reform der Dilettanten. In: Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 42, S. 2; Joseph Goebbels: Kampf heißt die Lösung. In: Der Deutsche Sender Jg. 3 (1932), H. 43, S. 4; Diller: Rundfunkpolitik (wie Anm. 13), S. 16-27.
- 56 Halefeldt: Sendegesellschaften (wie Anm. 4), S. 333-338.
- 57 Reichskommissar Scholz. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 17, S. 2 u. 4; Curt Hotzel: Verwaltungsmaßnahmen oder Geisteskampf? In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 21, S. 2.
- 58 Vgl. Renate Schumacher: Radio als Vermittlung von Gegensätzen: ein Resümee. In: Programmgeschichte (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 1201 u. 1206f.; Halefeldt: Sendegesellschaften (wie Anm. 4), S. 334f.
- 59 Curt Hotzel: Richtlinien und Rückzüge. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 29, S. 2; ders.: Bürokratismus oder Genius? In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 32, S. 2.
- 60 Rundfunk ohne Bürokratie. Ein Gespräch mit Reichsrundfunkkommissar Conrad. In: Stahlhelm-Sender Jg. 1 (1932), H. 34, S. 4f.

Der Fernsehsender Paris

Deutsch-französisches Okkupationsfernsehen (1942 – 1944)*

Die bisherigen Darstellungen der Geschichte des Fernsehens in Frankreich während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg betonen meist das friedliche und freundschaftliche Zusammenwirken zwischen deutschen und französischen Mitarbeitern, ohne den äußeren Umständen des Zustandekommens des Projektes oder etwa der schwierigen Lage der französischen Seite besondere Beachtung zukommen zu lassen. Diese, den Kontext von Krieg und Nationalsozialismus nahezu ausschließenden, mitunter beschönigenden Darstellungen des Fernsehsenders Paris sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die meisten Berichte über das Thema – mangels anderer schriftlicher Quellen – fast ausschließlich auf Angaben ehemaliger Mitwirkender beruhen. Diese Zeugenaussagen können nur selten anderen schriftlichen Quellen gegenübergestellt werden; dennoch stellt die Möglichkeit der Befragung von Zeitzeugen einen für die Aufarbeitung des Themas wichtigen und für den Erkenntnisgewinn wesentlichen Faktor dar.

Hier sollen vor allem diejenigen Aspekte herausgegriffen werden, die bisher in der Literatur nur geringen Niederschlag fanden, wobei insbesondere auf die Rolle des französischen Rundfunks Radiodiffusion Nationale (RDN) beim Aufbau und Betrieb des Fernsehsenders Paris eingegangen wird. Ein weiteres Untersuchungsfeld bilden die vom 7. Mai 1943 bis 16. August 1944 ausgestrahlten Programme sowie die Auswirkungen des Besatzungsfernsehens auf das französische Nachkriegsfernsehen.

Vorgeschichte

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Paris – die Besatzer bemächtigten sich generell der französischen Medien, die gezielt für propagandistische Zwecke eingesetzt werden sollten – fiel den Deutschen im Juni 1940 auch der unter einem Stahlpfeiler des Eiffelturms untergebrachte, mit einer Leistung von 30 kW damals weltstärkste Fernsehsender in die Hände.

Das französische Vorkriegsfernsehen, das am 26. April 1935 bei seiner ersten offiziellen Eröffnung eine Versuchssendung mit einer Bildauflösung von 60 Zeilen gezeigt hatte¹ und seit November 1935 aus einem etwa 150 m² großen Studio des Ministeriums für Post- und Fernmel-

dewesen in der Rue de Grenelle² ein Versuchsprogramm mit einer Bildauflösung von zuletzt (ab April 1938) 455 Zeilen und 25 Bildwechsellinien pro Sekunde³ ausgestrahlt hatte, war mit Kriegsbeginn eingestellt und die Sendeanlagen am Eiffelturm noch vor der Ankunft der deutschen Truppen durch das Zerschlagen einiger Röhren außer Funktion gesetzt worden.

Allerdings zeigten die im Reich mit dem Fernsehen betrauten Stellen, wie die Reichspost-Fernseh-Gesellschaft (RFG) und die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG), an den beschlagnahmten Sendeanlagen am Eiffelturm zunächst kein konkretes Interesse, bis schließlich ein im Mai 1941 erteilter Befehl des Höheren Nachrichtenfürhrrers Frankreich (HNF), einer für Fernmeldewesen zuständigen Dienststelle des Militärbefehlshabers in Frankreich, zum Abbau der Sendeanlagen zwecks Rohstoffbeschaffung erste Diskussionen über eine mögliche Instandsetzung und Weiterverwendung der Sendeanlagen zu Fernsehzwecken auslöste.

Daß der vom HNF erteilte Abbaubefehl nicht ausgeführt wurde und statt dessen ein ambitioniertes und mit beträchtlichem Aufwand verbundenes Projekt zur Errichtung eines deutsch-französischen Fernsehens in der okkupierten französischen Hauptstadt realisiert wurde, stand mit vielfältigen, zum Teil politisch-ökonomisch begründeten, aber auch militärischen Motiven in Zusammenhang, deren jeweiliger Stellenwert in der Literatur allerdings oft unterschiedlich gewichtet wird.

Die Industrie, d.h. das mit der Demontage beauftragte Unternehmen Telefunken, das gerade im Begriff war, ein 1939 unterbrochenes Forschungsabkommen auf dem Fernsehsektor mit der französischen Elektrofirma Compagnie des Compteurs in Montrouge wieder aufleben zu lassen, sah sich mit dem Befehl des HNF konfrontiert. Da Telefunken in der Anordnung zum Abbau der Eiffelturmsender nicht den vom HNF erwarteten Nutzen für die Rohstoffgewinnung sah, wandten sich die beiden Telefunken-Ingenieure Kurt Diels und Fritz Schröter an den Leiter der Gruppe Rundfunk der Propagandaabteilung des Militärbefehlshabers Frankreich (MBF), Alfred Bofinger, der – ebenfalls durch ein Rundschreiben von dem Befehl informiert – eine Wiederinstandsetzung und Nutzung des Fernsehsenders befürwortete.

Gegen Ende 1941 kam es zu konkreten Gesprächen über die Weiterverwendung der Eiffelturmsender zwischen Schröter, Diels, Bofinger und dem ehemaligen Sendeleiter des Berliner Fernsehens, Kurt Hinzmann, der, nach seiner Abberufung nach Paris, seit 22. Juli 1941 der Gruppe Rundfunk Alfred Bofingers zugeordnet war. Kurt Hinzmann setzte sich sehr bestimmt für eine Wiederinbetriebnahme ein, und in den Gesprächen entstand die Idee, in Frankreich nach dem Berliner Vorbild einen Fernsehprogrammbetrieb zur Truppenbetreuung aufzubauen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern war der Fernsehbetrieb bei Kriegsbeginn in Deutschland – mit Ausnahme weniger Wochen – nicht eingestellt worden. Zurückgehend auf eine Idee des damaligen Intendanten des Berliner Fernsehens, Herbert Engler, hatte die Verwendung des publizistisch noch unbedeutenden Mediums zum Zwecke der Truppenbetreuung das Fernsehen »kriegswichtig« werden lassen und damit die drohende Einstellung des Betriebes verhindert. Mit derselben Begründung wie in Berlin sollte die Propagandaabteilung des MBF nun auch in Paris einen Fernsehbetrieb unter deutscher Leitung ermöglichen.⁴

In Anbetracht des geringen propagandistischen Stellenwertes, der dem noch neuen und kaum verbreiteten Medium Fernsehen von der Propagandaleitung, die sich lieber auf die bereits etablierten Medien Presse, Rundfunk und Film konzentrierte, im Reich beigemessen wurde, ist die Errichtung eines Programmdienstes in einem okkupierten Land und vor allem die Weiterführung des Sendebetriebs bis zur letzten Minute schon erstaunlich. Neben der angestrebten Errichtung eines Programmbetriebes zur Unterhaltung und Zerstreung der verwundeten Soldaten in den Lazaretten spielten deutscherseits langfristige wirtschaftliche Ziele im Hinblick auf die durchaus schon absehbare Entwicklung des Fernsehens nach dem Krieg, und die Durchsetzung deutscher Normen eine Rolle.⁵ So bestand der Plan, im Rahmen einer »Europäischen Television« nach Italien nun auch Frankreich für die in Deutschland gültige 441-Zeilen-Norm zu gewinnen, um der deutschen Elektroindustrie damit für die Nachkriegszeit eine gute Ausgangslage zu verschaffen.⁶ Für eine Wiederinbetriebnahme aus militärischer Sicht sprach die Möglichkeit der Nutzung der Anlagen als Störsender für feindliche Flugzeuge durch die Luftwaffe, aber auch langfristige wirtschaftliche Interessen.

Ein Abbau der leistungsstarken Sendeanlagen am Eiffelturm konnte wohl auch nicht im Interesse des französischen Rundfunks gelegen haben, der es auch unter der Besatzung immer wieder verstand, eigene Interessen zu wahren,

und zugleich Opfer als auch Förderer⁷ des unter deutscher Leitung betriebenen Fernsehens im besetzten Paris war.

Daß man von französischer Seite aus wirtschaftlichen Gründen in der Wiederinbetriebnahme der Fernsehsendeanlagen und in einer Fortführung der Forschungen noch während des Krieges durchaus einen Nutzen sah, wird bereits aus dem Inhalt eines Protokolls über eine Besprechung der RDN mit dem Leiter der Gruppe Rundfunk der Propagandaabteilung des MBF, Bofinger, die im Juli 1941 stattfand, ersichtlich:

»10) Reprise à Paris des émissions de télévision. Resultat – Nous avons exposé l'intérêt que présente la reprise de ces émissions, afin que l'Europe ne soit pas mise dans une situation défavorable par rapport à l'Amérique qui acquiert une expérience rapide dans ce domaine. Les Allemands sont d'accord en principe. Ils vont poursuivre des négociations auprès des autorités militaires (Aviation) qui occupent l'émetteur de télévision de la Tour Eiffel.«⁸

Die deutscherseits angestrebte aktive Einbindung des französischen Rundfunks in das Projekt ermöglichte der RDN, Bedingungen zu stellen und durchzusetzen, wie etwa die erwirkte Freilassung des Technikers Stéphane Mallein aus deutscher Kriegsgefangenschaft, der beim deutsch-französischen Fernsehen als Vertreter des französischen Rundfunks die technische Leitung übernehmen sollte.⁹

Offenbar versprach sich die RDN – neben der technischen Zusammenarbeit beim Sendebetrieb – auch eine entsprechende Mitsprache in programmlicher Hinsicht. Die deutsche Seite machte, zumindest zu Beginn, Zugeständnisse in diese Richtung. Demnach erwartete die Radiodiffusion Nationale sogar, ein eigenes Programm ausstrahlen zu können. So heißt es in einem Kurzbericht der RDN vom 24. April 1942:

»Télévision – Les Autorités allemandes semblent attacher un gros intérêt à la reprise des émissions de télévision. Des négociations sont en cours et la possibilité pour la Radiodiffusion Nationale de présenter un programme propre semble d'ores et déjà acquise.«¹⁰

Doch dabei handelte es sich nur um scheinbare Konzessionen der Deutschen, um die französische Seite auf diese Weise für eine Mitarbeit an dem Projekt zu gewinnen. Trotz mehrmaliger Versuche der RDN, ein programmliches Mitspracherecht geltend zu machen, wurden die Sendungen bis zum Abzug der Deutschen ausschließlich von deutscher Seite konzipiert.

Die in den ersten Planungen zur Errichtung eines Fernsehbetriebes in Paris unter deutscher Leitung nicht vorgesehene Beteiligung der in Deutschland für die Fernsehtechnik zuständigen Reichspost-Fernseh-Gesellschaft (RFG) mußte schließlich in Kauf genommen werden, da sie –

zumal die französische und deutsche Industrie nicht rechtzeitig und in ausreichendem Umfang lieferfähig waren – über das dringend benötigte technische Material verfügte; am 27. Februar 1942 bestätigte das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Zuständigkeit der Reichspost für die Technik am Pariser Fernsehsender.¹¹

Das OKW als oberste Instanz legte schließlich am 20. Mai 1942 mit dem Befehl 2688/42 die Regelung für die Wiederinbetriebnahme des Pariser Fernsehsenders fest. Demnach unterstand der Fernsehbetrieb in Paris dem Militärbefehlshaber Frankreich, wobei die Propagandaabteilung des MBF für das Programm und der Höhere Nachrichtenführer Frankreich für die Technik verantwortlich waren. Der zur Wiederinstandsetzung der Eiffelturm-Sendeanlagen nach Paris beordnete und dem HNF unterstellte Funkeinsatztrupp (FET) trug die Verantwortung für die technischen Installationen und war für die Überwachung des Sendebetriebs zuständig. Die Programme sollten nach dem Berliner Vorbild vor allem zur Unterhaltung der verwundeten Soldaten dienen, und die Sendungen mußten nach deutschen Normen ausgestrahlt werden. Die Kosten für die Wiederinstandsetzung und den Betrieb des Fernsehsenders sowie den Ausbau des Studios hatte die RDN zu tragen, während das Reichspostministerium die Finanzierung der Studioteknik übernahm.¹²

Auf der Suche nach einem geeigneten Standort

Für den Fernsehbetrieb erwies sich das vorhandene Studio der Radiodiffusion Nationale in der Rue de Grenelle als zu klein und wurde daher von vornherein nicht in Betracht gezogen. Bis zur Errichtung eines endgültigen Aufnahmestudios begannen die ersten Versuchssendungen in einem kleinen Behelfsstudio auf 4,5 mal 5,5 Meter im ehemaligen Botschaftsdomizil der Tschechoslowakei in der Rue Charles Floquet. Der reguläre Betrieb konnte, nach Abschluß der Instandsetzungsarbeiten des Bild- und Tonsenders, bereits Anfang August 1942 aufgenommen werden. Dabei handelte es sich zunächst noch um Industriesendungen, die jeweils nachmittags zur Erprobung und Abstimmung der Geräte durchgeführt wurden.¹³

Für die endgültigen Studioräume standen mehrere Gebäude zur Diskussion, die die geforderten Kriterien, d.h. die Nähe zum Eiffelturmsender, genügend Kapazitäten hinsichtlich technischer Ausstattung und Größe des Gebäudes, da Aufführungen vor Soldaten geplant waren, erfüllten. Nachdem zunächst das Theater de Chaillot am Place du Trocadero und das Theater

des Champs Elysées in der Avenue Montaigne zur Diskussion standen, dachte man an eine Nutzung des westlichen Teiles des Palais Tokio in der Avenue New York und hielt dies in einem während einer Abschlusssitzung zur Frage der Aufnahme eines Fernsehbetriebes am 25. April 1942 in Berlin erstellten Protokolls schriftlich fest. Demnach wurde die Radiodiffusion Nationale, vertreten durch den technischen Leiter Raymond Brillard, damit beauftragt, von der französischen Regierung in Vichy die Freigabe des Gebäudes bis zum 15. Mai 1942 zu erwirken. Die Anfrage bei der Regierung betrachtete man deutscherseits wohl aber lediglich als formelle Angelegenheit, ohne den Franzosen dabei die Wahl zu lassen.¹⁴ So hieß es etwa in dem von Herbert Engler, dem Intendanten des Berliner Fernsehens, erstellten Protokoll: »Schlägt die französische Regierung die freiwillige Bereitstellung des Palais Tokio aus, so soll es militärischerseits beschlagnahmt werden.«¹⁵

Trotz der Entschlossenheit der Deutschen, das Fernsehstudio im Palais Tokio zu errichten, führten mehrere Gründe dazu, daß man letztendlich auch in diesem Falle von dem geplanten Vorhaben absehen mußte. Da das Gebäude zu gleichen Teilen dem französischen Staat und der Stadt Paris gehörte, bestanden nur geringe Aussichten auf eine baldige Einigung mit beiden Partnern. Zudem gelang es den Franzosen, der Beschlagnahme des Gebäudes durch die Deutschen zuvorzukommen, indem sie die Eröffnung des geplanten Musée d'Art Moderne im Palais Tokio auf Juni 1942 vorverlegten, um einer anderwärtigen Nutzung des Gebäudes entgegenzuwirken.¹⁶

Nachdem auch das Palais Tokio als Fernsehstudio ausfiel, wandte sich die Radiodiffusion Nationale bei der Suche nach einem Gebäude an die Präfektur des Departements Seine.

Laut dem Abschlußbericht des in der Folge von der Präfektur beauftragten Architekten, erstellt am 23. Juli 1942, kamen unter Berücksichtigung der geforderten räumlichen und technischen Voraussetzungen lediglich zwei Gebäude zur Nutzung für einen Fernsehbetrieb in Frage: einerseits ein Garagenkomplex der Société des transports automobiles (S.T.A.) in der Rue Saint Saens 4/Rue de la Fédération 20-24, andererseits ein ehemaliger Tanzpalast, Magic City, in der Rue de l'Université 176/180. Der Architekt wies in bezug auf Magic City auf die Möglichkeit der Nutzung von zwei angrenzenden Garagen hin, die sich in der Rue de l'Université 171 und 174 befanden. Obwohl die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen war, wurden beide Bauwerke, zumal der Besitzer von Magic City angab, in der nächsten Saison Konferenzen und Tanzveranstaltungen in dem Gebäude zu pla-

nen, eiligst zugunsten der Radiodiffusion Nationale requiriert. Am 14. August 1942 informierte schließlich ein Vertreter der Radiodiffusion Nationale die Präfektur, daß sich die RDN im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Stellen für Magic City entschieden habe. Da man an dem Garagenkomplex der S.T.A. in der Rue de la Fédération nicht interessiert war, wurde die Requisition des Gebäudes wieder aufgehoben.¹⁷

Weil Magic City mit 2 300 m² großemäßig nicht den deutschen Vorstellungen entsprach, plante man – zusätzlich zu dem ehemaligen Tanzpalast und den an das Gebäude angrenzenden Garagen –, auch die dahinter liegende Familienpension in der Rue Cognacq Jay für die Errichtung eines Büro- und Verwaltungszentrums zu verwenden, die schließlich am 14. Dezember 1942 von der Präfektur zugunsten der RDN beschlagnahmt wurde.¹⁸ Die Radiodiffusion Nationale hatte für die Entschädigungszahlungen an die Eigentümer der beiden Gebäude in der Rue de l'Université und in der Rue Cognacq Jay – der Schätzwert belief sich jeweils auf etwa sieben Millionen Francs – aufzukommen.¹⁹

Studioausbau und finanzielle Beteiligungen

Mit dem Ausbau der Gebäude zu einem Fernsehzentrum mit Büro- und Technikräumen und einem modernen Studio versuchten die beteiligten Stellen nach Möglichkeit, ihren Einfluß nachhaltig zu sichern. Hierzu konnten verschiedene vertragliche Vereinbarungen zwischen der RFG und der RDN zur Regelung der Besitzrechte und Durchführung der Umbauarbeiten ausgehandelt werden. Auf Betreiben der RFG kam es schließlich am 27. Oktober 1942 zu einem ersten Vertragsabschluß, der die RDN zur Rückzahlung der beim Umbau entstehenden Kosten in der Höhe von etwa 800 000 Francs verpflichtete, die die RFG auf ihren eigenen Vorschlag hin selbst durchführen wollte.²⁰

Die daraufhin von deutscher Seite begonnenen Umbauarbeiten gingen jedoch über das ursprünglich veranschlagte Projekt hinaus, und die RFG errichtete ein modernes Fernsehstudio in dem Gebäude in der Rue de l'Université mit einer Fläche von etwa 70 x 35 Metern, einer erhöhten Bühne und stufenförmig ansteigenden Sitzreihen für ca. 300 Zuschauer. Zudem wurde eine Klimaanlage installiert, eine Beleuchtungsanlage für 3 000 Lux angebracht und die Decken und Wände schallisoliert.²¹ Die RDN wurde indes nicht von dem Ausmaß des neu gestalteten Projektes informiert, und als Postrat Odilo Dollmann als Vertreter der RFG Anfang Juli 1943

von der RDN statt der ursprünglich veranschlagten 800 000 Francs nunmehr zwölf Millionen Francs verlangte, löste das entsprechende Diskussionen bei den Verantwortlichen der RDN in Vichy aus. Der französischen Rundfunk versuchte trotz der schwierigen Situation die eigenen Interessen nach Möglichkeit zu wahren, und der Administrateur général, Hubert Devillez, sprach sich in einer Sitzung des Conseil supérieur am 12. Juli 1943 für die Zahlung aus. Im Gegenzug sollte von den Deutschen eine Mietentschädigung verlangt werden. Ob diesbezüglich tatsächlich Zugeständnisse von deutscher Seite gemacht wurden, ist nicht mehr zu ermitteln.

Schließlich kam man überein, daß die RDN der RFG sämtliche Kosten für die Errichtung des Fernsehstudios zurückzahlen und dafür das Besitzrecht an den Einrichtungen erhalten sollte. Die RDN befand sich schon von daher in einer schwierigen Situation, da die RFG die Umbauten in einem Gebäudekomplex durchgeführt hatte, der zuvor für die RDN zur Errichtung eines Fernsehstudios enteignet worden war. Entsprechend argumentierte Stéphane Mallein, der technische Leiter der RDN beim Fernsehsender Paris, in seinem Bericht vom 28. Juli 1943:

»de tels aménagements, exécutés dans un immeuble exproprié par nous, doivent être acquis par nous, si l'on ne veut pas se trouver dans une situation inextricable.«²²

Der Vertrag vom 27. Oktober 1942 zur Einrichtung der Fernsehbetriebsräume in Paris wurde daraufhin im Sommer 1943 von einem ersten Nachvertrag ersetzt, in dem sich die RDN zur Rückzahlung der Kosten an die RFG in drei Raten verpflichtete, um das Besitzrecht an den Einrichtungen zu erhalten.

Ein auf der Basis dieser Vereinbarungen festgelegter Rückzahlungsvertrag wurde übrigens auch für das Gebäude in der Rue Cognacq Jay abgeschlossen, in dem die RFG ebenfalls umfassende Arbeiten durchgeführt hatte. Nach dem von Stéphane Mallein am 28. Juli 1943 verfaßten Bericht befanden sich in der untersten Etage des Bauwerkes ein Filmabtastgerät, ein Raum für Filmprojektoren und ein Zimmer für öffentliche Filmvorführungen.²³ Im Erdgeschoß und in der ersten Etage gab es einen Empfang, eine Telefonzentrale sowie Schneideräume, Filmschnellkopierer und Bildkontrollräume.²⁴ In der vierten Etage wurde eine Forschungsabteilung und ein Reparaturdienst untergebracht.²⁵ In den oberen Stockwerken fanden Verwaltungsbüros sowie die Technik- und Programmleitung Platz. Die künstlerische Verwaltung bekam ein Büro im sechsten Stock, und die Büros von Kurt Hinzmann (Intendant), William Keiper (Leiter FET,

technische Leitung), Stéphane Mallein (technischer Leiter RDN) und Odilo Dollmann (RFG) wurden im siebten Stock eingerichtet. In der obersten Etage des Gebäudes der Rue Cognacq Jay befand sich ein Restaurant und eine Salonbar.

Als Verbindung zwischen Büro- und Verwaltungsgebäude in der Rue Cognacq Jay und dem Studio in der Rue de l'Université diente die dazwischenliegende Großgarage,²⁶ die zudem als Aufbewahrungsraum für Requisiten Verwendung fand.

Die französische Verwaltung beantragte die Errichtung eines weiteren Studios im Erdgeschoß des Gebäudes in der Rue de l'Université, das mit einem Bassin für Unterwasseraufnahmen ausgestattet werden sollte. Dieses Projekt wurde jedoch nicht mehr vom Fernsehsender Paris realisiert, sondern kam erst nach dem Krieg unter der Leitung des französischen Fernsehens zustande.²⁷

Programmbeginn

Die erste Programmübertragung des Fernsehsenders aus dem neu errichteten Studio in der Rue de l'Université fand am 7. Mai 1943 gegen 15.00 Uhr statt. Die eineinhalbstündige Sendung bestand aus diversen Beiträgen von Akrobaten, Tänzern und Jongleuren sowie einer Darbietung der Schauspielerin Denise Grey, die einen Gedichtbeitrag in das Programm einbrachte.

Als offizielles Eröffnungsdatum des Programmdienstes wird zumeist der 30. September 1943 angegeben. Allerdings hatten bereits vor diesem Termin drei Veranstaltungen mit rein deutscher Beteiligung stattgefunden. Feierlich eröffnet wurde der Sendebetrieb zunächst in Anwesenheit der Propagandaabteilung Frankreich, bei der Abteilungsleiter Major Schmidtke die Begrüßungsansprache hielt. Zu einem weiteren Termin wurde das Eröffnungsprogramm bestimmungsgemäß vor leichter verwundeten Soldaten gezeigt, die ins Studio eingeladen wurden, und eine weitere Veranstaltung galt der Kommandantur von Groß-Paris.²⁸ Zu der offiziellen Einweihung vor französischem Publikum am 30. September wurden auch Persönlichkeiten aus der französischen Öffentlichkeit eingeladen, wie der Secrétaire général aux Beaux Arts, Louis Hauteceœur, der das Programm eröffnete.²⁹

Die RDN hingegen, die immerhin für den Erwerb der Gebäude und für die Kosten des Studioausbaus aufzukommen hatte, wurde anscheinend nicht entsprechend berücksichtigt. Aus einem Sitzungsprotokoll des Conseil Supérieur der RDN vom 19. November 1943 geht hervor, daß die Eröffnung zwar unter Mitwirkung

von Louis Hauteceœur, aber ohne die RDN stattgefunden hatte. Dieser als »léger incident« bezeichnete Zwischenfall sollte aber nicht so ohne weiteres hingenommen werden, denn die RDN war sehr wohl darauf bedacht, daß die Öffentlichkeit den Pariser Fernsehbetrieb nicht als reine Angelegenheit der Besatzer betrachtete.

»M. Devillez rappelle au Conseil Supérieur un léger incident mais qui apparait comme assez significatif. La Radiodiffusion Nationale a fait l'acquisition des immeubles Magic City et Cognacq Jay pour les besoins de la Télévision exploitée conjointement par les Autorités d'Occupation et par la Radiodiffusion Nationale. Or Radio-Paris a inauguré les studios de Télévision sans la Radiodiffusion Nationale et en confiant la présidence de la manifestation à M. Hauteceœur.«³⁰

Entsprechend betonte die RDN, daß das Fernsehen zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörte. Um keinen Zweifel an dem Anspruch der RDN an dem Pariser Fernsehbetrieb aufkommen zu lassen, trat der Administrateur Général, Hubert Devillez, für eine Umbenennung der Radiodiffusion Nationale in Radiodiffusion et Télévision Nationales ein.

»Il est évident que les autorités françaises et l'opinion publique risquent d'ignorer que la télévision est du ressort de la RDN. Aussi serait-il souhaitable que, 1944, la Radiodiffusion Nationale modifie dans ce sens son appellation.«³¹

Der Vorschlag wurde auch angenommen:

»Le Conseil Supérieur émet le vœu que la Radiodiffusion Nationale s'appelle désormais »Radiodiffusion et Télévision Nationales.«³²

Der Fernsehsender Paris übertrug vom 7. Mai 1943 bis 16. August 1944 regelmäßige Sendungen mit einer Dauer von insgesamt elfeinviertel bis vierzehneinviertel Stunden, wobei die eigentlichen Fernsehprogramme (Bildsender) davon täglich ca. dreieinhalb bis vier Stunden bzw. zuletzt fünf Stunden und 15 Minuten in Anspruch nahmen, und der Rest der Zeit mit Radioprogrammen (Tonsender) abgedeckt wurde, die man vom Deutschlandsender übernahm.

Programminhalte

Das Programm entsprach inhaltlich ganz der von Berlin vorgegebenen Linie der leichten Unterhaltung zur Truppenbetreuung. Nach dem deutschen Vorbild fanden Direktsendungen im Studio vor den Soldaten statt, wobei die Entsprechung der Berliner Truppenbetreuungssendung »Soldaten spielen für Soldaten« in Paris »Variété« (vor Publikum), »Variété vor Verwundeten«, »Franzosen spielen für Deutsche« oder »Musiker und Artisten im grauen Rock unter-

halten ihre Kameraden« hieß. Neben der »Wochenschau« und dem regelmäßigen Beitrag »Aus dem Zeitgeschehen« dienten vor allem die aus Berlin beschafften Kurz- und Spielfilme – etwa 200³³ – dazu, das Programm abwechslungsreich zu gestalten.³⁴ Ein Großteil der bereits beim Berliner Fernsehen gezeigten Filme wie »Die Sänger von der Waterkant« (Berlin, 4.1.1938) und »Das Patentkunstschoß« (Berlin, 4.1.1938)³⁵ findet sich daher in den Programmen des Fernsehsenders Paris wieder.

Zu den genauen Inhalten der Kurz- und Spielfilme gibt es allerdings nur wenige Informationen, und die bloßen Titel wie »Achtung Kurve« – dabei handelte es sich um einen schon in Berlin gezeigten und in Paris mehrfach wiederholten 19minütigen UFA-Film³⁶ – geben dies bezüglich kaum Aufschlüsse. Vielfach waren es UFA-Produktionen, die sich vor allem durch ihren Unterhaltungsschwerpunkt charakterisierten. Sie sollten den Zuschauern Ablenkung und Vergnügen bieten und rentabel sein und waren deshalb selten linientreue Propagandafilme. Dazu zählt auch der in Paris u.a. am 14. August 1944 gezeigte Film »Hallo Janine!«,³⁷ eine Liebesgeschichte mit Verwechslungen von Carl Boese aus dem Jahr 1939, mit Marika Röck und Johannes Heesters in den Hauptrollen.³⁸

Allgemein dominierten Filme mit unproblematischen Inhalten zu Themen wie Liebe (»Lauter Liebe«, »Späte Liebes«, »Liebe streng verboten«), Ehe (»Drei Mal Ehe«, »Oh diese Ehemänner!«), Tiere (»Kamerajagd auf Seehunde«, »Edelkatzen«, »Lustiges Hundevolk«), Sport (»Laufen«, »Schwimmen« und »Springen«), Heimatkunde (»Deutsches Weinland«, »Barockstadt Dresden«) und Kriminalstücke (»Der Polizeifunk meldet«) etc.³⁹

Ob die Kurz- und Spielfilme aus Berlin neben reiner Unterhaltung mitunter auch direkt propagandistische Inhalte vermittelten, läßt sich nicht mehr in jedem Fall mit Sicherheit feststellen. Auszugehen ist davon, daß manche dieser auch beim Pariser Fernsehen gezeigten Filme aus dem Reich, z.B. Kriminalstücke, vor allem wenn die Handlung verschiedene zu lösende Spionagefälle enthielt, (dazu zählte beispielsweise der in Paris am 26.6.1944 ins Programm aufgenommene Beitrag »Der Polizeifunk meldet«) nicht nur eine reine Unterhaltungsaufgabe erfüllten, sondern auch der politischen »Volkserziehung« dienten.⁴⁰

Die vorgebliche deutsche Überlegenheit in Wissenschaft, Forschung und Technik, die in Berlin u.a. durch Biographien bedeutender Deutscher dargestellt wurde, wie »Wilhelm Conrad Röntgen« (Berlin, 5.1.1943) oder »Zum Gedächtnis von Johannes Gutenberg« (Berlin, 10.4.1943), findet sich in Paris u.a. in dem Kurz-

film »Die schwarze Kunst des Johann Gutenberg« (Paris, 13.12.1943) wieder.

Ebenfalls ins Programm des Fernsehsenders Paris aufgenommen wurde der bereits vom Berliner Fernsehen ausgestrahlte Film »Flieger zur See« (Berlin, 14.8.1940, Paris, 30.11.1943), der die abenteuerliche Seite des Krieges herausstellte.⁴¹ Zu diesem Filmtyp zählte auch der am 19. Dezember 1943 um 15.30 Uhr gesendete UFA-Spielfilm⁴² »Stukas« von Karl Ritter aus dem Jahre 1940/41,⁴³ der eindeutig propagandistische Inhalte vermittelte. Dieser Film wurde mit dem Prädikat »staatspolitisch wertvoll, künstlerisch wertvoll, volkstümlich wertvoll, Jugendwert« bedacht.

Generell ist hinsichtlich der gezeigten Filmbeiträge und Direktsendungen aus dem Studio zu bemerken, daß der Schwerpunkt vor allem auf der leichten Unterhaltung lag, womit das Programm aber nicht im Gegensatz zu der von Berlin vorgegebenen Linie stand, sondern durchaus der vom Reich befürworteten – auch in anderen Medien nachweisbaren – inhaltlichen Ausrichtung entsprach.

Nicht nur Orientierung an Berlin

Zusätzlich zu der engen Orientierung an dem Berliner Fernsehprogramm begann man in Paris bald damit, eigene Akzente zu setzen und mit dem Einsatz technischer Mittel zu experimentieren. So versuchte man beispielsweise bei diversen Fernsehspielen, die im Rahmen der »Direktsendungen aus dem Studio« gezeigt wurden, u.a. mittels Einblendung von Miniaturmodellen oder Verwendung von Diapositiven neue Effekte zu erzielen.⁴⁴ In den »Direktsendungen aus dem Studio« brachte man neben Varietés, Zirkus und Fernsehspielen auch Gymnastik- und Sportbeiträge, die schon in Berlin ab 1939 (beispielsweise in der ab 10.3.1939 übertragenen Sendereihe »Rundfunkgymnastik – ferngesehen«⁴⁵) vermehrt im Programm auftauchten. An Sportsendungen brachte der Fernsehsender Paris am 25. Juli 1944 die Sendung »Was ist Tennis?« mit dem internationalen Tennismeister Henri Cochet sowie die Beiträge »Tischtennis« (13.12.1943), »Gymnastik« (14.12.1943), »Ballet Serge Lifar« (17.12.1943) und »Boxen« (4.7.1944)

Bei den deutschsprachigen Programmen konnte der Fernsehsender Paris anfangs von den zahlreichen Künstlertruppen aus dem Reich, die sich gerade in Paris aufhielten, profitieren. Schließlich wurde es für die Direktion aber immer schwieriger, deutsche Künstler für das Programm zu engagieren, weswegen gegen Ende

zunehmend französische Sendungen ins Programm aufgenommen wurden.⁴⁶

Zuweilen wartete ein französisches Marionettentheater mit Beiträgen beim Sender auf, die ebenfalls im Rahmen der »Direktsendungen aus dem Studio« gezeigt wurden und die nach dem Berliner Beispiel zum Kinderprogramm des Fernsehsenders gehört haben könnten. Zu den Kindersendungen zählten zudem das beim Berliner Fernsehen auf 35-mm-Film aufgenommene Fernsehspiel »Ali und die Lausejungs« (Berlin 19.12.1940, Paris 1.7.1944) nach dem Kinderroman »Klick aus dem Spielzeugladen« von Friedrich Schnack⁴⁷ sowie der Film »Wie Till Eulenspiegel den Landgrafen malte« (Paris, 4.7.1944).

Eine Sendung mit Seriencharakter war das »Fernsehmagazin«,⁴⁸ das der Fernsehsender Paris bis zur elften Folge fortführen konnte. Dabei handelte es sich um eine bunte Revue, die zum Teil zweisprachig (21.6.1944, »Fernsehmagazin VII«, französisch-deutsch) übertragen wurde. Ebenfalls im Rahmen der »Direktsendungen aus dem Studio« erscheint zuweilen der Beitrag »Fernsehbar« (2.5.1944, 20.6.1944). In der von dem Franzosen Marc Chauvierre präsentierten Sendung wurden Künstler, Erfinder oder Wissenschaftler ins Studio zu Gesprächen eingeladen.⁴⁹ Es handelte sich um eine zweisprachige Sendung, wobei die Interviews in Französisch durchgeführt und anschließend auf Deutsch kommentiert wurden.

Einen wesentlichen Unterschied zum Berliner Fernsehen stellte vor allem die Anforderung der Zweisprachigkeit dar, da gemäß den Vereinbarungen der Fernsehsender Paris mit seinem Programm nicht nur die verwundeten deutschen Soldaten in den Lazaretten, sondern auch das französische Publikum ansprechen und »deutsche Propaganda in die französische Bevölkerung tragen« sollte.⁵⁰ Hinsichtlich des Fernsehbetriebs in Paris strebten die deutschen Besatzer von Beginn an nach längerfristigen Zielen, die vorsahen, das Fernsehen in Paris auch nach dem Krieg unter deutscher Leitung weiterzuführen. In Berlin wie in Paris sollte hochqualifiziertes Personal für den späteren systematischen Ausbau des Mediums zur Verfügung stehen,⁵¹ das sich – langfristig gesehen – wohl nicht an die deutschen Verwundeten, die sich nur für eine begrenzte Zeit in Paris aufhielten, sondern an die französische Bevölkerung richten sollte.

»Die einzelnen Vortragsfolgen laufen gleichzeitig, ähnlich wie in Berlin, als öffentliche Veranstaltungen ab, und zwar nicht nur vor Wehrmachtsangehörigen, sondern auch vor französischem Publikum. Die Franzosen sollen sich an diese Form der Veranstaltung gewöhnen, um ihr auch treu zu bleiben, wenn die Truppe einmal abgezogen ist, d.h. man denkt daran,

das Fernsehtheater auch nach dem Krieg unter deutscher Leitung weiter zu führen.«⁵²

Das Publikum

Zu den französischen Zuschauern, die das Programm während der Besatzungszeit empfangen konnten, gibt es kaum Informationen. Neben den ins Studio eingeladenen Gästen, die das Programm direkt mitverfolgen konnten,⁵³ sollen auch einige Personen in Paris und Umgebung (das in deutscher Norm ausgestrahlte Programm konnte in etwas schlechterer Bildqualität auch mit Fernsehgeräten in französischer Norm empfangen werden) die Sendungen gesehen haben. Zur genauen Zahl der Heimempfänger gibt es unterschiedliche Schätzungen (zwischen einigen hundert Stück⁵⁴ und um die 1 000 Geräte⁵⁵).

Nach Angaben eines ehemaligen Mitarbeiters fanden die Sendungen vor Publikum ein- bis zweimal pro Woche statt. Unter den Zuschauern im Studio befanden sich neben den verwundeten Soldaten aus den Spitälern häufig auch französische Gäste, die über eine Einladung verfügten. Dabei handelte es sich vorwiegend um Familienangehörige oder Freunde von Mitarbeitern des Fernsehsenders.⁵⁶

Auch bekannte französische Persönlichkeiten sollen den deutsch-französischen Fernsehbetrieb besichtigt haben, u.a. Schriftsteller und Schauspieler wie Abel Gance, Jean Cocteau, Jean Giraudoux, Jean-Paul Sartre, Jean Marais, Jean Louis Barrault sowie Sacha Guitry. Im Anschluß diskutierte man meist über die Problematik der Zweisprachigkeit bei der Gestaltung der Sendungen oder über die künftigen Möglichkeiten des Mediums. So soll sich Jean Giraudoux bei einem Besuch beeindruckt von der friedlichen Arbeit beim Fernsehsender in Paris mitten im Krieg gezeigt haben und bei dieser Gelegenheit den Fernsehsender Paris entsprechend als »Ile de la Paix« (Insel des Friedens) bezeichnet haben.⁵⁷ Unter den deutschen Zuschauern im Studio waren neben den Soldaten aus den Lazaretten zuweilen auch leitende Vertreter der RRG und der Reichspost, die gekommen waren, um sich die Programmbeiträge anzusehen.⁵⁸ Auch Reichsintendant Heinrich Glasmeier hatte einmal einem Programm des Fernsehsenders Paris beigewohnt und war auch über die schwierige Personallage sowie generell über die Programmgestaltung informiert.⁵⁹

Auch für französische Zuschauer

Die Ankündigung der Sendungen erfolgte durch zwei Ansagerinnen jeweils zuerst auf Deutsch und dann auf Französisch. Darüber hinaus übertrug der Fernsehsender Paris französischsprachige Programme u.a. im Rahmen der »Französischen Stunde«, die zumeist Fernsehspiele wie »Le Chapeau chinois« (24.4.1944), »L'Aveu difficile« (7.7.1944) von Serge Andreumont, »Un jeune homme pressé« (31.7.1944) von Eugène Labiche beinhaltete. Darüber hinaus gab es von Zeit zu Zeit eine »französische Wochenschau«.

Häufig wurden die Programme beim »Fernsehsender Paris« erst in deutscher und dann in französischer Sprache gesendet. Beispielsweise am Mittwoch dem 5. Juli 1944 übertrug der Sender um 20.55 Uhr das Fernsehspiel »Ich bin Agnes« und direkt danach um 21.25 Uhr die übersetzte Version »Je suis Agnès«.

Allgemein können im Programm des Fernsehsenders Paris bis auf die Wochenschau, die hier im Gegensatz zu Berlin, wo sie ab März 1943⁶⁰ nur mehr zweimal pro Woche übertragen wurde, meist ein- bis zweimal pro Tag in den Programmen auftaucht – kaum direkt propagandistische Inhalte nachgewiesen werden. Die in Berlin im Rahmen des »Zeitdienstes« gesendeten kommentierten Wehrmachtberichte, Filme der Propagandakompanien oder Erlebniserzählungen von Ritterkreuzträgern könnten auch in Paris in die Sendung »Zeitgeschehen« aufgenommen worden sein, die vorhandenen Programmauszüge geben aber keinen Hinweis darauf.

Generell entsprach das Programm des Fernsehsenders Paris ganz dem Bedürfnis der verwundeten Soldaten nach Zerstreung und Ablenkung. Auf aktuelle Geschehnisse – über die man ohnehin durch andere Medien und Quellen informiert war – ging man offenbar wenig ein, lediglich problemlose Themen wie die Weihnachtszeit wurden im Programm entsprechend berücksichtigt. So brachte der Fernsehsender Paris in der Vorweihnachtszeit 1943 im Rahmen der »Direktsendungen aus dem Studio« Beiträge wie »In der Werkstatt des Weihnachtsmanns« (15.12.1943), »Französische Weihnachtsbräuche« (21.12.1943) und »Deutsche Weihnacht« (24.12.1943).

Bezeichnend für diesen Gegensatz zum grauen Kriegsalltag ist das Programm am Tag nach der Landung der Alliierten in der Normandie, am 7. Juni 1944:

- 10.00 Fernsehfilmsendung:
»Floh im Ohr«
- 11.13 »Hois und Holz im Lande
des Mikados«
- 11.27 »Lore«

- 11.40 »Der Uhrenladen«
- 20.30 Aus dem Zeitgeschehen
- 20.45 Direktsendungen aus dem Studio:
»Venezianische Hochzeit« (deutsch)
Fernsehfilmsendung:
- 21.05 »Barockstadt Dresden«
- 21.19 »In 40 Minuten«
- 21.31 »Die Wiege des Waldes«
- 21.42 »Guten Abend, gute Nacht«

Die zutreffende Erklärung für die generelle Diskrepanz der Programminhalte zur Realität des Krieges liefert Kurt Wagenführ:

»Das Fernsehen hatte zu dieser Zeit keine aktuelle Aufgabe mehr, sondern die Mission, durch harmlos unterhaltende Sendungen abzulenken.«⁶¹

Das Erbe

Für die Rolle des deutsch-französischen Besatzungsfernsehens in Paris ist auch die Frage wesentlich, inwieweit das nationale französische Fernsehen der Nachkriegszeit von ihm beeinflusst wurde und in welcher Form sich noch Parallelen oder unmittelbare Auswirkungen manifestierten. Die im bundesrepublikanischen Fernsehen der 50er Jahre nachgewiesene personelle, aber auch so manche programmliche Kontinuität zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit kommt in Frankreich wohl noch deutlicher und durch den frühen Neubeginn auch unmittelbarer zum Ausdruck. Während in Deutschland nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 die Alliierten die Funkhoheit beanspruchten und die Wiederaufnahme des Fernsehbetriebs erst im November 1950 möglich wurde⁶², konnte Frankreich aus dem ehemaligen Studio des Fernsehsenders Paris bereits ab Oktober 1945 als erstes⁶³ Land in Europa wieder Programme ausstrahlen.⁶⁴

Im Gegensatz zum Hörfunk, der nach der Befreiung Frankreichs durch die Sabotageakte der deutschen Besatzungsmacht nur mehr über einen Bruchteil (im September 1944 funktionierten lediglich sechs Radiosender⁶⁵) seines ursprünglichen Sendernetzes verfügte, befand sich das französische Fernsehen nach dem Krieg in einer besseren Ausgangslage als noch vor 1939.⁶⁶ Während die Franzosen vor Ausbruch der Feindseligkeiten lediglich das Studio in der Rue de Grenelle verwenden konnten, verfügten sie nach Kriegsende über ein Fernsehzentrum, das mehrere Gebäude umfaßte und entsprechende Möglichkeiten zum weiteren Ausbau bot. Das von den Deutschen eingerichtete Fernsehstudio samt Regie in der Rue de l'Université sowie die angrenzenden Gebäude in der Rue Cognacq Jay waren unbeschädigt zu-

rückgelassen worden und konnten unmittelbar weiterverwendet werden.

Bis zum Jahr 1949 diente das ehemalige Studio des Fernsehsenders Paris, das nun zum Studio 1 des französischen Fernsehens geworden war, als einziges regelmäßig genutztes Fernsehstudio. Zum Betrieb konnten nun auch zwei während der Besatzungszeit produzierte und erst nach der Befreiung fertiggestellte Kameras der Compagnie française de télévision (CFT)⁶⁷ eingesetzt werden.

Das Erbe des ehemaligen Fernsehsenders Paris manifestierte sich neben den Räumlichkeiten und der technischen Ausstattung auch im Personal, das zum Teil schon in der Vorkriegszeit im Fernsehbereich tätig war und während der Besatzungszeit weitere Erfahrungen gesammelt hatte. Einige der ehemaligen Mitarbeiter des Fernsehsenders Paris waren maßgeblich am Aufbau des nationalen Fernsehens in Frankreich beteiligt und sowohl beim Technik- als auch beim Programmpersonal finden sich nach 1945 noch so manche Namen von ehemaligen Mitarbeitern des deutsch-französischen Fernsehens wieder. Zu diesen zählten vor allem Techniker wie Stéphane Mallein, der in der Zeit unmittelbar nach der Befreiung Frankreichs die Direktion des Fernsehbetriebes übernahm⁶⁸. Beim Programmpersonal finden sich beispielsweise Namen wie Gilles Margaritis wieder, der beim deutsch-französischen Fernsehen noch kaum gestaltend mitwirken durfte, da die Programme ausschließlich von den Deutschen konzipiert wurden. Beim französischen Fernsehen der Nachkriegszeit führte er Regie bei zahlreichen Variété- und Music-hall-Sendungen. Margaritis startete im Jahr 1948 die Sendung »Music-hall parade«, die jeden Mittwoch im Wechsel mit der Sendung »La piste aux étoiles« vor Publikum übertragen wurde.

Trotz der Fortschritte in der Fernsehtechnik dank der Fortführung der Forschungen während der Besatzungszeit – die Ingenieure der Compagnie des Compteurs René Barthélemy und Paul Mandel präsentierten nach der Befreiung Frankreichs eine Bilderlegung in 1 015 Zeilen,⁶⁹ die noch auf 1 025 Zeilen verbessert werden konnte, und Henri de France, der das Unternehmen Radio Industrie vertrat, erreichte eine Bildauflösung in 819 Zeilen,⁷⁰ die schließlich als offizielle französische Fernsehnorm eingeführt wurde – stand das neue Medium in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage keineswegs auf der Prioritätenliste ganz oben. Das französische Fernsehen der unmittelbaren Nachkriegszeit stand im Schatten des schon etablierten Radios und war geprägt von permanenten Finanzproblemen und mangelnder Autonomie, was den weiteren Ausbau des Fernse-

hens beträchtlich hemmte. Obwohl das französische Fernsehen anderen Ländern in der technischen Umsetzung überlegen war und man unmittelbar nach dem Krieg schon durch das fertig eingerichtete Fernsehstudio in Magic City über eine gute Ausgangslage verfügte, gelang es offenbar nicht, den Vorsprung entsprechend zu nutzen, und die weitere Entwicklung verlief relativ langsam, ein Phänomen, das noch lange danach zu Diskussionen Anlaß gab:⁷¹

»après la Libération on ne profita guère de la chance fournie par l'émetteur de 441 lignes de la Tour Eiffel et par les studios de la Rue Cognacq Jay, maintenus en état de fonctionner.«⁷²

Wie nachhaltig sich der während der deutschen Besatzung geführte Fernsehbetrieb auf das nationale Fernsehen Frankreichs auswirken sollte, zeigt sich vor allem anhand des Fernsehentrums Cognacq Jay, das – während der Okkupation beschlagnahmt und nach dem Krieg in großem Umfang ausgebaut – schließlich zu großer Berühmtheit gelangte, und so manchem französischen Fernsehzuseher klingt auch heute noch der immer wiederkehrende Ausruf »A vous Cognacq Jay!« (ich gebe zurück an die Studios Cognacq Jay) im Ohr, der beim französischen Nachkriegsfernsehen den Abschluß jeder Fernsehreportage bildete.⁷³

Das Fernsehzentrum Cognacq Jay begann erst mit der Auflösung der staatlichen Rundfunkanstalt ORTF im Jahr 1974 an Bedeutung zu verlieren, als die bis dahin in dem Gebäude untergebrachten Programme nach und nach in andere Örtlichkeiten verlagert wurden. Das Zentrum Cognacq Jay beherbergte bis 1992 den nunmehr privatfinanzierten Sender TF 1 und wird auch heute noch als Fernsehstudio genutzt.⁷⁴

Anmerkungen

- * Zusammenfassung der Dissertation der Verfasserin: Der Fernsehsender Paris. Deutsch-französisches Okkupationsfernsehen 1942 - 1944. Salzburg 1998.
- 1 Vgl. Michel Amoudry: René Barthélemy ou la grande aventure de la télévision française. Grenoble 1997, S. 133.
- 2 Jean-Jacques Ledos: La Rue de Grenelle de 1932 à 1939. Les débuts de la télévision en France. In: Bulletin du Comité d'Histoire de la Télévision Jg. 16 (1989), H. 19, S. 31.
- 3 Jacques Poinson: La télévision en France. In: Bulletin des Radiophiles français 1989, H. 50, S. 26.

- 4 Vgl. Klaus Winker: Fernsehen unterm Hakenkreuz. Organisation, Programm, Personal. Köln u.a. 1994, S. 285f. sowie Gespräch mit Kurt Hinzmann, 2.12.1996.
- 5 Vgl. Memorandum Kurt Hinzmann über die Entstehung des Deutsch-Französischen Fernsehens 1941 - 1944 in Paris. In: Fernseh-Informationen Jg. 41 (1990), H. 21, S. 639.
- 6 Gerhart Goebel: Das Fernsehen in Deutschland bis zum Jahre 1945. In: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen Jg. 5 (1953), H. 5, S. 380.
- 7 Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 406.
- 8 Rapport sur le résultat des négociations avec les autorités allemandes à Paris (du 18 au 22 juillet 1941) par Raymond Braillard, Directeur des Services Techniques de la Radiodiffusion Nationale, Annexe I, Mémento des questions discutées avec le Dr. Bofinger à l'hôtel Majestic à Paris, Centre des Archives Contemporaines (CAC) 950218/15.
- 9 Vgl. Memorandum (wie Anm. 5), S. 639f.
- 10 Note sommaire sur la délégation de la Radiodiffusion Nationale dans les territoires occupés, 24 avril 1942, o. A., CAC 870714/1.
- 11 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 376f.
- 12 Vgl. Befehl 2688/42 des OKW, 20.5.1942, abgedruckt in: Fernseh-Informationen Jg. 34 (1983), H. 13, S. 375f.
- 13 Vgl. Helmut Krätzer: Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte in Deutschland (89): Vor 50 Jahren: Funk-Einsatztrupp 60 in Paris. In: Fernseh-Informationen 1992, Nr. 13, S. 395f.
- 14 Vgl. TL 0/350, Rapport justificatif concernant le projet de premier avenant à la convention du 27 octobre 1942 entre la Radiodiffusion Nationale et la Reichspost-Fernseh-Gesellschaft m.b.h. pour l'aménagement du Centre de Télévision de Paris, et le projet de Convention avec la même Société pour l'aménagement de l'immeuble situé 13-15 Rue Cognacq Jay, qui fait partie du Centre, 28 juillet 1943, signé: Mallein, CAC 950218/15, sowie Protokoll über die Abschluß-Sitzung am Sonnabend, 25.4.1942, 10.35 Uhr, zur Frage der Aufnahme eines Fernsehbetriebes in Paris. Berlin, den 30.4.1942, Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (früher: Sonderarchiv) Moskau, 1363/1/92.
- 15 Protokoll über die Abschluß-Sitzung (wie Anm. 14).
- 16 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 379.
- 17 Vgl. Archives de Paris, Série V.R.
- 18 Vgl. Note Commission des bâtiments pour Monsieur Fénelon, Inspecteur général de la Radiodiffusion française, Paris, le 12 Mai 1949, Archives Nationales Paris F/43/149.
- 19 Vgl. Procès-verbal du Conseil supérieur de la Radiodiffusion Nationale, 9 et 10 février 1943 à Paris, CAC 900214/2.
- 20 Vgl. Rapport justificatif (wie Anm. 14).
- 21 Vgl. Memorandum (wie Anm. 5), S. 642.
- 22 Rapport justificatif (wie Anm. 14).
- 23 Ebd.
- 24 Vgl. Memorandum (wie Anm. 5), S. 642.
- 25 Rapport justificatif (wie Anm. 14).
- 26 Vgl. Erinnerungen eines ehemaligen RDN-Technikers, (o.D.), S. 13, Privatarchiv Jean-Jacques Ledos.
- 27 Vgl. Memorandum (wie Anm. 5), S. 642, Nr. 22, S. 671.
- 28 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 387.
- 29 Vgl. Conseil Supérieur de la Radiodiffusion Nationale, Séance tenue à Cusset, le vendredi 19 novembre 1943, CAC 900214/2 (dossier 2, 1943)
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Gespräch mit Kurt Hinzmann, 2.12.1996.
- 34 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 393-396.
- 35 Vgl. Erwin Reiss: Wir senden Frohsinn. Fernsehen unterm Faschismus. Berlin 1979, S. 97ff.
- 36 Ebd. S. 106.
- 37 Vgl. Georg Sturm: UrFrAnce [sic!] 1940 - 1944, Kollaboration und Filmproduktion in Frankreich. In: Hans Michael Bock/Michael Töteberg (Hrsg): Das Ufa-Buch, Kunst und Krisen, Stars und Regisseure, Wirtschaft und Politik. Frankfurt am Main 1994, S. 413.
- 38 Ebd., S. 401.
- 39 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 400.
- 40 Vgl. Boguslaw Drewniak: Der deutsche Film 1938 - 1945. Ein Gesamtüberblick. Düsseldorf 1987, S. 428, 518.
- 41 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 321-327.
- 42 Die kürzere Dauer des Films im Fernsehen gegenüber der Originalversion erklärt sich dadurch, daß die Filme für die Ausstrahlung im Fernsehen häufig zusammengeschnitten wurden. Die Stoffauswahl trafen dabei nicht die Filmemacher, sondern die Fernsehtechniker, die das Material nach Kriterien der televisuellen Eignung aussuchten. Vgl. Siegfried Zielinski: Audiovisionen, Kino und Fernsehen als Zwischenspiele in der Geschichte.

- Reinbek bei Hamburg 1989, S. 153, sowie Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 100.
- 43 Vgl. Bock/Töteberg: Das Ufa-Buch (wie Anm. 37), S. 426f.
- 44 Vgl. Peter A. Horn: Damals in Berlin und Paris... (3). In: Fernseh-Informationen Jg. 32 (1981), Nr. 5, S. 107f.
- 45 Vgl. Reiss: Wir senden Frohsinn (wie Anm. 35), S. 136
- 46 Vgl. Entretien Kurt Hintzmann (sic), recueilli par Jérôme Bourdon, In: Jérôme Bourdon et al. (éd.): La grande aventure du petit écran, la télévision française 1935 - 1975. Paris: Musée d'histoire contemporaine/BDIC et INA 1997, S. 54f.
- 47 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 342ff.
- 48 Ebd. S. 396.
- 49 Vgl. Marc Chauvierre: 75 ans de la Radio et de télévision. Paris 1989, S. 81.
- 50 Gruppe Rundfunk, Einführung eines regelmäßigen Fernsehprogrammes in Paris nach deutschen Normen und unter deutscher Führung. Paris, den 2. April 1942, Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (früher: Sonderarchiv) Moskau, 1363/1/98.
- 51 Vgl. [Kurt] W[a]g[en]f[ühr]. In: Fernseh-Informationen Jg. 32 (1981), Nr. 6, S. 137f.
- 52 Aktennotiz der Gruppe Kultur (Theater) Betr.: Gründung eines Fernsehtheaters, Paris, den 16. April 1942 Archives Nationales Paris AJ/40/1001.
- 53 Vgl. Erinnerungen eines ehemaligen Technikers der RDN, o.D. S. 12, Privatarchiv Jean-Jacques Ledos.
- 54 Vgl. Bernard Hecht in seinen unveröffentlichten Aufzeichnungen zur französischen Fernsehgeschichte, S. 22.
- 55 Vgl. Memorandum (wie Anm. 5), S. 673.
- 56 Erinnerungen (wie Anm. 53).
- 57 Vgl. Horn: Damals in Berlin und in Paris... (4 und Schluß), S. 137.
- 58 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 391.
- 59 Gespräch mit Kurt Hintzmann. Lindau, 15.8.1997.
- 60 Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 330.
- 61 Kurt Wagenführ: Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte: Trotz Besatzungszeit erstes deutsch-französisches Programm. In: Fernseh-Informationen Jg. 35 (1984), Nr. 12, S. 344.
- 62 Beim NWDR-Fernsehen finden sich manche Techniker (u.a. der bereits in Paris beim Funkeinsatztrupp 60 tätige Heinrich Sieverling), aber auch Programmpersonal des Nipkow-Senders (darunter der ehemalige Programmleiter Julius Jacobi) wieder. Auch in programmlicher Hinsicht kam es zwar zu einer anderen ideologischen Ausrichtung, aber nicht zu einem völligen Bruch mit der bestehenden Programmtradition. Manche Programmformen (ähnlich wie zu Zeiten des Verwendetenfernsehens entstandene Unterhaltungssendungen) konnten fortbestehen. Vgl. Winker: Fernsehen (wie Anm. 4), S. 426-432.
- 63 In England erfolgte die Wiederaufnahme des Fernsehbetriebes im Juni 1946. Vgl. Pierre Michel: Histoire de la radio et de la télévision. Paris 1972, S. 220.
- 64 Vgl. Jean Queval/Jean Thévenot: TV. Paris 1957, S. 139.
- 65 Vgl. Élisabeth Cazenave/Caroline Ulmann-Mauriat: Presse, radio et télévision en France, de 1631 à nos jours. Paris 1994, S. 135.
- 66 Vgl. Queval/Thévenot: TV (wie Anm. 64), S. 136.
- 67 Bei der Compagnie Française de Télévision (CFT) handelte es sich um ein gemeinsames Unternehmen der Compagnie des Compteurs (CdC) und der Société française de Radiodiffusion (SFR), gegründet 1936.
- 67 Vgl. Jean-François Domini: Pour nos étrennes 1945? La télévision. In: Radio 44 Jg. 1 (1944), H. 5, S. 3.
- 68 Vgl. ebd.
- 69 Vgl. Jean-Jacques Ledos: Cognacq Jay ou la naissance de la télévision en France. In: Cahiers du Comité d'Histoire de la Télévision 1996, Nr. 2, S. 45.
- 70 Vgl. Amoudry: René Barthélemy (wie Anm. 1), S. 254.
- 71 Vgl. Pierre Albert: Remarques sur la lenteur du développement de la télévision en France. In: Bulletin du Comité d'Histoire de la Télévision Française Jg. 8 (1981), Nr. 1, S. 20-23.
- 72 Ebd., S. 18.
- 73 Der Ausruf »A vous Cognacq Jay!« fiel erstmals bei der Direktübertragung der Ankunft der Tour de France in Paris am 26.7.1948. Vgl. Ledos: Cognacq-Jay (wie Anm. 69), S. 51.
- 74 Vgl. o.A: La maison des télévisions Cognacq Jay: Le renouveau. In: Antennes 1995, Nr. 77, S. 2.

Fernsehtuben in der DDR und anderswo

Der »eiserne Staat« habe das neue Instrument mit »kühler Berechnung gepackt« und »seinem Willen gefügig gemacht«, schrieb die westdeutsche Zeitschrift »Rufer und Hörer« im Oktober 1953 über das Fernsehen in der DDR. Der Zuschauer habe im Vorführraum keine Chance, sich durch laute Kritik vor der Propaganda abzusichern. Er müsse schlucken, was man ihm via Bildschirm einflöße, und werde so vom Fernsehen überwältigt.¹ Vier Jahre später, Ende 1957, ließ Hertha Kludes eine »Hausfrau in der Sowjetzone« in den Westen schreiben, daß die SED es sehr gern sehe, wenn fernsehlustige Leute ins Kulturhaus gingen, da die Reaktionen dort gut kontrolliert werden könnten.²

Es mag sein, daß die Funktionäre in Jena (woher der Brief gekommen sein soll) tatsächlich an die Segnungen des Gemeinschaftsempfangs glaubten, aber so stark war die Partei denn doch nicht, die Menschen am Abend zu bestimmten Sendungen in besondere Räume zu zwingen und ihnen dort auch noch den Mund zu verbieten. Daß ein Teil der DDR-Bürger das neue Medium bis Mitte der 60er Jahre nur in Fernsehstuben nutzen konnte, hatte vor allem wirtschaftliche Ursachen.

Frühe Hörgemeinden und Gemeinschaftsempfang

Erfunden hat die DDR den Kollektivempfang nicht. Der Kommunikationshistoriker Winfried B. Lerg hat darauf hingewiesen, daß die Idee von einem öffentlich versammelten Publikum am Anfang der Rundfunkgeschichte gestanden habe. Als dann aber entschieden worden sei, daß Privatleute eigene Geräte haben durften, sei die Vorstellung vom »Saalrundfunk« in den Hintergrund getreten.³ Am Ende der Weimarer Republik entstanden überall in Deutschland sogenannte Hörgemeinden. Wer nicht in der Nähe eines Senders wohnte, brauchte einen teuren Apparat, und den konnten sich sozial Schwächere nicht leisten. Also hörte man zusammen und diskutierte über das Programm. Der Anstoß kam oft von Lehrern oder Bastlervereinen. Die einen fühlten sich als Mittler für das Rundfunk-Ziel »Volksbildung«, und die anderen konnten mit den komplizierten Geräten umgehen. Die Rundfunkindustrie unterstützte die Idee. Sie sah die Hörgemeinden als Werbemittel.⁴

Werben wollten auch die Nationalsozialisten. Der Führer spricht, und die Gruppe lauscht an-

dächtig vor dem Volksempfänger unter dem Hitler-Porträt – das war ihr Rezeptionsideal.⁵ Lutz Lindegk schrieb 1950, daß die braunen Machthaber die kritische Haltung des Individuums mit der kritiklosen der Masse hätten vertauschen wollen. Der Gemeinschaftsempfang sei dadurch desavouiert worden. Wenn heute jemand darauf hinweise, daß der Rundfunk auch Gemeinschaftserlebnisse schaffen könne, sehe man darin bereits eine Art von gleichgeschaltetem Befehlsempfang.⁶

Die Herrschenden im Osten Deutschlands dachten offenbar anders. Behörden und Organisationen stellten nach dem Krieg in ihren Räumen Radios auf und nutzten dabei den Gerätemangel. Wenn die Apparate nicht schon im Bombenhagel oder auf der Flucht verlorengegangen waren, wurden sie von der Roten Armee eingezogen (wenn auch nicht überall),⁷ außerdem gab es keine Ersatzteile, vor allem keine Röhren. Deshalb hörte man ohnehin zusammen, besonders auf dem Land. Zum organisierten Empfang kamen die Menschen aber schon Anfang der 50er Jahre nur noch, wenn es in Schulen oder Betrieben an politischen Feiertagen Anweisungen für bestimmte Sendungen gab. Wer konnte, besorgte sich ein eigenes Radio oder ging zum Nachbarn.⁸

Beim Fernsehen war das nicht möglich. Als das Fernsehzentrum in Berlin-Adlershof am 21. Dezember 1952 mit dem offiziellen Versuchsbetrieb begann, gab es nur etwa 70 Apparate vom Typ Leningrad – und die standen in Gemeinschaftsräumen.⁹ Heimempfang blieb auch in den nächsten zwei Jahren die Ausnahme. Der Leningrad kostete zunächst 3 500 Mark¹⁰ und war bei einem Brutto-Durchschnittsverdienst von unter 400 Mark im Monat¹¹ selbst dann noch unerschwinglich, als der Preis im August 1953 auf 1 450 Mark gesenkt wurde. Die Ausgabe lohnte sich auch nicht: Der Bildschirm war eher ein Guckloch, kleiner als der Lautsprecher, 14 mal 19,5 cm. Außerdem mußte man das eingebaute Radio mitbezahlen, ein Rundfunkgerät aber hatten die meisten schon. Die ersten Apparate mit einer Bildschirmdiagonalen von 43 cm kamen erst im Herbst 1955 in die Geschäfte.¹² Was das Programm bis dahin bot, verlockte nicht unbedingt zum Kauf. Klaus Preisigke, später Professor an der Sektion Journalistik in Leipzig, schrieb in seiner Diplomarbeit, daß König Zufall regiert habe. 1954 sei der Programmplan zu 80 Prozent nicht erfüllt worden.¹³ Der »Spiegel« bedachte die ersten DDR-Fernseh-

schritte mit Hohn und Spott. Das Nachrichtenmagazin sprach im April 1953 von »vernichtenden Blödeleien des Kommunismus« und machte sich über eine Sendung mit dem Titel »Erbauer des besseren Morgen: Kampf gegen den Schweinerotlauf« lustig.¹⁴ Die »Aktuelle Kamera« begann als Diavortrag, brachte auch Ende 1954 nur einen Filmbericht pro Ausgabe und sonst stehende Bilder und war langsamer als Hörfunk und Tagespresse.¹⁵ Die erste Direktübertragung gab es erst zum sechsten DDR-Geburtstag am 7. Oktober 1955.¹⁶ Selbst als das neue Fernsehgerät Rembrandt Anfang 1954 auf Teilzahlung zu haben war, stieg die Teilnehmerzahl kaum, obwohl der Bildschirm anderthalbfache Leningrad-Größe hatte und es noch keine Fernsehgebühr gab.¹⁷ Ende 1954, zwei Jahre nach Programmstart, waren nur 2 213 Geräte angemeldet.¹⁸

Vielleicht begeisterten sich die Funktionäre auch deshalb für die Fernsehstuben. Arthur Nehmzow, Sendeleiter im Fernsehzentrum Berlin-Adlershof, schrieb im Mai 1954 in der Programmzeitschrift »Unser Rundfunk«, daß das Fernsehen in der DDR kein Luxus sei und kein extravagantes Unterhaltungsinstrument einiger weniger Bevorzugter, sondern jedem Arbeiter und jedem Bauern zugänglich gemacht werden solle. Deshalb habe die Nationale Front in ihren Aufklärungslokalen Apparate aufgestellt, und auch in Betrieben, Klub- und Kulturhäusern werde das Fernsehen freudig begrüßt. Da das Medium aber auf dem Lande seine größten Anhänger finde, würden die Maschinen-Traktoren-Stationen und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei der Anschaffung bevorzugt.¹⁹

Die DDR stand mit diesen Überlegungen keineswegs allein. Die »Fernseh-Informationen« waren sich im November 1950 sicher, daß für das Medium wie vor dem Krieg durch Fernsehstuben geworben werde.²⁰ Ein Jahr später sprachen sich bei einer repräsentativen Umfrage der westdeutschen Zeitschrift »Funk um die Familie« 75 Prozent der Interviewten für Fernsehstuben aus.²¹ Der Branchendienst »fff-press« berichtete 1956, daß es in Italien ganz normal sei, im Café oder beim Bier unter Freunden gemeinsam fernzusehen. Offenbar sei der Gemeinschaftsempfang für Länder mit niedrigem Lebensstandard besonders geeignet.²² In Österreich richteten Kinobesitzer Ende der 50er Jahre Fernsehstuben ein, stimmten die Anfangszeiten mit ihrem Filmprogramm ab und hofften, so mehr Publikum anzulocken.²³ Paradebeispiel in der westdeutschen Diskussion aber waren die Tele-Klubs in Frankreich, die ähnlich arbeiteten wie die Hörgemeinden in der Weimarer Republik. Die evangelische Fachkorrespondenz »Kirche und Rund-

funk« meinte Anfang 1953, daß der Gemeinschaftsempfang zwar »fernsehremd« sei, man hier aber die Keimzellen künftiger Fernsehhaushalte erblicken könne. Dieser Weg müsse auch in Deutschland gangbar sein.²⁴ Mitte 1954 zählte »fff-press« 14 Fernsehklubs in der Bundesrepublik. Jeder habe 15 bis 20 Mitglieder, vor allem junge Leute, die über das Programm sprechen würden. Allerdings gebe es oft schon Aufnahmesperren, um die Fernsehmosphäre nicht zu zerstören.²⁵ Das Land Nordrhein-Westfalen kaufte für Alters- und Jugendwohnheime Fernsehgeräte,²⁶ und der Intendant des Hessischen Rundfunks, Eberhard Beckmann, warb Ende 1954 vor 50 Bürgermeistern für das Fernsehen auf dem Land. Zuvor hatte Beckmanns Rundfunkanstalt die Dorfgemeinschaftshäuser beim Gerätekauf unterstützt.²⁷ Die »Fernseh-Informationen« schätzten, daß 1,8 Millionen Deutsche das Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 am Bildschirm verfolgt haben

»in ihren Wohnungen, in den Vorführräumen des Handels, in den überfüllten Gaststätten, in drangvoll fürchterlicher Enge vor den Schaufenstern der Fachgeschäfte, in Hallen von Zeitungsgebäuden, in Fernsehstuben der verschiedensten Art, ja selbst in Scheunen auf dem Lande, die in aller Eile zu Empfangsräumen (...) ausgestaltet worden waren.«²⁸

Daß man den Gemeinschaftsempfang in der Bundesrepublik trotzdem sehr schnell in die Schublade »wesensfremd«²⁹ legen konnte, hat sowohl mit dem nationalsozialistischen Fernsehen zu tun (das aus dem Stuben-Alter nicht herauskam und von dem man sich wie vom Osten abgrenzen wollte), als auch mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab Mitte der 50er Jahre. Steigende Löhne und Renten, mehr Freizeit und der Wunsch nach Häuslichkeit brachten die Fernseh-Lawine ins Rollen. Der Hamburger Fernsehhistoriker Knut Hickethier hat darauf hingewiesen, daß das Grundprinzip Privatbesitz auch durch das Verkaufsinteresse der Geräteindustrie gefördert worden sei. Trotzdem habe es noch bis in die 60er Jahre kollektiven Empfang in öffentlichen Räumen gegeben.³⁰

Winfried B. Lerg meinte 1967, daß unklar sei, warum die Nationalsozialisten auf den Gemeinschaftsempfang gesetzt haben. In Großbritannien habe es Ende 1937 schon 1 600 angemeldete Fernsehteilnehmer gegeben. Dort sei das Medium offensichtlich auf dem besten Weg gewesen, sich mit seinem Publikum zu treffen. Vielleicht habe Goebbels auf die Chance zum Massenabsatz warten wollen. Möglicherweise sei so aus einer technischen Notwendigkeit eine kommunikationspolitische Tugend geworden.³¹

Antwort auf die Planwirtschaft

Eine ähnliche Vermutung liegt auch für die DDR nahe. Die Planwirtschaft war lange nicht in der Lage, den Bedarf an Fernsehgeräten zu befriedigen. Die Fünf-Jahr-Planer konnten offenbar nicht ahnen, wie schnell die Nachfrage steigen würde. 1955 beschlossen sie, bis zum Ende des Jahrzehnts insgesamt 350 000 Apparate zu bauen,³² 1960 aber wurde schon der Millionste Teilnehmer begrüßt. Wie schwer dieser Sprung der Volkswirtschaft gefallen sein mag, verdeutlicht eine Glosse aus der Satirezeitschrift ›Eulenspiegel‹ von 1960: Das Fernsehgerätewerk in Radeberg habe sich verpflichtet, den Plan um 15 000 Stück zu überbieten. Leider aber würden die notwendigen Gehäuse fehlen. Es habe sich kein Betrieb gefunden, der gegen Geld und gute Worte geneigt gewesen wäre, die Produktion zu übernehmen. Alle seien ausgelastet mit dem Bau von monströsen Vitrinen und bombastischen Musikschränken.³³ Die Gehäuse waren auch schon 1956 ein Problem. Als immer größere Stückzahlen gebraucht wurden, ging der Auftrag an das Mähdrescherwerk (!) Weimar. Dort aber gab es keine Polierer.³⁴ Devisenmangel zwang die DDR außerdem dazu, einen Teil der Produktion zu exportieren. Ab 1959 wurden zwar Geräte aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn eingeführt, überall frei zu kaufen aber gab es Fernsehapparate erst ab März 1964.³⁵ Vorher mußte man bis zu zwei Jahre warten³⁶ – es sei denn, man kaufte einen »Gebrauchten« (der mehr kostete als ein neues Gerät)³⁷ oder bestach den Händler.³⁸ Die Produzenten nutzten diese Situation aus und bauten vor allem teure Geräte.³⁹ Anders als in der Bundesrepublik blieb der Preis immer über der 1 000-Mark-Grenze, und obwohl es auch im Osten ein kleines Wirtschaftswunder gab, stiegen die Einkommen und Renten bei weitem nicht so schnell wie im Westen. Ratenkäufe wie 1954 waren erst wieder möglich, als der Geräteengpaß überwunden war.⁴⁰

Fernsehtuben hätten da vor allem den sozial Schwächeren helfen können, aber wie schon bei den Nationalsozialisten funktionierte die Idee nicht. Fernsehkritiker Kurt Wagenführ versuchte schon 1937, die Enttäuschung der Stubenbesucher zu mildern. Den Vergleich mit dem Kino mußte das neue Medium verlieren.⁴¹ Die Reichspost klagte Anfang 1937, daß in den Fernsehtuben vor allem Leute saßen, die eine billige Wärmequelle suchten. Anderen werde dadurch der Besuch verleidet. Auch in späteren Postberichten wurde soziales Elend als Motiv genannt, in die Fernsehtube zu gehen. Man spare so das Geld für die Kinokarte.⁴²

In der DDR waren die Fernsehtuben zunächst leer. Das Programm lief ab 20.00 Uhr, Feierabend aber war um fünf. Drei Stunden im Betrieb warten wollte keiner und abends zurückkommen erst recht nicht. Noch nutzloser waren die Apparate in den Pionierräumen. Sendungen für Schulen gab es nicht, und abends um acht lagen die Kinder im Bett.⁴³ Die Programmzeitschrift ›Unser Rundfunk‹ sprach im Sommer 1953 von einem Schildbürgerstreich. Der Staat bezahle einen Haufen Geld für ein Programm, das niemand sehe. So könne beispielsweise das Gerät im Haus der Ministerien tagsüber beschnuppert werden, abends aber sei der Raum verschlossen. Selbstbedienung traue man dem Publikum nicht zu, und die Überstunden für einen Techniker könnten nicht bezahlt werden. In ganz Berlin gebe es nur eine einzige öffentliche Fernsehanlage.⁴⁴

Wenigstens dieser Mangel wurde bald behoben. Die Geräte wurden planmäßig überall dort verteilt, wo die Sendungen aus Berlin zu empfangen waren, zunächst in und um Leipzig (hier wurde der Sender zur Herbstmesse 1953 eingeweiht), später im Dresdner Raum und im Erzgebirge, in Thüringen und an der Ostseeküste. Ende 1955 waren 45 Prozent der DDR-Fläche »fernsehversorgt«, drei Jahre später 70 Prozent, wobei es auch innerhalb dieses Gebietes noch Versorgungslücken gab, in Tälern beispielsweise.⁴⁵

Verteilung der Empfangsstellen

Die Zahl der Fernsehtuben läßt sich nur schätzen. ›Unser Rundfunk‹ zufolge soll es schon zur Herbstmesse 1954 allein im Bezirk Leipzig 204 gegeben haben.⁴⁶ Klaus Preisigke tippte für Ende 1955 auf rund 2 500 im ganzen Land.⁴⁷ Die zuständige Abteilung in Berlin-Adlershof kannte im Mai 1956 erst 1 000 Stuben, vermutete aber, daß das nur ein Drittel des Bestandes sei.⁴⁸ Ein halbes Jahr später, Ende 1956, konnte man dann bei einer Umfrage zum Thema schon 1 450 Adressen anschreiben.⁴⁹

Ein Großteil dieser Stuben existierte aber wahrscheinlich nur auf dem Papier, und selbst bei denen, die arbeiteten, konnte von einer »Überwältigung durch den Bildschirm« keine Rede sein. Auf das erwähnte Rundschreiben kamen nur 121 Antworten, eine Quote von unter zehn Prozent, obwohl das Fernsehzentrum immer wieder anbot, mit den Zuschauern zu diskutieren und das Programm auf Wunsch zu ändern. Nach einer Reise in den Bezirk Karl-Marx-Stadt im April 1956 schrieb ein Mitarbeiter des Adlershofer Fernsehtubenreferats, daß die Dorfgemeinschaften der Nationalen Front im all-

gemeinen versagen würden. Keine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft reagiere auf Briefe, und beim Rat des Bezirkes habe sich gezeigt, daß sich niemand um die Fernsehgeräte auf dem Land kümmere.⁵⁰ Auch in Dresden hätten die Bezirksleitungen der Organisationen nicht die leiseste Spur einer Initiative gezeigt und alle den Eindruck gemacht, daß sie auf Anleitung von oben warteten.⁵¹ In Berlin-Buchholz schaffte es die Nationale Front, drei Jahre ein Gerät ohne Antenne zu hüten. Der Stadtbezirksausschuß lehnte die 300 Mark für den Bau immer wieder ab und begründete dies mit den ständigen Senderumstellungen. Abgegeben wurde der Apparat aber auch nicht, weil man das doch dem eigenen Wirkungsbereich nicht antun könne.⁵² Im September 1956 war in Berlin jeder zweite Fernseher der Nationalen Front nicht in Betrieb, weil im Plan kein Geld für Ersatzröhren vorgesehen war.⁵³ In einigen Stuben wurde deshalb mit der Büchse gesammelt.⁵⁴ Einen weiteren Engpaß gab es beim Personal. Nicht überall fand sich ein Rentner zur Betreuung von Stube und Gerät.⁵⁵ Im Bezirk Erfurt lehnte die Nationale Front ein Programmplakat ab, weil dort der ganze Wochenplan abzulesen war, die Stubenleiter aber nicht jeden Tag öffnen wollten.⁵⁶

Geschlossen blieben die Türen vor allem bei politischen Programmen. Am 26. September 1956 ging ein Mitarbeiter aus Adlershof in neun Agitationslokale der Nationalen Front in Berlin, um festzustellen, ob die Sendung »Treffpunkt Berlin« gesehen wird. Die Gesprächsrunde mit Karl-Eduard von Schnitzler galt als wichtig für die Organisation. Ferngesehen wurde in keiner Stube.⁵⁷ In Halle nahmen die Leute den »Treffpunkt« immerhin noch mit, wenn hinterher eine Unterhaltungssendung kam.⁵⁸ Wenn ein Interview sich gar zu lange hinzog, ging man einfach.⁵⁹ Die Stubenleiter bekamen die Kritik ab, und so verwundert es nicht, daß sie auf die »Aktuelle Kamera« schimpften (langweilig, unaktuell)⁶⁰ und noch mehr auf die vielen Programmänderungen. Daß man nicht wisse, ob die angekündigte Sendung wirklich laufe, sei ein großes Hindernis.⁶¹

Die Berichte aus den Fernsehstuben zeigen, daß die Zuschauer vor allem zu Unterhaltungssendungen kamen, zur »Rumpelkammer«, in der der Schauspieler Willy Schwabe Ausschnitte aus alten UFA-Filmen zeigte, zur Radio-Show »Da lacht der Bär«, die zunächst so, wie sie war, auf den Bildschirm gebracht wurde, aber auch zu den Kindersendungen mit Meister Nadelöhr und Flax und Krümel.⁶² Wer in der Maschinenfabrik Halle den »Bären« sehen wollte, mußte sich zwar vorher einen Kurzvortrag über die politische Lage anhören,⁶³ aber das waren die

Leute gewohnt. »Welt«-Korrespondent Wolfgang Weinert beobachtete Ende 1954 eine »Gleichgültigkeit gegenüber den ausgelaugten Parolen«. Die Menschen hätten es alle satt.⁶⁴ Und der Berliner Magistrat klagte im Sommer 1956, daß die Geräte in den Jugendheimen oft beschädigt oder einfach auf Westen umgestellt würden.⁶⁵

Immerhin wurden die Aufklärungslokale der Nationalen Front etwas besser besucht als in der Vor-Fernsehzeit.⁶⁶ Bei der Handball-Weltmeisterschaft 1958 in der DDR waren die Fernsehstuben sogar überfüllt.⁶⁷ Aber selbst bei Sportübertragungen gab es Pannen. Dieter Wales, Sportredakteur des »Neuen Deutschland« (ND), klapperte 1956 in Berlin vier Aufklärungslokale ab, um den Box-Länderkampf DDR-Ägypten zu sehen – Fehlanzeige. Auch in Leipzig sah es nicht viel besser aus. Dort kamen die Boxfans nur in drei von zwölf Stuben auf ihre Kosten. ND-Kommentar: »Die Aufklärungslokale der Nationalen Front haben auch das Recht, für den Sport zu werben.«⁶⁸

Der Gemeinschaftsempfang klappte nur, wenn die Leute für sich selbst einen Nutzen sahen – entspannen, die Kinder am Sonntag vormittag beschäftigen, die Wartezeit vor der Nachtschicht verkürzen⁶⁹ – oder wenn sie freiwillig mitmachten. Dann konnte es auch vorkommen, daß ein ND-Reporter 20 Lehrlinge im Fernsehraum bei der »Aktuellen Kamera« überraschte. Die Jugendlichen hatten sich ihr Gerät mit Gemüseanbau verdient. »Weil der Fernseher viel Schweiß und Freizeit gekostet hat, braucht er nun sein Dasein nicht hinter einem vorhängeschloßbewährten Gatter zu fristen.«⁷⁰ Auch im Kreis Stollberg erarbeiteten sich die Einwohner das Geld für den Apparat gemeinsam, stellten ihn beim Wirt auf, und fortan war die Fernsehstube Mittelpunkt des Dorflebens. Die Funktionäre waren froh, denn wenn Kontrolleure aus Berlin kamen, hatten sie ein Vorzeigeobjekt.⁷¹

Fernsehen als Fluchtmöglichkeit in eine »andere Welt«

Diese Beispiele passen ins Bild. Der Hamburger Historiker Axel Schildt, der sich mit dem Siegeszug des Fernsehens in der Bundesrepublik beschäftigt hat, beobachtete eine Tendenz zur Häuslichkeit und meinte, daß das Fernsehen diese ein wenig verstärkt habe. Die Bevölkerung habe das neue Medium nach extrem langen Arbeitstagen vor allem als billige Fluchtmöglichkeit in eine »andere Welt« genutzt.⁷² Warum sollte das in der DDR anders gewesen sein? Warum sollen die Menschen nicht auch hier genug von politischer Vereinnahmung gehabt und sich nach

einem Stück Privatleben gesehnt haben – nach den Chaos- und Streßjahren, die viele getrennt von der Familie, vielleicht in Behelfsbehausungen oder gar auf der Flucht verbracht hatten? Wenn man der Politik auch am Arbeitsplatz schlecht ausweichen konnte, dann doch wenigstens in der freien Zeit. Warum also abends in eine Fernsehstube gehen – es sei denn, eine Unterhaltungssendung oder eine Sportübertragung versprachen Ablenkung oder aber man hatte sich selbst für den Fernsehraum engagiert und traf hier Nachbarn und Freunde und nicht den Geruch politischer Organisation.

Wieviele Zuschauer in die Fernsehstuben gingen, ist nicht mehr genau festzustellen. Die empirische Sozialforschung hat in der DDR, von wenigen Ausnahmen abgesehen, erst Mitte der 60er Jahre begonnen. Vorher, im »Stuben-Zeitalter«, galt Demoskopie als bürgerliche Spielerei und unwissenschaftlich. Auch die historischen Arbeiten der DDR-Journalistikwissenschaft helfen nicht weiter. Dort spielt der Rezipient keine Rolle.⁷³ Und im Westen? Konrad Dussel hat kürzlich die Behauptungen glossiert, die in den 50er Jahren über die Radionutzung in der DDR kursierten.⁷⁴ Beim Fernsehen sah es nicht viel besser aus. Karolus Heinz Heil meinte Anfang der 60er Jahre, daß der »organisierte Gemeinschaftsempfang« noch eine »gewisse Bedeutung« habe.⁷⁵ Rolf Geserick hat dagegen vermutet, daß schon 1956 der Empfang im Wohnzimmer der Normalfall gewesen sei. Warum sonst habe man schließlich eine Gebühr eingeführt.⁷⁶ Die Fachkorrespondenzen berichteten zwar regelmäßig über die DDR (anders etwa als die Programmzeitschrift ›Hör zu‹), aber schon Anfang der 50er Jahre begann die Ära der Gerüchte und Vermutungen. Die ›Fernseh-Informationen‹ etwa bezogen ihr Wissen aus Besuchen in (West)Berlin und auf der Leipziger Messe. Die Tageszeitung ›Die Welt‹ hat 1955 von einem Dilemma gesprochen. Der Korrespondent könne nicht in die »Zone« fahren und auch nicht per Telefon schnell nachfragen, ob eine Information tatsächlich stimme, die ihm zugetragen worden sei. Etwas schreiben aber müsse er doch.⁷⁷

Informationen über die Zuschauer

Zwei Quellen gibt es immerhin, die wenigstens bedingt Aufschluß über die DDR-Fernseh-zuschauer in den 50er Jahren geben. Sowohl das gesamtdeutsche Ministerium in Bonn als auch der Hohe Kommissar (und ab 1955 dann die Botschaft) der USA in der Bundesrepublik haben bis zum Mauerbau Befragungen von DDR-Bürgern in Auftrag gegeben und sich dabei besonders für die Mediennutzung interessiert.

Während das Bonner Ministerium Interviewer von Infratest in Notaufnahmeflager schickte, ließen die Amerikaner (West)Berlin-Besucher befragen. Die Interviewer, Deutsche, gingen an Grenzübergänge und in Wechselstuben, auf Messen und zur Grünen Woche. Die Amerikaner haben alle damit verbundenen Schwierigkeiten selbst eingeräumt. Zum einen sei es gar nicht leicht gewesen, die Ostdeutschen herauszufiltern, und dann hätten sich die Leute oft beobachtet gefühlt, DDR-Agenten vermutet und ein Gespräch abgelehnt.⁷⁸ Zwar hatte man einige Quoten vorgegeben (Geschlecht, Herkunft nach Ländern, über oder unter 40 Jahre), um die Repräsentativität zu sichern, aber in den Forschungsberichten wurde immer wieder auf mögliche Verzerrungen hingewiesen. So seien die Leute, die nach (West)Berlin oder Helmstedt kämen, wahrscheinlich aktiver, aufgeweckter und hätten außerdem einen höheren ökonomischen Status.⁷⁹ Letzteres galt besonders für die Industrieausstellungen. Fachbesucher und Geschäftsleute sowie besser Gebildete waren hier überdurchschnittlich stark vertreten.⁸⁰ Vielleicht haben auch die Kontrollen durch die DDR-Behörden auf dem Ring um Berlin manchen von einer Fahrt abgehalten. Einige Berufsgruppen, etwa Journalisten, mußten sich schriftlich verpflichten, (West)Berlin nicht zu betreten. Wer ertappt wurde, konnte entlassen werden. Die Umfragen waren zudem stark auf den RIAS zugeschnitten. Die Befragten sollten beispielsweise einschätzen, wieviel der Sender für den Osten getan habe und wie wirkungsvoll er gegen die Ostpropaganda sei, und außerdem Gründe für das RIAS-Hören angeben.⁸¹ Daß solche Fragen zu Verzerrungen führen, liegt auf der Hand.

Ähnlich problematisch scheinen die Umfragen in den Notaufnahmeflagern. Für die Insassen ging es hier um die Anerkennung als politischer Flüchtling und damit in gewisser Weise um die Zukunft. Die Infratest-Leute wiesen zwar vor dem Gespräch darauf hin, daß die Antworten keinerlei Einfluß auf das Notaufnahmeverfahren hätten, gaben aber zu, daß die Befragten sehr gefällig gewesen seien.⁸² Das verwundert angesichts der Berichterstattung in den DDR-Medien nicht (Tenor: Geheimdienstler – getarnt natürlich – quetschen Flüchtlinge aus).⁸³ Einige Antworten mußten hinterher ausgesondert werden, weil sie den Interviewern übertrieben schienen.⁸⁴ Repräsentativität war in den Lagern nicht zu erreichen. Das Notaufnahmeverfahren durchlief in der Regel nur ein Familienmitglied, der Hauptverdiener. Bei einer Umfrage zum Rundfunkempfang 1955 waren 80 Prozent der Befragten Männer, 91 Prozent Erwerbstätige und nur ein Prozent im Rentenalter.⁸⁵ Michael Jansen hat es

1987 in seiner Magisterarbeit über die Ostsendungen der westdeutschen Rundfunkanstalten abgelehnt, die Ergebnisse der Infratest-Umfragen zu verwenden. Selbst dem demoskopischen Laien müsse doch klar sein, daß die Bereitschaft zur Flucht aus der DDR zu einem überdurchschnittlichen Interesse an den Westmedien führe.⁸⁶ Dieser Einwand berührt auch das Thema Fernseh-Ort, denn die DDR-Bürger konnten durchaus wissen, daß Kollektivempfang in der Bundesrepublik verpönt war (durch Besuche etwa oder aus dem Radio). Wenn der Interviewer aber fragte, wie einzelne Sender zu empfangen sind oder ob man das Fernsehen überhaupt schon kenne, dürfte »Gefälligkeit« keine Rolle gespielt haben. Hier sind die Ergebnisse verwendbar, zumal die regionale Verteilung mit den DDR-Verhältnissen übereinstimmte.

Die Umfragen zeigen zudem einen klaren Trend: Obwohl Fernsehbesitzer in der DDR bis Ende der 50er Jahre eine kleine Minderheit waren, spielte der Kollektivempfang nur eine untergeordnete Rolle. Die Amerikaner haben zwar nicht nach dem Gerätebesitz gefragt, dafür aber nach der Fernsehhäufigkeit. Im Herbst 1956 sagten nur drei Prozent von 500 ostdeutschen Industriemessebesuchern in (West)Berlin, daß sie täglich fernsehen würden. Drei Jahre später waren es acht Prozent.⁸⁷ Im Juli 1958 hatten vier Prozent der von Infratest befragten Flüchtlinge einen eigenen Fernsehapparat. Das Fernsehpublikum war aber weit größer. Sah noch 1956 nur knapp jeder vierte wenigstens manchmal das Programm des Deutschen Rundfunks, lag dieser Wert 1959 schon bei 52 Prozent. Die meisten gaben an, bei Freunden und Bekannten zu gucken. Bei allen drei Befragungen erklärten jeweils nur knapp über 20 Prozent der »Seher«, zum Gemeinschaftsempfang zu gehen.⁸⁸ 1956 schrieb Infratest nach einer Umfrage unter geflüchteten Arbeitern, daß die Fernsehstuben ihr Ziel nicht erreichen könnten, da sie dem Medium nicht adäquat seien. Dadurch habe das Fernsehen in der DDR praktisch keinen Einfluß.⁸⁹

Immerhin dürften etliche DDR-Bürger den »Zauberspiegel« in einer Fernsehstube kennengelernt haben. Isseroda in Thüringen war da sicher keine Ausnahme: Im Juni 1955 stiegen Schuldirektor, LPG-Chef und Bürgermeister mit den Dorfbewohnern auf einen LKW und fuhren zum nächsten Fernsehapparat. Anlaß: eine Reportage über den Ort. »Oft geht ein Raunen durch die Zuschauer. Viele sehen sich selbst – und auf einmal platzt es in die Stille... »Guck mal, da ist die Hilde!«⁹⁰

Trotz aller Mißerfolge stand der Gemeinschaftsempfang auch bei späteren Funktönnernhoch im Kurs. Während mei-

ner Grundausbildung in der Armee, 1985, wurden alle Lauffähigen jeden Montagabend zum »Schwarzen Kanal« befohlen, und bei der Aufnahmeprüfung für ein Studium an der Sektion Journalistik, eine ganze Woche in einem Schulungsheim in Bad Saarow, 1988, endete der Tag jeweils im Fernsehraum mit der »Aktuellen Kamera«.

Anmerkungen

- 1 Fernsehen hinter dem Eisernen Vorhang. In: Rufer und Hörer Jg. 8 (1953/54), Oktober, S. 87-90.
- 2 Hertha Kludes: Briefe von Deutschland nach Deutschland. Aus dem Alltag einer Hausfrau in der Sowjetzone. München 1959, S. 42.
- 3 Winfried B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels. Frankfurt am Main 1965, S. 227.
- 4 Bernhard Liedmann: »Hörgemeinden« in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur historischen Rezeptionsforschung des Rundfunks. In: Mitteilungen StRuG Jg. 13 (1987), H. 2, S. 147-166.
- 5 Vgl. Heiko Zeutschner: Die braune Mattscheibe. Fernsehen im Nationalsozialismus. Hamburg 1995, S. 36, 142.
- 6 Lutz Lindegk: Gemeinschaftsempfang oder Gemeinschaftserlebnis? In: Rufer und Hörer Jg. 5 (1950/51), Nr. 2, S. 81-85.
- 7 Die Entscheidung lag beim Ortskommandanten, und so verwundert es nicht, daß nach dem Einmarsch in jeder Stadt anders verfahren wurde. Während beispielsweise in Görlitz bis August 1945 rund 25 000 Radios eingezogen wurden (bei 33 860 Rundfunkteilnehmern), war dies in anderen sächsischen Städten gar kein Thema. In Wurz wurden die Einwohner zunächst aufgefordert, ihre Geräte innerhalb von drei Tagen abzuliefern, dann verlängerte der Kommandant die Frist mehrmals und stoppte die Aktion schließlich. Zurückgegeben wurden die Geräte nicht, und der Oberbürgermeister beklagte sich bei der Landesverwaltung, weil er andere Beispiele kannte. Der SMAD-Befehl Nr. 78 vom 27.9.1945 erlaubte dann zwar die Nutzung von Kleingeräten, aber nun ging das Durcheinander erst richtig los, denn »ehemalige aktivistische Mitglieder der faschistischen Partei« waren vom Empfang ausgeschlossen. Außerdem gestattete der Befehl nur Geräte mit höchstens drei Röhren in Privathand. Der Landrat von Schwarzenberg meinte Ende November 1945, daß die Radioaktion die Stimmung zum Sieden gebracht habe. Gerade Kommunisten hätten oft große Apparate gehabt, um die Auslandssender hören zu können. Die Nazis dagegen könnten ihre Geräte behalten, weil sie Goebbels ja auch per Volksempfänger bekommen hätten. In

- den Akten des sächsischen Amtes für Information wird außerdem von »aktivem Austauschen«, Schwarzhörern und Vergleichen mit dem Hitler-Regime berichtet. Der Befehl Nr. 132 vom 20.4. 1946 hob dann alle Beschränkungen auf, konnte aber Streit um die »Geschäfte« und Beschlagnahmen der Vormonate nicht verhindern. Nicht alle Geräte waren mehr da und nicht jeder Tausch mehr rückgängig zu machen. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden. Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident. Amt für Information Nr. 4513.
- 8 Vgl. Rufen und Hören in der Sowjetzone. In: Rufer und Hörer Jg. 6 (1951/52), Nr. 7, S. 374-380. – Die Radiomacher forderten die Hörer zwar immer wieder auf, sogenannte Abhörergemeinschaften zu bilden, zusammen zu hören, zu diskutieren und das Ergebnis dann an den Sender zu schicken, Erfolg aber hatten sie damit nicht. Intendant Hans Mahle klagte 1950, daß es zwar einzelne Gemeinschaften bei den Landesvorständen der FDJ gebe, aber das sei ja nicht der Kern der Sache. Gerhard Walther meinte ein Jahrzehnt später, daß das Ganze maßlos aufgebauscht worden sei. Abhörergemeinschaften habe es nur vereinzelt gegeben. Vgl. Intendanten- und Chefredakteurstagung. 15.8.1950. Protokoll, S. 13. Deutsches Rundfunkarchiv Berlin (DRA Berlin), Historisches Archiv, Hörfunkbestand; Gerhard Walther: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berlin 1961, S. 179. Vgl. auch Eine Bitte an die Hörer. In: Der Rundfunk Jg. 7 (1952), Nr. 24, S. 7; Wie arbeiten unsere Abhörergemeinschaften. In: Unser Rundfunk Jg. 8 (1953), Nr. 13, S. 9.
- 9 Vgl. Klaus Preisigke: Die Entstehung des Deutschen Fernsehfunks in der Periode des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Karl-Marx-Universität Leipzig. Fakultät für Journalistik: Diplomarbeit 1965, S. 8.
- 10 Vgl. Albert Donle: Bühne ohne Publikum. Derer von Schilda newestere Streych. In: Unser Rundfunk Jg. 8 (1953), Nr. 31, S. 19.
- 11 Bruttodurchschnittsverdienst für Arbeiter und Angestellte in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben 1952: 352 Mark, 1953: 378 Mark, 1954: 408 Mark. Vgl. Ralf Rytlewski, Manfred Opp de Hipt: DDR in Zahlen 1945/49 - 1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. München 1987, S. 108f.
- 12 Preis- und Größenangaben bei Preisigke: Die Entstehung (wie Anm. 9), S. 15f.
- 13 Ebd., S. 19.
- 14 Sowjetzone: Zilles bunte Bühne. In: Der Spiegel Jg. 7 (1953), Nr. 16, S. 30.
- 15 Vgl. Klaus Preisigke: Die Entstehung (wie Anm. 9), S. 23, 26.
- 16 P.S.: Zeitgeschehen – ferngesehen. In: Unser Rundfunk Jg. 10 (1955), Nr. 43, S. 3.
- 17 Der Rembrandt kam aus dem Sachsenwerk Raabeberg. Bildgröße: 18 mal 24 Zentimeter, Preis: 1 300 Mark. Der Darlehensvertrag konnte mit jeder Sparkasse abgeschlossen werden und sah eine Anzahlung von 325 Mark vor. Vgl. Funktechnisches: Fernsehempfänger »Rembrandt«. In: Unser Rundfunk Jg. 9 (1954), Nr. 14, S. 21. – Eine Gebühr hatten Fernsehteilnehmer ab 1. Juli 1956 zu zahlen. Sie lag zunächst bei vier Mark und wurde zum 1.7.1962 auf sieben Mark (einschließlich Hörfunk) erhöht. Das reichte aber nicht, um die Kosten zu decken. Vgl. Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR. München 1989, S. 67, 147.
- 18 Preisigke: Die Entstehung (wie Anm. 9), S. 16.
- 19 Arthur Nehmzow: Fernsehen – ein neuer politischer Faktor. In: Unser Rundfunk Jg. 9 (1954), Nr. 19, S. 19.
- 20 Noch vor Weihnachten öffentliches Fernsehprogramm in Hamburg. In: Fernseh-Informationen Jg. 1 (1950), 1. Folge vom 1. November, S. 5.
- 21 Wgf. [Kurt Wagenführ]: 1952 bringt Bewegung in die Fernsehentwicklung. Ebd., Jg. 3 (1952), 1. Januar-Ausgabe, S. 2.
- 22 Tele-Clubs als Sicherung. Die UNESCO und die Gefahren des Fernsehens. In: fff-press Jg. 5 (1956), Nr. 22, S. 8f.
- 23 Österreichische Sorgen über Fernsehstuben in Kinos. In: fff-telefilm Jg. 7 (1958), Nr. 30, S. 59.
- 24 Nicht auf den anderen warten – wenn die Zahl der Fernsehteilnehmer wachsen soll. In: epd/Kirche und Rundfunk 1953, H. 8, S. 2f.; vgl. auch: Die ländlichen Fernsehclubs in Frankreich. In: fff-press Jg. 1 (1952), Nr. 18 vom 8. Dezember, S. 5.
- 25 14 Fernsehclubs in der Bundesrepublik. In: fff-press Jg. 3 (1954), Nr. 19 vom 27. Mai, S. 3.
- 26 Karl Heinz Rassing: Die umstrittenen Kulturfonds: Hamburg gab nur 13 Prozent für Rundfunkzwecke aus. In: fff-press Jg. 3 (1954), Nr. 24, S. 1.
- 27 Fernsehen als »Fenster in die Welt«. Gemeinschaftsempfang in hessischen Dörfern. In: fff-press Jg. 3 (1954), Nr. 44, S. 4.
- 28 Juni 1954: Rekordmonat des deutschen Fernsehens. In: Fernseh-Informationen Jg. 5 (1954), Nr. 13, S. 297.
- 29 Vgl. auch Hans Gabler: Fernsehen im Einzel- und Kollektivempfang. In: Rundfunk und Fernsehen Jg. 4 (1956), Nr. 2, S. 148-154.
- 30 Knut Hickethier: Der Fernseher. Zwischen Teilhabe und Medienkonsum. In: Wolfgang Ruppert (Hrsg.): Fahrrad, Auto, Fernsehschrank. Zur Kulturgeschichte der Alltagsdinge. Frankfurt am Main 1993, S. 169f.

- 31 Winfried B. Lerg: Zur Entstehung des Fernsehens in Deutschland. In: Rundfunk und Fernsehen Jg. 15 (1967), Nr. 4, S. 369f.
- 32 Beschlußvorlage über den Ausbau des Fernsehens in der DDR. Ohne Datum (Anfang 1955), S. 7. Bundesarchiv (BA) Berlin DM 3 BRF II. Nr. 472.
- 33 Gisela Steineckert: Der Wurm im Gehäuse. In: Eulenspiegel Jg. 7 (1960), Nr. 24, S. 11.
- 34 P.S.: Warum zuwenig Fernsehapparate? In: Unser Rundfunk Jg. 11 (1956), Nr. 50, S. 2.
- 35 Vgl. Rolf Marschke: Historischer Abriß sowie perspektivische Aspekte des Auf- und Ausbaus der Sendernetze der Deutschen Post für den UKW-Hör- und Fernsehfunk unter Berücksichtigung ausgewählter Probleme der Rundfunkversorgung. Dresden: Hochschule für Verkehrswesen Friedrich List. Diplomarbeit 1975, S. 123, 144.
- 36 Vgl. u.a. P. S.: Warum zuwenig Fernsehapparate (wie Anm. 34); Preisigke: Die Entstehung (wie Anm. 9), S. 13; Brief von Hanna Wiesenack aus Oybin an den DFF vom 2. April 1963. DRA Berlin. Historisches Archiv. Abteilung Zuschauerforschung. Sammlung Zeitgeist. F 1/121. Bl. 165.
- 37 Vgl. Kl-s.: Preisgestaltung für gebrauchte Empfangsgeräte. In: Unser Rundfunk Jg. 13 (1958), Nr. 11, S. 17.
- 38 John Stave: Raben auf der Mattscheibe. In: Eulenspiegel Jg. 9 (1962), Nr. 21, S. 10.
- 39 Institut für Marktforschung: Statistische Entwicklung der Einzelhandelsverkaufspreise und Preis- aufbau im Sortiment Elektrotechnik. 1. Februar 1970, S. 13. BA Berlin DL 102. Nr. 628, S. 13.
- 40 Vgl. Geserick: 40 Jahre (wie Anm. 17), S. 205f.
- 41 Vgl. Knut Hickethier: Zwischen Einschalten und Ausschalten. Fernsehgeschichte als Geschichte des Zuschauens. In: Werner Faulstich (Hrsg.): Vom »Autor« zum Nutzer: Handlungsrollen im Fernsehen. München 1994, S. 247.
- 42 Ab 1936 brauchte man zwar auch in der Fernsehstube eine Eintrittskarte, aber diese wurde nur ausgegeben, um eine Überfüllung zu verhindern, und kostete nichts. Vgl. Zeutschner: Die braune Mattscheibe (wie Anm. 5), S. 140ff.
- 43 Vgl. Albert Donle: Fernsehen – gernsehen! In: Unser Rundfunk Jg. 8 (1953), Nr. 45, S. 19.
- 44 Donle: Bühne ohne Publikum (wie Anm. 10).
- 45 Vgl. Marschke: Historischer Abriß (wie Anm. 35), S. 109, 118f.
- 46 Unser Rundfunk Jg. 9 (1954), Nr. 37, S. 12f.
- 47 Preisigke: Die Entstehung (wie Anm. 9), S. 46.
- 48 Fritz Füssler: Schon 1 000 Fernsehstuben bekannt, aber... In: Unser Rundfunk Jg. 10 (1956), Nr. 22, S. 12.
- 49 Umfrage vom November/Dezember 1956, S. 1. DRA Berlin. Historisches Archiv. Referat Fernsehstuben. F 1/112/11/5/1.
- 50 Bericht über die Dienstreise nach Karl-Marx-Stadt am 11. und 12.4.1956. Ebd.
- 51 Reisebericht: Dresden am 20.3.1956. Ebd., S. 1
- 52 Zur Situation der Fernsehstuben der Nationalen Front in Berlin. Berichtsstand: Juli 1956. Ebd., S. 4.
- 53 Erfahrungsaustausch mit Berliner Fernsehstuben am 27.9.1956. Ebd., S. 3.
- 54 Vgl. Bericht über die Reise vom 12. bis 16.11. 1956 in den Bezirk Halle. Ebd., S. 4.
- 55 Ein Mitarbeiter des Fernsehentrums schrieb im Dezember 1955, daß im Landkreis Leipzig vor allem Rentner die Stuben betreuen würden. Dies sei der »Weg des geringsten Widerstandes«. Bericht über die Dienstreise vom 30.11. bis 2.12. nach Leipzig und Halle. Ebd., S. 2.
- 56 Bericht zur Reise vom 27. bis 29.8.1956 in den Bezirk Erfurt. Ebd., S. 1.
- 57 Betrifft: Fernsehempfang in Agitationslokalen der Nationalen Front. Ebd.
- 58 Bericht über die Dienstreise vom 30.11. bis 2.12. nach Leipzig und Halle. Ebd., S. 4.
- 59 Vgl. den Leserbrief von Erich Müller aus Grimma. In: Unser Rundfunk Jg. 8 (1954), Nr. 43, S. 8.
- 60 Erfahrungsaustausch mit Berliner Fernsehstuben (wie Anm. 53), S. 3.
- 61 Zur Situation der Fernsehstuben der Nationalen Front in Berlin (wie Anm. 52), S. 3.
- 62 Vgl. Umfrage (wie Anm. 49), S. 4; Bericht über die Reise vom 12. bis 16.11.1956 (wie Anm. 54), S. 1; Erfahrungsaustausch mit Berliner Fernsehstuben (wie Anm. 53), S. 1.
- 63 Bericht über die Reise vom 12. bis 16.11.1956 (wie Anm. 54), S. 2.
- 64 Wolfgang Weinert: Es flüstert in der Zone. In: Die Welt Jg. 9 (1954), Nr. 241, S. 3.
- 65 Fernsehstuben, Bezirk Berlin. 13.6.1956, S. 1. DRA Berlin (wie Anm. 49).
- 66 Aus der Zone. In: Fernseh-Informationen Jg. 7 (1956), Nr. 4, S. 68.
- 67 H.R.: Das große Beispiel. In: Neues Deutschland Jg. 13 (1958), Nr. 59, S. 6.
- 68 D.W. [Dieter Wales]: Fernsehen. In: Neues Deutschland Jg. 11 (1956), Nr. 147, S. 8.
- 69 Vgl. Bericht über die Reise vom 12. bis 16.11. 1956 (wie Anm. 54), S. 1f.

- 70 Rolf-Peter Bernhardt: Dorf des Frohsinns und der guten Laune. In: Neues Deutschland Jg. 16 (1961), Nr. 77. Beilage »Für die Jugend«.
- 71 Betrifft: Reise vom 18. bis 20.9.1956 nach Limbach-Oberfrohna, Stollberg und Burgstädt, S. 3. DRA Berlin (wie Anm. 49).
- 72 Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995, S. 206, 279.
- 73 Vgl. z.B. Günter Raue: Geschichte des Journalismus in der DDR 1945 - 1961. Leipzig 1986.
- 74 Konrad Dussel: Der DDR-Rundfunk und seine Hörer. Ansätze zur Rezeptionsforschung in Ostdeutschland (1945 - 1965). In: RuG Jg. 24 (1998), H. 2/3, S. 122.
- 75 Karolus Heinz Heil: Das Fernsehen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1953 - 1963. Bonn, Berlin 1967, S. 156.
- 76 Geserick: 40 Jahre (wie Anm. 17), S. 68
- 77 E.W.S.: Gedichte schrieb sie leider nicht. In: Die Welt Jg. 10 (1955), Nr. 122, S. 10.
- 78 Vgl. Anna J. Merritt/Richard L. Merritt: Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949 - 1955. Urbana u.a. 1980, S. 32.
- 79 Vgl. Attitudes behind the Iron Curtain. A Survey Approach to the East German Thinking. IV. Radio Listening in the East Zone. HICOG-Report No. 90 1951, S. 1. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.
- 80 Radio Listening and TV Viewing in East Germany. Embassy-Report No. S-3, 1959. Composition of the Sample. Ebd.
- 81 Vgl. u.a. East Zone Radio Listening. Trends and Current Evaluations of RIAS. HICOG-Report No. 189, 1953. Ebd., S. 9-17.
- 82 Infratest: Empfangsmöglichkeiten und Nutzung westdeutscher und westlicher Auslandssender in der SBZ. Ergebnisse einer Umfrage bei Ostzonenflüchtlingsen. September/Oktober 1955, S. 2.
- 83 Vgl. z.B. Heinz Stöckert: Wie Bonn Republikflüchtige zur Spionage mißbraucht. In: Neues Deutschland Jg. 10 (1955), Nr. 44, S. 2.
- 84 Infratest: Empfangsmöglichkeiten (wie Anm. 82), S. 2.
- 85 Ebd., S. 1-5.
- 86 Michael Jansen: »Liebe Hörer in der Zone«. Zu einem Aspekt des Kalten Krieges in den bundesdeutschen Rundfunkprogrammen der fünfziger Jahre. Magisterarbeit. Freiburg im Breisgau 1987, S. 80.
- 87 Radio Listening (wie Anm. 80), Part IV – East Zone TV Viewing. – Obwohl die Zahl der Geräteanmeldungen noch deutlich schneller gestiegen war (1956: 70 706, 30. Juni 1959: 434 234), scheint das Ergebnis plausibel, wenn man den sozialen Status der Befragten bedenkt. Auch in der Bundesrepublik waren Selbständige unter den ersten Fernsehteilnehmern überdurchschnittlich stark vertreten. Vgl. Geserick: 40 Jahre (wie Anm. 17), S. 69; Unser Rundfunk Jg. 14 (1959), Nr. 36, S. 20; Gerhart Goebel: Wer sieht das Fernsehprogramm? Die berufsständische Gliederung der Fernsehteilnehmer 1953. In: Fernsehen Jg. 2 (1954), Nr. 1, S. 7-12.
- 88 Infratest: Rundfunkempfang und Nutzung westlicher Fernsehsender in der SBZ. Juli 1958, S. 45; Radio Listening (wie Anm. 80).
- 89 Infratest: Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ. 1956. Teil I: Analyse, S. 86. BA Koblenz B 137, Nr. 783.
- 90 J.P.: »Guck, da ist die Hilde!« In: Unser Rundfunk Jg. 10 (1955), Nr. 28, S. 19.

Kein Auferstehen aus Ruinen

Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern (1990 – 1992)*

Zehn Jahre Mauerfall – das ist wahrlich ein Grund zum Feiern. Aus dem bankrotten Staat mit »real existierendem Sozialismus« ist binnen weniger Jahre ein Teil der demokratischen Bundesrepublik geworden. Wie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens erhielt auch die Rundfunklandschaft der ehemaligen DDR kompatible Strukturen – nämlich zwei völlig neue öffentlich-rechtliche Anstalten: den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und den Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB). Das Land Mecklenburg-Vorpommern schloß sich dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) an, die Ostberliner werden seitdem vom Sender Freies Berlin (SFB) versorgt. Diese Entwicklung blieb allerdings nicht ohne Kritik, sowohl aus den Reihen der Politik, der Medienpraktiker als auch der Rechtswissenschaftler: Sie reichte von verpaßter »Chance für unsere Demokratie«¹ über Verzicht auf »Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit«² bis hin zu verfassungsrechtlichen Bedenken und der Verurteilung als »Kolonialisierung«.³ Sie macht deutlich, daß es sich um eine äußerst spannungsgeladene, diskussionsreiche Phase handelte, in der verschiedene medienpolitische Interessen miteinander kollidierten.

Fast in Vergessenheit gerät dabei die gleichzeitige Abwicklung der »Einrichtung« – jener zwei Fernsehvollprogramme und fünf Hörfunkprogramme der DDR. Nur wenige Überbleibsel in den Programmen der Nachfolgesender erinnern heute noch an sie: der ostdeutsche »Sandmann«, »Polizeiruf 110«, »Klartext«, »Ozon«, der MDR-Jugendsender »Sputnik« sowie die vielen Wiederholungen alter Fernsehfilme und -serien.

Fest steht aber: Was sich den neuen Ländern als Ausgangslage am 3. Oktober 1990 bot, war nicht mehr der alte Rundfunk, der mit Propagandisten wie Karl-Eduard von Schnitzler gegen den Klassenfeind BRD hetzte: Dazwischen lag ein Jahr Entwicklung, in dem auch Fernsehen und Hörfunk der DDR im Zeichen des revolutionären Umbruchs verändert wurden. Allerdings standen diese Demokratisierungsprozesse im Zeichen eines Demokratiemodells, das sich radikaler als das repräsentative der Bundesrepublik auf basisdemokratische Ansätze stützte – ganz im Zeichen des Runden Tisches. Die Folgen waren nicht nur Festlegung auf Meinungs- und Informationsfreiheit, Staatsferne und jegliches Zen-

surverbot in DDR-Gesetzen und Rundfunkstatuten, sondern auch ausgeprägte Mitbestimmungs- und Berufsrechte für die Mitarbeiter. Dennoch blieb nach wie vor eine Angst vor den alten Medienmachern in der Luft – schließlich hatten sie doch 40 Jahre lang parteitreuen Rundfunk par excellence gesendet.

Nein, die neuen Länder wollten die einst so mächtigen Propagandaapparate nicht mehr haben – trotz Programm- und Personalvereinbarungen. Der Einigungsvertrag von 1990 setzte in seinem Artikel 36 die Landesparlamente zeitlich unter Druck. Bis 1. Januar 1992, 0.00 Uhr, mußte über den Rundfunk in Ostdeutschland entschieden worden sein: Entweder wäre die Einrichtung dann in öffentlich-rechtliche Anstalten überführt worden, oder sie mußte aufgelöst werden. Die Länder wählten die erste Option. Warum? Das soll dieser Beitrag klären. Er wird noch einmal die Rundfunkgeschichte von 1990 bis 1992 rekapitulieren sowie die kritischen Passagen und Besonderheiten von MDR-Staatsvertrag und ORB-Rundfunkgesetz untersuchen. Kritiker monieren oft eine unzulängliche Staatsferne von öffentlich-rechtlichen Rundfunkorganen – gilt dieser Vorwurf auch für die neuen Anstalten und deren Entstehungsgeschichte? Welche Interessen verfolgte die administrative Politik? Im Vordergrund steht die Gründungsentwicklung des ORB – nicht nur wegen der geographischen Nähe zur Einrichtung, sondern auch wegen der Tatsache, daß Brandenburg, das einzige der fünf neuen Bundesländer unter einer SPD-geführten Regierung, den Sendestart mit geringem Etat im Alleingang versuchte. Im gleichen Zeitraum wurden die entscheidenden Weichen für den nationalen Hörfunk gestellt – auch diese Entwicklung ist Teil der Deutschen Äthervereinigung und wird im letzten Kapitel beschrieben.

Der Weg zu neuen Rundfunkanstalten

Die Diskussionen über die Neuordnung des Rundfunks auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erhielten nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 und vor allem nach den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern am 14. Oktober aus zweierlei Gründen neue Perspektiven: Zum einen war die Rundfunkhoheit mit Inkrafttreten des

Einigungsvertrages formell endgültig in die Hände der Länder gelegt worden. Damit waren auch rundfunkspezifische Vereinbarungen zwischen den Ländern der alten Bundesrepublik und provisorischen Regionalausschüssen der ehemaligen DDR gegenstandslos geworden, wie z.B. der Beschluß des Westberliner Senats und des Ostberliner Magistrates vom 3. Juli 1990, in dem die Errichtung einer neuen öffentlich-rechtlichen »Landesrundfunkanstalt Berlin-Brandenburg« durch Vereinigung von SFB, Berliner Rundfunk und Antenne Brandenburg festgelegt worden war.⁴ Zum anderen ließen die Mandatsverteilungen und die Regierungsbildungen in den einzelnen Ländern neue Diskussionen über bereits vorgeschlagene Konstellationen der künftigen Rundfunkanstalten erwarten.

Positionsbestimmungen der Landtage und Ideen von außen

Die administrative Medienpolitik trat nach den Landtagswahlen zunächst in eine länger anhaltende Pause. Während die Landesparlamente aufgrund der unterentwickelten Infrastruktur, der teilweise lang anhaltenden Koalitionsverhandlungen wie in Brandenburg und der anfänglichen Schwierigkeiten bei der Herstellung einer effektiven Verwaltung überbelastet waren,⁵ hatten die politischen Diskussionen vom Herbst 1990 bis zum Sommer 1991 zunächst zu klären, ob in jedem der fünf neuen Länder eine eigene Rundfunkanstalt gegründet werden sollte oder ob es aus finanziellen Gründen sinnvoller wäre, Mehrländeranstalten anzustreben. Vielfältige Modelle wurden von den Landtagsfraktionen und Ausschüssen entwickelt, aber auch von unbeteiligten Dritten an die Landesregierungen herangetragen.

Konzepte für separate Rundfunkanstalten in Sachsen und Thüringen

Es hatte zunächst den Anschein, als verfolgte die Mehrzahl der neuen Bundesländer Konzepte eigenständiger Rundfunkanstalten. Schon im September 1990 hatte die Initiative Sächsisches Landesmediengesetz (ISL) unter der Leitung von Helmut Schmidt einen ersten Entwurf für einen eigenen öffentlich-rechtlichen Sächsischen Rundfunk (SRF) vorgelegt. Die Besonderheit dieses Entwurfes war die Minorität der in Sachsen vertretenen Landtagsfraktionen im Aufsichtsgremium. Im Auftrag des Vize-Chefs der Dresdner Bezirksverwaltung, Arnold Vaatz (CDU), überarbeitete der Technische Direktor des Bayerischen Rundfunks, Frank Müller-Römer, diese Passage des ISL-Entwurfes durch Einbeziehungen der

bayerischen Regelungen: Jede Landtagsfraktion sollte pro 20 Abgeordnete einen Sitz im Rundfunkrat erhalten, die Landesregierung nochmals einen. Dieser Entwurf lag im November dem sächsischen Landtag zur Beratung vor.⁶

Auch in Thüringen gab es zur gleichen Zeit Konzepte für einen eigenständigen Thüringischen Rundfunk (ThR). Diese wurden Anfang Oktober von der Arbeitsgruppe Medienpolitik, einem politisch beratenden Ausschuß zur Bildung des Landes Thüringen, der sich aus Vertretern aller gesellschaftlichen Kräfte zusammensetzte, in Zusammenarbeit mit Rundfunkjuristen aus Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland entwickelt. In Anlehnung an die hessischen Verhältnisse war vorgesehen, den künftigen Intendanten mit weitgehenden Kompetenzen auszustatten.⁷

Plan für eine separate Rundfunkanstalt in Brandenburg

Für eine eigene Rundfunkanstalt sprach sich auch der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg, Wolfgang Birthler, Mitte Dezember aus: Die Rundfunkanstalt könne einen Beitrag für den Erhalt der »bestehenden Medienindustrie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen« leisten.⁸ Mit der bestehenden Medienindustrie meinte er jedoch nicht die Objekte der Einrichtung, sondern die der Deutschen Film AG (DEFA) und der Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf« (HFF) in Potsdam-Babelsberg. Die Forderungen nach einer ökonomisch sinnvolleren Mehrländeranstalt wies er zurück, denn Brandenburg habe immerhin mehr Einwohner und Fernsehzuschauer als das Saarland und Bremen zusammen. Trotzdem seien im Rahmen eines dritten Fernsehprogrammes Kooperationen mit anderen Anstalten anzustreben.⁹

Für eine solche Anstalt existierte auch bereits ein Rundfunkgesetzentwurf von Lutz Borgmann,¹⁰ der an das WDR-Gesetz angelehnt ist. Der Entwurf sieht einen Brandenburgischen Rundfunk mit Sitz in Potsdam und Außenstudios in Cottbus sowie in Frankfurt/Oder. vor. Wie von Birthler erwähnt, sind darin auch »Vereinbarungen mit anderen Rundfunkveranstaltern zum Zwecke gemeinsamer Programmgestaltung« eingeplant (§ 2,7). Bemerkenswert erscheinen in diesem Entwurf die Bestimmungen über die Organe der Anstalt (§§ 21 und 22): Dem Direktor werden weit weniger Kompetenzen zugesprochen als beispielsweise im Thüringer Konzept. Außerdem bekämen in dem aus mindestens 30 Mitgliedern bestehenden Rundfunkrat Vertreter aller im Landesparlament vertretenen Parteien – 1990 waren das fünf – jeweils einen Sitz (§ 11),

sie selbst dürften jedoch nicht einem Parlament oder einer Regierung angehören (§ 10, 3).¹¹

Empfehlung der Sachverständigengruppe Medienordnung

Entgegen all diesen Konzepten, eigenständige Landesrundfunkanstalten zu errichten, appellierte die Sachverständigengruppe Medienordnung, die bereits im Juli das Konzept für den gescheiterten Beschluß zwischen (West)Berliner Senat und (Ost)Berliner Magistrat entwickelt hatte,¹² im November an Berlin und Brandenburg, eine Mehrländeranstalt zu gründen:

»In Berlin und Brandenburg ist nur eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt zu angemessener Programmgestaltung in der Lage. [Deshalb] (...) sollten die Länder Berlin und Brandenburg an das Land Sachsen-Anhalt (und gegebenenfalls auch an das Land Mecklenburg-Vorpommern) mit dem Vorschlag herantreten, eine gemeinsame Mehrländer-Rundfunkanstalt aufzubauen und darüber einen Staatsvertrag (...) abzuschließen.«¹³

Aus Gründen der Integration, des Frequenzmangels und der Wirtschaftlichkeit sei diese Lösung anzustreben. Betont wurde dabei, daß die neue Anstalt sowohl die Rechtsnachfolge des SFB als auch jener Teile der Einrichtung antreten solle, die den betroffenen Ländern gemäß Einigungsvertrag durch einen Staatsvertrag zufließen, um deren technischen und personellen Potentiale nutzen zu können.¹⁴

Das Ziel, den SFB mindestens mit Brandenburg zu einer Mehrländeranstalt zu vergrößern, verfolgte auch SFB-Intendant Günther von Lojewski, der allerdings gegen die Übernahme von Einrichtungsteilen war. Lojewski habe seine Ansprüche jedoch so direkt vertreten, daß ihm vorgehalten worden sei, er habe damit einen »Alleinvertretungsanspruch« für ganz Berlin begründen wollen.¹⁵

Vorstellungen zur Gründung von Mehrländeranstalten

Im Dezember 1990 kursierten bei den Politikern verschiedener Parteien in Ost und West, in den einzelnen Landtagsfraktionen und westdeutschen Rundfunkhäusern, aber auch in der Presse verschiedene Denkmodelle. Vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen waren diese nicht mehr an der Errichtung von einzelnen Rundfunkanstalten für jedes neue Bundesland orientiert. Mit Rücksicht auf die Rundfunkgeschichte bot sich auch an, die ehemaligen Konstellationen vor 1933 in die Überlegungen der Rundfunkneuordnung mit einzubeziehen: In jener Zeit war Mecklenburg der Nordischen Rundfunk AG (NORAG), dem heutigen Norddeutschen Rund-

funk (NDR) zugeordnet, Vorpommern, Brandenburg und die Altmark (nördlicher Teil Sachsen-Anhalts) gehörten zur Funk-Stunde AG in Berlin, und die Mitteldeutsche Rundfunk AG (MIRAG) in Leipzig umfaßte die Länder Sachsen, Thüringen und die preußische Provinz Sachsen-Anhalt (ohne Altmark).¹⁶

In einer Rundfunkneuordnung ausschließlich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und (West)Berlin gab es – angelehnt an die traditionellen Zugehörigkeiten – Überlegungen, sowohl Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen als auch Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin in einer Mehrländeranstalt zu verbinden. Als weitere Varianten im Zusammenhang mit Forderungen nach einer gleichzeitigen Reorganisation der ARD standen die Kombinationen NDR und Mecklenburg-Vorpommern (eventuell auch mit Sachsen-Anhalt), Hessischer Rundfunk (HR) und Thüringen sowie SFB, Brandenburg und Sachsen zur Diskussion.¹⁷

Gründungsentwicklung der Mehrländerrundfunkanstalt MDR

Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) trat als einer der ersten mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt zu gründen. Seiner Überzeugung nach war dies der einzige Weg, ein ausreichendes Gebührenaufkommen und eine finanzielle Unabhängigkeit von den westlichen ARD-Rundfunkanstalten ohne Finanzausgleichsansprüche zu erreichen. Dieser Grundgedanke fand ein positives Echo bei den Landtagen in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Im Januar 1991 gab deshalb Thüringen seine bisherigen Pläne auf, eine gemeinsame Anstalt mit dem Hessischen Rundfunk zu errichten.¹⁸

Bereits am 14. Februar unterzeichneten die Ministerpräsidenten in Dresden die entsprechende Absichtserklärung über die Bildung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) und am 30. Mai in Erfurt den Staatsvertrag, der sich in Typ und Formulierung an den westdeutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkgesetzen und -staatsverträgen orientierte.¹⁹ Daß sich die Ministerpräsidenten der drei Länder in der relativ kurzen Zeit einig wurden, auch über den Sitz des MDR in Leipzig, habe seinen Grund nicht zuletzt in ihrer gemeinsamen Parteizugehörigkeit gehabt, diagnostizierten professionelle Beobachter.²⁰

Mit der Gründung des MDR schufen die drei Länder nicht nur in kurzer Zeit für den Rundfunk föderalistische Strukturen und gleichzeitig die Voraussetzung für die Zulassung privater An-

bieter, sondern sie machten im Staatsvertrag auch deutlich, daß in diesen Ländern die bestehenden Rundfunkstrukturen der Einrichtung aufgelöst werden und der MDR einen personellen Neuanfang machen sollte.²¹

Sowohl der Gründungsprozeß als auch der Staatsvertrag des MDR selbst wurden scharf kritisiert: Die Besetzung der Position des Gründungsintendanten mit Udo Reiter (CSU)²² und des neunköpfigen Gründungsbeirates mit Vertretern der Regierungsparteien der drei Länder entsprach keineswegs dem Grundsatz der Staats- und Parteiferne.²³ Es wurde kritisiert, daß Reiter bis auf eine Ausnahme nur Westdeutsche als Rundfunkdirektoren eingesetzt habe: Henning Röhl (CDU), Karola Sommerey (SPD), Ulrike Wolf (CDU-nah), Ralf Reck (CDU), Kurt Morneweg, Rudolf Markner (vorher im Planungstab des Rundfunkbeauftragten für die Einrichtung, Rudolf Mühlfenzl), Thomas Nissen (FDP) und als einziger Ostdeutscher Peter Kocks. Ja, diese Besetzungen seien gar »noch perfektere Muster parteipolitischer Einflußnahme« als in der alten Bundesrepublik.²⁴ Auch die Passagen des Staatsvertrages, die die Zusammensetzung des ordentlichen Rundfunkrates bestimmen, weisen in dieser Hinsicht grobe Mängel auf: Neben 24 Vertretern anderer gesellschaftlich bedeutsamer Organisationen ist der Rundfunkrat zusammengesetzt aus

»1. je einem Vertreter der Landesregierungen, 2. Vertretern der in mindestens zwei Landtagen durch Fraktionen oder Gruppen vertretenen Parteien in der Weise, daß jede Partei entsprechend der Gesamtstärke der Fraktionen oder Gruppen je angefangene fünfzig Abgeordnete ein Mitglied entsendet.«²⁵

Parlamentarier sind nach § 18 zulässig. Bei der Gestaltung des Vertrages seien die »eindeutigen parteipolitischen Mehrheiten« der betroffenen Landtage »zu verführerisch gewesen«:

»Wie am Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) studiert werden kann, werden die rechtlichen Strukturen dort noch ungenierter als im Westen darauf ausgerichtet, politische Stromlinienförmigkeit zu ermöglichen (...)

Der MDR-Staatsvertrag (...) [ist] Exempel einer Politik (...), die in der Rhetorik zwar pluralistisch sein mag, in der Umsetzungsrealität aber einseitig machtorientiert.«²⁶

Diese scharfe Kritik läßt sich nur verstehen, wenn als Hintergrund bewußt ist, daß sich der DFF und der Hörfunk in der Übergangszeit von 1989 bis 1990 selbst Statute gegeben hatten, die von vielen Rechts- und Medienwissenschaftlern ebenso wie von Politikern durchaus als positiv und vorbildlich – auch für das westdeutsche Rundfunksystem – empfunden wurden. Das gilt insbesondere für die Formulierungen zum Kulturauftrag, für die Zusammenset-

zung und die Kompetenzen der Rundfunkräte und für die Bestimmungen zur inneren Rundfunkfreiheit.²⁷ Im MDR-Staatsvertrag wurde an diese Normen und Konzepte nicht einmal ansatzweise angeknüpft.

Gründungsentwicklung der Landesrundfunkanstalt ORB

Parteilpolitische Gemeinsamkeiten wie die der Regierungen in den MDR-Ländern gab es zwischen Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nicht. Hier standen gegensätzliche Interessen auch innerhalb der Landtage einem genauso schnellen Neuaufbau von gemeinsamen Landessendern im Wege. Trotzdem betonte auch der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, die Notwendigkeit einer Kooperation mit anderen Anstalten, vornehmlich mit dem SFB. So erklärte sich die Potsdamer Landesregierung im März 1991 bereit, Verhandlungen mit Berlin und Mecklenburg-Vorpommern über eine mögliche Mehrländeranstalt mit dem Namen Nordostdeutsche Rundfunkanstalt (NORA) zu führen.

Scheitern der Mehrländeranstalt NORA

Die Grundpositionen, auf die sich die Chefs der Senats- und Staatskanzleien für den Abschluß eines Staatsvertrages zur Gründung der NORA am 10. April 1991 geeinigt hatten, entsprachen weitestgehend den Empfehlungen der Sachverständigengruppe Medienordnung vom November 1990.²⁸ Daß dieses Vorhaben der gemeinsamen Rundfunkanstalt NORA, für das es im Juni bereits einen ausgearbeiteten Staatsvertrag gab,²⁹ letztlich scheiterte, lag an der Ablehnung durch den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern. Dort hatte sich die Mehrheit schon im April gegen die NORA und für einen Beitritt zum NDR ausgesprochen, während Ministerpräsident Alfred Gomolka (CDU) und seine Regierung noch immer die nordostdeutsche Lösung favorisierten.³⁰

Der Staatsvertragsentwurf sah die Leitung durch einen Intendanten sowie einen zentralen Rundfunkrat vor, in den die drei Länder je neun Mitglieder entsenden sollten. Er beabsichtigte auch die Gründung von Landesfunkhäusern mit eigenen Direktoren und Rundfunkräten in jedem Land. Die personelle Besetzung sollte jedoch entsprechend der jeweiligen Sendergröße erfolgen.³¹ Demnach hätte aber der Anteil des SFB die Hälfte, der Anteil der beiden neuen Bundesländer je ein Viertel betragen.³²

Nachdem Mecklenburg-Vorpommern aus dem NORA-Projekt ausgestiegen war, gewann

dieser Personalschlüssel für die Brandenburger eine neue Dimension: Zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern hätte Brandenburg noch einen gleichen personellen Stellenanteil wie der SFB gehabt. Die Vorstellung jedoch, allein mit Berlin einen derartigen Verbund einzugehen, löste im Potsdamer Landtag sogleich den »David-Goliath-Vergleich«³³ aus. Außerdem schien der SFB mit seinem Haushaltsdefizit von 96 Millionen DM (1991) ohne Mecklenburg-Vorpommern kein attraktiver Partner mehr zu sein. Die Brandenburger Regierung hielt die NORA nicht mehr für realisierbar. Verantwortlich dafür war auch die Haltung der Koalitionsfraktionen.

Die NORA stand im Gegensatz zu den Plänen des Hauptausschusses des Brandenburger Landtages und der Koalitionsparteien, eine separate Landesrundfunkanstalt zu gründen, mit der »die kulturelle Identität des Landes« unterstützt werde. Auf Grundlage eines Staatsvertrages sollten bestenfalls Kooperationsbeziehungen – möglicherweise auch in einem »Anstaltsverbund« – eingegangen werden, um die finanzielle Lücke einer separaten Anstalt zu schließen.³⁴

Vorschaltgesetz

Die Brandenburger Koalitionsfraktionen hatten sich schon früh für eine parallele Vorgehensweise entschieden, die angesichts des immer enger werdenden Zeitrahmens bis zur endgültigen Auflösung der Einrichtung am Ende des Jahres auch als gerechtfertigt erschien: Schon am 12. Februar kündigte der Hauptausschuß der SPD-Landtagsfraktion an, einen eigenen Entwurf eines »Gesetzes über den Rundfunk in Brandenburg« einzubringen, das vor der Sommerpause zu verabschieden sei. Mit einer separaten Anstalt in Potsdam-Babelsberg wollte die Fraktion dabei aber nicht nur die »kulturelle Identität«, sondern vor allem auch die Rundfunkhoheit Brandenburgs gesichert wissen:

Die Länder würden sich mit Abschluß des Staatsvertrages mehr oder weniger aus der Rundfunkpolitik verabschieden. Bei einer eigenen Landesrundfunkanstalt erläßt das Land (der Landtag) das Gesetz zu seiner Bildung und behält auf Dauer die Gesetzgebungsmöglichkeit. Getroffene Entscheidungen sind prinzipiell rückholbar.³⁵

Für den Fall, daß die Beratungen zur NORA ohne Ergebnis bleiben würden, brachten die Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 am 12. Juni gemeinsam ein Vorschaltgesetz zur Gründung des Rundfunks Brandenburg (RBr) ein, das Wahlen und Aufgaben von Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Intendant sowie Berufung und Aufgaben eines Gründungsbeauftragten regelte.³⁶ Diese Bestimmungen gehen auf den Ge-

samtgesetzentwurf derselben Fraktionen zurück, der sich in erheblichen Maße an dem Entwurf Borgmanns orientiert.³⁷ BIRTHLER begründete diesen Schritt:

»[Bis zum 1. Januar 1992] (...) müssen in Brandenburg die Studios und die Technik stehen, damit ab 1992 die Rundfunkversorgung in unserem Land gewährleistet ist (...) Um das noch verbleibende halbe Jahr effektiv zu nutzen, müssen wir zweigleisig fahren. Wir machen den notwendigen ersten Schritt zur Gründung einer Rundfunkanstalt (...) Das heißt, wir müssen schon jetzt in der Form wirksam werden, daß wir einen Gründungsbeauftragten berufen.«³⁸

Dabei seien auch gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die die Zusammenarbeit mit anderen Rundfunkanstalten ermöglichen. Vor allem bedeute das Vorschaltgesetz aber, »eine schlanke Anstalt« zu gründen, die auf privatwirtschaftliche Dienstleistungen zurückgreife.³⁹ Mit dieser »Spagatübung«⁴⁰ war es den Brandenburgern möglich, bereits die Gründung des RBr in die Wege zu leiten, während die Option für die NORA noch offengehalten wurde.⁴¹

Als das Vorschaltgesetz am 26. Juni gegen die Stimmen der CDU beschlossen wurde, bestand jedoch kaum noch die Möglichkeit, die NORA zu verwirklichen: Stolpe berichtete dem Brandenburger Parlament: »Die offizielle Auskunft, die ich vor wenigen Minuten aus Schwerin bekommen habe, heißt: NORA liegt auf Eis.« Deshalb bat auch Stolpe den Landtag, dem Gesetz zuzustimmen, denn »das Fest« solle »nicht hinausgeschoben werden«.⁴²

Berufung eines Gründungsbeauftragten

Mit dem Beschluß des Vorschaltgesetzes bestätigten die Abgeordneten gleichzeitig die Ernennung des ehemaligen WDR-Intendanten Friedrich Wilhelm v. Sell zum Gründungsbeauftragten, der schon im Sommer 1990 am Entwurf des Rundfunk-Überleitungsgesetzes der DDR-SPD beteiligt war. V. Sell war laut dem verabschiedeten Gesetz vom Ministerpräsidenten zu berufen und durch den Landtag zu bestätigen (§ 14, 1).⁴³ Die sich hier widerspiegelnde und vorher stets kritisierte staatliche Einflußnahme auf eine Rundfunkanstalt durch die Berufung des leitenden Organs war in diesem Falle jedoch zu vernachlässigen, weil der Beauftragte erstens einer genau definierten Vorläufigkeit unterstand und zweitens in seinen Kompetenzen stark eingeschränkt war.⁴⁴ Seine Aufgabe war somit allein die »Planung und Vorbereitung des Aufbaus« der Rundfunkanstalt (§ 14, 2).⁴⁵

V. Sell, den es gereizt habe, »sozusagen auf der grünen Wiese einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk völlig neu aufzubauen«,⁴⁶ bezog zusammen mit seinem Stellvertreter, Gerhard

Hirschfeld, drei Räume auf dem DEFA-Gelände in Potsdam-Babelsberg. Aber gerade seine eingeschränkten Kompetenzen schienen einem schnellen Aufbau entgegenzustehen. Der aus unterschiedlichen rundfunkpolitischen Auffassungen resultierende Konflikt zwischen den Koalitionspolitikern und v. Sell verzögerte dringende Sach- und Personalentscheidungen: Seine Pläne, bereits 150 bis 180 Arbeitsverträge abzuschließen, bevor überhaupt ein Strukturkonzept bestand, stießen wie seine Berechnungen des künftigen Finanzbedarfes von rund 260 Millionen DM auf den Widerstand des Hauptausschusses unter der Leitung Birthlers, der die »schlanke Anstalt« verwirklicht sehen wollte.⁴⁷ Und so waren dem Gründungsbeauftragten durch Kompetenzstreitigkeiten »wochenlang die Hände gebunden«.⁴⁸

Vor allem drängte v. Sell darauf, möglichst umgehend Rundfunkmitarbeiter der »Einrichtung« einzustellen, »damit sie für Brandenburg gesichert werden können«.⁴⁹ Denn die sahen sich durch die Massenentlassungen, die der Rundfunkbeauftragte einleitete, bereits veranlaßt, sich auch in anderen Berufssparten zu bewerben. Nach Vorlage des geforderten Strukturplanes⁵⁰ bewilligte der Hauptausschuß erst am 24. September die Einstellung von 180 Personen auf Probe.⁵¹

Gesetz über den Rundfunk Brandenburg

Am 25. September 1991 verabschiedete der Landtag mit großer Mehrheit das in wenigen Punkten geänderte Gesetz über den Rundfunk Brandenburg (RBr-Gesetz) der Koalitionsfraktionen. Mit diesem sei es nun möglich, »daß die Ziele für eine »schlanke Anstalt« erreicht« würden, so Birthler vor dem Landtag. Die Entwicklung, die in der Alt-ARD gelaufen sei, sollte nicht die Brandenburgs sein. Es ermögliche auch die ganz enge Kooperation zu anderen Anstalten, aber eben »auf der Basis von zwei gleichberechtigten Rundfunkanstalten«.⁵² Neben den Grundsätzen der »Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit« für die »schlanke Anstalt« (§§ 5, 3 und 34) wird eben diese Kooperationsmöglichkeit im RBr-Gesetz festgelegt (§ 5, 1):

Der RBr ist verpflichtet, durch Zusammenarbeit mit Rundfunkanstalten im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Ziele des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu fördern und den Programmauftrag wirtschaftlich effizient zu verwirklichen. Er kann mit anderen Rundfunkanstalten zusammenarbeiten.⁵³

Programmauftrag und Aufgaben

Für das Rundfunkgesetz ist eine völlige Konformität mit der bundesrepublikanischen Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht festzustellen, was sich in der nahezu wortgetreuen Übernahme der Normen aus dem WDR-Gesetz begründet.⁵⁴ So heißt es z.B. im Programmauftrag des RBr (§ 4):

»Der RBr veranstaltet Rundfunk als Medium und Faktor des Prozesses freier Meinungsbildung und als Sache der Allgemeinheit.

Der RBr hat in seinen Sendungen einen umfassenden Überblick über das internationale, nationale und landesbezogene Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sein Programm hat der Information, Bildung, Unterhaltung und Beratung zu dienen. Er hat Beiträge zur Kultur und Kunst anzubieten.«⁵⁵

Die Übereinstimmung mit den westdeutschen Rundfunkregelungen findet sich aus gleichem Grund im Grundversorgungsauftrag (§ 3, 2), in den Programmgrundsätzen (§§ 6 und 7) und in den Regelungen über Werbung, Verlautbarungsrecht, Gegendarstellung, Beschwerden sowie Beweissicherung (§§ 8 bis 13). Das betrifft auch den Paragraphen über die Programmmitarbeiter – die Übernahme der WDR-Regelungen läßt auch die großzügige innere Rundfunkfreiheit entfallen, wie sie im Volkskammerbeschluß und in den Statuten der »Einrichtung« festgeschrieben war. Zwar handeln die Journalisten »in eigener journalistischer Verantwortung«, doch »Weisungsrechte der Vorgesetzten« bleiben dabei unberührt (§ 27).⁵⁶

Organisation des RBr

Auch die Organisation des RBr orientiert sich durch die Leitfunktion des WDR-Gesetzes an westlichen Vorbildern bzw. an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Neben der Zusammensetzung betrifft das auch die Aufgaben der Räte – somit ebenfalls die Kompetenzen des Intendanten.⁵⁷

Vor allem ist zu bemerken, daß die Organisation des RBr – wie schon im Modell von Borgmann – im Gegensatz zum MDR unter Staatsfreiheitsgesichtspunkten nicht zu beanstanden ist: Die Zusammensetzung des binnenpluralistisch organisierten Rundfunkrates umfaßt im Vergleich mit anderen Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten nur zu einem geringen Teil Vertreter des Staates. Neben 19 Mitgliedern der im Gesetz aufgeführten Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen entsendet »jede Landtagsfraktion ein Mitglied in den Rundfunkrat« unabhängig von ihrer Größe. Ein weiteres staatliches Mitglied wird von den »kommunalen Spitzenverbänden« gestellt (§ 16, 1-3).⁵⁸

Mit fünf im Landtag vertretenen Fraktionen in der ersten Wahlperiode und einem kommunalen Spitzenverbandsvertreter lag der Anteil staatlicher Mitglieder im Rundfunkrat bei 24 Prozent, »was im Lichte des verfassungsrechtlichen Beherrschungsverbots unbedenklich« sei.⁵⁹ Zwar sind weder die Landesregierung noch andere staatliche Stellen entsendungsberechtigt, doch dürfen die Fraktionsvertreter einem Parlament angehören – jedoch keiner Regierung (§ 14, 3).⁶⁰ In Borgmanns Entwurf sind selbst Parlamentsmitglieder nicht zulässig.⁶¹

An dieser Stelle bleibt aber festzuhalten, daß trotz der im Vergleich zum MDR staatsferneren Zusammensetzung des RBr-Rundfunkrates wenig Ähnlichkeit zu den Proporzschlüsseln der Einrichtungsstatuten besteht, die vornehmlich am Vorbild des Runden Tisches orientiert waren. Wie die Zusammensetzung sind auch die Mitbestimmungsrechte der Räte am westlichen Gesetzesvorbild des WDR ausgerichtet. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Rundfunkmitarbeiter und die Regelungen zur inneren Pressefreiheit, wie sie in den basisdemokratischen Ansätzen aus den Statuten der »Einrichtung« und ursprünglich aus dem Volkskammerbeschuß vom 5. Februar 1990 resultierten, fehlen gänzlich.

Besetzung der Rundfunkorgane und der Direktorenposten

Der Rundfunkrat konstituierte sich am 12. Oktober 1991 und wählte Lutz Borgmann zum Vorsitzenden.⁶² In der ersten Sitzung des Rundfunkrates trafen nochmals die unterschiedlichen Auffassungen Birthlers und v. Sells, der bis zur Berufung des Intendanten dessen Aufgaben zu übernehmen hatte, aufeinander: Zum Thema Budget des künftigen Senders bat v. Sell die Ratsmitglieder, den ARD-Finanzausgleich in Anspruch zu nehmen, um die Finanzierung zu gewährleisten. Mit knapper Mehrheit stimmte der Rat zu, nachdem sich Birthler nochmals für einen unabhängigen Sender eingesetzt hatte.⁶³ Die Uneinigkeit der Ratsmitglieder hinsichtlich der Finanzierung sorgte unzweifelhaft aber auch für eine überraschende Wahl des Intendanten.

Die Wahl des Rundfunkrates für das Amt des Intendanten fiel am 8. November mit 14 der 24 Stimmen auf Hansjürgen Rosenbauer.⁶⁴ Dieser hatte sich gegen den Geschäftsführer von Radio NRW, Klaus Klenke (neun Stimmen, Wunschkandidat Birthlers) und den DFF-Intendanten Michael/Albrecht (eine Stimme, Wunschkandidat Stolpes und der Staatskanzlei) durchgesetzt. Für diesen »Überraschungseffekt« war auch die Tatsache verantwortlich, daß Rosenbauer zugesichert hatte, einen finanziell unabhängigen Rundfunk, sprich die »schlanke Anstalt« zu eta-

blieren. Daneben war für die Ratsmitglieder von Bedeutung, daß er »Sensibilität« für die ostdeutschen Probleme zeige sowie »großen Professionalismus und ARD-Erfahrung« mitbringe. Darüber hinaus habe er zugesichert, als Direktoren auch Ostdeutsche vorzusehen.⁶⁵ Die Zusammensetzung des Rundfunkrates, vor allem aber die Berufung des Intendanten Rosenbauer, demonstriert ebenfalls, daß die Gründung der Brandenburger Anstalt in deutlich staatsferneren Bahnen verlief als die des MDR.⁶⁶

Rosenbauer machte seine Ankündigung wahr, indem er für die sechs Direktorenposten auch drei Ost-Bewerber vorschlug: Als Fernsehdirektor Michael Albrecht, als Leiter des Kultur- und Informationskanals Christoph Singelstein und als technischen Direktor Ralf Lenk. Aus Westdeutschland waren als Produktionschef des Fernsehens Peter Schwarzkopf (vorher NDR-Produktionsleiter), als Hörfunkdirektor Gerhard Hirschfeld (vorher stellvertretender Gründungsbeauftragter für den Rundfunk in Brandenburg) und als Verwaltungsdirektor Lutz Markmor (vorher WDR-Rechnungswesen) vorgesehen. Massiver Einspruch kam jedoch vom Rundfunkrat wegen eines Verfahrensfehlers aus Zeitdruck: Statt den Rat über die Berufungen entscheiden zu lassen, informierte Rosenbauer lediglich dessen Vorsitzenden Borgmann über seine Personalentscheidungen, so daß die Direktoren erst kurz vor dem 1. Januar 1992 – dem Sendebeginn – bestätigt wurden.⁶⁷

Kooperationsvereinbarung mit Berlin

Im Programm des Brandenburger Rundfunks, der vom Rundfunkrat zunächst in Ostdeutscher Rundfunk (ODR) und per Gesetz am 20. Dezember 1991 schließlich in Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) umbenannt wurde,⁶⁸ spiegelte sich das knapp bemessene Budget einer »schlanken Anstalt« wider: Am 1. Januar 1992 ging der ORB mit den von 550 Mitarbeitern veranstalteten Hörfunkprogrammen Antenne Brandenburg, Radio Brandenburg und Rockradio B auf Sendung, jedoch zunächst noch aus dem alten Bezirksstudio Potsdam und dem Funkhaus Berlin statt aus Babelsberg. Das dritte Fernsehprogramm kam aus finanziellen, aber vor allem aus zeitlichen Gründen nicht fristgerecht zustande, wodurch sich der ORB gezwungen sah, die Grundversorgung mit einem Mischprogramm aus dem ARD-Satellitenprogramm EINS PLUS, ORB- und MDR-Elementen sicherzustellen.⁶⁹ Um die Kleinstanstalt, deren Personal noch auf bis zu 700 Stellen erweitert werden sollte, finanziell am Leben zu erhalten, schien die Kooperation mit dem SFB um so dringlicher zu sein.

Der Staatsvertrag über die Zusammenarbeit

Nach mehreren Verhandlungen beschlossen Stolpe und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), am 29. Februar 1992 den Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks, der in erster Linie die rechtlichen Grundlagen für den privaten Rundfunk in beiden Ländern enthält. Daneben wird aber auch die Kooperation zwischen dem SFB und dem ORB festgeschrieben, denn es sollte damit »die Grundlage für eine gemeinsame Medienordnung« geschaffen werden, »die den engen kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen innerhalb der Region Rechnung« trage (Präambel, § 3, 2):

»Zu diesem Zweck sind die Anstalten berechtigt und verpflichtet, gemeinsam gestaltete Programme in Hörfunk und Fernsehen zu veranstalten sowie sonstige Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen.«⁷⁰

Auch wenn »Art und Umfang der Kooperation« von den Anstalten selbst »durch Vereinbarungen« geregelt werden sollten (§ 3, 4), nimmt der Vertrag bereits detaillierte Frequenzverteilungen vorweg (§§ 4 - 7).⁷¹ Aber allein schon die Verpflichtung zu einer Kooperation, darüber hinaus mit einem bestimmten Partner – dem SFB – ist ein Programmeingriff des Staates und stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken.⁷²

Diesen Einwand teilte auch die Mehrheit der Landtagsabgeordneten in Brandenburg: Markus Vette (CDU) wies darauf hin, daß »wesentliche Entscheidungen zur Zusammenarbeit mit anderen Rundfunkanstalten durch den Rundfunkrat zu treffen« seien.⁷³ Und Lothar Bisky (PDS-LL) sah in dem Vertrag »die Staatsferne nicht gewährleistet«, er sprach sich energisch dagegen aus, »daß die Gesetzgeber dem ORB Vorschriften machen, mit wem und wie er sich zusammensetzen hat.«⁷⁴ Auch die anderen Fraktionen widersprachen diesen Vorwürfen nicht.⁷⁵ Aus Gründen der »Vernunft« – wegen der »finanziellen Zwangsjacke« – aber auch im Hinblick »auf das Einswerden von Berlin und Brandenburg«⁷⁶ stimmte der Landtag dem Vertrag am 8. April trotzdem zu.

Programmkooperation zwischen ORB und SFB

Wegen des verfassungsrechtlich bedenklichen Zwanges zur Kooperation, aber auch wegen des Frequenzverlustes für beide Rundfunkanstalten reichten die Intendanten von ORB und SFB gegen den Staatsvertrag eine gemeinsame Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein – ergebnislos.

Beide Intendanten vertraten die Ansicht, die Rundfunkanstalten hätten auch ohne die Beeinträchtigung der Rundfunkhoheit durch den Medienstaatsvertrag eine Kooperation in die Wege leiten können. Und so hätten sie anscheinend ohnehin den Schritt unternommen, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit wie am 27. Oktober 1992 zu unterschreiben. Diese sieht die Ausstrahlung von zwei integrativen Hörfunkprogrammen in gemeinsamer rundfunkrechtlicher Verantwortung für Berlin und Brandenburg vor. In diesem Sinne wurde das Informations- und Serviceprogramm SFB 2 vom ORB übernommen und im Land Brandenburg ausgestrahlt. Das Jugendprogramm Fritz veranstaltete (und veranstaltet) der ORB auf den bisherigen Frequenzen von Rockradio B. Desweiteren verständigten sich beide Sender darauf, ab Mai 1993 das Vorabendprogramm gemeinsam zu gestalten.⁷⁷ Eine Zusammenlegung der beiden Anstalten stand zunächst nicht auf der Tagesordnung. Dennoch hielt sich der ORB – zumindest bis 1996 – für das Zusammenwachsen in Hinblick auf die Diskussion über die Länderfusion von Berlin und Brandenburg offen,⁷⁸ auch wenn die Zusammenarbeit beider Sender nicht immer ohne Konflikte verlief.⁷⁹

Neuordnung des überregionalen und bundesweiten Hörfunks

Bei der Neuordnung des föderalen Rundfunks konnten die fünf neuen Bundesländer überwiegend auf Liegenschaften und Technik der regionalen Außenstudios der »Einrichtung« zurückgreifen – wegen der weiter entwickelten Regionalisierung des Hörfunks gegenüber dem Fernsehen verstärkt auf die Radiostudios. Die überregionalen Hörfunksender der ehemaligen DDR blieben wie die Programme des Fernsehens bei dieser Neuorganisation zunächst ausgeschlossen: DS-Kultur, Radio aktuell, Berliner Rundfunk und DT 64 – der Sender RBI wurde bereits am 3. Oktober 1990 aufgelöst. Diesen Programmen, die im Gebiet der neuen Länder empfangbar waren, standen der Deutschlandfunk (DLF)⁸⁰ sowie der RIAS Berlin⁸¹ gegenüber.

Eine Neuordnung auch des überregionalen und des bundesweiten Hörfunks schien den Ministerpräsidenten der Altbundesländer unumgänglich: Während den Sendern der »Einrichtung« laut Einigungsvertrag lediglich die endgültige Auflösung bis zum 31. Dezember 1991 bevorstand, herrschte schon im Sommer 1990 Ungewißheit, auf welcher Rechtsgrundlage DLF und RIAS weiter senden sollten: Die Einheit Deutschlands machte ihren auf die ehemalige DDR bezogenen Programmauftrag obsolet und

stellte ihre Legitimationsgrundlage in Frage. Zu dieser Erkenntnis waren sowohl der Bundesverband Kabel und Satellit als auch der CDU-Bundesfachausschuß Medienpolitik und die SPD-Medienkommission bereits im Frühjahr 1990 gekommen. Um den Bund finanziell zu entlasten, hatte es die CDU schon zu jener Zeit für notwendig erachtet, DLF und RIAS von der Bundes- in die Länderhoheit zu überführen, sie über Rundfunkgebühren zu finanzieren.⁸²

Engholm-Streibl-Papier und CDU-Konzept

Um in dieser Diskussion eine Lösung zu finden, einigten sich die Ministerpräsidenten der Altbundesrepublik am 20. September 1990 darauf, die Ministerpräsidenten Bayerns und Schleswig-Holsteins, Max Streibl (CSU) und Björn Engholm (SPD) – weil diese »von eigenen standortpolitischen Interessen frei« seien – mit der Aufgabe zu betrauen, Vorschläge für die Neuordnung der Bundesrundfunkanstalten zu erarbeiten. Dabei sei entscheidend, daß »bedarfsgerechte und finanzierbare Lösungen« gefunden würden.⁸³

Der Vorschlag der beiden Ministerpräsidenten vom 18. Oktober sah neben der Weiterführung der Deutschen Welle (DW) als Auslandsrundfunk vor, den RIAS-Hörfunk mit Sitz in Berlin dem ZDF und den DLF mit Sitz in Köln der ARD zuzuordnen. Zu diesem Zweck sollten die Länder den ZDF-Staatsvertrag ändern, wonach ARD und ZDF verpflichtet würden, eine nicht-rechtsfähige »Gemeinschaftseinrichtung »Bundesweite Hörfunkprogramme« auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung zu gründen. Ein Programm sollte vornehmlich »Informationsinhalte«, das andere »kulturelle Inhalte« vermitteln.⁸⁴

Während der ersten gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 1990 zeichnete sich dann auch ab, daß die eigenständige Weiterexistenz von DLF und RIAS von der CDU/CSU nicht gewünscht wurde. Die CDU unterbreitete dagegen ein Konzept, das jedoch von der SPD keine Zustimmung erfuhr: RIAS und DLF sollten entgegen dem Engholm-Streibl-Papier zusammengefaßt unter dem Dach des ZDF ein »nationales Hörfunkprogramm« produzieren. Dieser Plan, der auch in den Ländern umstritten war, wurde vom Bundesinnenministerium Mitte Januar 1991 mit der Option erweitert, DS-Kultur in dieses Hörfunkprogramm mit einzugliedern,⁸⁵ was aber eher »plakative als sachliche« Gründe gehabt habe.⁸⁶ Welchen Einfluß auf diese Idee die entsprechende Integrationsforderung des ausschließlich für den Erhalt dieses Senders gegründeten Kuratoriums gehabt hat, bleibt unklar.⁸⁷ Tatsache ist zumindest, daß DS-Kultur eine ansehnliche Lobby hatte, die sich öffentlich für das Fortbestehen einsetzte.⁸⁸

Unklarheit über rechtlichen Status im Rundfunkstaatsvertrag

Auf die Zusammenlegung von DLF, RIAS und DS-Kultur konnten sich die Ministerpräsidenten am 28. Februar 1991 verständigen, auch auf den Verzicht von Werbung und der Finanzierung durch eine Gebührenerhöhung, jedoch nicht auf den künftigen rechtlichen Status und die Zugehörigkeit des neuen Senders. Verantwortlich dafür waren in erster Linie die unterschiedlichen Vorstellungen über den künftigen Standort.⁸⁹ Darüber gab es am 31. August jedoch eine Vorentscheidung: Alle 16 Bundesländer schlossen den »Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland«, um auch mit den neuen Bundesländern eine einheitliche grundlegende Regelung für den öffentlich-rechtlichen, aber vornehmlich für den privaten Rundfunk zu schaffen⁹⁰ – »eine Art gemeindeutsches föderatives Rundfunkgesetzbuch«⁹¹. In der Protokollerklärung aller Länder zu diesem Vertrag (Art. 5, § 3, 2) heißt es zum bundesweiten Hörfunk:

ARD und ZDF gründen eine Einrichtung zur Veranstaltung nationalen Hörfunks (...). Die Einrichtung betreibt drei werbefreie Hörfunkprogramme: DLF als Informationsprogramm mit Sitz in Köln, RIAS 1 als Informationsprogramm mit Sitz in Berlin, DS Kultur als Kulturprogramm mit Sitz in Berlin (...) Sitz der Gemeinschaftseinrichtung ist Köln.⁹²

Zwar hatte das Modell des nationalen Hörfunks, der aus der Bundes- in die Länderhoheit überführt werden sollte, seine rechtliche Verankerung gefunden, aber über Rechtsform und Organisation herrschte weiterhin Unklarheit.⁹³ Das bedeutete für DS-Kultur allerdings, daß der Sender ohne neue Trägerschaft der Auflösung nach Art. 36 des Einigungsvertrages zum Opfer gefallen wäre. Aus diesem Grund wurde der Kulturkanal durch einen Beschluß der Ministerpräsidenten im August zunächst befristet bis zu einer endgültigen Staatsvertragsregelung dem ZDF zugeordnet.⁹⁴

Weichenstellung für den nationalen Hörfunk

Die Diskussionen um den bundesweiten Hörfunk gingen weit über das Jahr 1992 hinaus: Das von der ARD und von der Mehrheit der Länder favorisierte »Körperschaftsmodell« sah vor, für diesen Hörfunk eine Gemeinschaftseinrichtung mit Sitz in Köln und Betriebsstätten in Köln und Berlin als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts unter dem Dach von ARD und ZDF aufzubauen. Dagegen plädierte das ZDF für das »Federführungsmodell«, bei dem DS-Kultur und RIAS dem ZDF und der DLF der ARD unterstellt werden sollten, wobei dem ZDF der lang gehegte Wunsch nach einem »Hörfunkstand-

bein«⁹⁵ erfüllt worden wäre. Eine Absage erteilten die Ministerpräsidenten der Länder schon am 25. Oktober 1991 dem »Bundesmodell« der Bonner Koalition, nach dem eine selbständige Hörfunkanstalt aus den drei Sendern mit Sitz in Köln als dritte öffentlich-rechtliche Anstalt aufgebaut werden sollte.⁹⁶ Aber eine Einigung erzielten die Ministerpräsidenten auch während der Konferenz am 4. Dezember nicht, statt dessen wurde als »klassischer Kompromiß der Unentschlossenheit« eine Arbeitsgruppe einberufen, zu deren Beratungen auch die Rundfunkanstalten hinzugezogen wurden.⁹⁷

Auf die Konsensfindung zum »Körperschaftsmodell« detailliert einzugehen gehört nicht zur Aufgabe dieser Studie. Festzuhalten bleibt dennoch folgendes: Die Diskussionen um den bundesweiten Hörfunk in den Jahren 1990 bis 1992 enthielten bereits die Weichenstellung für den nationalen Hörfunk Deutschlandradio. Durch zwei Staatsverträge im Juni 1993 wurden RIAS und DLF in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft überführt.⁹⁸ Der Ostberliner Kultursender war damit zunächst der einzige DDR-Sender, der vor einer Auflösung am 31. Dezember 1991 vollständig bewahrt wurde, sowohl unter seinem Namen als auch mit den meisten Mitarbeitern. Die Diskussionen demonstrieren aber gleichzeitig, wie weit der Bund, die Länder, die Parteien, aber eben auch die Rundfunkanstalten selbst von einer einvernehmlichen Lösung in der Medienpolitik entfernt waren.

Die Abwicklung der Einrichtung

Das Fernsehen und die übriggebliebenen Hörfunkprogramme Radio aktuell, Berliner Rundfunk und DT 64 gingen im Herbst 1991 ihrem unaufhaltsamen Ende entgegen. Von den zwei Optionen Überführung oder Auflösung, zwischen denen der Einigungsvertrag den Ländern die Wahl ließ, blieb nur letztere übrig: Die neuen Länder schlossen keinen Staatsvertrag über eine Überführung der »Einrichtung« ab, so daß diese automatisch mit dem Datum 31. Dezember 1991 aufgelöst wurde.⁹⁹

Auflösung im Auftrag der neuen Länder

Das war allerdings kein Resultat einer Uneinigkeit zwischen den Staats- und Senatskanzleien. Im Gegenteil: Sie waren sich am 20. November 1991 einig, den Beauftragten der »Einrichtung«, Mühlfenzl, zu bevollmächtigen, eine Liquidationsgesellschaft zu gründen, die Sachwerte, Programmvermögen, Urheberrechte und Archive über den Jahreswechsel hinaus verwalten sowie Fragen der Finanzabwicklung, des Geschäfts-

abschlusses und der Personalangelegenheiten behandeln sollte.¹⁰⁰

Auch wenn Mühlfenzl augenscheinlich das Ziel der Auflösung verfolgt hat, so war er nicht allein für sie verantwortlich. Auch hatten die Landespolitiker überhaupt kein Interesse daran, die Auflösung durch einen Staatsvertrag hinauszuschieben oder gar mit einer Überführung abzuwenden. Denn während die Staatskanzleien und CDU-Fraktionen der MDR-Länder offen bekundeten, daß mit ihrer neu zu gründenden Rundfunkanstalt ein personeller Neuanfang verbunden sei, hielten sich auch die Brandenburger Koalitionspolitiker über eine eventuelle Weiterführung der Einrichtung bedeckt: Zwar gab Birthler im August 1991 zu verstehen, daß der ORB im Fernsbereich eventuell auf die Unterstützung von Adlershof angewiesen wäre, für sinnvoll halte er die befristete Weiterführung als »Produktions- und Dienstleistungszentrum« jedoch nicht. Schließlich gäbe es noch die Möglichkeit,

»daß Brandenburg im ersten Jahr auf die volle Ausschöpfung der Quote [Drei-Prozent-Anteil am ARD-Gemeinschaftsprogramm, R.S.] verzichtet. Vielleicht wären die Alt-ARD-Anstalten darüber gar nicht so böse.«¹⁰¹

Vor allem sprachen die Pläne der Brandenburger Koalition, Potsdam-Babelsberg als Medienzentrum auszubauen, gegen die Weiterführung von Adlershof als Service-GmbH. Der F.D.P.-Landtagsabgeordnete Rainer Siebert befürchtete im September sogar, »daß diese zwangsläufig zu einem Konkurrenzunternehmen« für Babelsberg werden würde. Darüber hinaus würde sie auch Personal und Mittel – insbesondere Technik – die den neuen Ländern zustünden, beanspruchen. Deshalb forderte er die Landesregierung auf, »hier (...) auch rechtzeitig (...) Einfluß [zu] nehmen, daß das nicht passiert.«¹⁰² Dieser Wunsch wurde Siebert mit der Bevollmächtigung zur Gründung der Liquidationsgesellschaft erfüllt.

Trotzdem wurden sowohl der Berliner Rundfunk als auch die beiden Rundfunkattraktionen für Jugendliche, nämlich Elf99 und DT 64, vor der Auflösung verschont: Während die rund 70köpfige Redaktion von Elf99 als GmbH zunächst Zulieferer für den Privatsender RTL wurde¹⁰³ und der Berliner Rundfunk ebenfalls eine private Trägerschaft fand,¹⁰⁴ gelang es dem Jugendhörfunksender DT 64 unter dem neuen Namen Sputnik beim MDR aufgenommen zu werden. Nach mehrmaligen Demonstrationen Jugendlicher – verbunden mit einer Besetzung der Brandenburger Staatskanzlei am 27. Dezember 1991¹⁰⁵ – und der befristeten Übernahme von MDR- und ORB-Frequenzen, stimmte

der MDR-Rundfunkrat am 30. November 1992 den Plänen des Intendanten Reiter zu, dem Sender dauerhaft einen Platz über Satellit zu geben.¹⁰⁶

Fazit

Seit 1992 bietet sich in den neuen Bundesländern ein völlig neues Rundfunksystem dar, das trotz vieler Einwände hinsichtlich der Staatsferne prinzipiell den Normen einer freiheitlichen Demokratie entspricht: Sowohl das Rundfunkgesetz des ORB als auch der Staatsvertrag des MDR orientieren sich am klassischen Rundfunkauftrag und an den westdeutschen Organisationsnormen, was natürlich daraus resultiert, daß in beiden Fällen von westdeutschen Vorbildern kopiert wurde. Nahezu völlig unberücksichtigt bei diesen transformierenden Neugründungen blieben aber die Werte, Normen, Strukturen – und Personen – des alten, in kurzer Zeit stark reformierten Rundfunksystems.

Die Entwicklungen in den Jahren 1990 und 1991 offenbaren, daß die Regierungen der fünf neuen Bundesländer, ob CDU- oder SPD-getragen, die Fortführung der »Einrichtung« vorwiegend aufgrund eigener rundfunkpolitischer Interessen ablehnten und auf die automatische Auflösung zum 31. Dezember vertrauten. Ein gemeinsamer Staatsvertrag darüber scheiterte jedenfalls nicht an der Uneinigkeit zwischen den Ländern. Vielmehr war die Abwicklung der Einrichtung in Verantwortung der Länder Ausdruck des Bestrebens, sich vom ehemals zentralistisch verwaltenden Berlin zu distanzieren und neue politische Landesidentitäten zu finden, weshalb fast alle Landesregierungen zunächst auch die Gründung separater Rundfunkanstalten favorisierten. Und ein »Konkurrenzunternehmen«¹⁰⁷ für die neuen Anstalten sollte auf keinen Fall künstlich am Leben gehalten werden.

Die Gründung des ORB verlief in wesentlich staatsferneren Bahnen als die des MDR. Von parteilicher Einflußnahme blieb aber auch die Brandenburger Anstalt nicht ausgeschlossen. Das zeigte sich zum einen in Birthlers Weigerung, dem Gründungsbeauftragten v. Sell notwendige Entscheidungskompetenzen zu übertragen, und letztlich in der verfassungsrechtlich bedenklichen Verpflichtung zur Kooperation mit dem SFB, die angesichts der finanziellen Zwangsjacke einer von den Koalitionsfraktionen gewünschten »schlanken Anstalt« notwendig war.

Anmerkungen

- * Auszug aus der Buchveröffentlichung des Verfassers: Vom Fernsehen und Rundfunk der DDR zur ARD. Die Entwicklung und Neuordnung des Rundfunkwesens in den neuen Bundesländern von 1989 bis 1992. Wetzlar 1999.
- 1 So der Titel von Christoph Singelstein: Eine Chance für unsere Demokratie wurde vertan – Sieben Thesen zur Entwicklung des Rundfunkwesens nach der Wende. In: Walter A. Mahle (Hrsg.): Medien im vereinten Deutschland – Nationale und internationale Perspektiven. München 1991, S. 53ff.
- 2 Wolfgang Bergsdorf: Einleitung. In: Ebd., S. 29-34, S. 31.
- 3 Rainer Geißler: Fortschreibung bestehender Strukturen – Die Folgen der deutschen Vereinigung für das Mediensystem. In: Medium Jg. 23 (1993), H. 1, S. 21-26, S. 26.
- 4 Arnulf Kutsch: Zwischen Wende und heute – Ansätze zur Rundfunkneuordnung in der DDR bis zur deutschen Vereinigung. In: Mitteilungen StRuG Jg. 17 (1991), H. 4, S. 169-185, S. 182f.
- 5 Vgl. Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit. Frankfurt am Main 1995, S. 297f.
- 6 Vgl. Joachim Nölte: Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR – Oktober 1989 bis Oktober 1990. In: Werner Claus (Hrsg.): Medien-Wende, Wende-Medien? – Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus, Oktober '89 - Oktober '90. Berlin 1991, S. 17-116, S. 110; vgl. Michael Brinkmann: Das neue Recht des Mitteldeutschen Rundfunks – Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungen des Rundfunkrechts in der ehemaligen DDR. Frankfurt am Main 1994, S. 65f.; die offizielle Begründung Müller-Römers zur Änderung des Proporzschlüssels lautete: »Bei den gesellschaftlichen Gruppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wisse man nicht, inwieweit sie noch von den alten SED-Parteikadern durchdrungen seien«, zit. n.: Klaus Ott: Aus Fehlern lernen. In: Journalist Jg. 40 (1990), H. 11, S. 40ff.
- 7 Vgl. Brinkmann: Das neue Recht (wie Anm. 6), S. 66; vgl. Michael Plote: Rundfunkpläne in Thüringen – Intendant mit großer Kompetenz. In: Journalist Jg. 40 (1990), H. 11, S. 42.
- 8 SPD macht sich für eigene Landesrundfunkanstalt stark. Der Tagesspiegel v. 13.12.1990, o.S.. In: Deutscher Fernsehfunk/Historisches Archiv (DFF/HA) (Hrsg.): Chronologische Dokumentation – Anhang (Pressestimmen), 2. Halbjahr 1990. o.O. [Berlin] 1991, S. 131.
- 9 Vgl. ebd.
- 10 Lutz Borgmann war Journalist und seit 12.10.1991 als Vertreter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Vorsitzender des Rundfunkrates des ODR bzw. des ORB; vgl. Ostdeutscher Rundfunk

- Brandenburg (Hrsg.): Die Gremien: Organe des ORB – Vertreter der Allgemeinheit. Potsdam 1995, Rückseite.
- 11 Entwurf für ein Rundfunkgesetz Brandenburg, v. 10.10.1990, gezeichnet von Lutz Borgmann. In: epd/Kirche und Rundfunk 1990, Nr. 90, S. 18-23.
- 12 Die Sachverständigengruppe Medienordnung war ein Ausschuß der Arbeitsgruppe 5 (Kulturelle Angelegenheiten) des Provisorischen Regionalaussschusses Berlin.
- 13 Sachverständigengruppe Medienordnung: Abschließende Empfehlungen für eine Rundfunkkonzeption in Berlin und Brandenburg, v. 13.11.1990. In: Sender Freies Berlin (SFB) (Hrsg.): Rundfunk im Umbruch – Materialien zur Entwicklung von Hörfunk und Fernsehen der ehemaligen DDR im Jahr 1990. Berlin o.J. [1991], S. 21-27, S. 24.
- 14 Vgl. ebd.
- 15 Rainer Frenkel: Politik nach Gutsherrenart – CDU-Interessen und westliches Sendungsbewußtsein steuern die Neuordnung des Rundfunks. In: Die Zeit v. 3.12.1990, o.S. In: DFF/HA: Chronologische Dokumentation (wie Anm. 8), S. 118.
- 16 Vgl. Rainer Kabel / Hans-Jürgern Kupka: Der Rundfunk in der DDR – historisch. In: SFB: Rundfunk im Umbruch (wie Anm. 13), S. 6-11, S. 10f.
- 17 Vgl. Rainer Frenkel: ARD und ZDF über alles – Die Neuordnung des deutschen Hörfunks und Fernsehens: Gewinner im Westen, Verlierer im Osten. In: Die Zeit v. 2.11.1990, o.S. In: DFF/HA: Chronologische Dokumentation (wie Anm. 8), S. 99.
- 18 Irene Charlotte Streul: Zum Stand der Neuordnung des Rundfunkwesens in den neuen Bundesländern. In: Deutschland Archiv Jg. 24 (1991), H. 10, S. 1073-1083, S. 1079.
- 19 Zur detaillierten Entwicklung des Staatsvertrages und der Gründungsphase des MDR vgl. Brinkmann: Das neue Recht (wie Anm. 6), S. 135ff.
- 20 Vgl. Knut Hicketier: Das Zerschlagen der Einrichtung – Der Weg vom Staatsfernsehen der DDR zum Rundfunkföderalismus in den neuen Bundesländern. In: Rainer Bohn u.a. (Hrsg.): Mauershow – Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien. Berlin 1992, S. 71-93, S. 84; vgl. Irene Charlotte Streul: Die Umgestaltung des Mediensystems in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 43 (1993), H. B 40, S. 36-46, S. 41f.
- 21 Vgl. Brinkmann: Das neue Recht (wie Anm. 6), S. 68.
- 22 Udo Reiter war zuvor Hörfunkdirektor des BR.
- 23 Vgl. Klaus Ott: Politischer Würgegriff. In: Journalist Jg. 41 (1991), H. 8, S. 26ff.; vgl. Rainer Geißler: Fortschreibung bestehender Strukturen – Die Folgen der deutschen Vereinigung für das Mediensystem. In: Medium Jg. 23 (1993), H. 1, S. 21-26, S. 22f.; vgl. Thomas Bauer: Nach 20 Berufsjahren an der Spitze – BR-Hörfunkdirektor Udo Reiter als Gründungsintendant des Mitteldeutschen Rundfunks. In: Mitteilungen StRuG Jg. 18 (1992), H. 1, S. 9f.; vgl. Streul: Die Umgestaltung (wie Anm. 20), S. 42.
- 24 Hans-Wolfgang Heßler: Kleiner Zugewinn, große Verluste – Zur Zwischenbilanz des dualen Rundfunks. In: Medium Jg. 22 (1992), H. 1, S. 34ff, S. 35.
- 25 Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) v. 30.5.1991. In: Brinkmann: Das neue Recht (wie Anm. 6), S. 292-300, § 19; vgl. Streul: Zum Stand (wie Anm. 18), S. 1082.
- 26 Wolfgang Hoffmann-Riem: Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland – Stellungnahme zu Vorschlägen über den Aufbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern, hrsg. v. Hans-Bredow Institut. Hamburg 1991, S. 127.
- 27 Vgl. Brinkmann: Das neue Recht (wie Anm. 6), S. 240ff.
- 28 Vgl. Grundpositionen für einen Staatsvertrag Nordostdeutscher Rundfunk v. 10.4.1991. In: epd/Kirche und Rundfunk 1991, Nr. 30, S. 25; vgl. Presse- und Informationsamt des Landes Brandenburg: Presseinformation – Beginn der Staatsvertragsverhandlungen über die Gründung eines Nordostdeutschen Rundfunks (NOR) v. 14.5.1991. Archiv des Landtages Brandenburg.
- 29 Vgl. Staatsvertrag über die Nordostdeutsche Rundfunkanstalt (NORA). Entwurf v. 23.6.1991. In: Funk-Korrespondenz Jg. 39 (1991) Nr. 26, S. 19.
- 30 Vgl. Irene Charlotte Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Ostdeutschland und Bundesrundfunk – Eine weitere Etappe auf dem Weg zur Neuordnung. In: Deutschland Archiv Jg. 25 (1992), H. 3, S. 254-263, S. 254f.
- 31 Vgl. Staatsvertrag über die Nordostdeutsche Rundfunkanstalt (NORA) (wie Anm. 29).
- 32 Vgl. Wolfgang Mühl-Benninghaus: Frage nach dem Wohin. In: Journalist Jg. 41 (1991), H. 7, S. 13-16, S. 15; vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 257.
- 33 Hermann Meyn: Düstere Aussichten. In: Journalist Jg. 41 (1991), H. 6, S. 28f., S. 29.
- 34 SPD-Landtagsfraktion Brandenburg: Arbeitsprogramm des Arbeitskreises 1 Hauptausschuß, v. 14.1.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg, S. 1; vgl. SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Arbeitskreis Hauptausschuß: Entwurf – Beschlußvorschlag, v. 12.2.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg; Mitteilung von Markus Vette (Stellvertreter des Hauptausschußvorsitzenden) an Manfred Stolpe

- v. 14.2.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg; SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90: Gemeinsame Presseerklärung, v. 22.2.1991, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 35 SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Arbeitskreis Hauptausschuß: Entwurf – Beschlußvorschlag (wie Anm. 34), S. 1, 7.
- 36 Gesetzentwurf – Vorschaltgesetz zur Neuordnung des Rundfunks in Brandenburg, v. 4.6.1991. In: Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Drucksache 1/248, 4.6.1991, Archiv des Landtages Brandenburg; die CDU-Fraktion meldete Bedenken gegen dieses Gesetz, weil der »Rundfunkrat zu umfangreich« sei. Manfred Walther, zit. in: Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 19, 12.6.1991, S. 1461.
- 37 Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90 – Gesetz über den »Rundfunk Brandenburg« (RBr-Gesetz), v. 7.5.1991. In: Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Drucksache 1/204, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 38 Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 19, 12.6.1991, S. 1460.
- 39 Ebd., S. 1461.
- 40 Rainer Siebert (FDP). Ebd., S. 1462.
- 41 Vgl. Birthler, Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 22, 26.6.1991, S. 1673.
- 42 Stolpe. Ebd., S. 1676.
- 43 Vgl. Beschlußempfehlung des Hauptausschusses zum Entwurf des Vorschaltgesetzes zur Neuordnung des Rundfunks in Brandenburg – Gegenüberstellung. In: Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Drucksache 1/278, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 44 Erstens: Seine Tätigkeit »endet mit dem Amtsantritt des Intendanten« (§ 14, 5), zweitens: Verträge, aus denen sich »rechtliche Verpflichtungen für die künftige Landesrundfunkanstalt ergeben«, sind nur unter »Vorbehalt der späteren Genehmigung durch die Organe« abzuschließen oder bedürfen der »Zustimmung des Hauptausschusses«, und »Arbeitsverträge sind bis zum 31.12.1991 befristet« (§ 14, 3). Ebd.
- 45 Ebd.; vgl. Martin Wilhelmi: Verfassungsrechtliche Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern – Lokale Grundversorgung, Staatsfreiheit, Finanzierung. Berlin 1995, S. 232.
- 46 v. Sell, zit. n. Uwe-Jens Lindner / Michael Schulenburg: Modell Brandenburg – Entstehungsgeschichte und Entwicklung des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (Hrsg. Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg). Potsdam o.J. [1993], S. 5.
- 47 Vgl. Wolfgang Birthler: Mitteilung an den Gründungsbeauftragten für den Rundfunk in Brandenburg, v. 16.9.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg; v. Sell beschuldigte Birthler, »den vernünftigen und zeit- und fachgerechten Aufbau der Rundfunkanstalt in Brandenburg (...) behindern« zu wollen, zit. n. Friedrich Wilhelm v. Sell: Mitteilung an den Vorsitzenden des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg, v. 19.9.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 48 vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 258.
- 49 v. Sell: Mitteilung (wie Anm. 47).
- 50 Vgl. Friedrich Wilhelm v. Sell: Organisation/Personalausstattung für die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in Brandenburg, v. 24.9.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 51 Vgl. Wolfgang Birthler: Mitteilung über den Beschluß des Hauptausschusses am 24.9.1991 an den Gründungsbeauftragten, v. 25.9.1991, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 52 Birthler, Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 25, 25.9.1991, S. 1875.
- 53 Gesetz über den »Rundfunk Brandenburg« (RBr-Gesetz). In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg (GVBl. Brandenburg), 2. Jg. (1991), Nr. 35, S. 472-488.
- 54 Vgl. Hoffmann-Riem: Rundfunkneuordnung (wie Anm. 26), S. 117; vgl. SPD-Landtagsfraktion Brandenburg: Arbeitsprogramm (wie Anm. 34), S. 2.
- 55 Ebd.
- 56 Gesetz über den »Rundfunk Brandenburg« (wie Anm. 53).
- 57 So habe der Rundfunkrat die Einhaltung des Programmauftrages zu überwachen (§ 17, 4) und den Intendanten »in allgemeinen Programmangelegenheiten« zu beraten (§ 17, 3). Wie in den Bestimmungen anderer öffentlich-rechtlicher Anstalten obliege ihm die »Wahl und Abberufung des Intendanten« (§ 17, 2), erhielt darüber hinaus ein Vetorecht bei »allen Maßnahmen des Intendanten, die von grundsätzlicher Bedeutung für das Programm oder die Entwicklung des RBr sind« (§ 17, 5). Auch der Verwaltungsrat erhielt Vetorecht bei entscheidenden Maßnahmen der Geschäftsführung (§ 22, 3). Ebd.
- 58 Gesetz über den »Rundfunk Brandenburg« (wie Anm. 53).
- 59 Wilhelmi: Verfassungsrechtliche Probleme (wie Anm 47), S. 233; zum Vergleich: Rundfunkräte von SR 19,3%, SDR 23,3%, SFB 25,8%, WDR 29,3%, SWF 32,6%, Fernsehrat ZDF 45,4%.
- 60 Gesetz über den »Rundfunk Brandenburg« (wie Anm. 53).

- 61 Entwurf für ein Rundfunkgesetz (wie Anm. 11).
- 62 Als Vertreter der Fraktionen waren darunter auch Wolfgang Birthler (SPD), Manfred Walther (CDU), Günter Nooke (Bündnis 90), Rainer Siebert (FDP) und Hanno Harnisch (PDS-LL); zur Konstituierungszusammensetzung vgl. Rundfunkrat (RBR) – Zusammensetzung (Stand: 30.9.1991), aus: Archiv des Landtages Brandenburg.
- 63 Vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 258f.
- 64 Hansjürgen Rosenbauer (parteilos, aber SPD-nah), Jahrgang 1942, hatte Ende der 60er Jahre als Kulturredakteur beim HR begonnen, von 1972 bis 1974 war er ARD-Korrespondent in Prag, danach Redakteur im WDR-Studio in Bonn, später Auslandschef des WDR und ab 1983 Hauptabteilungsleiter Kultur und Wissenschaft.
- 65 Cornelia Bolesch: Eine Wahl mit Überraschungseffekt. In: Süddeutsche Zeitung, v. 11.11.1991, o.S., aus: Archiv des Landtages Brandenburg.
- 66 So auch Wilhelmi (wie Anm. 45), S. 231f.; ähnlich Geißler: Fortschreibung (wie Anm. 23), S. 23.
- 67 Vgl. ebd.; vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 259f.
- 68 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den »Rundfunk Brandenburg«, v. 20.12.1991. In: GVBl. Brandenburg Jg. 2 (1991), Nr. 47, S. 693f.
- 69 Vgl. Peter Hoff: Kannitverstan – Die ersten hundert Tage des ORB-Fernsehens. In: epd/Kirche und Rundfunk 1992, Nr. 37, S. 3-6, S. 3; vgl. Lindner/Schulenburg: Modell Brandenburg (wie Anm. 46), S. 17; vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 260.
- 70 Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks, v. 29. Februar 1992. In: GVBl. Brandenburg Jg. 3 (1992), Nr. 8, S. 142-163.
- 71 Ebd.
- 72 So auch Wilhelmi (wie Anm. 45), S. 236.
- 73 Vette, Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 44, 8.4.1992, S. 3147. In der Tat war ja diese Verfahrensweise im Rundfunkgesetz vorgeschrieben.
- 74 Bisky, ebd., S. 3146.
- 75 Vgl. Siebert (FDP) und Nooke (Bündnis 90), ebd., S. 3146-3149.
- 76 Siebert, ebd., S. 3146f.
- 77 Vgl. Lindner/Schulenburg: Modell Brandenburg (wie Anm. 46), S. 18.
- 78 Vgl. Hansjürgen Rosenbauer: Strategien einer öffentlich-rechtlichen Zukunft – Mitteilung an die Mitglieder des Rundfunkrates, v. 16.12.1994, unveröffentlicht, Archiv des Landtages Brandenburg.
- 79 Vgl. Sandra Seubert: Nicht kompatibel – Schwierigkeiten der Kooperation zwischen SFB und ORB. In: Medium Jg. 23 (1993), H. 1, S. 45f.
- 80 Der DLF veranstaltete seit 1960 aus Köln ein Informationsprogramm mit deutschlandpolitischem und europäischem Akzent und hatte per Gesetz die Aufgabe, Gesamtdeutschland und insbesondere die damalige DDR sowie das europäische Ausland mit Hörfunksendungen zu versorgen.
- 81 Der RIAS war seit 1945 über die United States Information Agency (USIA) unter amerikanisches Recht gestellt und wurde zuletzt aus Mitteln der deutschen Bundesregierung alimentiert, um aus Berlin die »Stimme der Freiheit« über den Eisernen Vorhang zu verbreiten. Die Aufhebung des Besatzungsstatus im Zuge der Vereinigung entzog der USA die rundfunkpolitische Kompetenz für Berlin und übertrug sie der Zuständigkeit des Bundes.
- 82 Vgl. Eckwerte für die Medienordnung in einem vereinigten Deutschland, Beschluß des Bundesausschusses Medienpolitik der CDU (West) am 30.5.1990. In: Rundfunk und Fernsehen Jg. 38 (1990), H. 3, S. 455-458, S. 456.
- 83 Streibl und Engholm sollen Rundfunk-Neuordnung vorschlagen. In: epd/Kirche und Rundfunk 1990, Nr. 75, S. 15.
- 84 Björn Engolm / Max Streibel: Beschlußempfehlung zur Neuordnung von RIAS und Bundesrundfunkanstalten, v. 18./19.10.1990. In: epd/Kirche und Rundfunk 1990, Nr. 83, S. 23f.
- 85 Dieses Modell favorisierte auch das Bundeskanzleramt; vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 261f.; vgl. Ulrike Kaiser: Rundfunk-Poker – Wer macht das Spiel? In: Journalist Jg. 41 (1991), H. 4, S. 10-14.
- 86 Manfred Buchwald: Brüche und Risse – Das gesamtdeutsche Rundfunkgebäude im Jahre Zwei. In: Medium Jg. 22 (1992), H. 1, S. 32ff., S. 33.
- 87 Um die Existenz von DS-Kultur zu sichern, gründeten renommierte Persönlichkeiten (darunter Egon Bahr, Hinrich Enderlein, Heinz Galinski, Günter Gaus, Regine Hildebrandt, Christa Wolf, Konrad Weiß u.a.) unter der Leitung des Schweizer Architekten Max Bill am 27.11.1990 ein Kuratorium und richteten ihre Forderung in einem offenen Brief an die Ministerpräsidenten; vgl. Offener Brief des Kuratoriums zur Förderung des Deutschlandsenders Kultur an die Ministerpräsidenten, v. 27.11.1990. In: Wolf Bierbach: Nachdenken über Deutschland – Ein Jahr »Deutschlandsender Kultur« – Fakten und Dokumente. In: Mitteilungen StRuG Jg. 17 (1991), H. 2/3, S. 91-107, S. 94.
- 88 Uwe Kammann: Klassischer Kompromiß. In: Journalist Jg. 42 (1992), H. 1, S. 28f., S. 28.
- 89 Vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 262; vgl. Kaiser: Rundfunk-Poker (wie Anm. 85).

- 90 Obwohl dieser Staatsvertrag im deutschen Rundfunkrecht einen entscheidenden Einschnitt bedeutet, wird hier nicht im Detail auf ihn eingegangen: Die wesentlichen Änderungen im Gegensatz zum vorherigen Staatsvertrag betreffen den privaten Rundfunk und die Anhebung der Rundfunkgebühren. Die gesetzlichen Grundlagen der fünf neuen Bundesländer für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bleiben dabei unberührt; vgl. Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland, v. 31.8.1991. In: GVBl. Brandenburg Jg. 2 (1991), Nr. 42, S. 581-614; vgl. Carola Witt: Der Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland. In: *Media Perspektiven* 1992, H. 1, S. 24-28.
- 91 Martin Stock: Der neue Rundfunkstaatsvertrag. In: *Rundfunk und Fernsehen* Jg. 40 (1992), H. 2, S. 189-221, S. 190.
- 92 Protokollerklärung der Länder zu Art. 5 § 3 Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages. Zit. n. Buchwald (wie Anm. 86), S. 33.
- 93 Ulrike Kaiser: Die Macht der Politik. In: *Journalist* Jg. 41 (1991), H. 8, S. 22ff., S. 24.
- 94 Vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 262.
- 95 Kammann: Klassischer Kompromiß (wie Anm. 88), S. 29.
- 96 Vgl. Streul: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (wie Anm. 30), S. 262f.
- 97 Kammann: Klassischer Kompromiß (wie Anm. 88), S. 28.
- 98 Vgl. ARD-Jahrbuch 93, S. 348-363.
- 99 Vgl. Brinkmann: Das neue Recht (wie Anm. 6), S. 60.
- 100 Die Neue Fünf Länder Gesellschaft zur Abwicklung der Rundfunkeinrichtung gem. Art. 36 Einigungsvertrag m.b.H. (NFL-GmbH) wurde am 29. November gegründet; vgl. Uwe-Jens Lindner: Restpostenverwaltung. In: *Journalist* Jg. 42 (1992), H. 8, S. 5ff.
- 101 Birthler, zit. nach Uwe Kammann: »Staatsvertrag ausgeschlossen« – Ein epd-Interview mit Wolfgang Birthler. In: *epd/Kirche und Rundfunk* 1991, Nr. 64, S. 3-8, S. 8.
- 102 Siebert, zit. in: Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 25, 25.9.1991, S. 1878; so auch Birthler, ebd., S. 1879.
- 103 Vgl. Holger Kulick: Pünktlich Sendeschluß. In: *Journalist* Jg. 41 (1991), H. 12, S. 44-47, S. 44; vgl. Ingo Hermann: Jugendkultur im Spiegel des Fernsehens – Ein historischer Rückblick. In: *Medium* Jg. 25 (1995), H. 3, S. 23-26, S. 25.
- 104 Dem Sender Neue Berliner Rundfunk GmbH und Co KG gehören neben der Kölner DuMont-Verlagsgruppe die Verlage der Potsdamer »Märki-
- schen Allgemeinen Zeitung« und der »Märkischen Oderzeitung« an.
- 105 Vgl. Lindner/Schulenburg: Modell Brandenburg (wie Anm. 46), S. 40.
- 106 Vgl. Stefan Müller: Medienpolitischer Rückblick – Winter 1992/1993. In: *Medium* Jg. 23 (1993), H. 2, S. 76f., S. 77; vgl. Karl-Heinz Stamm: Power auf der Eastside. In: *Journalist* Jg. 42 (1992), H. 6, S. 28f.
- 107 Siebert, Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode: Plenarprotokoll 25, 25.9.1991, S. 1878.

»Offen und rückhaltlos, wie Freunde das zu tun pflegen« oder »Die Sowjetführer in Berlin«

Rundfunkkommentare des Senders Freies Berlin und des Berliner Rundfunks
zum Besuch von Bulganin und Chruschtschow in Berlin am 26. Juli 1955

Sprache als politisches Mittel

Das Aufeinander-Reagieren der in Berlin ansässigen westlichen und östlichen Rundfunkstationen SFB und Berliner Rundfunk stand im Kontext des Kalten Kriegs in Deutschland und damit im erweiterten Sinn der amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzung. Der Kalte Krieg war geprägt von wechselseitigen Drohungen. Transportmittel der Drohungen waren dafür sorgfältig ausgewählte Worte, die Entwicklung eines spezifischen Wortschatzes für die Klassifizierung des jeweiligen Gegners:

»The Soviet-American cold war was a rhetorical war, one fought with words as weapons (...) The rhetoric weated the consensus we call the cold war.«¹

Die von der UdSSR seit der Revolution 1917 entwickelte Rhetorik zur Propagierung des Kommunismus wurde von der DDR z.T. auf staatspolitischer Sprachebene anektiert und um spezifisch deutschlandpolitische Themenbereiche erweitert. Wie schon die Amerikaner in der Auseinandersetzung mit der UdSSR dieser Rhetorik eine antikommunistische gegenüberstellten, orientierte sich auch die Bundesrepublik daran und bezog in ihre antikommunistische Rhetorik ebenfalls spezifisch deutschlandpolitische Themen ein. Deutschland wurde dabei zum sprachpolitischen Sonderfall, denn sowohl West wie Ost griffen auf eine gemeinsame Muttersprache zurück.

Der zwölf Jahre währende Einfluß des Nationalsozialismus wirkte sich zusätzlich auf die gemeinsame Muttersprache aus. Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bemühte man sich neben der politischen auch um eine sprachliche Reeducation, die eng an das einerseits parlamentarisch-demokratische und andererseits als volksdemokratisch ausgewiesene System gebunden war. Unterschiedliche Termini zur Bezeichnung des politischen Gegners flossen in den offiziellen Sprachgebrauch der Medien ein und wurden fester Bestandteil der dynamischen Rhetorik des Kalten Kriegs in Deutschland. Oft wurde dabei auf beiden Seiten im Sinne der Schuldzuweisung und gleichzeitigen Legitimierung des jeweils eigenen als des besseren Systems u.a. auf den nationalsozialistischen Wortschatz zurückgegriffen. Gegenseitige rhetori-

rische Schuldzuweisungen unter Verwendung von nationalsozialistischem Vokabular erhielten damit eine Doppelfunktion: Sie dienten der Belastung des Gegners und der Entlastung von eigener Schuld. Zu unterscheiden ist dabei zwischen der bewußten Einsetzung nationalsozialistischer Termini auf der Ebene strategischer Rhetorik und ihrer z. T. unbewußten Verwendung, die viele durch die NS-Zeit geprägte Worte nach dem Krieg nicht mehr als solche erkennen ließ, da sie bereits in den Alltagsgebrauch übergegangen waren.² Viele Termini aus dem militärischen Bereich hatten ihren Ursprung im Kaiserreich resp. der Weimarer Republik, wurden aber durch die nationalsozialistische Diktatur in ihrer Semantik umgedeutet.³

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die folgende sprachliche Analyse auf der Basis der Gegenüberstellung von Rundfunkkommentaren nicht der Bewertung eines Systemvergleichs zwischen Bundesrepublik und DDR dienen und die beiden Staaten auch nicht mit dem Dritten Reich verglichen werden sollen. Zu unterscheiden ist außerdem die Ebene des offiziellen Sprachgebrauchs innerhalb der Medien und die der deutsch-deutschen Kommunikation von Mensch zu Mensch abseits der großen Politik, die hier nicht untersucht wird.

»Government officials and others do not construct a language or a rhetoric out of thin air; they inherit it from the past and modify or adapt it to meet current or future concerns«⁴

stellen Lynn Boyd Hinds und Theodore Otto Windt in ihrer Analyse zur Rhetorik des Kalten Kriegs fest. Dabei sprechen sie die gleichen Mechanismen sprachlicher Wirkung zur Erreichung politischer Ziele an wie Viktor Klemperer, der sich in seiner Analyse der Sprache des Dritten Reiches ausschließlich auf die NS-Zeit bezieht.⁵ Modifikation und Adaption, die wesentlichen Faktoren zur Durchsetzung sprachpolitischer Ziele, verleugnen die Geschichtlichkeit des Sprachgebrauchs. Das sprachliche Zeichen im semantischen Sinn hat dabei sowohl eine objektive wie auch eine subjektive Funktion. Während sich die Wissenschaft vorwiegend mit der objektiven Funktion des »Meinens, Intendierens als Ausdruck objektiven Inhalts« beschäftigt, kommt gerade in den Rundfunkkommentaren die sub-

jektive Funktion des Zeichens, also das »Hervorrufen von Emotionen und Willenstendenzen«, zum Ausdruck.⁶ Die ausgewählten Beispiele aus Rundfunkkommentaren spiegeln daher neben ihrem politischen Inhalt die politische Stimmung Mitte der 50er Jahre in beiden Teilen Deutschlands wider.

Die unterschiedlichen Prinzipien des politischen Journalismus in der Bundesrepublik und DDR

Unabhängig vom jeweils zu vertretenden Staatensystem hat der politische Journalismus eine allgemeine Funktion: Er dient der Vermittlung von Politik und ist prägend für die öffentliche Meinung. Politik und Journalismus sind aufeinander angewiesen, da ohne politische Informationen keine Nachrichten gestaltet werden können.

Die öffentliche Meinung wiederum ist vom System eines Staates abhängig, das entweder Meinungspluralität zulässt und die öffentliche Meinung als Konglomerat der mehrheitspolitischen Orientierung der Bürger sieht oder die Meinung des Staates zur öffentlichen Meinung und den politischen Journalisten zum Vermittler staatlicher Entscheidungen werden lässt. Frei von politischer Beeinflussung war der Journalismus weder in der DDR noch in der Bundesrepublik.⁷

In der DDR wurde der Rundfunk seit der Gründung des Staatlichen Rundfunkkomitees im Jahre 1952 zentral geleitet und erhielt direkte Weisungen durch das ZK der SED und das Politbüro.

Hörfunk (und Fernsehen) galten als schnellste Instrumente der Information und des operativen Eingreifens in das politische Geschehen. Die Darstellung eines Ereignisses galt als objektiv, wenn sie den entsprechenden Kriterien der Wahrheit, Parteilichkeit und Genauigkeit entsprach. Gemäß den Leninschen Prinzipien war der Rundfunk kollektiver Propagandist und Agitator und diente aufgrund seiner technischen Möglichkeiten, permanent und über Landesgrenzen hinaus zu senden, als Organisator des Kollektivs.⁸

Wie überall begriff sich der Journalismus auch im Rundfunk als Instrument der Partei zur Durchsetzung ihrer revolutionären Politik. Die Freiheit des Journalisten bestand darin, diese Gesetzmäßigkeit anzuerkennen.⁹ Im Vordergrund stand die Aufgabe, das Bewußtsein der Massen zu formen. Daran gebunden war auch die Auseinandersetzung mit den westdeutschen Medien.¹⁰

Im Gegensatz dazu wurde die Struktur des Rundfunks im Grundgesetz der Bundesrepublik nicht derart eindeutig festgelegt. In Art. 5 des Grundgesetzes vom 24. Mai 1949 wird Presse- und Informationsfreiheit gewährt. An Grenzen stößt diese Freiheit, wenn die individuellen Rechte anderer berührt werden, die Sicherheit des Staates oder der öffentliche Frieden gefährdet ist.¹¹ Eine freie Presse gehört zu den Prinzipien des parlamentarisch-demokratischen Systems.

1948/49 etablierte sich das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, welches der föderalen Struktur des Landes entsprach. Erst am 5. Mai 1955 erhielt die Bundesrepublik ihre volle Souveränität und damit auch ihre rundfunkpolitische Unabhängigkeit von den Westalliierten. Durch die Kontroll- und Beratungsfunktion der pluralistisch besetzten Rundfunk- und Verwaltungsräte wurde dem für das Programm verantwortlichen Intendanten ein Gegengewicht zur Seite gestellt. Kennzeichnend für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist seine Staatsferne. Innerhalb der 1950 gegründeten ARD zeigte sich jedoch, daß die zu vertretenden Interessen der Allgemeinheit des öfteren von parteipolitischen Einflüssen überlagert wurden.

Damit standen sich in der Bundesrepublik und DDR zwei unterschiedliche Rundfunksysteme und damit verbunden unterschiedliche Auffassungen von Journalismus diametral gegenüber. Gehörte zu den journalistischen Prinzipien der DDR-Medien explizit die Auseinandersetzung mit der Medienpolitik der Bundesrepublik, so reagierten die Medien der Bundesrepublik ihrerseits auf ihr Gegenüber im Osten Deutschlands.

Die Verkündung der Zweistaatentheorie

Das Jahr 1955 war gekennzeichnet durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO am 5. Mai und der DDR zum Warschauer Pakt am 14. Mai 1955. Ausgangspunkt des im folgenden vorgenommenen Vergleichs von Kommentaren des SFB und des Berliner Rundfunks ist die Verkündung der Zweistaatentheorie Chruschtschows am 26. Juli 1955 in Berlin, die einen Wendepunkt in den deutsch-deutschen Beziehungen und den verschiedenen Konzepten zur Wiedervereinigung beider Staaten markiert. Bestimmend für die Auswahl ist die Deutschlandfrage und deren Einbindung in den Kontext des Kalten Kriegs zwischen des USA und der UdSSR.¹² Am Ort der Verkündung der Zweistaatentheorie – Berlin – standen sich beide Rundfunkstationen direkt gegenüber.

Kommentiert wird der Besuch des sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow und des Regierungschefs Nikolaj Bulganin in Ostberlin, der sich an die Genfer Konferenz der Alliierten (28.6.-23.7.1955) anschloß, wo erstmals Bundesrepublik und DDR als politische Beobachter zugelassen waren.

In Artikel 1 der Direktive der Staatsoberhäupter der Viermächtekonferenz in Genf an die Außenminister vom 23. Juli 1955 zur Frage der Europäischen Sicherheit und Deutschland heißt es:

»The Heads of Government, recognizing their common responsibility for the settlement of the German question and the re-unification of Germany, have agreed that the settlement of the German question and the re-unification of Germany by means of free elections shall be carried out in conformity with the national interests of the German people and the interests of European security.«¹³

Die gesamte Konferenz brachte kaum Fortschritte; definitiv beschlossen wurde lediglich, im Oktober 1955 weiterzuverhandeln. Am 26. Juli 1955 verkündete Chruschtschow in Ostberlin als Reaktion der UdSSR auf die Genfer Verhandlungen:

»Ist denn nicht klar, daß die mechanische Vereinigung beider Teile Deutschlands, die sich in verschiedene Richtungen entwickeln, eine unrealistische Sache ist? In der entstandenen Situation ist der einzige Weg zur Vereinigung Deutschlands die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Festigung und Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands. Man kann die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik lösen.«¹⁴

Damit setzte er ein deutliches Zeichen und knüpfte jegliche Wiedervereinigungsbemühungen beider deutscher Staaten an die Interessen der UdSSR. Der nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge 1955 souverän gewordenen Bundesrepublik wurde damit zugleich eine Absage an eine Wiedervereinigung unter parlamentarisch-demokratischem Vorzeichen erteilt. Gleichzeitig war dies auch die Absage an freie Wahlen, die nach der Genfer Direktive Voraussetzung für die Wiedervereinigung sein sollten.¹⁵

Kommentar des Sender Freies Berlin

Der Abendkommentar des SFB von Helmut Reinhardt am 27. Juli 1955 trägt den Titel »Die Sowjetführer in Ostberlin«.¹⁶ Der Kommentar erstreckt sich über vier Seiten und ist damit etwas länger als die in der Regel dreiseitigen Tages- bzw. Abendkommentare des Senders. Er wurde von 19.40 bis 19.45 Uhr gesendet und beginnt einleitend:

»Während sich in den Hauptstädten des Westens die aus Genf zurückgekehrten Regierungschefs vor der Öffentlichkeit das Ergebnis der Konferenz mehr oder weniger optimistisch kommentieren, haben die beiden führenden Mitglieder der sowjetischen Delegation für einige Tage in Ostberlin, dem Sitz der Grotewohl-Regierung, Station gemacht.«

Diese Formulierung unterstreicht die Einigkeit der Westalliierten angesichts der Eigeninteressen des Ostblocks. Während die westlichen Teilnehmer in ihre Länder zurückfahren und, wie es scheint, alle das gleiche tun, fährt die sowjetische Delegation erst einmal in ihr deutsches Bruderland und demonstriert dort Stärke:

»Parteichef und Ministerpräsident (...) kamen mit der Absicht in unsere geteilte Stadt, das Wenige, was sie zur Wiedervereinigung Deutschlands in Genf gesagt haben, deutlich zu bekräftigen (...), um jeden Zweifel an dem absoluten Wert ihrer Haltung zu zerstören (...). Die Pariser Verträge und die mögliche Einbeziehung auch eines Gesamtdeutschlands in den Nordatlantikpakt verhindern die Zustimmung der Sowjets zu einer baldigen Wiedervereinigung mittels freier Wahlen.«

Der eigentliche Anlaß, die in die politische Literatur als »Zweistaatentheorie« eingegangene Verkündung Chruschtschows, wird konkret lediglich mit dem Satz des sowjetischen Regierungschefs »Man kann die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik lösen« zitiert. Allerdings erhebt Reinhardt den Einwand, daß auch überzeugte Antikommunisten einzusehen vermögen, daß es eine Wiedervereinigung geben könnte, wenn Deutschland, unabhängig von einer einseitigen militärischen Bindung, Teil eines umfassenden Sicherheitspaktes zwischen Ost und West würde. Doch diesem Einwand werden Bedenken angeschlossen, daß Chruschtschow

»die sogenannten »Errungenschaften« der DDR gewissermaßen als »conditio sine qua non« in eine gemeinsame deutsche Zukunft hinübergerettet wissen möchte«.

Auf die angestrebten freien Wahlen Gesamtdeutschlands warten »die Menschen in der Zone seit Jahr und Tag«. Hieraus wird der Anspruch des SFB ersichtlich, für die Hörer in der »Zone« mitzusprechen.¹⁷ Daß die Mehrheit der Bevölkerung mit ihrem Staat und dessen Politik unzufrieden scheint, verdeutlicht Reinhardt mit seiner Sicht auf die Reaktion der DDR-Bevölkerung:

»Das ideologische Danaergeschenk, das der sowjetische KP-Führer dann aber den im Lustgarten versammelten Massen präsentierte, wurde lediglich von der SED-Prominenz mit dankbarem Applaus begrüßt.«

So entsteht der Eindruck, daß die Bevölkerung schwieg und damit gewissermaßen stillen Wi-

derstand leistete, während die offiziellen Vertreter der DDR ihrem Verbündeten höflichen Applaus zollten. Verstärkt wird dies noch durch den Rückgriff auf die Metapher »Danaergeschenk«, die impliziert, daß das Volk schon ahnte, welches Unheil ihm drohte. Die Applaus spendende DDR-Regierung sieht nicht, daß die Verkündung der Zweistaatentheorie ein Trojanisches Pferd und das Ende der Wiedervereinigung als Preis für die Durchsetzung der sowjetischen Außenpolitik bedeutet. Die von Chruschtschow getroffenen Aussagen geschähen entweder »aus irrealen Motiven oder zum Zwecke der Demonstration einer endgültigen Verhärtung der Fronten«. Die Überschrift des Kommentars »Die Sowjetführer« sowie die im folgenden verwendete Bezeichnung »der sowjetische KP-Führer« suggerieren einen Vergleich mit dem »Führer« der NS-Zeit. Diese Vergleiche stehen vor dem Hintergrund der Gleichsetzung der DDR mit einem totalitären Staat wie dem Dritten Reich, der in den 50er Jahren üblich war und von Politikern wie Journalisten im Westen gleichermaßen gebraucht wurde.¹⁸ Um die Eigenständigkeit der westdeutschen Position hervorzuheben, vergleicht Reinhardt USA und UdSSR mit Bundesrepublik und DDR:

»Es ist etwas anderes, wenn der sowjetische Regierungschef Bulganin sich mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower an einen Tisch begibt als wenn der westdeutsche Regierungschef Adenauer seinem scheinbar adäquaten Partner Grotewohl die Hand reicht.«

Zur Begründung, warum der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl kein Partner von Bundeskanzler Konrad Adenauer ist, heißt es:

»Grotewohl ist kein Partner, weil er nicht demokratisch legitimiert ist. Er ist aber auch deswegen kein Partner, weil die Deutschen in der Sowjetzone ihn weit weniger anerkennen als die Russen etwa Bulganin.«¹⁹

Woher der Kommentator die Kenntnis bezieht, daß die Russen Bulganin mehr anerkennen als die Ostdeutschen Grotewohl, bleibt verborgen und ist Teil des streckenweise populistischen Kommentars. Zudem wurde Bulganin nach dem gleichen System wie Grotewohl gewählt und wäre dementsprechend genauso wenig demokratisch legitimiert. Die Nichtanerkennung der DDR seitens der bundesdeutschen Regierung hatte die ARD und damit auch der SFB mitzutragen. 1954 wurde auf der Konferenz der ARD-Programmdirektoren beschlossen: »die Bezeichnung DDR soll tunlichst vermieden werden«.²⁰

Die Kennzeichnung der DDR als totalitärer Staat erfolgt bei Reinhardt durch die Zuweisung von Substantiven, auch wenn er von ihren Errungenschaften redet:

»Die Errungenschaften der DDR – das sind: Diktatur, Scheinabstimmungen, Staatssicherheitsdienst, persönliche Unfreiheit (...) in einem anderen Sinne, wenn ich etwas summieren darf: (...) Bodenreform, Verstaatlichung fast der gesamten Wirtschaft, gewisse sehr problematische Sozialeinrichtungen«.

Chruschtschow und Bulganin werden in einer Weise charakterisiert, die keinen Zweifel an ihrer Einstellung zur Macht aufkommen läßt: »Sowjetführer, politische Spitze des Sowjetstaates, sowjetische KP-Führer, doktrinär«.

Kommentar des Berliner Rundfunk

Der Abendkommentar von Klaus Kröber, gesendet über den Berliner Rundfunk am 28. Juli 1955, war ursprünglich ein Kommentar des Deutschlandsenders vom 27. Juli 1955. Aufgrund seiner internen Umstrukturierungen von 1952 bis 1955 sendete der eigentliche Berliner Rundfunk zum damaligen Zeitpunkt unter dem Namen Berlin 1 und 2.²¹ Die Übernahme von Kommentaren des Deutschlandsenders war gängig; erst ab September 1955 wurden die bis dahin zusammengelegten Redaktionen von Berliner Rundfunk und Deutschlandsender wieder getrennt.²² Die Berliner Hörer konnten den Kommentar am 28. Juli 1955 um 18.42 Uhr auf Berlin 1 und in der Wiederholung um 19.57 Uhr auf Berlin 2 hören. Unter dem Titel »Die tiefere Bedeutung einer Panne der ›Welt‹«²³ wurde der Chruschtschow-Besuch wie beim SFB auf vier Seiten kommentiert.

Wie damals gebräuchlich, so eröffnete der Autor seinen Kommentar mit der Zitierung einer westdeutschen Zeitung – in diesem Fall der ›Welt‹ – zu den aktuellen Ereignissen:

»Chruschtschow und Bulganin haben keine politischen Gespräche mit der ostdeutschen Regierung geführt. Ihr Aufenthalt war ohne größere politische Bedeutung«.

Diesen Aufhänger benutzt er, um das Gegenteil zu beweisen. Die »Politiker am Rhein« seien »ratlos«, die Genfer Konferenz habe die Politik des Bundeskanzlers »über den Haufen geworfen«. Die von der Bonner Bundesregierung angeführte Kampagne der Bedrohung durch die Sowjetunion sei sogar von den USA entkräftet worden:

»Und nun sagt plötzlich sogar Präsident Eisenhower, daß er vom Friedenswillen der Sowjetunion überzeugt sei (...). So wurde in Genf die Bonner Politik vor der ganzen Weltöffentlichkeit als falsch und schädlich entlarvt.«

Mit dieser Formulierung stellt er die Souveränität der Bundesrepublik in Frage; den USA als Verbündeten der Bundesrepublik wird größere Auto-

rität beigemessen. Damit bedient er sich des gleichen Mittels wie Reinhardt beim SFB, der der UdSSR ebenfalls eine größere Autorität als der DDR zubilligt. Das Adjektiv »schädlich« und das Verb »entlarvt« sind zudem beispielhaft für die Kommentierungsweise des DDR-Rundfunks in den 50er Jahren. Was aus dem Westen kam, war im offiziellen politischen Sprachgebrauch schädlich und wurde zudem als falsch entlarvt. Durch diese Technik stellte man sich in der DDR der Bundesrepublik gegenüber auf eine höhere Stufe. Man selber kenne die Wahrheit und muß sie nur der unwissenden Öffentlichkeit nahebringen.²⁴ Diese Haltung des Kommentators entsprach dem Anspruch der SED, nicht nur den eigenen Bürgern, sondern auch dem Westen gegenüber einen geistigen Vorsprung zu besitzen.

Hatte Reinhardt in seinem SFB-Kommentar den Besuch der beiden »Sowjetführer« negativ dargestellt und darauf hingewiesen, daß die DDR-Bevölkerung mit der Zweistaatentheorie nicht einverstanden sei, so teilt Kröber seinen Hörern mit:

»Bulganin und Chruschtschow statteten der DDR einen Staatsbesuch ab und sprachen vor der Bevölkerung und mit der Bevölkerung über unsere Sorgen, über die Frage, wie man die Einheit Deutschlands wiederherstellen kann.«

Das damit verbundene Bild entspricht dem eines Freundes, der seinen engen Vertrauten besucht, um mit ihm über seine Sorgen zu sprechen und eine gemeinsame Lösung zu finden. Das Gespräch »mit der Bevölkerung« signalisiert die Volksverbundenheit der Staatsmänner und ihr vermeintlich ernsthaftes Interesse an der gemeinsamen Problemlösung. Das Einvernehmen zwischen der DDR- und UdSSR-Regierung unterstreicht Kröber im anschließenden Satz:

»Herr Eisenhower fuhr sofort mit dem ganzen Geleitzug seiner in Genf so unangenehm aufgefallenen Sicherheitsgarde nach Washington zurück.«

Dies erweckt den Eindruck, als sei der US-Präsident quasi geflüchtet, weil seine Politik versagte; Staats- und Regierungschefs der UdSSR besuchten jedoch als Sieger der Viermächtekonferenz auf ihrer Rückreise in die Heimat den lieben Freund DDR:

»Offen und rückhaltlos, wie das Freunde zu tun pflegen, legten sie uns die Schwierigkeiten dar, die sich eben durch die Bonner Politik für die Wiedervereinigung ergeben haben.«

An dieser Stelle sei auf das den beiden Kommentaren vorangestellte Zitat hingewiesen, wonach die Konferenz für alle Beteiligten ergebnislos blieb.

So wie Reinhardt für die Hörer im Osten spricht, die »seit Jahr und Tag« auf freie Wahlen warten, spricht Kröber für die Hörer im Westen:

»Seit Genf hat nämlich auch in der westdeutschen Öffentlichkeit die Forderung nach einer Zusammenkunft von Regierungsvertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik eine solche Lautstärke angenommen, daß es für Dr. Adenauer langsam zu einem gefährlichen Hasardspiel wird, sie zu mißachten.«

Auch hier wird für die bildliche Umschreibung der Situation eine Metapher eingesetzt. Das »Hasardspiel«, ein rücksichtsloses Glücksspiel unter Einsatz vollen Risikos, ist die für Adenauers Politik verwandte Metapher, mit der der Kommentator verdeutlichen möchte, daß Adenauer seine Politik der Westintegration über den Willen der Bevölkerung stellt und durch das eingegangene Risiko die Wiedervereinigung aufs Spiel setzt. Kröber erklärt seinen Hörern das Hasardspiel im Anschluß:

»Er [Adenauer] marschiert starr weiter den Weg der Verwirklichung der Pariser Verträge (...). Es liegt auf der Hand, daß er sich durch eine solche sträfliche Mißachtung des Willens der Mehrheit der Bevölkerung immer mehr in die Isolierung begibt.«

Die eigene Position des DDR-Staates wird rhetorisch gestärkt, indem Kröber die Position der Regierung mit der Volksmeinung gleichsetzt:

»Die Deutsche Demokratische Republik ist eine Realität, die nicht mehr rückgängig zu machen ist. Damit wäre nicht einer ihrer Bewohner einverstanden. Und die Regierung dieses deutschen Staates, das hat Otto Grotewohl in seinen Beratungen mit den führenden Männern der Sowjetregierung wieder einmal deutlich bewiesen, spricht im Namen ganz Deutschlands.«

Anschließend verweist er auf Gespräche zwischen DDR- und Sowjetregierung über in der UdSSR inhaftierte ehemalige deutsche Kriegsgefangene. Diese Gespräche sind für Kröber Ausdruck dessen, »wie souverän die Regierung der DDR ist und welche Autorität sie besitzt«. Damit reagiert er auf die Nichtanerkennung der staatlichen Souveränität der DDR durch die Bundesrepublik und die damit verbundene Weigerung, Verhandlungen auf Regierungsebene beider deutscher Staaten zu führen. Die de jure zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestätigte Souveränität der DDR durch den erst am 20. September 1955 geschlossenen ersten Staatsvertrag mit der UdSSR wird dadurch ebenfalls im voraus gerechtfertigt.

Den Abschluß des Kommentars bildet die Darstellung eines angeblichen Chaos der Bonner Regierungspolitik und die aus den Genfer Verhandlungen hervorgegangene gestärkte Position der DDR.

Die in der Genfer Direktive geforderten freien Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen Deutschlands und der Europäischen Sicherheit werden in Kröbers Kommentar gänzlich ausgeklammert. Damit bezieht er eindeutig parteipolitische Stellung. Es handelt sich im rhetorischen Sinn um eine Ellipse, die der Straffung des Inhalts dient, während semantisch das Auslassen dieser wichtigen Bedingung der Stärkung der eigenen Position durch Verschleierung der Tatsachen dient.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Kommentierung

Charakteristisch für die Kommentierung des SFB ist die Nichtanerkennung und Diffamierung der DDR durch bestimmte Substantive. Teilt man diese in Gruppen ein, so ergibt sich für den SFB-Kommentar folgendes:

- DDR als Staat = »Zone«, »Mitteldeutschland«, »Provisorium Pankow«, »Pankow«, »Sowjetzone«, »Sowjetisierung in Mitteldeutschland«
- DDR-Regierung = »Grotewohl-Regierung«, »Pankower Regierung«, »SED-Prominenz«, »SED-Kreise«
- Berlin (Hauptstadt der DDR) = »Ostberlin«, »Ostberlin« – »Sitz der Grotewohl-Regierung«
- Berlin (allg.) = »unsere geteilte Stadt«

Die Genfer Verhandlungen werden als »Genfer Konzert« bezeichnet, Grotewohl ist »Vertreter einer Diktatur«, Adenauer derjenige der »Demokratie«. Als Vergleichsgrundlage für Vertreter von Diktaturen dient Stalin (»der große Diktator«). Bulganin und Chruschtschow werden zwar von ihm distanziert dargestellt (»die neue Linie der kollektiven Führung wird uns unverkennbar demonstriert«), aber ihr diktatorisches Wesen legen sie nicht ab und werden zu diesem Zweck in die Vergleichsnähe der NS-Diktatur gestellt (»die Sowjetführer«).

Die Kommentierung des Deutschlandsenders resp. Berlin 1 und 2 spart im Gegensatz zum SFB mit Metaphern für die Bundesrepublik als Staat, setzt aber für die Regierung der Bundesrepublik Umschreibungen ein. Hierbei gilt zu bedenken, daß in anderen Kommentaren des DDR-Rundfunks Diffamierung und Nichtanerkennung der Bundesrepublik mit Hilfe von Metaphern oder synonymen Metonomasien durchaus üblich waren, was im gegebenen Beispiel nicht zum Tragen kommt.

- Bundesrepublik als Staat = »Bundesrepublik«
- Regierung der Bundesrepublik = »Politiker am Rhein«, »Bonner Politik«, »Dr. Adenauers Entsandte«, »Herren vom westdeutschen Forschungsbeirat«, »Bonner Durcheinander«, »Ver-

treter des alten harten Kurses der Stärke in Bonn«.

Kennzeichnend für die Herausstellung der angeblich stärkeren Position der DDR bei den Genfer Verhandlungen ist die Zuweisung, daß sich die Bundesrepublik nun in einer Situation befände, mit der man nicht umgehen kann. Dazu gehören mehrmals wiederholte Substantive wie »Ratlosigkeit«, »Chaos«, »Durcheinander«. Das angebliche Scheitern der Bundesrepublik wird beschrieben mit einer Konzeption, die »über den Haufen geworfen« wird, die westdeutschen Beobachter der Konferenz wurden behandelt wie »störende Fliegen«, die gesamte Situation ist eine »peinliche Pleite«, Adenauer »sägt an dem Ast, auf dem er sitzt«, seine Spekulationen sind »wie eine Seifenblase zerplatzt«. Der invektive Gebrauch von Umgangssprache ist im Kommentar des Berliner Rundfunks wesentlich höher angesiedelt und als rhetorisches Mittel zur Herabwürdigung des Gegners zu sehen.²⁵

Militaristische Entlehnungen zur Charakterisierung der Situation werden an verschiedenen Stellen eingesetzt. In bezug auf den Westen sind sie negativ, auf den Osten positiv belegt. Die Bonner Regierung »rasselt« demzufolge »mit den Säbeln«, Bonn schickte die »ersten Offiziere ins NATO-Hauptquartier« und will bald »die ersten Soldaten unter Waffen haben«. Die DDR hingegen ist wider Erwarten kein »Schacherobersprojekt der Großmächte« und die neuen Angebote der Volkskammer sind »empfindliche Waffen«.

Das wesentliche Kriterium beider Kommentare ist die Konfrontation mit dem jeweils anderen deutschen Staat. Die Kommentare sind auf beiden Seiten geprägt von Schuldzuweisungen für die Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung, an keiner Stelle wurde füreinander gesprochen. Die auf Konfrontation ausgerichtete Argumentation ist bezeichnend für die gesamtdeutsche Politik des betreffenden Zeitraums.

Beim sprachlichen Vergleich stellt man fest, daß in der Argumentation mit ähnlichen rhetorischen Mitteln gearbeitet wird, um die eigene Position zu vertreten und die des anderen als die schwächere darzustellen. In dieser Hinsicht kommt die Rolle der gemeinsamen deutschen Muttersprache zur Geltung. Zusammengefaßt ergibt sich bei den in den Kommentaren enthaltenen rhetorischen Figuren: eine häufige Verwendung von Metaphern und synonymen Metonomasien²⁶ bei den lexikalischen Figuren, der Vergleich dominiert bei den Figuren der Sinnverdeutlichung, während sich die Wiederholung als Figur der Ausdrucksverstärkung vor allem im Kommentar des Deutschlandsenders/Berlin 1 und 2 findet.²⁷

Der Kommentar als Darstellung der Meinung eines Journalisten mußte in der DDR mit der Auffassung der Partei konform gehen und ist daher nicht als individuelle Meinungsäußerung zu werten. In der Bundesrepublik hatte der Kommentar jedoch diesen demokratischen Status, aber auch hier spiegelt sich die staatliche Haltung der Bundesrepublik gegenüber der DDR in der politischen Haltung des Kommentators wider.

Es wird ersichtlich, daß die staatlich gelenkte Argumentation an die Grenzen des zur Verfügung stehenden Sprachmaterials stieß und sich auf den verstärkten Einsatz einzelner Komponenten beschränkte.

Der freie Kommentar des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stieß jedoch ebenfalls an Grenzen: Neben dem gezielten Einsatz rhetorischer Figuren offenbart die nachträgliche sprachliche Betrachtung die unbewußte Verwendung bestimmter Mittel. Das journalistische Tagesgeschäft war auch damals auf beiden Seiten von Schnellebigkeit geprägt, was die Verinnerlichung bestimmter Floskeln und die unbewußte Anreicherung des eigenen Wortschatzes mit ideologischen Stereotypen auf beiden Seiten förderte.

Hinzu kommt, daß die konfrontative Argumentation des DDR-Rundfunks, der seinen »Gegner« stets »vom Sozialismus überzeugen« wollte, kaum zu einer sachlichen, unparteiischen Reaktion führen konnte.

In den folgenden Jahren, mit der Zuspitzung der Konfrontation zwischen beiden deutschen Staaten nach Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958, nahmen die Kommentare beider Sender an Schärfe und die darin enthaltenen gegenseitigen Schuldzuweisungen erheblich zu, so daß man die hier betrachteten Beispiele noch als vergleichsweise harmlos ansehen kann.

Bereits Mitte der 50er Jahre waren die staatlichen Strukturen beider deutscher Staaten so weit verfestigt, daß eine Umkehr zu einer gemeinsamen Politik unmöglich war. Die Verkündung der Zweistaatentheorie Chruschtschows brachte die gegenseitige Argumentation auf die Ebene des Status quo: auf der einen Seite die Absicherung der Bundesrepublik durch westliche Bündnispartner gegen die Einflußnahme der UdSSR, auf der anderen Seite die Konsolidierung und Absicherung der Einflußsphäre des Ostblocks unter der Führungsrolle der UdSSR.

Die schon von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg unterschiedlich konzipierten Mediensysteme in Deutschland trugen ihren Teil dazu bei.

Anmerkungen

- 1 Lynn Boyd Hinds/Theodore Otto Windt: *The cold war as rhetoric*. New York 1999, S. 1.
- 2 Hugo Moser: *Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands*. Düsseldorf 1971, S. 37ff. Moser verweist darauf, daß Termini aus der nationalsozialistischen Sprache sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR verwendet wurden.
- 3 Moser, ebd., sieht im häufigen Gebrauch von Fremdwörtern im offiziellen Sprachgebrauch der DDR eine Parallele zu der in Viktor Klemperers *Lingua Tertiae Imperii* dargestellten Analyse des Fremdwortgebrauchs im Dritten Reich. Er stimmt mit Klemperer überein, daß der bereits vorhandene Wortschatz des Kaiserreichs resp. der Weimarer Republik mit einer neuen Semantik versehen wurde.
- 4 Hinds/Windt: *The cold war* (wie Anm. 1), S. 8.
- 5 Viktor Klemperer: *Lingua Tertii Imperii*. Leipzig 1985, S. 21f: »Das Dritte Reich hat die wenigsten Worte seiner Sprache selbstschöpferisch geprägt, vielleicht, wahrscheinlich sogar, gar keines. Die nazistische Sprache weist in vielem auf das Ausland zurück, übernimmt das meiste andere von vorhitlerischem Deutschen.«
- 6 Joseph M. Bochenski: *Die zeitgenössischen Denkmethode*. Tübingen 1986, S. 55f.: Die zwei semantischen Funktionen des Zeichens.
- 7 Vgl. dazu: Klaus-Dieter Altmeyden/Martin Löffelholz: *Zwischen Verlautbarungsorgan und »vierter Gewalt« – Strukturen, Abhängigkeiten und Perspektiven des politischen Journalismus*. In: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn 1998, S. 105f.
- 8 Hermann Budzislawski: *Sozialistische Journalistik*. Leipzig 1966, S. 212.
- 9 Ebd., S. 102.
- 10 Ebd., S. 209. »So senden die westdeutschen Stationen (...) imperialistische Programme, die speziell die Bevölkerung der DDR geistig vergiften soll. Wir erleben also eine permanente Schlacht im Äther, die den sozialistischen Journalisten zwingt, ausgezeichnet informiert zu sein und echten Kampfgeist zu zeigen.«
- 11 Vgl. Hermann Meyn: *Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1994, S. 28-39.
- 12 Christian F. Ostermann: *Amerikanische Propaganda gegen die DDR*. In: Gerald Diesener/Rainer Gries (Hrsg.): *Propaganda in Deutschland*. Darmstadt 1996, S. 115f. Der ostdeutschen Einheitspropaganda wurde eine aktive Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik entgegengesetzt, die seit Anfang der 50er Jahre von den USA forciert wurde.
- 13 Hans Louis Trefousse (Hrsg.): *The Cold War – A Book of Documents*. New York 1966, S. 194.

- 14 Hermann Weber (Hrsg.): DDR – Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985. München 1986, S. 217f.
- 15 Ostermann: Amerikanische Propaganda (wie Anm. 12). Die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen war bereits 1950 zur Diskreditierung der Volkskammerwahl propangandistisch im RIAS eingesetzt worden.
- 16 DRA Berlin: SFB-Depositum 4691/1.
- 17 Dieser Anspruch wurde bereits vom NWDR-Berlin vertreten und vom SFB übernommen. Siehe dazu »25 Jahre Sender Freies Berlin – Dokumente zur Gründung«. [Berlin] 1979, S. 8f.
- 18 Zum Vergleich von Kommunismus und Nationalsozialismus: Immanuel Geiss: Die Totalitarismen unseres Jahrhunderts. In: Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Bonn 1996, S. 160-176.
- 19 Ostermann: Amerikanische Propaganda (wie Anm. 12). Die fehlende demokratische Legitimierung der DDR-Regierung geht auf die Erklärung der Alliierten Hohen Kommission vom 10.10.1949 zurück, daß die neugegründete DDR ein künstliches Geschöpf sei, dem eine legale Grundlage fehle.
- 20 DRA Berlin: SFB-Depositum 5831.
- 21 Am 14.9.1952 wurde der Berliner Rundfunk in drei zentrale Programme mit den Namen Berlin 1, 2 und 3 geteilt, deren Hauptgewichtungen in der Ausrichtung auf den Westen (Berlin 1), auf Wissenschaft und Kultur (Berlin 2) und auf leichter bzw. volkstümlicher Unterhaltung (Berlin 3) lagen. Am 6.6.1954 wurden die drei Programme dann in zwei (Berlin 1 und Berlin 2) überführt. Ab dem 11.9.1955 sendete der Berliner Rundfunk wieder unter seinem alten Namen mit zwei Programmen, das zweite wurde ab dem 2.2.1958 als Berliner Welle über UKW ausgestrahlt.
- 22 Vgl. DRA Berlin: Jahresbericht 1956 über die Kaderarbeit des Staatlichen Rundfunkkomitees. Rückwirkend für 1955 werden unter dem Kapitel Strukturänderungen neben der Bildung der drei Sender Radio DDR, Berliner Rundfunk und Deutschlandsender auch deren Trennung in drei Intendanten und drei Chefredaktionen angeführt.
- 23 DRA Berlin KOM I 55/407.
- 24 Susanne Marten-Finis: Pressesprache zwischen Stalinismus und Demokratie. Tübingen 1994, S. 58f.
- 25 Vgl. Moser: Sprachliche Folgen (wie Anm. 2), S. 40.
- 26 Unter diesem Begriff kann man u.a. die Verwendung von Euphemismen, Vulgarismen und Archaismen zusammenfassen, die in beiden Kommentaren auftauchen.
- 27 Sprache und Stil II S. 81. Zur Verbesserung der massenpolitischen Wirksamkeit des Rundfunks wird als Stilmittel der echten Tonverstärkung unter Punkt a die Wortwiederholung ausdrücklich empfohlen. Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, DR 6 314.

Miszellen

Hans Mahle (1911 - 1999)

Hans Mahle, gestorben am 18. Mai 1999, war der erste Nachkriegsintendant des Berliner Rundfunks und von 1946 bis 1951 Generalintendant der Rundfunksender in der sowjetischen Besatzungszone. Schon in der NS-Zeit, während seines sowjetischen Exils, beim Rundfunk tätig, hat Mahle die deutsche Rundfunkgeschichte mitgeprägt.

Am 22. September 1911 geboren in einer Hamburger Arbeiterfamilie – sein Vater kam als Kommunist im Februar 1945 im Konzentrationslager Buchenwald um –, betätigte sich Mahle schon als kaufmännischer Lehrling politisch: Bereits mit 17 Jahren war er Funktionär der kommunistischen Kinderorganisation, später des kommunistischen Jugendverbandes. Anfang der 30er Jahre arbeitete er im Internationalen Kinderbüro der Komintern in Moskau und kehrte nach der faschistischen Machtergreifung 1933 nach Deutschland zurück. Bis 1935 war er führend im illegalen Widerstand des KPD-Jugendverbandes und als Auslandskurier tätig. 1937 wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Zu dieser Zeit befand sich Mahle bereits in der Emigration in der Sowjetunion, wo er u.a. Jugendredakteur am Moskauer Rundfunk war, in der kommunistischen Jugendinternationale mitarbeitete und die Jugendkommission des KPD-Zentralkomitees leitete. Nach Beginn des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion wurde er Leiter des Geheimsenders Sturmader, der sich als Sprachrohr oppositioneller Hitlerjungen verstand. Mahle war in dieser Zeit auch als Agitator in deutschen Kriegsgefangenenlagern eingesetzt und gehörte 1943 zu den Gründungsmitgliedern des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). Beim kurz darauf installierten NKFD-Sender Freies Deutschland wurde er stellvertretender Chefredakteur.

Im April 1945 kehrte Hans Mahle mit der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück und wurde Intendant des Berliner Rundfunks. Er war Mitunterzeichner des KPD-Neugründungsaufrufs vom 11. Juni 1945 und Mitglied des KPD/SED-Parteivorstandes – bis 1947. Seine Ende 1946 erfolgte Berufung zum Generalintendanten war eher eine Degradierung denn eine Beförderung. Mahle war fortan für Verwaltungsaufgaben und den Aufbau des Sendernetzes in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zuständig, der politisch-inhaltliche Einfluß auf die Rundfunkprogramme wurde ihm weitestgehend entzogen. 1951 setzte ihn die SED auch von diesem Po-

sten ab. Für ein Jahr leitete der erfahrene Rundfunkmann dann das Zentrallaboratorium in Berlin-Adlershof, wo die Grundlagen für den Aufbau des DDR-Fernsehens geschaffen wurden. Seine Rundfunklaufbahn endete 1952: Mahle wurde »zur Bewährung« nach Schwerin geschickt, wo er zunächst als Verkäufer, später als Werbeleiter der Konsumgenossenschaft arbeitete. Von 1956 bis 1959 war er Chefredakteur des SED-Bezirksorgans »Schweriner Volkszeitung«. Der Berufung des SED-Politbüros folgend, übernahm Hans Mahle danach für über zwei Jahrzehnte, bis 1982, die Chefredaktion der SEW-Zeitung »Die Wahrheit« in (West)Berlin und war später auch Mitglied im SEW-Parteivorstand. Auch nach der Wende blieb er politisch aktiv – im PDS-Verband Berlin-Steglitz.

Hans Mahle (eigentlich Heinrich Mahlmann), der seinen Decknamen aus der Illegalität auch nach dem Zweiten Weltkrieg notariell beglaubigt beibehielt, hat kein Mitläuferleben geführt. In die politischen Kämpfe dieses Jahrhunderts brachte er sich ein und übernahm Verantwortung. Als kommunistischer Funktionär verinnerlichte er die geforderte, vom Stalinismus geprägte Parteidisziplin. Dennoch war er kein Apparatschik oder Parteisolat. Von allen Zeitgenossen wird er als unkonventionell, offen, kommunikativ und aufgeschlossen geschildert. Noch in hohem Alter in den 90er Jahren war er gern auskunftsbereit über sein Leben, bekannte sich zu Fehlern und zum Fehlverhalten seiner Partei, wobei er mitunter stundenlang druckreif reden konnte und u.a. seine schon in den 30er Jahren begonnene Intimfeindschaft mit Walter Ulbricht ausführlich darstellte. In vertraulichen Personalcharakteristiken vom Ende der 40er Jahren kennzeichnete man Hans Mahle als »menschlich im Umgang mit seinen Mitarbeitern«, »beweglich und konziliant«, aber »selbständiger politischer Analysen und Entscheidungen nicht fähig«. Neu aufgefundene Dokumente aus dem Moskauer Kominternarchiv belegen dagegen, daß er schon während seiner Tätigkeit in der kommunistischen Jugendbewegung eigenständige Meinungen vertrat und pluralistische Konzepte entwickelte. In seiner Amtszeit im SBZ-Rundfunk geriet er in den Strudel der zunehmend auf Linie gebrachten stalinistischen SED-Politik, die – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges – ein von überzogenen Sicherheitsbedürfnissen und Schwarz-Weiß-Feindbildern geprägtes Personalkarussell in Gang setzte. Seinen unkonventionellen Umgang mit den Westalliierten und »mangelnde Wachsamkeit« warf ihm die berüchtigte SED-Parteikontrollkommission vor. Nach der »Tau-

wetter-Periode« Mitte der 50er Jahre rehabilitiert, allerdings wie damals üblich nicht öffentlich, hatte Mahle auch in seinen (West)Berliner Jahren weitere Restriktionen seiner SED-Genossen aus dem Osten zu überstehen, wurde aber andererseits auch mit hohen staatlichen DDR-Auszeichnungen bedacht. Seine schon 1974 fertiggestellten Memoiren konnten in der DDR nicht erscheinen und sind bis heute unveröffentlicht geblieben.

Auch viele Details aus seiner frühen, gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichteten Rundfunkstätigkeit und aus der Phase seiner Degradierung sind bis heute nicht hinreichend aufgearbeitet. Eine systematische Durchsicht entsprechender Dokumente aus Moskauer oder Schweriner Archiven, aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, wo sein Nachlaß Eingang gefunden hat, und aus dem Deutschen Rundfunkarchiv Berlin steht noch aus. Sie könnte eine differenzierte Beurteilung des Lebens und Wirkens von Hans Mahle jenseits von leider noch immer gängigen Schwarz-Weiß-Malereien über Persönlichkeiten aus der DDR ermöglichen, die den komplizierten Bedingungen, Zeitumständen und Zwängen gerecht wird, denen ein Journalist wie Hans Mahle sich stellte: Ein Zeitgenosse dieses Jahrhunderts, dessen Leben reich an Brüchen war, weil er nicht zur Kategorie der in Ost und West massenhaft verbreiteten Mitläufer gehörte, ein Gestalter eines Abschnitts der deutschen Mediengeschichte.

Ingrid Pietrzynski, Berlin

Dokument

Vortrag Hans Mahles über Friedrich Georg Knöpfke

Im DRA Berlin hat sich das Sendemanuskript eines Rundfunk-Vortrages vom September 1945 erhalten, den Hans Mahle im Berliner Rundfunk hielt und der hier erstmals ediert wird: Eine Würdigung des ersten Direktors der Berliner Funkstunde Friedrich Georg Knöpfke, die Bezug nimmt auf die Traditionen des deutschen Rundfunks und auch etwas aussagt über das Selbstverständnis des erst wenige Monate im Intendantenamts befindlichen Hans Mahle.

14. September 1933 – 14. September 1945.
Professor Friedrich Georg Knöpfke

Der neue »Berliner Rundfunk« gedenkt heute an dem Tag, an dem vor 12 Jahren Prof. Friedrich Georg Knöpfke am 14. September 1933 aus dem Leben, das Bestien in Menschengestalt zerstört hatten, schied, eines Mannes, der als Schöpfer des deutschen Rundfunks heute wieder genannt werden kann.

Wenn ich als Direktor des Berliner Rundfunks heute das Wort ergreife, um dieses ersten Direktors des Rundfunks zu gedenken, so tue ich es aus dem Gefühl der Verpflichtung, das Vermächtnis dieses großen Mannes, getreu seinem Vorbild, zu übernehmen und wie er durch rastlose Arbeit dem Deutschen Rundfunk zu dienen.

Den Weg, den er mir und uns allen vorangegangen ist, wollen wir in dem selben Zielbewußtsein wieder neu beschreiten. Wollen seinen Weg fortsetzen, diesen Weg, den Verbrecher ihm damals versperren konnten, so daß es für einen solchen Charakter nur noch den Weg in den Freitod gab.

Zu infernalisch, zu grausam war die Zeit der vergangenen zwölf Jahre, zu schnell vergessen die Menschen in dieser nun verebten Flut des Wahnsinns ein Menschenschicksal, auch wenn es das Schicksal eines Mannes wie Friedrich Georg Knöpfke war.

Wer auf exponiertem Posten steht, muß sich gefallen lassen, daß an ihn Stürme von Kritik, Meinungsäußerung, Zustimmung und Ablehnung branden. Er darf Gefahren nicht ausweichen, indem er nach allen Seiten paktiert, es jedem recht zu machen sucht. Wer an der Spitze eines großen Unternehmens steht, muß ein fester Wegweiser sein. Wer für sein Werk dasteht, muß ein eindeutig, scharfes Profil zeigen.

Friedrich Georg Knöpfke wußte das. Wird heute noch von der Berliner Funkstunde gesprochen, so verbindet sich damit die Vorstellung der Anfänge des deutschen Rundfunks. Der Schöpfer diese heute noch lebendigen Begriffes »Berliner Funk-Stunde« war Knöpfke. Der ganze Aufbau aus dem Nichts, der ganze organisatorische und kaufmännische Komplex der ersten Berliner Sendestelle des Jahres 1923 ruhte auf seinen Schultern, wurde von ihm gemeistert. Ihm ist es zu verdanken, seiner Zähigkeit und seinem zielbewußten Streben, daß damals der Funk nicht in dem zähen Brei des Unverstandes für die Möglichkeiten dieser jungen Erfindung ersticke. Immer schritt er im Glauben an die Zukunft des Rundfunks, allen Widerständen zum Trotz, als Pionier auf dem von ihm gewählten und als richtig erkannten Weg voran. Rundfunk ist nur berechtigt, wenn er dem Augenblick eines lebendigen Heute dient, das sich nicht auf das Gestern beruft, sondern das Morgen erstrebt. Wandlungen zeugen für Lebendigkeit. Das hat Prof. Knöpfke erkannt und in seiner steten, treuen Arbeit verwirklicht. Seit der Geburtsstunde des Berliner Rundfunks hat er seines Amtes gewaltet, eines Amtes, das Verantwortung, Arbeit und Verpflichtung, nur immer neue Bürden diesem Manne brachte, dessen Vermächtnis heute in einem neuen Deutschland in unsere Hände gelegt wurde. Was ist es, das einen Menschen seinem Beruf eignet? – Nicht allein Wissen, Bildung und Urteilskraft, die Voraussetzungen sind. Entscheidend ist immer nur dies: Ein wahrer Instinkt für die Dinge. Instinkt besitzen heißt: Voraussetzungslos und ohne Vorbild das Richtige treffen. Das war Knöpfkes Begabung. Dieser Instinkt findet in ruhiger, zielbewußter Energie seine Ausdrucksform. Man kann nur Organisator sein, wenn man über Fingerspitzengefühl verfügt. Ein solcher Mann war Knöpfke. Seine Stirn versuchte nie eine Wand zu

durchrennen, aber sie bestimmte, wo die Tür aufgemacht wird.

Zehn Jahre durfte Knöpfke so arbeiten, zehn Jahre durfte er von Erfolg zu Erfolg schreiten. Dann kam das Schicksalsjahr Deutschlands 1933! Damit war das Urteil über einen Mann wie Knöpfke gesprochen. Er mußte fallen und er fiel, fiel als einer der Ersten dieser entsetzlichen unabsehbaren Reihe, die sich als blutige Bahn, Entsetzen und Verderben bringend, durch Deutschland und Europa wälzen sollte zum Golgatha Deutschlands von 1945.

August 1933 wurde der Propagandaprozeß gegen den sogenannten »Systemrundfunk« gestartet. Verdiente Männer wurden in Presse und Rundfunk mit unsagbarem Schmutz beworfen. Knöpfke wurde von der Gestapo verhaftet. Selbst die Nazi-Justiz schreckte vor der Verurteilung einer derartigen Persönlichkeit von Weltruf zurück.

Knöpfke wurde in ein Krankenhaus entlassen. Kaum genesen, erscheint die Gestapo, um ihn aus dem Krankenhaus zu einer der bekannten und berühmten »kurzen« Vernehmung zu holen. Knöpfke verschwindet, keine Dienststelle der Polizei weiß angeblich, wohin er verschleppt wurde. Freunde finden heraus, wo er ist. Durch ihren großen Einfluß bekommen sie ihn frei. Hadamowsky hatte ihn in das Konzentrationslager Kolumbia-Haus in Kreuzberg verschleppen lassen. Entlassen wird ein zu Tode gefoltertes und zerschlagenes Wrack, das einst Prof. Friedrich Georg Knöpfke war. Tage lag er bewußtlos im Krankenhaus. An dem Tag, an dem ärztliche Kunst ihn dem Leben wiedergab, schleppt er sich in seine nahe gelegene Wohnung. Noch einmal bäumt sich diese große Persönlichkeit zu einer letzten heroischen Handlung auf in diesem zerschlagenen und geschundenen Körper, dessen Seele und Geist standhaft blieben, nicht zu brechen waren, als Mißhandlungen ihn zwingen sollten, seine Unterschrift unter ein Geständnis zu setzen, das ihn und die anderen leitenden Herren des Rundfunks belasten und dem Henker ausliefern sollte.

Er selbst endet sein Leben, um nicht wieder in die Hand dieser Bestien zu fallen.

Knöpfke starb, aber wir tragen das Vermächtnis dieses Mannes weiter in eine neue Zeit. Sein Leben, seine Arbeit und sein Tod sind uns Verpflichtung. Uns wird er Beispiel und Ansporn sein, der Gründer des deutschen Rundfunks, Friedrich Georg Knöpfke.

Els Vordemberge (1902 - 1999)

Wie erst drei Wochen nach ihrem Tod bekannt wurde, ist Els Vordemberge, die Gründerin des WERAG-Kinderfunks und langjährige Leiterin des (N)WDR-Kinderfunks, am 25. Februar 1999 in Köln im Alter von 96 Jahren gestorben.

Als Els Tintner am 5. Juli 1902 in Wien geboren, zieht sie mit der Familie 1911 nach Düsseldorf, wo sie nach Abschluß ihrer Schulausbildung als Schülerin am Düsseldorfer Schauspielhaus bei Louise Dumont und Gustav Lindemann

aufgenommen wird, einer renommierten Institution, aus der u.a. Gustaf Gründgens und zahlreiche Mitglieder des späteren WERAG-Hörspielensembles hervorgegangen sind. Erste Engagements führen Els Tintner an die Schauspielhäuser Bremen und Osnabrück sowie an die Rheinische Landesbühne in Düren. Hier lernt sie den als Bühnenbildner engagierten Osnabrücker Maler und Grafiker Friedrich Vordemberge (1897 - 1981) kennen. Nach der Heirat im Jahre 1926 lassen sich Els und Friedrich Vordemberge in Köln nieder.

Els Vordemberges Hausfrauendasein währt jedoch nur kurze Zeit. Durch die Vermittlung von Alexander Maass, einem Schauspielkollegen, der bei der WERAG als Sprecher und Mitglied des Hörspielensembles beschäftigt ist, erhält sie im Jahre 1927 zunächst als freie Mitarbeiterin Nebenrollen in Hörspielen, u.a. im ersten WERAG-Hörspiel, »Hanneles Himmelfahrt« von Gerhart Hauptmann unter der Regie des Intendanten Ernst Hardt. Auch in Produktionen für Kinder wie dem Vorweihnachtsspiel »Reise zu Knecht Rupprechts Werkstatt« nach dem Manuskript von Josef Kandner oder »Beim Puppenspieler« von Anne Tölle-Honekamp ist Els Vordemberge zu hören.

Im entscheidenden Moment ihrer Karriere kommt ihr der Zufall zu Hilfe:

»Der Sender beschäftigte damals auch eine junge Frau, die ab und zu für die Kinder Märchen las. Als ich plötzlich erfuhr, daß sie aufhören wolle, bin ich zu Hardt gegangen und habe ihn gefragt, ob ich das nicht übernehmen könne. Er war sofort einverstanden.«

Els Vordemberge genügte es jedoch nicht, »Märchen vorzulesen«. Sie ließ die Märchen, sozusagen als Vorform des Kinderhörspiels, von Kindern mit verteilten Rollen spielen. Damit war auch der erste Schritt zur Teilnahme von Kindern an Sendungen für Kinder beschriftet. Els Vordemberge brachte Bastel-, Mal- und Turnstunden ins Programm und besuchte zusammen mit Kindern den Kölner Zoo. Sie brachte auch das Kasperletheater in den Rundfunk und wird mit ihren Aktivitäten die Zustimmung ihres Intendanten Hardt gefunden haben, der Zielgruppensendungen förderte und aufgesetzte »Kindgemäßheit« von Erwachsenen als »bronzierte taube Nüsse« – heute würde man es »fake« nennen – verspottete.

Im April 1933 wird Els Vordemberge als Jüdin zusammen mit zahlreichen anderen Kollegen entlassen und erhält Hausverbot im Funkhaus Dagobertstraße. Durch ihre Ehe mit Vordemberge – jetzt ein »entarteter Künstler« – besitzt sie nach den Nürnberger Rassegesetzen zunächst den Status einer »privilegierten Mischehe«.

Während des Krieges lebt das Ehepaar nach der Ausbombung der Kölner Wohnung in Bad Honnef am Rhein. Nach Erinnerungen ihres Bruders Heinz Tintner, der dem letzten Düsseldorfer Deportationszug im Jahre 1942 durch einen fingierten Selbstmordbrief entgeht, soll sie im Herbst 1944 einen Hinweis auf ihre bevorstehende Deportation erhalten haben – bezeichnenderweise vom Honnefer Polizeichef Grohé, einem Bruder des Kölner Gauleiters. Im Dezember 1944 taucht Els Vordemberge bei den Kölner Brüdern Lorck unter, die sie zeitweise im Sanitätsraum eines Luftschutzbunkers verstecken können. Im Januar 1945 erkrankt sie und wird von einem Rheinbreitbacher Ehepaar aufgenommen.

Nach dem Ende des Krieges ist es wiederum Alexander Maass, der – als britischer Kontrolloffizier nach Deutschland zurückgekehrt – Els Vordemberge gegen ihren anfänglichen Widerstand ein zweites Mal für den Rundfunk gewinnen kann. Im Frühjahr 1946 nimmt sie ihre Arbeit als Kinderfunkredakteurin im Literary Department im Funkhaus Dagobertstraße wieder auf. Intendant Max Burghardt würdigt in seinen Memoiren Els Vordemberge beim Wiederaufbau des Senders als »starke Stütze«.

Es gelingt ihr schon bald, an ihre erfolgreiche Vorkriegsarbeit anzuknüpfen. Das äußerst beliebte Kinderfunkprogramm von Els Vordemberge sieht Rätsel, Märchen, Kasperletheater, Lieder, Malen, Basteln, Turnen, Bücherstunden und Kinderkarneval vor. Sendungen, an denen Kinder teilnehmen, sind stets improvisiert, zu bestimmten Anlässen wie Karneval oder Nikolaustag wird live gesendet. Sie kreierte die Sendereihe »Kinderkongreß«, die an jedem ersten Freitag im Monat ausgestrahlt und ausschließlich von Kindern bestritten wird. Den Vorsitz des »Kongresses«, der u.a. Vorträge mit Diskussionen oder Buchbesprechungen durch »Annette Bücherwurm« vorsieht, führt ein Kind, und Kinder sind Ansagerinnen und Ansager. Die Redakteurin und der Regisseur Fritz-Peter Vary sind als »Ehrenmitglieder« zugelassen.

Nach dem Geheimnis ihres Erfolgs und ihrer »Methode« befragt, gibt Els Vordemberge an, keine zu haben: »Sie nennt selbst ihr System gar kein System. Das komme eben von selbst. Sie mag Kinder, und sie nimmt sie ernst. Vielleicht deshalb.« Die Kinderfunkleiterin, selbst kinderlos, will ihnen »Mut zum Spielen und zum Reden« machen, sie ermuntert und gewährt Raum für Improvisation. Zu ihren Vorstellungen von Authentizität und Spontaneität gehört es, aus vorproduzierten Sendungen niemals etwas herauszuschneiden, weder Versprecher noch Husten oder Stottern. Ein »casting« für den Kinderfunk lehnt sie ab. Interessierte Kinder – ihr

bekanntester Schützling ist übrigens die Kölner Schauspielerinnen Lotti Krekel – erhalten unbürokratisch die Chance zum Mitsingen, Mitturnen oder zum Vortragen von Gedichten. Einzige Voraussetzung ist, daß die Kinder frei und ohne Scheu sind, über eine deutliche Aussprache verfügen und gute Leistungen in der Schule erbringen. Freilich beobachtete sie, daß zuweilen die Ambitionen der Mütter größer waren als die der Kinder. »Wir sind ja kein Kindergarten«, sagte sie einmal, »wenn selbst Dreijährige »angeboten« werden.« Starallüren bei Kindern scheint sie mit natürlicher Autorität begegnet zu sein. »Das wollen wir nicht, und wenn es mal vorkommen sollte, gewöhnen wir es ihnen schnell wieder ab.« Eine Journalistin, die eine Reportage über die Kinderfunkleiterin schreibt, stellt verblüfft fest, daß die zierliche, temperamentvolle Els Vordemberge mit der zarten Stimme »vielleicht nicht gar so sanft [ist], wie man sich das vorgestellt haben mag.« Jedenfalls würden durch »kluge Diplomatie« Kinder »in ihrer Obhut zu Wachs, auch wenn es kleine Ungeheuer sind.«

1964 geht Els Vordemberge, die gegen Ende ihrer Amtszeit noch den Beginn des Kinderfernsehens mitbefördert, in den Ruhestand. Zusammen mit ihrem Mann, der nach dem Krieg als Leiter der Kölner Werkschulen und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes ein angesehener Künstler ist, lebt sie am Kölner Hansaring. Rege bis ins hohe Alter, geht sie ihren Interessen – Kunst, Theater und Sport – nach und führt ein gastfreies Haus. Friedrich Vordemberge erliegt im April 1981 einem Krebsleiden.

Els Vordemberge kommt nicht nur das Verdienst zu, den Kölner Kinderfunk in den 20er Jahren begründet zu haben, sie hat auch den Wiederaufbau des NWDR Köln nach dem Krieg mitgestaltet und das Profil des (N)WDR-Kinderfunks maßgeblich bestimmt. Aufgrund ihres Temperaments und ihres natürlichen Talents im Umgang mit Kindern war Els Vordemberge eine beliebte und populäre Redakteurin. »Wer sie anschaut oder mit ihr ins Gespräch kommt und nicht vergnügt wird«, schrieb eine Journalist über sie, »gehört ins Museum«.

Birgit Bernard, Köln

»Bambule«

Zur Absetzung eines Fernsehspiels (1970)*

Untersuchungen zur programmpolitischen Haltung einer Rundfunkanstalt stehen vor hohen methodischen Hürden. Sobald die Absetzung eines 45-minütigen Beitrages als Paradebeispiel für die repressive Einstellung eines Senders an-

geführt wird, unterschlägt man die programmpolitischen Entscheidungen, die beispielsweise den übrigen 44 726 Sendeminuten zugrundelagen, die der Südwestfunk (SWF) allein im Jahr 1977 im Fernsehen ausstrahlte. Eine »Gesamtdarstellung« aller ausgestrahlten Beiträge ist nicht möglich; eine mit den Sendungen anderer Rundfunkanstalten vergleichende Inhaltsanalyse ausgewählter Beiträge erfordert einen enormen instrumentellen Aufwand, ohne daß die erzielten Resultate überzeugen können. Den Produktions- und Abnahmeprozess erfassen sie nicht – abgesetzte Sendungen können nicht analysiert werden. Die Akten- und Literaturrecherche wiederum kann informelle Einflußnahmen über das Telefon oder »persönliche Gespräche« nur indirekt rekonstruieren, indem die Bedingungen erörtert werden, die einer Entscheidung zugrundeliegen.

Wer auf die Darstellung programmpolitischer Kontroversen nicht verzichten möchte, muß sich einschränken. Rekonstruierbar sind Debatten, die eine Signalwirkung für die redaktionellen Mitarbeiter in Hörfunk und Fernsehen hatten, die Planung ihrer täglichen Arbeit beeinflussen konnten. Dieser Ansatz geht von den Ergebnissen organisationssoziologischer Studien aus den 70er Jahren aus, nach denen Rundfunkjournalisten der Behandlung kritischer Themen auswichen, falls Auseinandersetzungen mit den Gremien oder der Hierarchie einer Rundfunkanstalt drohten. Erfahrene Sanktionen oder Kontroversen führten diesen Studien zufolge redaktionsintern zur Bildung »legendärer« Traditionen und setzten »Orientierungsmarken, die dann eher unter- als überschritten« wurden.

Heikle Themen wurden danach durchaus noch aufgegriffen, doch unter Verwendung themenspezifischer Konfliktvermeidungsstrategien, die späteren Protesten vorbeugen sollten. Zu solchen Strategien zählte die Konsultation vermeintlich »unanfechtbarer« Experten zu einem Thema, die proportioniert vorgetragene Stellungnahmen von Vertretern konträrer Auffassungen bei gleichzeitiger Abstinenz des Moderators/Redakteurs von jeglichem Kommentar oder die Bevorzugung von Themen mit unterhaltendem Charakter. Die »Schere im Kopf« wurde das Symbol einer Selbstzensur in den 70er und 80er Jahren, die weniger durch konkrete Interventionen staatlicher, politischer oder gesellschaftlicher Gruppen hervorgerufen wurde, als durch »freiwillige Verzichtshaltung im Innern« (Joachim Fest).

Wie weit eine Akten- und Literaturrecherche auf Grundlage dieses Ansatzes reicht, soll am Beispiel der Absetzung des Fernsehspiels »Bambule« von Ulrike Meinhof erörtert werden. Der SWF hatte das Fernsehspiel am 24. Mai

1970 abgesetzt, nachdem der Verdacht aufgekomen war, daß Meinhof am Ausbruch des wegen Brandstiftung inhaftierten Andreas Baader aus dem Deutschen Zentralinstitut für Soziale Fragen beteiligt sein könnte. Meinhof hatte sich mit Baader in dem Institut getroffen, um für ein gemeinsames Buch über die »Organisation randständiger Jugendlicher« zu recherchieren. Während der Flucht aus dem Institut wurden zwei Justizbeamte verletzt, ein Angestellter schwebte nach einem Lebersteckschuß in Lebensgefahr. Als dem SWF-Intendanten Helmut Hammerschmidt der Ausbruch gemeldet worden war, ließ er alle Produktionen im SWF stoppen, an denen Ulrike Meinhof beteiligt war.

Wie keine zweite Autorin entsprach Ulrike Meinhof der Sehnsucht des linken Establishments, den »Stummen eine Stimme« zu geben in den von Parteien, Wirtschaft und Verbänden beherrschten Medien. Bundesweite Popularität hatte sie 1961 mit einem Kommentar für die linke Zeitschrift »Konkret« gewonnen, in dem sie festgestellt hatte: »Wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, werden wir eines Tages nach Herrn Strauß gefragt werden.« Im daran anschließenden Prozeß wurde sie erfolgreich vom späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann verteidigt. Für den Rundfunk hatte Meinhof seit 1964 Hörfunk-Features zum Schicksal von Heimkindern, zur Situation arbeitender, alleinerziehender Mütter in der Bundesrepublik, zum Umgang mit Arbeitsunfällen in der Industrie und zu den Problemen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik geschrieben. Die Absetzung von »Bambule«, ihres Fernsehspiels über die Zustände in einem Heim für schwererziehbare Mädchen, erhärtete den Verdacht linker Medienkritiker, daß die Massenmedien ausschließlich der Stabilisierung der Bourgeoisie in der Bundesrepublik dienten. Noch am Tag der Absetzung beschwerten sich Zuschauer in spontanen Telefonaten beim SWF; in den folgenden Tagen verwahrten sich 101 Briefautoren gegen Bevormundung und Entmündigung durch die Rundfunkanstalt.

Mit dem SWF-Intendanten Helmut Hammerschmidt, der die Absetzung verfügt hatte, teilte Ulrike Meinhof eine verblüffende Gemeinsamkeit. Beide hatten in den 60er Jahren die Karrieren ehemaliger Nazis in Verwaltungen, Firmen und Behörden in ihrer journalistischen Arbeit angegriffen. Anders als bei der ehemaligen Theologiestudentin Meinhof entsprang dieses Engagement bei Hammerschmidt seiner persönlichen Biographie. Nach den Nürnberger Rassegesetzen war Hammerschmidt im Dritten Reich ein religionsloser »Mischling ersten Grades«. Während er bei einer Berliner Arzneimittelfirma untertauchen und überleben konnte, wurden 23

Familienangehörige in Konzentrationslagern ermordet, unter ihnen sein jüdischer Vater und dessen vier Geschwister. Nach dem Krieg begann Hammerschmidt beim Bayerischen Rundfunk (BR) als politischer Redakteur. Nach einer Zwischenstation als Bonner Korrespondent des Süddeutschen Rundfunks wurde er 1965 von der CDU und der konservativen Mehrheit der gesellschaftlichen Gruppen im Rundfunk- und Verwaltungsrat zum Intendanten des SWF gewählt.

Intern stellte Hammerschmidt gegenüber dem Justitiar des Senders fest, daß die Frage der Ausstrahlung oder Absetzung des Fernsehspiels »eine rein politische Entscheidung« sei. Er würde auch keine vertretbaren oder harmlosen Sendungen von Autoren annehmen, die in rechtsradikalen Publikationen einen gesetz- oder verfassungswidrigen Standpunkt einnahmen. Das gleiche gelte für Autoren, die in anderen Publikationen unabänderliche Grundlagen der Verfassung leugneten, wie zum Beispiel die alleinige Möglichkeit verfassungsrechtlicher Änderungen auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie. Als Mitglieder des SWF-Fernsehausschusses die Absetzung kritisierten, hielt Hammerschmidt an dieser Meinung fest und wäre dafür auch zurückgetreten. Bis zum Ende seiner Amtszeit 1977 hatte er »Bambule« nicht ein einziges Mal gesehen.

Hammerschmidts interne Erörterungen flossen nahezu wörtlich in seinen »Richtlinienentwurf für die politische Programmarbeit« ein, das sogenannte »Hammerschmidt-Papier«. Seine darin ebenfalls erhobene Forderung nach Ausgewogenheit in jeder einzelnen Fernsehsendung stempelten ihn zum Paradebeispiel eines Hierarchen, der angesichts von Studentenunruhen und Demokratieforderungen um seine Macht fürchtet. Das Papier hatte Konsequenzen. In abgemilderter Form fand es Eingang in die »Grundsätze für die Zusammenarbeit im ARD-Gemeinschaftsprogramm Deutsches Fernsehen« – Grundsätze, die in überarbeiteter Fassung noch heute gültig sind.

Die Studentenbewegung stufte Hammerschmidt tatsächlich als außerordentliche Bedrohung ein. Auf der Straße skandierte politische Forderungen erinnerten ihn an die Anfänge des braunen Terrors, der seine Familie das Leben gekostet hatte – für ihn war es »roter Faschismus«. Ulrike Meinhofs Schritt in die Gewalt paßte in dieses Bedrohungsszenario. Wer konnte schon wissen, wann die Medien wieder einmal »gleichgeschaltet« würden? In Vorträgen und Aufsätzen verteidigte er seinen journalistischen Regelkatalog als eine Form von Eigenverantwortung, die ergriffen werden müsse, bevor sie von außen verordnet würde. Die Pro-

grammgestaltung nach pluralistischen Maßstäben stellte für ihn außerdem die wichtigste Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dar, falls das Monopol durch Kabel- und Digitalisierungstechniken einmal fallen sollte.

Meinhofs Feature widersprachen darüber hinaus Hammerschmidts Vorstellungen von einem »ausgewogenen« Journalismus. Sie erörterte nicht alle relevanten Fakten, Indizien, Argumente und Meinungen in ein- und demselben Beitrag, sondern ergriff Partei für die jeweilige Minderheit, deren Probleme geschildert wurden – im Falle von »Bambule« die der Mädchen, die im Heim ausgenutzt statt ausgebildet wurden. Den Fernsehzuschauern sprach Hammerschmidt die politische Reife ab, um solche Parteinahmen erkennen und einordnen zu können. Mal auf 60, mal auf 95 Prozent schätzte er den Anteil jener Zuschauer, die aus Mangel an Bildung und Erfahrung nicht wüßten, was eine Tatsache sei. Als sich ein Beschwerdeführer auf seine Rolle als »mündiger Bürger« berief, lehnte Hammerschmidt eine Orientierung an dieser Vorstellung ab: »Mit dieser Begründung könnte man jeglichen Beitrag, ganz gleich welchen Inhalts und welcher Form, zur Sendung zulassen.« Dagegen schrieben die Rundfunkgesetze »mit vollem Recht« die Beachtung bestimmter Grundsätze, Regeln und Grenzen bindend vor.

Diese Haltung basierte ebenfalls auf biographischen Erfahrungen. Als der BR 1954 die Übertragung einer Rede zum Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in der Weltmeisterschaft abbrach, in der es von chauvinistischen, nationalistischen Begriffen nur so wimmelte, hagelte es Proteste gegen diese Entscheidung. Zustimmende Post traf erst ein, als seine Entscheidung in einem späteren Kommentar begründete: »Man muß noch zuvielen Menschen sagen, woran sie bei solchen Gelegenheiten denken sollen, (...), von selbst erkennen sie das auch heute noch nicht.« Wie könne man also diesen Teil des Volkes zum Wächter seiner eigenen Freiheiten machen, diesen Teil, der noch immer nicht kritisch sein wolle und den man wahrscheinlich zum Ungehorsam erst abkommandieren müsse.

Der Intendant des SWF war auch nicht bereit, die Sendung freizugeben, als die erste Terroristengeneration 1973 komplett verhaftet worden war. Zu diesem Zeitpunkt hätte »Bambule« zur Aufklärung über die Wurzeln des Terrorismus beitragen können: Den spontanen Widerstand, die »Bambule« der Heimkinder, hielten die führenden Köpfe der Roten Armee Fraktion für ein Potential, das zur Umwälzung der Gesellschaft hätte eingesetzt werden können. Doch die Fernsehdirektoren Hans-Joachim Lange und Dieter Stolte plädierten vergebens für eine Ausstrah-

lung. Mit seiner kompromißlosen Haltung kam Hammerschmidt in den 70er Jahren der Forderung der CDU/CSU nach »klarer und eindeutiger Haltung« politischer Führungspositionen zur Frage der Terrorismusbekämpfung nach. Die Genehmigung, das Fernsehspiel auszustrahlen, hätte den von der CDU getragenen Intendanten in den damals häufig erhobenen Verdacht des »Sympathisantentums« gebracht.

Die geforderte »klare Haltung« bezog auch die Medien ein. Im September 1972 hob die CDU in einer Erklärung hervor, daß die Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur absoluten Verfassungstreue verpflichtet seien. Intendanten und Gremien wurden aufgefordert, die in Gesetzen und Verträgen vorgesehenen Sanktionsmittel voll auszuschöpfen, falls sich in den Rundfunkanstalten der Bundesrepublik an den Normen des Grundgesetzes rüttelnde radikale Tendenzen breit machen sollten.

Inwieweit der SWF in seinen Beiträgen dieser Aufforderung tatsächlich nachkam, kann zuverlässig nur mit einer vergleichenden Inhaltsanalyse zur Berichterstattung über die terroristischen Anschläge, die Initiativen der CDU/CSU auf dem Gebiet der »inneren Sicherheit«, den Hungerstreik inhaftierter RAF-Mitglieder und den Prozeß in Stammheim geklärt werden – die Akten- und Literaturrecherche stößt hier an ihre Grenzen. Einen Hinweis auf die Haltung des SWF erlaubt eine Dienstanweisung des Intendanten, in der den Programmmitarbeitern die Verwendung des Begriffes »Baader-Meinhof-Gruppe« in der Berichterstattung untersagt wurde. Der Intendant kam damit einer Aufforderung des rheinland-pfälzischen Innenministers Heinz Schwarz (CDU) nach, der den Begriff Baader-Meinhof-»Gruppe« als Verharmlosung terroristischer Aktivitäten und als gefährliche Verwischung der Grenzen zwischen politisch legalem Handeln und Kriminalität bezeichnete. Der Protest von 30 Hörfunk- und Fernsehredakteuren gegen die Anweisung führte zu einem Begriffskanon, an den sich die Programmmitarbeiter zu halten hatten, falls sie Auseinandersetzungen mit der Hierarchie aus dem Wege gehen wollten.

Stephan Rechlin, Vlotho

* Dieser Beitrag basiert auf der Dissertation Rundfunk und Machtwechsel, die in Kürze in der SWR-Schriftenreihe zur Rundfunkgeschichte erscheinen wird.

Drittes Forum Medienrezeption »Information und Informationsnutzung«

»Information und Informationsnutzung« – als klassisches Angebot der »alten« Medien Presse, Buch und Rundfunk präsentiert und vermittels der Digitalmedien in überreichem Maße inzwischen angeboten – das war der Gegenstand der dritten Tagung zu Fragen der Medienrezeption, die von der Medienforschung des SWR mit zahlreichen Kooperationspartnern am 26. und 27. März 1999 in Mainz veranstaltet wurde. Positionen zur Informationsgesellschaft formulierten in einem ersten Themenblock nach einem Grußwort des Mainzer Oberbürgermeisters, Jens Beutel, und des Landesfunkhausdirektors Rheinland Pfalz, Ulrich Rosenbaum, der Direktor der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen, Norbert Schneider, und der Ministerpräsident des Saarlandes, Reinhard Klimmt, die in ihren Vorträgen jeweils von der rasant gestiegenen Fülle des Angebots ausgingen. Norbert Schneider skizzierte – schwankend zwischen Resignation und Spott – eingangs ein »Szenario des Grenzenlosen«: Neben den klassischen Medien gebe es die strukturell sich ohne Halt ausdehnende Welt des Multimedia und die in diesem Zusammenhang sich rasch wandelnden Bedingungen im Bereich der Medientechnik insgesamt. In Wechselbeziehung dazu stehe die inzwischen gigantisch zu nennende Kommerzialisierung im Bereich Kommunikation und Medien. Es verwischten sich die früheren Grenzen auf allen Sektoren, ob bei den Eigentümern, den technischen Konfigurationen, bei dem, was als »Programm« bezeichnet werden kann, und inzwischen auch hinsichtlich der sogenannten »Benutzeroberfläche«. Dennoch seien die Ziele der Medienaufsicht relativ stabil geblieben. Nach wie vor müßten Meinungsmonopole (auch der Hersteller von Webseiten und Anbietern von Suchmaschinen beispielsweise) verhindert, Qualitätsstandards – was immer das im einzelnen sein kann – gesichert und Verantwortung für Minderjährige wahrgenommen werden. Unter diesen Voraussetzungen könne ein Ziel der Medienaufsicht sein, bestimmte Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen, etwa durch Stärkung der Kompetenz die nachwachsenden Mediennutzer besser auf das vorzubereiten, was sie in der »schönen, neuen Medienwelt« erwarte.

Aus der Sicht des Politikers, der unter den von ihm positiver betrachteten obwaltenden Bedingungen und Voraussetzungen sowohl den hoheitlichen Anspruch des Staates und ganz offensichtlich auch den politischen Gestaltungswillen für sich reklamierte, wiederholte Reinhard Klimmt, auch in seiner Eigenschaft als Vorsit-

zender der Rundfunkkommission beim Parteivorstand der SPD, einige der auch von Schneider angesprochenen, sich stetig verkomplizierenden Grundvoraussetzungen. Er erinnerte an Ziele wie die, die politische Partizipation trotz veränderter Kommunikationsstrukturen zu gewährleisten, den Zugang zu öffentlichen Ereignissen im Free TV zu sichern und das Verständnis von »Grundversorgung« weder in der Theorie noch in der Praxis auf eine Mindestversorgung zu reduzieren und gesellschaftliche Integration gegen den Trend zur Individualisierung und Fragmentierung zu erhalten. Ihm war sehr an einer vernünftigen Grenze zwischen notwendiger Normung und dem freien Spiel der Kräfte gelegen; er wies auf die Notwendigkeit hin, die Kompetenzen zwischen Europäischer Union und Bund sowie zwischen Bund und Ländern abzugrenzen, und dies auf dem Hintergrund einer supranationalen Entwicklung von Information und Kommunikation, die die nationalen Grenzen faktisch überschritten. Wie Maßnahmen dazu im einzelnen aussehen sollten und wie konkrete Schritte unternommen werden könnten, sagte er nicht.

Aspekte der »Kontinuität« im raschen »Wandel« der Informationsgesellschaft bot der Themenblock II, den Jürgen Wilke (Institut für Publizistik, Universität Mainz) mit einer Retrospektive auf das eröffnete, was seit etwa 300 bis 400 Jahren als Zusammenspiel der beiden Faktoren Produktion und Rezeption in einer immer stärker von Informationsvermittlung geprägten Gesellschaft ausmacht. Hinsichtlich der Informationsverbreitung und der Informationsnutzung hätten sich einerseits bestimmte Problemstellungen erstaunlich wenig verändert, andererseits sei jedoch der seit dem Aufkommen der ersten »Zeitungen« am Beginn des 17. Jahrhunderts eingetretene Wandel unübersehbar. Dies faßte er in seinen am Schluß seines Vortrags vorgetragenen Trends der Informationsvermittlung durch die klassischen Medien zusammen: 1. Es gebe eine Entwicklung hin von der Exklusivität des Zugangs zu den Informationsmedien hin zur massenhaften Nutzung, 2. vom Mangel an Informationen zum Überfluß bzw. Überangebot mit allen Folgen, die bei der für die Vermittlung notwendigen Selektion aufträten, 3. von einer weitgehend extensiven, d.h. sich auf wenige Texte konzentrierenden, häufig in Gesellschaft mit anderen praktizierten Nutzung des vergleichsweise schmalen Angebots zum intensiven aber weitgehend individuellen Gebrauch von Zeitungen aber auch dem Angebot der elektronischen Medien.

Ob es möglicherweise einen kurzfristig eingetretenen bzw. zu erwartenden Wandel im Rezeptionsverhalten angesichts eines Angebots im

globalisierten Maßstab gebe, suchten Jürgen Hippler (Zeitungs Marketing Gesellschaft, Frankfurt am Main) und Mitarbeiter seines Instituts auf der Basis einer im Frühjahr 1998 durchgeführten, größer angelegten Befragung festzustellen. Sie ermittelten, daß eine dramatische Abkehr des Interesses an Informationen aus dem Regionalen – wichtig für Tageszeitungen und bestimmte Formen des Rundfunkangebots – selbst bei Jugendlichen noch nicht eindeutig erkennbar, jedoch »Abschleifspuren« nicht zu übersehen sind. Wichtig sei jedoch, daß Freizeit und all das, was vor der Haustür stattfindet, von den Medien wahrgenommen werde. Zunehmend werde auch die Verbindung von »Bildung« und Mediensystem bei jungen Leuten wichtig, da dies ihnen ermögliche, beruflich weiterzukommen.

Für die elektronischen Medien, für das Fernsehen machte SWR-Medienforscher Walter Klingler (Baden-Baden) einen Statusbericht über Angebot und Nutzung und präsentierte eine Zukunftsprognose. Ausgehend vom derzeitigen Informationsangebot in den elektronischen Medien und in der Tageszeitung und ihrer unterschiedlichen Nutzung könne etwa 2005 unter den Bedingungen der Online-Kommunikation davon ausgegangen werden, daß bei der dann vielen möglichen jederzeitigen Abrufbarkeit von Information bei den »klassischen« Massenmedien ein allerdings nach den bisherigen Erkenntnissen nicht dramatischer Rückgang der Nutzung eintreten werde. Je mehr Quellen zur Verfügung stünden, desto wichtiger werde – und dies sagte er mit Blick auf Programmstrategien und das gesamte institutionelle Umfeld – die Glaubwürdigkeit der Information.

Oscar W. Gabriel (Institut für Politikwissenschaft, Universität Stuttgart) listete die vielfältigen Variablen auf, die aus einer empirisch-sozialwissenschaftlichen Sehweise den Zusammenhang von Mediennutzung, politischem Interesse und Partizipation belegen sollten. Doch nach Vorstellung und Analyse von entsprechenden Zeitreihen stellte er fest, daß eigentlich nur ein schwach ausgeprägter Einfluß zu erkennen sei. Es fehle an entsprechend umfangreichen – auch in Bezug auf die Zeitreihen gesehen – Forschungen. Immerhin könne soviel gesagt werden, daß Mediennutzung als Katalysator des politischen Interesses wirke.

Es war eine gewisse Schwäche dieses allzu disparat aufgebauten Blocks, daß er einerseits das Problem der Informationsrezeption über quantitative Nutzungsdaten hinaus nicht weiter thematisierte und andererseits dem für die gesamte Entwicklung entscheidenden Zusammenspiel von Angebot, Interesse und Nutzung nicht auf der Spur blieb. So ließen sich von hier aus

auch kaum Erkenntnisse und Fragen in den Themenblock III: »Informationsdesign« hinübernehmen.

Einerseits war es interessant, die Cheflayouter bzw. Designer eines bedeutenden Printmediums, »Der Spiegel«, und des ZDF aus der Werkstatt plaudern zu hören und auch den Ausführungen von Helmut Stümpert (Firma Heureka GmbH, Garbsen bei Hannover) zuzuhören, der sehr systematisch und auch in einigen knappen historischen Exkursen einen Überblick über die gegenwärtig gängigen Formen »akustischen Designs« mit prägnanten Tonbeispielen gab. Er lieferte z.B. Erklärungen für die heutige Praxis des »Audiodesign«, Informationssendungen bzw. Teile von ihnen durchgängig mit Musik zu unterlegen. Man konnte wohl von den Praktikern kaum erwarten, daß sie elaborierte Konzepte über die Wechselwirkung von Rezipientenerwartungen an die »Verpackung« von Texten oder die Studioausstattung systematisch auf den Punkt brächten: aber auch Andreas Henrich (Kunsthochschule für Medien, Köln) gelang es nicht, Substantielleres dazu zu sagen, warum welche Formen der visuellen Ausgestaltung einander ablösen. Er sprach lediglich davon, daß eine Veränderung der Präsentationsformen das sich wandelnde Wahrnehmungsbedürfnis der Zuschauer widerspiegeln.

Der zweite Tag der Tagung wurde eröffnet durch ein sehr engagiertes Statement des Vorsitzenden der Stiftung Lesen, Klaus Ring (Mainz). Ausgehend von dem in den Vorträgen oft angesprochenen Überangebot an Information vertrat er die These, daß geübte Leser am ehesten in der Lage seien zu selektieren. Auch müsse mehr dafür getan werden, daß die »Wissensillusion« – wie er es nannte –, die die Bilder des Fernsehens suggerierten, durchbrochen werde.

Der Kölner Literaturwissenschaftler und Leseforscher Erich Schön erinnerte in seinem Vortrag mit teilweise überraschenden wie provozierenden Beispielen daran, daß auch die Aufnahme von »Informationen« im weitesten Sinne mit Erwartungen der Rezipienten verbunden sei, die an seine Imaginationskraft anknüpfen und seine Fantasietätigkeit anregen, Begleiterscheinung, die man sonst nur der Lektüre fiktionaler Texte zuschreibe. Er eröffnete damit wiederum Perspektiven auf vermißte Vertiefungen während der Tagung, d.h. auf die sogenannten qualitative Aspekte bei der Rezeption von »Information«, hier insbesondere der Motivation, sich ihr überhaupt zuzuwenden, sie zu verarbeiten.

Im letzten Vortrag ging Ulrich Sarcinelli (Institut für Politikwissenschaft, Universität Koblenz-Landau) noch einmal auf das bereits angesprochene, wissenschaftlich wie außerwissenschaftlich als Dauerthema zu bezeichnende

Verhältnis von Politik und Medien ein. Die schon seit langem immer wieder apostrophierte »Mediendemokratie« (dafür seien im übrigen die USA auf dem Hintergrund anderer politischer Institutionen weder Ideal noch Beispiel für kommende Entwicklungen in Deutschland und Europa) im Verhältnis zur Parteiendemokratie, sah Sarcinelli mit dem Regierungswechsel vom vergangenen Herbst als eine Systemveränderung auf dem Weg in eine spezifische, europäische Form der ersteren, ohne daß der Part der anderen völlig aufgegeben worden sei. Das »System Kohl« könne noch als Ausläufer der Parteiendemokratie gelten, als Politikvermittlung in hohem Maße durch die Parteigliederungen. Der Wahlkampf der SPD habe sich den veränderten Erwartungen/ Einstellungen der Bevölkerung (»Was bringt mir das Engagement«, es gebe keine Daueridentifikation mit politischen Zielen) sowie auch der veränderten Mediensituation mit dem Rückzug des gemeinwohlorientierten Rundfunks angepaßt: Indizien dafür seien u.a. der verstärkte Einsatz von Kampagnen, eine weitaus größere Personalisierung als früher.

Bringen Parteien- und/oder Mediendemokratie den »Politischen Journalismus in die Krise?« Über dieses alte und doch ewig neuen Zündstoff liefernde Thema debattierten in der abschließenden Podiumsdiskussion mit dem Politikwissenschaftler, dem durch seine Kritik an den durch die Medien vorgenommenen Thematisierungen während des letzten Bundestagswahlkampfes hervorgetretenen SPD-Abgeordnete Albrecht Müller und die auf langjährige Praxis zurückblickenden politischen Journalisten Willi Steul (Stuttgart) und Wolfgang Klein (Berlin) – die Moderation hatte Michel Friedman (Frankfurt am Main). Zum wiederholten Male wurde in zahlreichen, immer wieder neu desillusionierenden Beispielen aus jüngerer Zeit darauf hingewiesen, wie parteipolitische und die ganz »normalen« Zwänge des Alltags medialer Präsentation von politischer Information zu Verzerrungen führen können. Das Ergebnis der Diskussion stimmte wenig zuversichtlich und ließ auch Wolfgang Klein mit der Schlußfrage enden, ob »wir alle Deppen« seien.

Edgar Lersch, Stuttgart

Die offiziellen Programmzeitschriften der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft*

Turbulente Anfangszeit

Als in den 20er Jahren in der Schweiz der Rundfunk Fuß zu fassen begann, publizierten die einzelnen Radiostationen ihre Programme in kleinen Zeitschriften. Neben den Programmvorstellungen, die sowohl auf schweizerische wie auch ausländische Stationen hinwiesen, nahmen technische Erklärungen und die Nachrichten der einzelnen Radioclubs einen sehr breiten Raum ein. Dies zeigt, daß sich diese Zeitschriften in erster Linie an Radiobastler und -amateure richteten.¹

Ab 1923 erschien in Lausanne die französischsprachige Programmzeitschrift ›Le Radio‹, welche von den Radiostationen in Lausanne und Genf gemeinsam herausgegeben wurde. Als älteste Radioprogrammzeitschrift der Schweiz druckte sie das Programm der nach und nach entstehenden schweizerischen Radiostationen und vieler Sender aus dem Ausland ab. Zwei Jahre später erschien nach der Errichtung des Radiostudios in Bern die teilweise zweisprachige (deutsch und französisch) Zeitschrift ›Radio Bern‹, die zwischen 1927 und 1930 auch als offizielles Organ des Basler Radiostudios unter dem Titel ›Radio Basek‹ erschien. Das dritte Deutschschweizer Radiostudio, jenes in Zürich, gab bereits zwei Wochen vor seiner Eröffnung im August 1924 unter dem Titel ›Radio-Programm‹ eine eigene Programmzeitschrift heraus. Sie war mit einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren die am weitesten verbreitete Radioprogrammzeitschrift in der Schweiz. 1927 wurde das ›Radio-Programm‹ durch die ›Schweizerische Radio-Zeitung‹ ersetzt, die zwar in ihrem Titel einen gesamtschweizerischen Anspruch erhob, aber nach wie vor nur den Interessen der Zürcher Radiogenossenschaft diente.

Nachdem die einzelnen Sender bereits über die Abgrenzung der Sendegebiete stritten, begann 1930 eine Auseinandersetzung zwischen den Radioprogrammzeitschriften in der Deutschschweiz, der zusätzlich erhitzt wurde, als sich ›Radio Basek‹ von seiner Schwesterzeitschrift ›Radio Bern‹ trennte, und die Radiogenossenschaft Basel nun zusammen mit der Radiogenossenschaft Zürich die ›Schweizerische Illustrierte Radio-Zeitung‹ zu ihrem offiziellen Organ machte.² 1931 setzte der Schweizerische Bundesrat diesem Streit ein Ende, indem er alle Radiostudios und -genossenschaften zur Schweizerischen Rundspruchgesellschaft (SRG) zusammenfaßte, und verfügte, daß es in Zukunft pro Sprachregion nur noch eine Programmzeit-

schrift geben solle. Um bei der bevorstehenden Fusion die besseren Karten zu haben, stellte ›Radio Bern‹ 1930 sein Erscheinen ein. Die Radiogenossenschaft Bern gründete die Aktiengesellschaft für Radiopublikationen (AGRAP),³ die nun die Zeitschrift ›Schweizer Radio-Illustrierte‹ herausgab. Der Zeitschriften-›Krieg‹ in der Deutschschweiz wurde jetzt zwischen der ›Schweizerischen Illustrierten Radio-Zeitung‹ (Zürich/Basel/Ostschweiz) und der ›Schweizer Radio-Illustrierten‹ (Bern) ausgefochten. Bedeutsam war dieser Streit, weil gemäß der Radiokonzession die Erträge aus den Programmzeitschriften direkt den Radiostudios zugute kommen und nicht in den SRG-Topf fließen sollten. Nach der definitiven Einigung über die Sendegebieteinteilung 1934 war auch der Weg in der Deutschschweiz frei für die Gründung einer gemeinsamen Programmzeitschrift. Ab 1936 erschien in der Deutschschweiz die ›Schweizer Radio-Zeitung‹, die allen drei deutschschweizerischen Radiostudios diente, aber weiterhin von der vom Berner Radiostudio beherrschten AGRAP herausgegeben wurde.

In der Westschweiz hatte die Gründung der SRG wenig Auswirkungen auf die Programmzeitschrift ›Le Radio‹, die mit dem Zusatz »offizielles Organ der SRG« ansonsten unverändert weiter erschien. Um so wichtiger war die Gründung der SRG für die italienischsprachige Schweiz, wo ebenfalls das Radiozeitalter begann. Es wurde eine eigene Radiostation gegründet, die ihr Programmheft ›Radioprogramma‹ herausgab. Diese Programmzeitschrift war sehr eng mit der SRG verbunden, stand aber von Anfang an auf wirtschaftlich schwachen Füßen.

Von der Radiozeitschrift zur Programmzeitschrift

In den 30er und 40er Jahren veränderten sich die offiziellen Programmzeitschriften der SRG. Waren sie zu Beginn dem Inhalt nach eher Radiozeitschriften, so wandelten sie sich nun zu echten Programmzeitschriften. Technische Besprechungen und Beschreibungen traten in den Hintergrund und machten Reportagen über den Rundfunk Platz. Obwohl kriegsbedingt in der Schweiz das Papier rationiert werden mußte, und die offiziellen Programmzeitschriften der SRG deshalb enorm an Umfang verloren, veröffentlichten sie weiterhin neben den schweizerischen Rundfunkprogrammen die Programme vieler ausländischer Sender, u.a. auch im Deutschen Reich, wo seit Mitte 1941 keine Programmzeitschriften mehr erschienen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den schweizerischen Programmzeitschriften heftig

über die Einführung des Fernsehens in der Schweiz diskutiert. Hier können markante Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen ausgemacht werden: Während die offizielle französischsprachige Programmzeitschrift der SRG bereits vor dem Zweiten Weltkrieg über Fernsehversuche in den USA berichtete und die offizielle italienischsprachige Programmzeitschrift der SRG ohnehin wenig Ambitionen zeigte, da sie ein eigenes italienischsprachiges Fernsehprogramm für die Schweiz als zu teuer einschätzte, wandte sich die offizielle deutschschweizerische Programmzeitschrift der SRG vehement gegen die Einführung des Fernsehens in der Schweiz. Neben finanziellen Bedenken und der Betonung des Sonderfalls Schweiz wurden kulturelle Argumente angeführt, die aus heutiger Sicht ein wenig absurd erscheinen:

»Wird man in künstlerisch-ästhetischer Hinsicht befriedigt sein, wenn man in seinem Apparat den Schauspieler A. in einer Bildgröße von 20 Zentimeter sieht, während seine Stimme tönt, als stünde uns der Herr leibhaftig gegenüber?«⁴

Ebenfalls die in der Westschweiz durchgeführten Fernsehversuche zu Beginn der 50er Jahre wurden in der ›Schweizer Radio-Zeitung‹ vorwiegend negativ bewertet. Somit stellte sich eines ihrer offiziellen Organe gegen die Meinung der Generaldirektion der SRG, die das Fernsehen in der Schweiz möglichst rasch etablieren wollte. In diesem Zusammenhang wird offensichtlich, daß bei der ›Schweizer Radio-Zeitung‹ die Radiogenossenschaft Bern – und vor allem der ebenso charismatische wie konservative Berner Radiodirektor Kurt Schenker – via die AGRAP tonangebend waren.

Entschärft wurde dieser Konflikt durch ein Abkommen zwischen der Generaldirektion der SRG und der Redaktion der ›Schweizer Radio-Zeitung‹, in dem vereinbart wurde, daß jeder Artikel über das Fernsehen, der in der ›Schweizer Radio-Zeitung‹ erscheinen sollte, vor der Publikation der Generaldirektion der SRG vorgelegt werden müsse. Die Redaktion der ›Schweizer Radio-Zeitung‹ hielt sich allerdings nicht immer an die Abmachungen, weshalb sich Kurt Schenker, der unter mehreren Pseudonymen auch selbst Artikel in den offiziellen Programmzeitschriften der SRG gegen das Fernsehen schrieb, mehrmals rechtfertigen mußte. Mit der Einführung eines offiziellen Versuchsfernsehens in der Deutschschweiz und der zunehmenden Verbreitung des Fernsehens in der ganzen Schweiz verstummte die Kritik in der offiziellen deutschschweizerischen Programmzeitschrift der SRG. Schließlich berücksichtigte man 1958 (wie die offiziellen Programmzeitschriften der SRG in der französischsprachigen und italie-

nischsprachigen Schweiz) nun auch das Fernsehen im Titel – die ›Schweizer Radio-Zeitung‹ wurde zu ›Radio und Fernsehen‹.

Von Programmzeitschriften zu Illustrierten

In den 50er Jahren präsentierten sich die offiziellen Programmzeitschriften der SRG in allen drei großen Sprachregionen der Schweiz als Organe, die einen engen Bezug zu den Radio- und Fernsehprogrammen der SRG aufwiesen. So gab es neben Programmhinweisen Berichte, die beschrieben, wie eine Radioreportage entstanden war oder wie das Fernsehstudio aussieht. Zusätzlich zu diesen medienbezogenen Themen verwässerte sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre der Inhalt der offiziellen Programmzeitschriften der SRG, indem zum Beispiel eine Kinderseite, eine Seite für die Frau, die Musikhitparade, Beratungsseiten für juristische und medizinische Fragen, Berichte zum Fußball oder anderen Sportereignissen und sonstige Artikel, die keinen Zusammenhang zu den Radio- und Fernsehprogrammen aufwiesen, veröffentlicht wurden. Am stärksten trat dieser Wandel in der Westschweiz hervor, wo die Programmzeitschrift ›Radio Télévision‹ mit der Illustrierten ›Je vois tout‹ fusionierte und fortan unter dem Titel ›Radio TV je vois tout‹ als Illustrierte mit eindeutig boulevardjournalistischem Inhalt und einem stark reduzierten Programmteil erschien.

Der inhaltliche Wandel zeigte in den 70er Jahren deutliche Konsequenzen für die offiziellen Programmzeitschriften der SRG. 1974 kam das Aus für die offizielle italienischsprachige Programmzeitschrift der SRG ›Radiotivù‹, die aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und des kleinen Einzugsgebietes ihr Erscheinen einstellen mußte. 1978 folgte ihr die offizielle deutschschweizerische Programmzeitschrift der SRG ›TV-Radio-Zeitung‹, die vom Ringier-Verlag übernommen wurde und mit der Programmzeitschrift ›Tele‹ zusammengelegt wurde,⁵ womit sie den Status als »offizielles Organ der SRG« verlor. Am längsten konnte sich die offizielle französischsprachige Programmzeitschrift der SRG, ›Radio TV je vois tout‹, auf dem Markt halten. Mit ihr verschwand 1986 die letzte der offiziellen Programmzeitschriften der SRG.

Die Generaldirektion der SRG war für das Verschwinden ihrer offiziellen Programmzeitschriften teilweise mitverantwortlich. Da sie das Fernsehen möglichst schnell in der Schweiz einführen wollte, wurde die Publikation der Fernsehprogramme nicht ausschließlich auf ihre offiziellen Organe beschränkt, sondern sie stellte sie auch anderen Zeitungen und Zeitschriften zur Veröffentlichung zur Verfügung, womit die

offiziellen Programmzeitschriften der SRG an Attraktivität verloren und vom Markt verdrängt wurden. Zusätzlich wurde dieser Trend vom Wandel des Radios zu einem Begleitmedium unterstützt.

Würdigung

Die offiziellen Programmzeitschriften der SRG bieten Historikern ein reichhaltiges Quellenmaterial.⁶ Fotos, Glossen, Berichte und Kommentare zur Institutions-, Programm-, Technik- und Mentalitätsgeschichte.

Besonders interessant sind die frühen Jahrgänge der Programmzeitschriften, da sie viele Informationen über die Anfangszeiten des Radios in der Schweiz und im übrigen Europa bieten. So gibt es beispielsweise Fotos, die zeigen, wie man mit Kopfhörer und einfachsten Radioapparaten nach Signalen aus dem Äther suchte oder wie die Familie am Stubentisch vereint aufmerksam Radio hörte. Auch wurde beispielsweise über Empfangsversuche in den engen Schweizer Bergtälern berichtet.

Bei vielen Textbeiträgen zum Thema Radio und Fernsehen ist jedoch eine gewisse Vorsicht angebracht, da sie aus SRG-nahen Kreisen stammen.⁷ So schreiben der Direktor der Télévision de la Suisse Romande, René Schenker, oder der Generaldirektor der SRG, Marcel Bezençon, in den offiziellen französischsprachigen Programmzeitschriften der SRG regelmäßig Kolumnen. Bei »Radioprogramma« wirkte Felice A. Vitali von 1933 bis 1947 als Chefredakteur, der daneben auch als Direktor des Radio della Svizzera Italiana tätig war. Der Direktor des Berner Radiostudios, Kurt Schenker, publizierte unter verschiedenen Pseudonymen in den offiziellen deutschschweizerischen Programmzeitschriften der SRG Artikel, in denen er vor allem gegen das Fernsehen polemisierte.⁸ Wenn man diese Einschränkungen berücksichtigt, stellen diese Artikel aus institutionsgeschichtlichem Blickwinkel sehr wertvolle Quellen dar.

Aus programmhistorischer Sicht kann anhand der offiziellen Programmzeitschriften der SRG der Auf- und Ausbau des schweizerischen Radios und Fernsehens nachvollzogen werden.⁹

Leider kann anhand der offiziellen Programmzeitschriften der SRG nicht festgestellt werden, inwiefern diese von den Rezipienten genutzt wurden, und wie stark sich die Mediennutzung nach einer mittels der Programmzeitschriften getroffenen Auswahl richtete (Agenda-setting). Deshalb kommen sie als Quelle für die Institutions- und Mentalitätsgeschichte in bezug auf die Mediennutzung weniger in Frage.

Zusammenfassung

Zu Beginn des Rundfunkzeitalters in der Schweiz publizierten alle Radiostudios eigene Programmzeitschriften, die sich in erster Linie an die Radioamateure richteten. Mit der Gründung der SRG mußten sich diese Programmzeitschriften auf eine Ausgabe pro Sprachregion beschränken, was zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Programmzeitschriften in der Deutschschweiz führte; schließlich mußte man sich aber den Beschlüssen des Schweizerischen Bundesrates fügen.

Die offiziellen Programmzeitschriften der SRG machten einen Wandel durch, der drei Phasen umfaßt: In der ersten Phase waren sie vor allem Radiozeitschriften, d.h. sie richteten sich an Radiobastler und -amateure und informierten neben den Programmen auch über technische Aspekte des Rundfunks. In der zweiten Phase wandelten sich die Radiozeitschriften zu Programmzeitschriften, die nun einen sehr engen Bezug zu den Radio- (und später auch Fernseh-)Programmen der SRG aufwiesen. Schließlich entwickelten sich die offiziellen Programmzeitschriften der SRG zu Familienillustrierten mit einem angehängten Programmteil. Dieser Wandel ist am offensichtlichsten an der offiziellen französischsprachigen Programmzeitschrift der SRG abzulesen, bei welcher der Inhalt am stärksten von boulevardjournalistischen Elementen verwässert wurde.

Benno Schmid, Fribourg

* Zusammenfassung einer Arbeit im Rahmen des Projektes Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG).

¹ In der Anfangszeit des Radios waren noch keine fertig zusammengebauten Radioapparate zu kaufen, weshalb sich viele Amateure in Clubs zusammenschlossen und dort ihre Empfangsapparate zusammenbastelten und Erfahrungen austauschten.

² Die »Schweizerische Illustrierte Radio-Zeitung« entsprach außer dem Titel der »Schweizerischen Radio-Zeitung«. An ihr war auch die studiolose Ostschweizerische Radiogesellschaft (ORG) beteiligt.

³ Bis 1978 wurden alle Programmzeitschriften in der Deutschschweiz von der AGRAP herausgegeben. 1996 wurde die AGRAP reaktiviert und gibt nun die Radioprogrammzeitschrift »Radio-Magazin« heraus, die jedoch kein offizielles Organ der SRG ist.

⁴ Schweizer Radio-Zeitung Jg. 12 (1936), H. 8, S. 3.

⁵ Schon zwei Jahre vor der Fusion mit der »Tele« wurden die Programmteile der beiden Zeitschriften gemeinsam produziert und bereits seit 1937

wurde die offizielle deutschschweizerische Programmzeitschrift der SRG beim Ringier-Verlag gedruckt.

- 6 Gerade die Fotos in den offiziellen Programmzeitschriften der SRG bekommen eine besondere historische Bedeutung. Dies ist umso augenfälliger, da im Radio keine Bilder gezeigt werden können, und die Berichte und Reportagen auf andere Weise visualisiert werden mußten, was durch die Programmzeitschriften geschah. In den offiziellen Programmzeitschriften der SRG entstand mit der Zeit aber auch ein »Starkult«, indem man die Radiosprecher bei ihrer Tätigkeit oder per Porträt abbildete.
- 7 Dies betrifft vor allem Kommentare zum Fernsehen.
- 8 Zusätzlich war Kurt Schenker von der Gründung der AGRAP 1930 bis 1972 Delegierter im Verwaltungsrat der AGRAP und von 1972 bis 1977 Mitglied im Verwaltungsrat der AGRAP.
- 9 In »Radio Bern« wurden beispielsweise regelmäßig die Zahlen der Hörerkonzessionen veröffentlicht.

Ein Paradies für Kommunikationswissenschaftler? Der audiovisuelle Lesesaal der neuen französischen Nationalbibliothek in Paris

Um die Bibliothèque Nationale de France (BNF), den letzten Prestigebau der Mittelrand-Ära, wurde schon in der Bauzeit viel gestritten. Kritisiert wurde an dem geplanten viertürmig gestrichelten Leerraum über dem kreuzgangartigen Garten in der Tiefe im südöstlichen Pariser Tolbiac-Viertel nicht zuletzt die Idee, die Bücher in den Glasktürmen und die Besucher in den Tiefgeschossen unterzubringen. Seit der Eröffnung Ende 1996 häuften sich Katastrophenmeldungen: Überschwemmungsprobleme, Kollaps des Computerprogramms, Streiks des Personals wegen zu schlechter Arbeitsbedingungen. Vor kurzem hat sich schließlich die Zeitschrift »Le Débat« zum Sprachrohr der verärgerten Benutzer gemacht und eine Reihe von Erfahrungsberichten von französischen und ausländischen Wissenschaftlern veröffentlicht, in denen die Planungs- und Ausführungsfehler angeprangert werden.¹ Für deutsche Beobachter, die das vor zwei Jahren eröffnete neue Gebäude der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main vor den Augen haben, mag das alles für die »deutsche Sachlichkeit« sprechen. Dennoch gibt es in dem Pariser Bibliotheksneubau, »site François-Mitterrand/Tolbiac« genannt, einen Lesesaal, um den die Franzosen nur beneidet werden können: den

zugleich von der Bibliothèque Nationale de France und dem Institut National de l'Audiovisuel (INA) verwalteten audiovisuellen Lesesaal.

Die Bibliothèque Nationale de France

Die aus mehreren Standorten bestehende Bibliothèque Nationale de France ist für die Pflichtabgabe der schriftlichen, audiovisuellen und EDV-Dokumente zuständig. Diese bilden neben Erwerbungen den größten Teil des Bestandes und sind am Hauptstandort »François-Mitterrand/Tolbiac« nach einem Zwei-Etagen-Prinzip verfügbar.² Das Erdgeschoß (Haut-de-jardin) ist einem breiteren Publikum zugänglich und in fünf Kategorien unterteilt: Philosophie; Geschichte und Humanwissenschaften; Kunst und Literatur; Naturwissenschaften; Jura, Wirtschafts- und Politikwissenschaften; Medien. Dort hat man direkten Zugang zu den Standardwerken und den wichtigsten Nachschlagewerken jeder Disziplin – insgesamt 200 000 Bände –, so wie zu einer Auswahl von Ton- und Bilddokumenten, die ebenso repräsentativ für das audiovisuelle Kulturgut sein sollen.

Das Untergeschoß (»Rez-de-jardin«) ist einem begrenzten Benutzerkreis reserviert. Zusätzlich zum Benutzerausweis³ ist eine Sondergenehmigung für einen bzw. mehrere Lesesäle nötig. Die Sondergenehmigung wird für wissenschaftliche, professionelle und/oder persönliche Projekte erteilt.⁴ Im Untergeschoß, das in fünf gleiche Themengruppen wie das obere Stockwerk und in 14 Lesesälen unterteilt ist, können die Besucher ebenfalls auf ca. 200 000 Bände direkt zugreifen, vor allem aber Dokumente aus dem gesamten Bestand bestellen.

Der im Untergeschoß befindliche audiovisuelle Lesesaal wurde erst im Oktober 1998 eröffnet. Er bietet 154 Benutzerplätze und ist sowohl räumlich als auch institutionell, da er vertragsgemäß zusammen von der BNF und dem INA verwaltet wird, in zwei Teile getrennt.

Auf BNF-Seite ist der Benutzer Gast der Abteilung Département de l'Audiovisuel, die Nachfolgerin der 1938 für die Pflichtabgabe der Tondokumente gegründeten Phonothèque Nationale. Die dort angebotenen audiovisuellen Sammlungen bestehen hauptsächlich aus:

– Tonträgern von den Anfängen ca. 1895 bis heute. Zu den seit 1938/40 als Belegstück abgelieferten Tondokumenten – zu 85 Prozent Musikaufnahmen – kommen einige ältere und neuere Bestände wie die Archives de la Parole mit Aufnahmen von bekannten Persönlichkeiten des frühen 20. Jahrhunderts (Apollinaire, Dreyfus usw.);

- allen seit 1975 als Belegstück abgelieferten Videos (fiktionale und Dokumentarfilme, Musikvideos usw.);
- allen seit 1992 als Belegstück abgelieferten Multimedia- und EDV-Dokumenten.

Die Inathèque de France

Das Institut National de l'Audiovisuel ist seit 1975 neben Produktions-, Fortbildungs- und Forschungsaktivitäten im Medienbereich zur Konservierung und Auswertung des audiovisuellen Archivguts des öffentlichen Rundfunks verpflichtet; laut Pflichtstückgesetz vom 20. Juni 1992 ist es darüber hinaus für die Pflichtabgabe der Rundfunkdokumente zuständig.⁵ Diesen ganz neuen Aufgabenbereich, nämlich die Sammlung, Erschließung und Archivierung von Hörfunk- und Fernsehproduktionen nicht zu beruflichen oder kommerziellen Zwecken, sondern im Dienste einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit, nimmt seit Inkrafttreten des Pflichtstückgesetzes am 1. Januar 1995 die Hauptabteilung Inathèque de France wahr.

Im audiovisuellen Lesesaal der Nationalbibliothek befindet sich nun, nach einer am Pariser Standort des INA durchgeführten vierjährigen Einführungsphase, das Benutzungszentrum der Inathèque. Dort sind zu benutzen:

- für die Zeit nach dem 1. Januar 1995 alle der Pflichtabgabe unterliegenden Rundfunkdokumente, d.h. die Sendungen der frankreichweiten terrestrischen Fernsehanbieter (France 2, France 3, La Cinquième, Arte, Canal +, TF1, M6) und der frankreichweiten öffentlichen Hörfunksender (France Inter, France Culture, France Musique, France Info, Radio Bleue), die französischer Herkunft sind und zum ersten Mal ausgestrahlt bzw. wiederholt wurden.⁶ Die meisten werden vollständig (Magazine, Fernsehserien und -spiel-filme, Dokumentarfilme, Unterhaltungssendungen usw.), einige nur stichprobenweise aufbewahrt.⁷ Alle Dokumente werden von den Sendern selber abgeliefert und von der Inathèque auf Nutzerkopien umgespielt;
- für die Zeit vor dem 1. Januar 1995 ausgewählte Umschnitte der vom INA archivierten Sendungen. Dazu kommen noch die Sendungen der frankreichweiten terrestrischen Fernsehsender seit dem 1. Januar 1986, die Sendungen der fünf frankreichweiten öffentlichen Hörfunksender für das Jahr 1994 und eine Sammlung von bedeutenden Sendungen anderer Hörfunksender seit 1993.

Station de Lecture AudioVisuelle

Zur Benutzung ihres Bestands hat die Inathèque ein einzigartiges Instrument konzipiert: die Station de Lecture AudioVisuelle (SLAV). Es handelt

sich dabei um Multimedia-Arbeitsplätze, an denen man zugleich in den verschiedenen INA-Datenbanken recherchieren, eigene Listen von Nachweisen verwalten, sich Sendungen anschauen bzw. anhören und diese (durch das Ausschneiden von Szenen, die Hinzufügung von Legenden oder Kommentaren usw.) analysieren kann.

Bei der schriftlichen Dokumentation läßt das Angebot des audiovisuellen Lesesaals nichts zu wünschen übrig. Es können 22 000 Bände (geplant) sowie 500 französische und internationale Zeitschriften zum Thema Musik, Film und Video, Hörfunk und Fernsehen, Multimedia, Photographie direkt nachgeschlagen werden. Man verfügt außerdem über eine Reihe von internen Dokumenten (Sendeprotokolle, Pressespiegel usw.), die bisher schwer zugänglich waren, seit dem neuen Pflichtstückgesetz aber von den Rundfunksendern parallel zum audiovisuellen Material an die Inathèque abgegeben werden müssen. Ähnlich wie die Programmzeitschriften sollen sie die Rekonstruktion des Ablaufs einer Sendung bzw. des Programmzusammenhangs unterstützen.

Zusammenfassend muß der einmalige Charakter des Saals betont werden, auch wenn die Schwierigkeiten, die dem Image der BNF so sehr geschadet haben, noch nicht alle beseitigt sind. Er besteht darin, daß an einem einzigen Standort audiovisuelle Sammlungen unterschiedlicher Herkunft – sowohl Industrieproduktionen als auch Rundfunkdokumente – sowie die dazu gehörige schriftliche Dokumentationen zur Verfügung stehen. Wer einen ersten Eindruck darüber gewinnen möchte, kann in den derzeit im Internet zugänglichen Datenbanken der BNF (www.bnf.fr für die seit 1970 eingegangenen Bücher und die seit 1960 eingegangenen Periodika) und der Inathèque (www.ina.fr/inatheque für die seit dem 1.1.1995 eingegangenen Fernseh- und Hörfunkdokumente) recherchieren.

Glücklich wie Gott in Frankreich? Für Kommunikationswissenschaftler, Rundfunkhistoriker oder jeden Wissenschaftler, der sich der Bedeutung audiovisueller Quellen bewußt ist, könnte das wohl stimmen!

Muriel Favre, Frankfurt am Main/Paris

- 1 Le Débat Nr. 105, Mai-August 1999.
- 2 Am Standort Richelieu-Louvois, im ehemaligen Gebäude der Nationalbibliothek, befinden sich nur noch die Handschriften, die Karten und Pläne, die Druckschriften, die Münzen, die Musik- und die Bilddokumente.
- 3 Dieser kostet z.Z. 300 FF für ein Jahr, 200 FF für zwölf Tage und 30 FF für zwei Tage.

- 4 Vorzulegen sind für Wissenschaftler der professionelle Ausweis und/oder eine Erklärung des wissenschaftlichen Betreuers bzw. des Forschungszentrums bzw. des Arbeitgebers, für Nicht-Wissenschaftler ein Antrag mit präzisen Angaben über den dokumentarischen Bedarf.
- 5 Vgl. zur Geschichte der *Inathèque de France* und zur Erweiterung des Pflichtstückgesetzes zu den Rundfunkdokumenten Muriel Favre: Rundfunkgeschichtsforschung in Frankreich. In: *RuG* Jg. 23 (1997), H.1, S. 48f.
- 6 Die Pflichtabgabe beruht nämlich auf dem Prinzip der Ausstrahlung und nicht auf dem der Produktion.
- 7 Vgl. für eine genauere Beschreibung Favre (wie Anm. 5), Tabelle S. 50.

Zur Ökonomie von Medienunternehmen im 20. Jahrhundert

Eine Tagung

Die Historische Kommission der ARD, die Historische Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, das Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund und der Studienkreis Rundfunk und Geschichte veranstalten am 18. und 19. November 1999 im Kokoschka-Saal des Hochhauses des Axel-Springer-Verlags in der Berliner Kochstraße eine Tagung zur Ökonomie von Medienunternehmen, mit dem Schwerpunkt 20. Jahrhundert. Im Mittelpunkt werden betriebswirtschaftliche Probleme von Unternehmen der Medienbranche stehen. Angesichts der Tatsache, daß es vergleichsweise wenige Untersuchungen zu betriebswirtschaftlichen Handlungsmaximen gibt, müssen sich die Vorträge teilweise auf exemplarische, explorative Studien beschränken.

Im einzelnen sind folgende Vorträge vorgesehen:

Jürgen Heinrich (Dortmund):
Funktion und Struktur der Medienunternehmung im Wandel von Ökonomie und Technik;

Elisabeth Kraus (München):
Die Krise der Großverlage Mosse und Ullstein am Ende der Weimarer Republik. Aspekte der Betriebs- und Unternehmensführung;

Thorsten Grieser (München):
Studien zu den wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen des deutschen Buchhandels vor und während der Inflation 1914-1923;

Karl Führer (Hamburg):
Rundfunkwirtschaft (RRG) in der Weimarer Republik;

Christiane Teetz, (Hamburg):
Presseunternehmen im Dritten Reich und ihre Wirtschaftsprobleme am Beispiel des Hamburger Fremdenblattes;

Johannes Ludwig (Berlin):
Zwischen Monopol und Wettbewerb.
Verlegerinteressen 1949 und Zeitungslandschaft 1999 unter besonderer Berücksichtigung des Springer-Verlags;

Hans Altenhein (Darmstadt):
Fallstudien zur Ökonomie von Buchverlagen zwischen 1945 und 1965;

Manfred Kops (Köln):
Der wachsende Stellenwert betriebswirtschaftlicher Ziele für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland.

Weitere Auskünfte erteilen: Michael Jurk, Axel Springer Verlag AG, Unternehmensarchiv, Hamburg (Tel. 040/ 347 24949, Fax 040/347 264 73) und Dr. Edgar Lersch, Historische Kommission der ARD, SWR Historisches Archiv, Stuttgart (Tel. 0711/929 - 3233, Fax 0711/ 929 - 3345, E-Mail: edgar.lersch@swr-online.de).

EL

Rezensionen

Irene Neverla (Hrsg.)

Das Netz-Medium.

Kommunikationswissenschaftliche Aspekte
eines Mediums in Entwicklung.

Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, 333 Seiten.

Beatrice Dernbach u.a. (Hrsg.)

Publizistik im vernetzten Zeitalter.

Berufe – Formen – Strukturen.

Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, 224 Seiten.

Bertelsmann Stiftung /

Heinz Nixdorf Stiftung (Hrsg.)

Bildungsinnovation durch Medien.

Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1997,

200 Seiten.

Gudrun Gross u.a. (Hrsg.)

Studieren und Forschen im Internet.

Perspektiven für Wissenschaft, Wirtschaft,
Kultur und Gesellschaft.

Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang, Europäischer
Verlag der Wissenschaften 1997, 264 Seiten.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre halten Journalismus, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und interpersonale Kommunikation sukzessive Einzug in onlinebasierte Medien. Eine erhöhte Inanspruchnahme digitaler Netze verlangt nicht allein technische und mediale Kompetenzen, sondern erfordert ferner eine intensive gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Reflexion. Es stellt sich vor allem das Problem, wie sich das Verständnis von Technik, Kommunikation, Privatheit sowie Öffentlichkeit durch netzwerkgestützte Medien wandelt? Diesen und ähnlich gelagerten Fragestellungen geht der Sammelband »Das Netz-Medium«, herausgegeben von der Hamburger Kommunikationswissenschaftlerin Irene Neverla, nach.

In einer medienphilosophischen Betrachtung versucht die Herausgeberin, »das Medium zu denken«. Sie zeichnet kursorisch bisherige »Etappen des Diskurses« nach und gewinnt Aufschlüsse über die Konstruktion sozialer Wirklichkeit(en) im, beziehungsweise durchs Netz-Medium. Im Rückgriff auf die beiden letzten Jahrzehnte der eigenen Fachgeschichte kritisiert Siegfried Weischenberg, wie die Kommunikationswissenschaft mit medientechnischen Umbrüchen umgegangen ist. Er tritt dafür ein, die gesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse konsequenter in Handlungs- und Sinnkontexte zu analysieren. Anhand eines Vergleichs zwischen den Vereinigten Staaten und Europa diskutieren Hans J. Kleinsteuber und Martin Hagen, worin die Vor- und Nachteile einer »elektronischen Demokratie« bestehen. Ausschlaggebend sind hier, so die Einschätzung, die politischen, ökonomischen und medialen Standards eines Landes.

Mittels eines historisch und biografisch akzentuierten Theorieansatzes beschreibt Friedrich Krotz, wie Digitalmedien in soziokulturelle Zusammenhänge sowie in individuelle Lebenswelten integriert sind.

Technik ist, für sich genommen, zwar geschlechtsneutral, konzidiert Irene Neverla, aber ihre Nutzung erfolgt unter vorherrschenden Machtkonstellationen. Und so dominiert, auch bei den neuen elektronischen Medien, die maskuline Geschlechterrolle gegenüber der femininen. Nach wie vor sind Kinderpornografie und -prostitution eine gesellschaftlich vernachlässigte und tabuisierte Tatsache. Wie schwierig sich der konkrete Nachweis sexualisierter Gewalt an Heranwachsenden im Datennetz gestaltet, veranschaulicht Sibylle Ruschmeier. Am Exempel einer Studie von Schwulen im Internet demonstrieren Miguel Dittmann und andere, wieweit soziale Randgruppen im Netz, etwa in Chatforen oder Newsgroups, vertreten sind.

In einem thesenhaften Überblick faßt Klaus-Dieter Altmeppen erste Auswirkungen von Multimedia auf Arbeitsmarktstruktur, Qualifikationsanforderung und Tätigkeitsprofil des Journalismus zusammen. Elisabeth Klaus und Ulrike Röttger widmen sich der Öffentlichkeitsarbeit in Online-Diensten. Als Indikatoren für eine erfolgreiche PR-Kampagne nennen sie: angemessenen Medieneinsatz, Einbindung in Organisationskultur und Orientierung an Nutzerbedürfnissen. Eine Umfrage von Armin Sonnleitner und anderen unter Journalist(inn)en führt zu dem Ergebnis, daß Online-Recherchen zur Zeit die »klassische« Recherche lediglich ergänzen. Schließlich führt Frauke Höbermann Minimalanforderungen an die Journalismusausbildung im Online-Zeitalter auf.

Die Aufsatzsammlung ist bemerkenswert und das in zweierlei Hinsichten: Erstens bietet sie einer Gruppe von Nachwuchswissenschaftler(inne)n die Gelegenheit, ihre Erkenntnisse in einem geeigneten publizistischen Forum zu plazieren. Diese Autor(inn)en, sicherlich größtenteils selbst durch Internet und Multimedia (teil)sozialisiert, eröffnen dem Lesepublikum durchaus einige neue Sichtweisen auf die gegenwärtige Diskussion um computergestützte Kommunikation. Dies betrifft vornehmlich die (auch) generationsbedingt größere Akzeptanz und vorbehaltlosere Herangehensweise an moderne Informationstechnologien. Zweitens vermögen die Beiträge, das emergierende Netzmedium in seiner Entwicklung punktuell gesellschaftspolitisch, zeitkritisch und kommunikationswissenschaftlich zu verorten, womit jedoch zu Recht nicht der Anspruch auf eine endgültige Positionsbestimmung reklamiert wird. Mit der Publikation hat man eine gehaltvolle und verständliche Übersicht zur Hand, die Facetten des aktuellen Mediendiskurses zu bewerten weiß.

Angesichts einer sich in vagen Umrissen abzeichnenden »Computerrevolution« im Bereich der Berufskommunikatoren befaßt sich der Sammelband »Publizistik im vernetzten Zeitalter«, der von den Kommunikationswissenschaftler(inne)n Beatrice Dernbach, Manfred Rühl und Anna Maria Theis-Berglmair herausgegeben wurde, mit sich wandelnden organisatorischen, strukturellen, politischen und ethischen Kontexten der Online-Medien.

Den ersten Teil, der Profession, Arbeitsmarkt und Ausbildung des journalistischen Sektors zum Gegenstand hat, eröffnet Manfred Rühl mit einer eingehenden

den Sichtung der deutschsprachigen publizistischen Berufsforschung. Er übt Kritik an der subjekttheoretisch orientierten Journalismusforschung und postuliert – vor systemtheoretischem Hintergrund – eine forcierte sachliche, soziale und zeitliche (Dimensions-)Differenzierung. Mit Blick auf die nur schwer abzuschätzenden Folgen von Multimedia auf den Arbeitsmarkt äußert Werner Dostal, daß Fachleute des Metiers, deren Berufsbild sich in den nächsten Jahren weiter differenzieren und standardisieren wird, in allen Gesellschaftsbereichen nachgefragt werden. Und Harald Taglinger trägt einen mehrstufigen Vorschlag zur hochschulgebundenen online-publizistischen Aus- und Fortbildung vor. Er weist daraufhin, daß das Gros der bundesdeutschen Universitäten noch nicht mit zureichend elaborierten Lehr-/Lernmodellen mit entsprechenden infrastrukturellen und personellen Ressourcen ausgestattet ist.

Im zweiten Teil werden Inhalte, Formen und Gattungen der Online-Publizistik vorgestellt. Der Beitrag von Katja Riefler untersucht die Aktivitäten von Verlegern im Geschäftsfeld der elektronischen Medien. Sie berichtet, daß eine Vielzahl von Berufskommunikatoren das Internet immer noch als ein rein technisches monodirektionales Distributionsmedium ansehen. Am Beispiel einer Online-Redaktion konturiert Egbert M. Reinhold die durch neue Informationstechniken veränderten Arbeitsvorgänge. Von den Berufskommunikatoren wird gefordert, liebgewonnene Routinen fahren zu lassen, da die Technik ein nahezu grenzenloses mediales Angebot ermöglicht und die User hohe professionelle Standards und interaktive Dienstleistungen erwarten. In seinem Beitrag hebt Harald A. Summa Unterschiede zwischen dem »klassischen« Marketing (Push-Technologie) und dem Online-Marketing (Pull-Technologie) hervor: Während das eine mit hohen Investitionssummen bestrebt ist, die Aufmerksamkeit der Verbraucher immer neu auf Produkte zu lenken, so ermöglicht das andere unmittelbare und dauerhaftere Kundenbindungen.

Der letzte Teil beschäftigt sich mit medienpolitischen, -rechtlichen und -ethischen Gesichtspunkten der Online-Kommunikation. Aufgrund des Umstands, daß die schrittweise Etablierung von neuen Informationstechniken große Probleme für die gesamte Gesellschaft nach sich zieht, verfiert Anna Maria Theis-Berglmair eine umfassende – demokratie-beziehungsweise ökonomietheoretische Ansätze überschreitende – Medienpolitik. Am Exempel der Einrichtung des Bayern-Online-Programms arbeitet Eduard W. P. Grimme die vielfältigen Schwierigkeiten einer soliden Budgetierung eines von der Politik angeordneten Prestigevorhabens heraus. Abschließend erörtert Bernhard Debatin einige Zusammenhänge von »Ethik und Internet« in der Informationsgesellschaft. Mittels eines normativ-analytischen Zugriffs beschreibt er zentrale Zielkonflikte des Netzmediums bezüglich Wissen, Freiheit und Identität.

Der Sammelband stellt sich als eine brauchbare Aufbereitung des Problemkomplexes online-gestützte Publizistik dar, bei der eine verständliche, an Beispielen illustrierende Darstellung der Sachverhalte sowie eine eingängige Auseinandersetzung mit wichtigen Teilaspekten im Mittelpunkt stehen. Es ist allerdings auch nicht von der Hand zu weisen, daß noch viel zu geschehen hat, um die Fundierung eines spe-

zifisch theoretischen sowie methodologischen Instrumentariums zur Analyse des Journalismus und seiner nivellierenden Handlungsrollen im multimedialen Zeitalter voranzubringen. Die traditionellen Konzepte der Massenkommunikation stoßen offenkundig an ihre Grenzen. Neben einer Problematisierung ökonomischer Entwicklungen sowie technischer Grundlagen bewerkstelligen die Autor(inn)en zudem einen achtbaren Informationstransfer im Bereich der vernetzten Publizistik hinsichtlich ihrer geschichtlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialetischen Merkmale. Fehlt dem Sammelband mitunter in der ein oder anderen Hinsicht eine gewisse Tiefgründigkeit, so macht er diesen widrigen Umstand durch eine thematische Vielfalt wett, wodurch sich eine Lesart als Einführung empfiehlt.

1995 wurde die Initiative »Bildungswege in der InformationsGesellschaft« (B. I. G.) von der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung ins Leben gerufen. Wegen der großen Herausforderungen in der Bildung hat B. I. G. sich zum Ziel gesetzt, das Lehren und Lernen mit elektronischen Medien zu unterstützen. Im November 1996 veranstaltete B. I. G. in Bonn eine Tagung unter dem Motto »Bildungsinnovation durch Medien«. Die gleichnamige Dokumentation gibt die Vorträge der mitunter prominenten Vertreter aus Politik, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft wieder.

Zu Anfang konstatiert Jürgen Rüttgers, daß ökonomischer Fortschritt in zunehmendem Maße von dem anwendbaren »Wissen« einer Gesellschaft abhängt. Es ist an der Politik gelegen, so sein Aufruf, Medienkompetenz als Kulturtechnik in der Aus- und Fortbildung in Richtlinien festzuschreiben. Matthias Rößler analysiert Rahmenbedingungen, unter denen Medien sinnvoll in die Schule integriert werden können. Er unterbreitet den Vorschlag, ein gewisses Unterrichtskontingent ausschließlich für die Auseinandersetzung der Schüler mit Multimedia-Lernumgebungen zu reservieren. Friedrich Besch versucht, einen umfassenden Begriff der schulischen Medienkompetenz zu entwickeln. In seinem Entwurf fällt darunter der praktisch-reflexive Umgang mit Medien in technischen, kognitiven, kreativen und sozialetischen Belangen. Anhand der Landesinitiative »media NRW« erörtert Joachim Westermann die besondere Bedeutung einer Kooperation von Wirtschaft und Bildung, gerade durch den Einsatz rechnergestützter Medien in beruflichen und betrieblichen Qualifikationsmaßnahmen.

Vom Standpunkt der Wirtschaftsverbände her betont Hans-Olaf Henkel, daß der Bildung eine exponierte Rolle bei der Konsolidierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zukommt. Er fordert Reformen ein, die einem globalisierten Wettbewerb durch Aneignung von Medienkompetenz, Flexibilität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung begegnen. Mark Wössner stellt Überlegungen zu den Basiskompetenzen in der Informationsgesellschaft und -wirtschaft an. Von Bildungseinrichtungen verlangt er, daß sie Heranwachsende in die Lage versetzt, mit Hilfe innovativer Arbeitsformen und -inhalte selbständig, problembezogen, zielorientiert und lebenslang zu lernen. Den Aspekt, sich fortwährend zu bilden, greift auch Hagen Hultsch auf. Er weist auf das effizienzsteigernde und kostenreduzierende Potential des Tele-

lernens für die betriebliche Aus- und Weiterbildung hin. Abschließend tritt Peter Glotz dafür ein, in der Realisierung der Hauptforderungen dem Beispiel der USA zu folgen, indem sich die Interessengruppen zusammenschließen, um die nächsten Schritte in die Informationsgesellschaft zu abzustimmen.

Eine nachhaltige Reform des Bildungssystems in der Bundesrepublik ist überfällig: Die internationale Studie »Neue Medien in den Schulen – Entwicklungsstand in Europa und Nordamerika«, erarbeitet vom Europäischen Medieninstitut in Düsseldorf, verdeutlicht, daß deutsche Schulen unterhalb des europäischen Durchschnitts liegen. Es bedarf mannigfaltiger Ansätze von öffentlicher und privater Seite, so das Fazit, um in schulischen und außerschulischen Institutionen den Anschluß an die internationalen Standards zu bewerkstelligen.

Angesichts der nicht selten monoton geführten Debatte unter Experten um den Umbau des Erziehungswesens gewinnt der Gesichtspunkt der Bildungsinnovation mittels neuer Medien durch die Stellungnahmen an Kolorit. Unter den Referenten ist unbestritten, daß der Bildung im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft eine Schlüsselstellung zukommt. Die Mehrzahl der Statements geht nicht nur angemessen programmatisch der Fragestellung nach, welche Zielsetzungen aus der Transformation zur Wissensgesellschaft für eine Bildungsreform erfolgen, mithin welche Funktionen den elektronischen Medien zuzuschreiben sind, sondern sie geben ferner erstaunlich konkret kund, wie einzelne Wegmarken zur Modernisierung des föderalen Bildungssystems aussehen sollen. Aufgrund des gesteigerten Handlungsbedarfs üben die Beteiligten zumindest deklamatorisch den gesellschaftspolitischen Schulterschuß, um die Einführung neuer Medien in Schulen voranzutreiben. Jedoch werden sich die Verantwortlichen an der Entschiedenheit und Ernsthaftigkeit ihrer Auslassungen zu einem gesamtgesellschaftlichen Bildungsimpuls messen lassen müssen. Hierbei geben nicht zuletzt die deprimierenden Ergebnisse aus solch konzertierten Aktionen der Vergangenheit genügend Anlaß zur Skepsis.

Am Ende des Jahrzehnts ist »Medienkompetenz« in der Informationsgesellschaft zur vielgebrauchten, nicht selten leeren Leitvokabel geworden. Der Sammelband »Studieren und Forschen im Internet«, der editorisch von Gudrun Gross, Uwe Langer und Rudolf Seising verantwortet wird, vereint informationstechnologische, kommunikationsphilosophische, kulturwissenschaftliche sowie mediendidaktische Beiträge zur computergestützten Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Anthologie dokumentiert eine gleichlautende Veranstaltung der sozial- bzw. informatikwissenschaftlichen Fakultät der Universität der Bundeswehr München vom Dezember 1996.

Die Autor(inn)en geben einen Überblick über Entwicklung und Anwendung der Computer- und Netzwerktechnologie, erläutern standardisierte Multimedia-Adaptionen, Profile von Internet-Usern, Netzkulturen und -sprachen. Anhand von Beispielen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft machen sie auf die stetig wachsende Bedeutung der vernetzten Kommunikation aufmerksam. Der Anpassungsdruck in der nachindustriellen Gesellschaft erfordert den schnellen und jederzeitigen Zugriff auf

komplexe Wissensbestände. Hier unterstreichen die Autor(inn)en, daß die Distribution von Online-Technik innovative Konzepte der Wissensvermittlung eröffnet, wovon rechnergestützte Lehr-/Lernsysteme, Online-Kurse, Online-Zugänge zu Bibliotheken und Archiven sowie Teleteaching und Distance Learning zeugen. Künftig werden permanentes und transdisziplinäres Lernen, so der Ausblick, aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken sein.

Die Leser(inn)enschaft, die eine eingehende Auseinandersetzung mit technischen, sozialwissenschaftlichen und didaktischen Charakteristika von Multimedia erwartet, sind mit diesem Sammelband richtig bedient: Zum einen überzeugt die Mehrheit der Autor(inn)en durch ein hinreichendes technikkundliches und kulturwissenschaftliches Reflexionsniveau, um Chancen und Risiken von Digital-, Hypertext- und Intranet-/Internet-Technologien abwägen zu können. Zum anderen wird hier an Vertreter(inn)en nicht-technischer Disziplinen appelliert, sich nicht kategorisch den Online-Medien zu verschließen. Zum anderen können die Autor(inn)en das didaktische Potential von Multimedia veranschaulichen. Sie beschränken sich nicht auf autonome, autodidaktische Prozesse unter Nutzung frei zugänglicher Angebote aus dem Netz; vielmehr berücksichtigen sie gerade auch institutionelle und didaktisch extra für Online-Medien konzipierte Lehr-/Lernprogramme. Die Aufsatzsammlung ist in besonderer Weise als einführende Lektüre zu Fragen des multimedialen Lernen und Lernens brauchbar.

Christian Filk, Köln

Jürgen Felix u.a. (Hrsg.)

Radioästhetik – Hörspielästhetik.

(= Augenblick – Marburger Hefte zur Medienwissenschaft, H. 26).

Marburg: Schüren-Verlag 1997, 102 Seiten.

Der Hörfunk wird in seinen künstlerischen Ausdrucksformen sowohl in den an ästhetischen Fragen orientierten und sich in erster Linie mit Film und Fernsehen beschäftigenden Medienwissenschaften meist nur am Rande behandelt und von publizistikwissenschaftlicher Seite in seinen massenwirksamen und quasi industriell und teilweise computergenerierten Gattungen und Formaten betrachtet. Insofern ist die 26. Ausgabe der »Marburger Hefte zur Medienwissenschaft« auf jeden Fall zu begrüßen, die sich dieser vernachlässigten Thematik annimmt. Die »aktuellen Positionsbestimmungen« (S. 5) von Programmverantwortlichen und Redakteuren – Ulrich Gerhardt, Christoph Buggert, Monika Klostermayer und Jürgen Naleppa waren bis auf Buggert, der noch beim Hessischen Rundfunk die Abteilung Hörspiel und Produktion Hörfunk leitet, in führender Position einstmals hauptamtlich für das Hörspiel in öffentlich-rechtlichen Anstalten verantwortlich, und die Auseinandersetzung mit den schon längerfristig in Gang befindlichen Entwicklungen sind jedoch gespeist von Ressentiment gegen den »Apparat« und nicht von dem Bemühen herauszufinden, warum ästhetisch ambitionierter Rundfunk, künstlerische Hörfunkproduktionen einen so schweren Stand haben. Gerhardt und Klostermayer setzen sich angesichts der konstatierten Heimatlosigkeit für eine nicht mehr in das normale

Hörfunkprogramm integrierte und innerhalb des Rundfunks distributierte akustische Kunst ein. Aus der Binnensicht sind neben einem kurzen Abriss der Featuregeschichte noch drei Werkstattberichte eingefügt, von Hermann Naber über seine »Herr der Ringe«-Produktion, von Herbert Kapfer über »Pop im Hörspiel« und von Alfred Behrens über eine »Tonreise durch Manhattan«, alle drei sehr speziell und kaum in der Lage, den mit den neueren Entwicklungen nicht Vertrauten Genaueres und Repräsentatives über das Hörspiel zu vermitteln.

So treten neben die Sichtweisen »von innen« zwei Beiträge »von außen« (S. 5), die eine Bestandsaufnahme des Hörfunks als Medium der Töne und der gesprochenen Sprache vornehmen und zu einer ausgewogeneren Bewertung der zweifellos vorhandenen Problematik gelangen, warum gegenüber früheren Jahrzehnten im Hörfunk künstlerische Formen des Radios heute einen schweren Stand haben. Knut Hickethier berichtet – wie immer umfassend informiert und vielfältige Aspekte integrierend – über die Ursachen und auch die möglichen Folgen des Funktionswandels des Radios und raisoniert darüber, inwieweit angesichts der immer schon vorhandenen Randständigkeit der Radiokunst gar ihr möglicher totaler Verlust vermieden werden könnte: »Natürlich droht deshalb nicht gleich der Untergang der westlichen Kultur« (S. 18), aber durchaus negative Folgen für die Qualität »Sinnstiftung« im Hörfunk, die dann von anderen Medien übernommen werden müsse, sowie die Weiterentwicklung der »Gebrauchsästhetik« im Hörfunk. Horst Ohde plädiert ebenfalls für den Erhalt des künstlerischen Anspruchs im Radio und die Weiterentwicklung des Hörspiels, auch im Rahmen der unabänderlichen Bedingungen der dualen Rundfunkordnung. Hickethier und Ohde stimmen der Ansicht zu, daß über die klassische Programmverbreitung hinaus, künstlerische Hörfunkproduktionen und Hörspiele distribuiert und vermarktet werden sollten. Die von Ohde attackierte bürokratische Schwerfälligkeit und das mangelnde Interesse an wirtschaftlicher Weiterverwertung seitens der Rundfunkanstalten hat inzwischen offensichtlich einer flexibleren Haltung Platz gemacht. Es ist zu hoffen, daß diese auch den ambitionierten Radiogattungen bei kreativer Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten zugute kommt.

Edgar Lersch, Stuttgart

Helmut Kreuzer (Hrsg.)

Radio.

(= Zeitschrift für Literatur und Linguistik, H. 111).

Stuttgart/Weimar: Metzler 1998, 168 Seiten.

Der Schwerpunkt dieses vermutlich mit Blick auf das 75jährige Rundfunkjubiläum (Oktober 1998) konzipierten Heftes liegt – der Herausgeber legt dies nahe – auf dem Wechselverhältnis, dem Zusammenspiel von Literatur und Hörfunk. Dabei ist Harro Zimmermanns Erwartungen weckender Beitrag »Radio – Modernisierung der Sinne« nicht mehr als ein emphatisch formuliertes, allerdings Bekanntes ins Feld führendes Plädoyer dafür, daß die am geschriebenen Text orientierte Literaturwissenschaft sich an der Er-

forschung der elektronischen Medien, des Hörfunks zumal, beteiligen solle. Anders Karl Prümm und Reinhold Viehoff: Sie tragen Ergebnisse derartiger Bemühungen aus ihrem jeweiligen spezifischen Erfahrungshintergrund bei. Letzterer entwickelt aus seiner langjährigen Beschäftigung mit Schriftsteller und Rundfunk ein Begriffsinstrumentarium, um das komplexe Wechselverhältnis zu analysieren, beschreibt verschiedene Funktionen der Beteiligten und bezieht sie aufeinander. Der gegenwärtig mehr denn je auf arbeitsteilig organisierte Produktion, Werbung und Distribution seines Werks angewiesene Schriftsteller übernehme auch im Kontakt mit den elektronischen Medien mehrere und nur teilweise bewußt übernommene »Handlungsrollen«. Sie griffen einerseits weit über die meist singulär und voluntaristisch konzipierte Vorstellung vom »Brotberuf« des Literaten als Journalist bzw. Redakteur hinaus. Andererseits sei die Funktion von »Literatur« (im weitesten Sinne) für den Rundfunk zu vielseitig, als daß sein Engagement für sie auf die Vorstellung vom generösen Mäzenatentum reduziert werden könne. Was die Folgerungen angeht, führt Viehoff nur punktuell einige Beispiele an, ausführlicher werden die zahlreichen Bezugspunkte der Autoren zur Arbeit für den Rundfunk beschrieben. Sie werde in ihren Werken häufig thematisiert, beeinflusse ihre ästhetischen Verfahren und Schreibstrategien und führe häufig auch dazu, daß ganz bestimmte Stoffe überhaupt in Angriff genommen würden.

Abseits von derartigen Konzeptualisierungen präsentiert Karl Karst eine konventionelle biografische Skizze über den jungen Günter Eich, die an ihrem Schluß auf zwei Seiten seine Rundfunkarbeit, seine Hörspiele anspricht. Die Feststellung, daß »das Hörspiel als das formale Äquivalent der Ästhetik Günter Eichs« erscheine »und als ihre wirkungsreichste Umsetzung« (S. 54), wäre gerade mit einem den Vorstellungen von Viehoff vergleichbaren Ansatz näher zu belegen.

Einen Ausschnitt aus der für die 20er Jahre typischen, auch unter den Literaten verbreiteten Diskussionen um das neue Medium Hörfunk gibt Karl Prümm. Die Unmittelbarkeit der anfangs hochgerühmten Gleichzeitigkeit und Teilhabe aller an jedem Geschehen durch das Radio habe sich nach stürmischen Anfangsjahren erschöpft und sei – Prümm belegt dies mit einem prophetischen Beleg aus dem Ende der 20er Jahre, die den Kern seiner Untersuchung darstellt – auf Gleichförmigkeit und Beherrschung der Massen, auf Gleichschaltung hinausgelaufen. Die Intellektuellen erwarteten mehr vom Radio und fanden unter anderem in dem durch die Tonfilmtechnik möglichen Aufzeichnungsverfahren Anschluß an die spezifisch gebrochene Wirklichkeitsaneignung der Avantgarde (z.B. die Montagetechniken, wie sie auch der Film entwickelt hatte), die die Rundfunkästhetik und Programmroutinen stark verändert und neue Gattungen ermöglicht habe.

Leider steht auch Horst Pöttkers Beitrag über die von ihm beobachtete, wohl kaum beabsichtigte »Widerständigkeit« der dem Anspruch von Authentizität und den klassischen Regeln folgenden Reportage im nationalsozialistischem Rundfunk ohne Bezug zum

Aufsatz von Prümm, was sich ebenfalls angeboten hätte. Eingestandenermaßen muß Pöttker den Beweis schuldig bleiben, ob dieses von ihm beobachtete Moment auch in der zeitgenössischen Rezeption so erfahren wurde. Auch bleibt fraglich, ob seine – wie ebenfalls eingeräumt – ex-post formulierten Einsichten für eine Wiederbelebung der Gattung im heutigen Hörfunk brauchbar sind.

Konrad Dussel behandelt in seinem Beitrag die Nachkriegszeit: Er präsentiert mit anderen methodischen Verfahren auf dem Weg zu einer Programm- und Rezeptionsgeschichte des Hörfunks (von 1923 bis 1961) aus seinen Forschungen einen Ausschnitt, der auf der Basis von Programmstatistiken und Programmstrukturanalysen das vielfältige Programmangebot aufschlüsselt und Vergleiche zieht zwischen dem Hörfunkangebot einer westdeutschen Landesrundfunkanstalt und dem DDR-Rundfunk im Jahr 1958, kurz vor dem Beginn des Fernsehzeitalters. Pauschal zusammengefaßt kommt er zu dem Ergebnis, daß der DDR-Hörfunk erheblich unterhaltungsorientierter als der WDR war.

Knut Hickethier berichtet über Tendenzen des Hörspiels in den 90er Jahren und ist im Ergebnis seiner Darlegungen der These nicht abgeneigt, daß sich das Hörspiel aus dem institutionellen und programmlichen Kontext des Rundfunks wenigstens teilweise lösen müsse. Und Sibylle Bolik tritt dafür ein, der nachgerade verächtlich angesehenen sogenannten Literaturadaptation im Hörspiel wie der Literaturverfilmung zu eigener Dignität zu verhelfen.

Was das Gesamturteil über dieses LiLi-Heft angeht, so hätte eine sorgfältigere Planung und Auswahl bzw. eine straffere Redaktion der vermutlich in sehr unterschiedlichen Kontexten entstandenen Arbeiten dazu beigetragen, daß der sich aufdrängende Eindruck allzu großer Beliebigkeit vermieden worden wäre. Dann wäre das Heft als Ganzes auch eher dazu geeignet, daß »die Beiträge (...) teils als knappe Überblicksversuche, teils als Detailforschungen nutzbare Vorarbeiten bzw. potentielle Bausteine« (S. 6) für eine in der Tat noch nicht den gesamten Zeitraum seiner Existenz umfassende Programmgeschichte des Radios in Deutschland herangezogen werden könnten.

Edgar Lersch, Stuttgart

Carsten Lenk

Die Erscheinung des Rundfunks.

Einführung und Nutzung eines neuen Mediums

1923 - 1932 (= Konzeption Empirische

Literaturwissenschaft, Bd. 10).

Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, 304 Seiten.

Das Buch hat in Fachkreisen eine zustimmende, teilweise sogar eine begeisterte Aufnahme gefunden. Mit Recht, denn es ist eine höchst anregende Arbeit. Theoretischer Ausgangspunkt ist die Auffassung des Mediums als eines Dispositivs, womit ein »Strukturmodell für Rezeptionsprozesse« gemeint ist, in dem Apparat (im materialen Sinne), Programm und Subjekt (Hörer) in einem Verhältnis wechselseitiger Bedingtheit stehen. Dieses Beziehungsgeflecht unter-

liegt wiederum gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Relation der Extreme zueinander determinieren. Gegenüber dem klassischen Kommunikationsmodell aus Sender, Botschaft und Empfänger, das in seiner elaborierten Form allerdings auch schon von der Wechselwirkung seiner Faktoren ausging, hat das Dispositiv-Modell die Materialität der Kommunikation mit im Blick, d.h. die Konstellation von Mensch und Apparat im Raum als wesentlicher Bedingung der Perzeption von Inhalten.

Ausgehend von diesem Modell thematisiert der Autor die Nutzung des Mediums Rundfunk in der Frühzeit seiner Entwicklung, also in einer Zeit, als – zumindest in Deutschland – keine empirische Hörerforschung betrieben wurde. Damit ist das Problem, mit dem sich der Autor konfrontiert sah, schon angesprochen: Die Quellen, – die für eine Organisationsgeschichte des Rundfunks mit den staatlichen Akten vorliegen, für eine Programmgeschichte wenigstens noch in Form der schriftlichen Überlieferung in Programmausdrucken, Quellen also, die es dem Forscher erlauben, auf harte Daten und objektivierbare Fakten zurückzugreifen –, fehlen für die frühe Geschichte der Radionutzung fast vollständig. Die Studie muß sich daher auf Quellen stützen, die indirekt etwas über die Nutzung aussagen: Rundfunkzeitschriften, Werbematerial, Erinnerungsberichte, zeitgenössische Statistiken. Das Material der Studie besteht somit im Sprechen über den Rundfunk im weitesten Sinne – auch Bilder gehören dazu –, und dieses »Reden über« wird einer Diskursanalyse unterzogen. Diskurs wird hier verstanden als Tatsache sui generis, aus der sich jener »soziale Sinn [erschließt], der der Nutzung des Radios zugrunde liegt.« (S. 33)

Sein spezielles Erkenntnisinteresse formuliert der Autor mittels der Ausdifferenzierung des Begriffs »Erscheinung«, womit sich dem Leser gleichzeitig der Buchtitel erschließt. Es geht ihm um den Rundfunk als Gegenstand des Hörensagens vor und während seiner Einführung, um seine sinnlich-konkrete Existenz in der Form der Geräte, die an bestimmten Orten aufgestellt sind und durch ihr Sosein die Rezeptionssituation bestimmen, um die Programmatik des Rundfunks und schließlich um dessen Omnipräsenz als »unhinterfragtes Element des Alltags«.

Während das Modell des Mediums als Dispositiv mit der Diskursanalyse, die es als solches methodisch erschließt, theoretisch durchaus zusammenstimmt, ist die Redeweise von der »Erscheinung«, deren Mehrdeutigkeit zudem noch gepriesen wird, ein störendes Element, daß glücklicherweise im Verlauf der Arbeit auch nicht wieder aufgegriffen wird.

Richtig bemerkt der Autor, daß keine seiner Quellen »historische Medienpraxis« beschreibt, sondern alle nur an einem Diskurs über die Nutzung des Rundfunks mitschreiben. Dennoch gibt es Beziehungen zwischen der Realität des Radiohörens und dem Diskurs über den Rundfunk. Ganz allgemein: Je weniger das Medium verbreitet ist, desto mehr wird über seine Möglichkeiten spekuliert. Und: je alltäglicher der Rundfunk wird, desto weniger wird über ihn geschrieben. Pointierter: die alltägliche Nutzung bildet im Diskurs über den Rundfunk eine Leerstelle. Diesen Bogen schlägt der Autor zwar auch (S. 256), aber er macht ihn nicht für die Interpretation fruchtbar. Das hieße nämlich, nicht nur einander widersprechende

Diskurselemente gegeneinander abzuwägen, sondern die »Leerstellen« im Diskurs mit Fakten aufzufüllen. Da dies nicht geschieht, werden Phänomene wie beispielsweise der ursprünglich geplante Saalfunk oder die späteren Hörgemeinden in ihrer Bedeutung über- oder sogar fehlinterpretiert. Der Saalfunk scheiterte nicht an den »Verheißungen des Privatempfangs« (S. 254), sondern an der technischen Gegebenheit des Kopfhörerempfangs. Und der Grund für die Saalfunkplanung lag im Kontrollbedürfnis politischer Instanzen und nicht im Anknüpfen an Formen bürgerlicher Öffentlichkeit.

Dies sind kleine Ungenauigkeiten an Stellen, wo die Diskursinterpretation zu wenig zu den im Modell im Prinzip mitgedachten politisch-gesellschaftlichen und technischen Bedingungen rückvermittelt ist. Es kann auch sein, daß die Vielzahl der Theorien, auf die der Autor sich bezieht, ihn in der Interpretation ein Stück weit fehllieft.

Disparate Theorien überwuchern auch den Schlußteil der Arbeit. Sehr konkret wird noch der Zusammenhang zwischen alltäglichen Zeitstrukturen und der Programmstruktur aufgezeigt, ebenso die tendenzielle Formierung der Freizeit durch den Rundfunk. Die Aktualisierung des Radioprogramms und dessen Auswirkung auf die Wirklichkeitswahrnehmung der Hörer sowie die Funktion gesellschaftlicher Integration, die das Medium zunehmend übernimmt, werden nicht mehr schlüssig aus dem Material herausgearbeitet, sondern das Material gerinnt mehr und mehr zur Illustration verschiedener theoretischer Versatzstücke. Dabei wird der Diskurs, der die Entwicklung des aktuellen Rundfunks von der Faszination der bloßen Raumüberwindung bis hin zum publizistischen Medium kritisch begleitete, bis zur Unkenntlichkeit zerrissen. Phänomene, die ganz verschiedenen Entwicklungsphasen angehören, etwa die Beliebtheit von Reportagethemen 1924, als es nur um die Raumüberwindung ging, und das gleiche Phänomen Anfang der 30er Jahre, als die politische Situation die Reportage zur leeren Form verkommen ließ, werden in eins gesetzt.

Diese kritischen Bemerkungen sollen den Reiz des Buchs nicht unterschlagen: Weit verstreutes Material rund ums Radio, das üblicherweise Gegenstand verschiedener Teildisziplinen ist, wird hier in einem Buch zusammengeführt und für die Interpretation des Mediums unter einem umfassenden Leitmodell (Dispositiv) fruchtbar gemacht. Die hier und da fehlende Konsistenz ist dem – gegenstandsadäquaten – umfassenden Ansatz geschuldet.

Renate Schumacher, Frankfurt am Main

Hans Bohrmann/Gabriele Toepser-Ziegert (Hrsg.)
NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit: 1937.

Edition und Dokumentation, Bd. 5, I - III;
Register, Bd. 5, IV.

München: Verlag K. G. Saur 1998, 1046 Seiten,
224 Seiten.

Fünf Jahre, nachdem die nationalsozialistischen Pressenanweisungen der Vorkriegszeit für das Jahr 1936 erschienen sind – das Editionsunternehmen wurde 1984 für das Jahr 1933 beim Institut für Zei-

tungsforschung in Dortmund gestartet und seitdem mit Jahresbänden 1985 (für 1934), 1987 (für 1935) und 1993 (für 1936) fortgesetzt –, liegt nunmehr der Jahresband in vier Teilen mit den Anweisungen für 1937 vor. Wie schon die Vorgängerbände gibt auch diese Edition einen intensiven und aufschlußreichen Einblick in die Praxis nationalsozialistischer Lenkung der gedruckten Tagesmedien.

Rund 3 000 Anweisungen und damit mehr als dreimal so viele wie 1934 sind für die Edition aus verschiedenen, im Bundesarchiv überlieferten Sammlungen ediert. Sie wurden von einer Handvoll mutiger Journalisten großer überregionaler Blätter, die nicht in der Reichshauptstadt erschienen, in den 30er Jahren zusammengetragen. Knapp die Hälfte haben die Hauptstadtkorrespondenten der »Frankfurter Zeitung« hinterlassen. Statt ihre Aufzeichnungen, die die Grundlage ihrer (Heimat-)Redaktionen für die Berichterstattung bildeten, umgehend zu vernichten, wie es eine Anweisung aus dem Propagandaministerium gebot, haben einige Zeitungskorrespondenten diese Texte aufgehoben und über die Wirren des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit hinaus gerettet.

Außenpolitisch standen 1937 der spanische Bürgerkrieg, der Beitritt Italiens zum Antikominternpakt, den Deutschland und Japan im Vorjahr abgeschlossen hatten, und der Besuch des italienischen Faschistenführers und Regierungschefs Benito Mussolini im Reich im Vordergrund. Bereits zu Anfang des Jahres waren Ereignisse in Spanien Themen der Presselenkung: So sollten die Journalisten die Aufbringung eines Schiffs der spanischen republikanischen Regierung (einmal als »roter spanischer Dampfer«, dann als »spanischer roter Dampfer« bezeichnet) nicht in großer Aufmachung bringen und dann nur auf der zweiten Seite ihrer Blätter. Einen halben Monat später wurden die Journalisten belehrt, »daß es nur eine Regierung in Spanien gibt, nämlich die Nationalregierung Franco. (...) Es soll auch nicht heißen »rote Regierung [in Valencia]«, sondern »bolschewistische Machthaber.« Die Bombardierung von Guernica durch deutsche Flugzeuge im April wurde natürlich den »Roten«, dieser Regierung von »Banditen und Strolchen«, in die Schuhe geschoben und ein Berichterstattungsverbot darüber verhängt, daß eine internationale Kommission zur Untersuchung der Vorfälle in Guernica eingesetzt werden sollte. Als Anfang November vereinzelt Zeitungen über den bevorstehenden Beitritt Italiens zum Antikominternpakt berichteten, wurden sie zunächst zurückgepfiffen, weil »man in einer derartig behutsamen und großen Sache nicht einfach ausländische Meldungen übernehmen [kann] (...), ohne daß man sich vorher überzeugt hat, ob eine Veröffentlichung an amtlicher Stelle erwünscht ist.« Als die Zeitungen darüber schreiben durften, sollte nicht von »Pakt«, sondern von »Abkommen« die Rede sein, und sie sollten darauf achten, nicht ausdrücklich zu erklären, »daß das Abkommen sich nicht gegen Rußland« wendet. Dennoch war »Italiens Kampf gegen den Bolschewismus besonders« zu würdigen.

Die innenpolitische Berichterstattung wurde von den Problemen bei der Umsetzung des Vierjahresplanes beherrscht – vom Rückgang der Arbeitslosig-

keit auf unter eine Million, vom beginnenden Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft, wo annähernd 400 000 Arbeitskräfte fehlten, und vom Anstieg der Lebenshaltungskosten. In diesem scheinbar so friedlichen Jahr 1937 – ein Jahr nach den Olympischen Spielen in Garmisch und Berlin – setzte – als Vorbote eines bevorstehenden Krieges? – die Propaganda um die »Volksgasmaske« ein, deren Anschaffung jedem Deutschen zur Pflicht gemacht wurde. In diesem Zusammenhang fand in Berlin eine Luftschutzübung statt, über die die Presse unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften unter Vorzensur vom Ort des Geschehens sollte berichten dürfen. Ob die Presse überhaupt und wie sie darüber berichtet hat, geht aus der Dokumentation leider nicht hervor. Ihr ist nur zu entnehmen, daß das Reichsluftfahrtministerium die geplante Fahrt mit 35 Redakteuren während des Fliegeralarms rückgängig gemacht hat.

Natürlich ist auch die Berichterstattung der Tagespresse über die anderen Medien und über sich selbst Gegenstand der nahezu täglichen Anweisungen gewesen. So finden im März 1937 der Personalwechsel an der Spitze der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums und die Berufung eines Generaldirektors der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mehrmals ihren Niederschlag in den Anweisungen. Die Journalisten sollten diese Vorgänge zwar kommentieren dürfen, sie sollten dabei aber die Verdienste von Horst Dressler-Andress – aber nicht als bisheriger Leiter der Abteilung Rundfunk, sondern für »die gesamte Aufbauarbeit von »Kraft durch Freude« – würdigen. Nicht erwünscht waren ruinöse Kritik an der Rundfunkwirtschaft, Kommentierung des Reichsgerichtsurteils im Rundfunkprozeß oder Veröffentlichungen über Funksendeanlagen und den Drahtfunk. Einige Male betätigten sich die Presselenker als Sprachpuristen, als sie den Journalisten vorschrieben, immer den Begriff »Rundfunk« zu verwenden statt der »nackten Worte »Radio« oder »Funk«.

Wie dem Vorwort zu entnehmen ist, mußte aus finanziellen Gründen, von den bewährten Editionsprinzipien der Vorgängerbände abgewichen werden, Anweisungen und deren Umsetzung in konkreten Zeitungsartikeln hintereinander zu dokumentieren. Dies soll eigens herausgegebenen Bänden vorbehalten bleiben, so daß erst dann ein Einblick in das tatsächliche Ausmaß der Presselenkung im Jahr 1937 möglich wird. Statt dessen sind zu etlichen Pressekonferenzen die Berichte mehrerer Journalisten an ihre Redaktionen nacheinander abgedruckt. Dafür aber läßt der Registerband mit einem Zeitungs- und Zeitschriftenregister, Personenregister, Verzeichnis der Sprecher in der Pressekonferenz, Sach- und Ortsregister sowie Quellenverzeichnis keine Wünsche offen. Zu hoffen ist, daß nach dem Erscheinen der Quellentexte bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs, wie es derzeit geplant ist, die ergänzenden Bände auch bald erscheinen können, damit auch für die Zeit ab 1937 das vorliegt, was es bereits bis 1936 gibt: eine Edition, die das tatsächliche Ausmaß der Pressegängelung bis zum 1. September 1939 erkennen und beschreiben läßt.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Margot Hamm u.a. (Hrsg.)

Der Ton. Das Bild.

Die Bayern und ihr Rundfunk 1924 - 1949 - 1999. Begleitbuch zur Ausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte und des Bayerischen Rundfunks (= Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 40/99). Augsburg: Haus der Bayerischen Geschichte 1999, 342 Seiten.

Am 30. März 1924 nahm die Deutsche Stunde in Bayern – Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Unterhaltung mbH in München als dritte regionale Programmgesellschaft im Deutschen Reich – nach der Deutschen Stunde mbH in Berlin (später RadioStunde bzw. Funkstunde) und der Mitteldeutschen Rundfunk AG in Leipzig – ihren Sendebetrieb auf. Am 1. Oktober 1948 trat das vom Bayerischen Landtag am 10. August des Jahres beschlossene »Gesetz über den Bayerischen Rundfunk. Anstalt des öffentlichen Rechts« in Kraft. Die neue Rundfunkanstalt wurde am 25. Januar 1949 mit einer Lizenzurkunde der amerikanischen Besatzungsmacht den Deutschen übergeben. An diese Ereignisse vor 75 bzw. 50 Jahren erinnern das Haus der Bayerischen Geschichte und der Bayerische Rundfunk in einer Ausstellung, die vom 13. April bis zum 4. Juli im Münchener Funkhaus und vom 22. Juli bis zum 17. Oktober 1999 im Museum für Post und Kommunikation in Nürnberg zu sehen ist bzw. zu sehen sein wird. Die zweite Ausstellungsstation will daran erinnern, daß Nürnberg bereits 1924 einen Nebensender erhielt und daß von hier aus wenig später eigene Sendungen in das bayernweite Rundfunkprogramm eingespeist wurden.

Dankenswerterweise haben sich die Veranstalter dazu entschlossen, sich nicht allein auf die Präsentation von Dokumenten – Fotos, Faksimiles, Film- und Tonmaterialien, Empfangsgeräte, Requisiten – in der Ausstellung zu beschränken und sie damit nur den Besuchern vor Ort zugänglich zu machen, sondern auch ihre weitergehenden Rechercheergebnisse der Nachwelt in gedruckter Form zu erhalten. Daraus ist ein Begleitbuch entstanden, das einerseits die Geschichte und Gegenwart des Rundfunks in Bayern aufarbeitet und andererseits das in der Ausstellung zu Sehende per Beschreibung dokumentiert.

Nach den Geleitworten des Intendanten des Bayerischen Rundfunks (BR) Albert Scharf und des Direktors des Hauses der Bayerischen Geschichte Claus Grimm, die die Ausstellung und Buchveröffentlichung »als ersten Schritt einer künftig noch zu erstellenden umfassenden Geschichte des Bayerischen Rundfunks« (Scharf, S. 5) werten, bzw. als »Anregungen« für eine »ausgreifende wissenschaftliche Recherche« (Grimm, S. 6) folgen mehr als 40 Beiträge von zumeist Mitarbeitern des BR in vier Kapiteln (»Ein Massenmedium in Staat und Gesellschaft«, »Geschichte des Rundfunks in Bayern«, »Der BR und sein Programm«, »Der Bayerische Rundfunk und sein Publikum«), der (Ausstellungs-)Katalog und eine Chronik des Rundfunks in Bayern.

Den Auftakt im Artikelteil bestreitet BR-Intendant Albert Scharf, der sich unter der Überschrift »Dienst an der Gesellschaft. 50 Jahre Bayerischer Rundfunk – Eine Geschichte mit Zukunft« mit dem Modell öf-

fentlich-rechtlicher Rundfunk am Beispiel des BR befaßt, das Ende der 40er Jahre nur unter größtem Widerwillen deutscher (Landes-)Politiker durchgesetzt werden konnte. Scharf zitiert in diesem Zusammenhang den von ihm nicht namentlich genannten Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, der bei der Übergabe von Radio Stuttgart am 22. Juli 1949 resignierend meinte, er könne sich nicht vorstellen, »daß eine Radiostation im Grunde niemand gehöre, daß niemand eine Verantwortung trage, und daß niemand einen Einfluß auszuüben habe.« (S. 19). Gemessen an dieser Skepsis, so der Tenor von Scharfs Beitrag, sei das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem eine Erfolgsgeschichte gewesen – trotz Anfechtungen der Politik –, weil das Bundesverfassungsgericht »in wohl absichtsvoll stereotyper Eindringlichkeit« den Ländern aufgegeben habe, »den Rundfunk staatsfrei zu organisieren und gesetzliche Vorsorge zu treffen, daß dieser Rundfunk nicht politischer oder sonstiger [ökonomischer] Macht ausgeliefert werde.« (S. 20) Es folgen Beiträge aus der Feder u.a. der BR-Direktorinnen Gabriele v. Watzdorf bzw. Jutta Lowag zu juristischen, politischen, ökonomischen und programmlichen Aspekten, die die Rolle des Rundfunks in Staat und Gesellschaft beschreiben.

Wie sich das Medium seit seiner Gründung entwickelt und gleichzeitig in den vier Epochen der (west)deutschen Geschichte verändert hat, ist neun Aufsätzen zu entnehmen, die sich mit den organisatorischen, aber auch technischen Grundlagen befassen. Die Darstellung der Hörfunk- und Fernsehprogramme haben sich die BR-Direktoren Thomas Gruber und Gerhard Fuchs vorbehalten, die sie in ihrer 50jährigen Nachkriegsentwicklung in groben Zügen beschreiben.

Der größte Platz im Buch wurde einzelnen Aspekten des Programms eingeräumt – sie reichen von den Nachrichten im Hörfunk und im Fernsehen, über das Korrespondentennetz in Bayern und im Ausland, die Landespolitik und Reportagen, Mundartsendungen und Volksmusik, das Studienprogramm, aus dem das dritte Fernsehprogramm hervorging, bis zu Hörspiel und Fernsehspiel, Musikprogrammen und Klangkörpern des BR; auch das Schallarchiv und das Fernseharchiv dürfen sich vorstellen. Das dem Publikum vorbehaltene Kapitel enthält u. a. Beiträge zur Medienforschung von den Anfängen bis zu Gegenwart und zu öffentlichen Veranstaltungen.

Fürwahr, es ist eine »Festschrift« (Scharf, S. 5) entstanden, die solide Daten und Fakten dokumentiert und durch Schwarzweiß- und Farbfotos sowie Faksimiles illustriert. So ist eine solide Grundlage für eine vertiefende Beschäftigung mit der Geschichte des Rundfunks in Bayern geschaffen worden.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Radiozeiten.

50 Jahre Bayerischer Rundfunk.

Stimmen, Szenen, Dokumente. 2 CDs.
Konzept, Realisation und Dokumentation:
Klaus Weisenbach.
München: TR-Verlagsunion 1999.

1998 und 1999 waren (und sind) zwei wichtige Jubiläumsjahre für den Rundfunk in Deutschland: vor 75 Jahren – am 29. Oktober 1923 – nahm der Rundfunk in Berlin seinen Sendebetrieb auf, Sendegesellschaften in München, Leipzig, Frankfurt am Main, Stuttgart sowie Hamburg folgten im ersten Halbjahr 1924. Und vor 50 Jahren (1949) wurden viele der heute noch bestehenden ARD-Rundfunkanstalten von den Alliierten in deutsche Hände übergeben. Aber nur der Bayerische Rundfunk (BR) nahm dies zum Anlaß, mit einer großen Ausstellung im Münchner Funkhaus (samt Katalog), mit zahlreichen Radio- und Fernsehsendungen, einer für Oktober 1999 angekündigten umfangreichen Publikation »Vom Sendespiel zur Medienkunst. Die Geschichte des Hörspiels im BR 1949 – 1999« sowie einer Doppel-CD »Radiozeiten. 50 Jahre Bayerischer Rundfunk« dieses Jubiläum eingehend zu feiern. Die Vorstellung, daß in Bayern doch ein größeres Bewußtsein von der Bedeutung der (eigenen) Geschichte besteht als im übrigen Deutschland, ist da nicht von der Hand zu weisen.

Die »Radiozeiten« beginnen mit einem Ausschnitt aus der Rede des ersten Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Rudolf von Scholtz, anlässlich der Übergabe des Senders in deutsche Hände (25.1.1949) und enden mit einer Collage zur 500. Sendung des »Tagesgesprächs« (28.10.1997). Die zweite CD beginnt mit dem Zwischenspiel aus dem »Capriccio« von Richard Strauss, dirigiert vom Komponisten selbst (1949) und endet mit einem Gespräch, das Michael Stürmer mit dem früheren amerikanischen Außenminister Henry Kissinger über die Stellung des wiedervereinigten Deutschland in Europa führte (1997). Es ist nicht klar erkennbar, nach welchen Gesichtspunkten sich die erste CD von der zweiten unterscheiden soll, wenn man davon absieht, daß sich auf der zweiten eher die »Hochkultur« befindet, also Ausschnitte aus Hörspielen (z. B. »Apocalypse now«), Lesungen (»Felix Krull«, gelesen von Thomas Mann), Vorträge (»Werden wir richtig informiert?«, Karl Jaspers) oder Probenmitschnitte (Eugen Jochum und Rafael Kubelik). Aber auch auf der ersten CD gibt es Vorträge (»Die Medienwelt von morgen« von BR-Intendant Albert Scharf aus dem Jahre 1994) oder Hörspiele (»Der Brandner Kaspar und das ewig' Leben«). Die insgesamt 62 Titel haben eine Länge zwischen einer und drei Minuten und können in vielen Fällen einen Eindruck von der jeweiligen Radiosendung vermitteln, ob dies aber bei den doch recht zahlreichen Hörspielausschnitten ausreicht, darf bezweifelt werden.

Was leider fast durchweg fehlt, sind Tonaufnahmen zur politischen Entwicklung in Bayern oder auch in Deutschland – keine Aufnahme mit einem bayerischen Ministerpräsidenten, keine mit einem Bundeskanzler, auch keine Aufnahme zur deutschen Wiedervereinigung – etwas überspitzt formuliert: Nach der Ablehnung des Grundgesetzes durch den Bayeri-

schen Landtag (CD 1, Nr. 2) war das Interesse des BR an der Politik erschöpft. Natürlich stimmt dies nicht, gerade der BR hat mit der Einführung des Nachrichten senders »B 5 aktuell« (1991) erfolgreiche Pionierarbeit für die ARD geleistet (die dann vom MDR, SFB/ORB und vom NDR mit eigenen Nachrichtenkanälen nachgeahmt wurde), gerade der BR hat mit der Leitung des Südosteuropa-Studios der ARD in Wien die wichtige Aufgabe, seit über zehn Jahren unter schwierigsten Bedingungen über die Krise und den Krieg in Jugoslawien zu berichten – auch darüber leider kein Wort auf den beiden CDs. Oder, um abschließend ein näherliegendes Beispiel zu nehmen: in Nürnberg befindet sich die Bundesanstalt für Arbeit, und der BR ist auch dafür bekannt, daß er fundierte Reportagen, Interviews und Kommentare zur Arbeitslosigkeit als eines der großen Probleme des heutigen Deutschland ausstrahlt – auch hiervon ist auf den CDs nichts zu hören.

Sicher hat Intendant Albert Scharf recht, wenn er im Vorwort des Booklets schreibt, daß der BR »seit 50 Jahren das Kulturinstitut Nr. 1 im Freistaat« ist und dies auf der CD auch entsprechend dokumentiert wird, aber nach dem Anhören von über 140 Minuten Originalton muß man fast den Eindruck gewinnen, daß sich der BR für seine Leistungen auf dem Gebiet der Information geniert. Das Konzept des »Wahren, Schönen, Guten« wurde hier vielleicht etwas zu sehr in den Vordergrund gerückt und die Konflikte und Spannungen der heutigen Gesellschaft etwas zu sehr vernachlässigt.

Walter Roller, Frankfurt am Main

Erich Selbmann
DFF Adlershof.

Wege übers Fernsehland.
Zur Geschichte des DDR-Fernsehens.
Berlin: edition ost 1998, 473 Seiten.

Man stelle sich vor, Ulrich Deppendorf, langjähriger Chefredakteur von »ARD aktuell« in Hamburg, brächte seine Berufserfahrungen zu Papier. Vielleicht schriebe er einmal über »unser Fernsehen«, um die ARD-Nachrichten von denen des ZDF zu unterscheiden. Schwer vorstellbar freilich, daß sein Bericht permanent von »unserem Land«, »unserer Republik«, ja sogar von »unserer Innenpolitik« handelte. Es ist das permanent gebrauchte Possesivpronomen, das den Rezensenten an der DDR-Fernsehgeschichte von Erich Selbmann so stört. Und es ist wohl auch die Haltung, die daraus spricht: Die DDR-Gesellschaft wird rückblickend zur Einheit verklärt. Die mentale Trennlinie zwischen »bei uns« und denen im Westen, hat der Autor auch sieben Jahre nach der Wiedervereinigung fest verinnerlicht.

Da paßt es ins Bild, wenn er das Massaker in Peking 1989 zur »Auflösung der Kundgebung auf dem »Platz des Himmischen Friedens«« schön redet (S. 453), wenn er – ohne erkennbare Ironie – von »den etwas eigenwilligen Leitungs- und Anleitungsstrukturen« in Medien und Kultur der DDR spricht (S. 217) und sein deutsch-deutscher Systemvergleich in der Frage mündet, »ob eine nicht ideologisch, sondern mit der Konkurrenz und dem Kapital begründete

Gleichschaltung nicht ähnliche Wirkung zeitigt« (S. 74) wie die von der SED betriebene Medienkontrolle in der DDR.

Wie unterschiedlich die Medien in beiden deutschen Staaten tatsächlich funktionierten, das illustrieren eher unfreiwillig andere Schilderungen. Mehrfach beginnt Selbmann die Darstellung von Veränderungen des Fernsehprogramms mit einem Rekurs auf SED-Parteitage oder Konferenzen des ZK der SED. Dem VIII. SED-Parteitag 1971 (bei dem Erich Honeker als Ulbricht-Nachfolger an die Parteispitze trat) folgten bald Programmreformen: darunter die professionellere Gestaltung der Nachrichten und eine geschicktere Agitation. Das Dokument der ZK-Abteilung für Agitation »Zur Arbeit des Fernsehens« vom 26. Februar 1982 führte im Dezember des Jahres zur schärferen Profilierung beider Fernsehprogramme und zum Ausbau der Unterhaltung im Abendprogramm. Die Beschreibung der Programmreform von 1982 (S. 350ff.) gehört zu den informativsten Passagen des Buches. Ansonsten wird Selbmann zu selten der Rolle des »Insiders« gerecht, als den ihn der Klappentext ankündigt. Mit der Schilderung beider Programmreformen belegt Selbmann die direkte Abhängigkeit des Mediums von seinen politischen Kontrolleuren – und damit den fundamentalen Unterschied zum bundesdeutschen Rundfunksystem.

Der Buchtitel gibt sich ambitioniert. »Wege übers Land«, ausgestrahlt Ende 1968, hieß einer der berühmten TV-Mehrteiler im DDR-Fernsehen der 60er Jahre. Große historische Bögen spannen, einzelne menschliche Schicksale mit der geschichtlichen Entwicklung verbinden, der DDR in den Jahren nach dem Mauerbau eine historische Legitimation verschaffen – das waren die vorrangigen Aufgaben dieser Großproduktionen. »Wege übers Fernsehland« kommt mit 473 Seiten ähnlich episch daher. Mancher Exkurs über die internationale Politik oder die Beziehungen zwischen BRD und DDR wäre verzichtbar gewesen, auch wenn die ostdeutsche Medienentwicklung zweifellos eng mit den politischen Konstellationen zusammenhing. Die thematische Konzentration ist erkennbar der Berufsbiographie des Autors geschuldet. Von Herbst 1966 bis 1978 leitete Selbmann die Redaktion der »Aktuellen Kamera«. So behandelt er für diesen Zeitabschnitt vorrangig die Fernsehpublizistik. Vom Jahresende 1978 bis Herbst 1989 amtierte Selbmann als Leiter der Dramatischen Kunst und stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Fernsehkomitees. Für diese Zeit gilt sein Augenmerk bevorzugt den Fernsehfilmen, Fernsehspielen, den auch im DDR-Fernsehen zunehmend ausgestrahlten Serien und den seltener gewordenen Literaturverfilmungen. Leider beschränkt sich die Darlegung über weite Strecken auf kurze Inhaltsangaben zu einzelnen Sendungen oder Serien. Der Zugriff auf die Programmgeschichte des Fernsehens bleibt wenig analytisch.

Selbmann wehrt sich in einer Nachbemerkung gegen den seiner Ansicht nach »hämischen Begriff« der Ostalgie. Tatsächlich handele es sich um den »Versuch vieler Menschen, doch zu erreichen, daß wichtige Erlebnisse und Erfahrungen ihrer Vergangenheit nicht noch weiter ins Abseits und ins Vergessen gedrängt werden.« (S. 471) Der Blick in die der Nachbemerkung folgende Verlagswerbung bestätigt,

daß diese Gefahr der Verdrängung keinesfalls besteht. Dort wirbt die edition ost für Bücher des einstigen DDR-Korrespondenten in Bonn, Günter Herit, und des langjährigen Sprechers der Aktuellen Kamera, Klaus Feldmann.

Noch ein sprachliches Detail. In den mittlerweile zahlreich vorliegenden schriftlichen und mündlichen Erinnerungen von DDR-Journalisten werden häufig Zensurerfahrungen benannt. Zumeist geschieht das im Passiv, so auch bei Selbmann: »Eingeführt wurde eines Tages die unbedingte Pflicht zur Abstimmung des Ablaufplanes der Hauptausgabe der ›AK‹ und ihrer Schwerpunkte.« Es scheint vielen Mitarbeitern der DDR-Medien bis heute schwer zu fallen, die Zensoren beim Namen zu nennen.

Bedenkenswert ist freilich die einleitende Überlegung des Autors. Einerseits wird das DDR-Fernsehen seit der Wende oftmals pauschal kritisiert, nicht selten als rein agitatorische Veranstaltung denunziert. Andererseits nehmen seine Produktionen besonders in den Dritten Programmen des MDR und des ORB beachtlichen Raum ein, wie Selbmann mit detaillierten Programmbeobachtungen aus den Jahren 1994 und 1996 belegt. So schlecht könne das Fernsehen der DDR mithin nicht gewesen sein. Offen bleibt die Frage, ob die neuerliche Ausstrahlung bei MDR und ORB tatsächlich ein untrügliches Indiz für Qualität bedeutet.

Rolf Geserick, Münster/Osnabrück

Klaus Beucher u.a.

Mediengesetze.

Rundfunk, Mediendienste, Teledienste.

München: Verlag Franz Vahlen 1999, 749 Seiten.

Albrecht Hesse

Rundfunkrecht.

Die Organisation des Rundfunks in der

Bundesrepublik Deutschland

(= Vahlens Studienreihe Jura).

München: Verlag Franz Vahlen 1999, 356 Seiten.

Die raschen Veränderungen der medienrechtlichen Entwicklung haben dazu geführt, daß nahezu zeitgleich im gleichen Verlag zwei Publikationen erschienen sind, die sich in unterschiedlicher Weise mit ihr befassen. Beide Veröffentlichungen nehmen jeweils Zustandsbeschreibungen vor und erörtern, wie es im Verlauf der medienrechtlichen Gesetzgebung und der Rechtsprechung der Gerichte, vor allem des Bundesverfassungsgerichts, dazu gekommen ist.

Das voluminöse Buch »Mediengesetze« vereinigt Kommentare zum Rundfunkstaatsvertrag, Mediendienste-Staatsvertrag, Teledienstegesetz und Teledienstedatenschutzgesetz. Im Mittelpunkt steht der am 1. Januar 1992 in Kraft getretene »Staatsvertrag [der Länder] im vereinten Deutschland« in der Fassung der Veränderungen von Ende 1996. Für jeden Abschnitt des 55 Paragraphen umfassenden Rundfunkstaatsvertrags werden bis zu 40seitige Erläuterungen und Interpretationen geboten, die auch jeweils rechtshistorische Diskurse beinhalten. So beschäftigen sich die Kommentatoren im Zusammenhang mit der Präambel des Staatsvertrags, die u. a. »grundlegende Regelungen für den öffentlich-

rechtlichen und den privaten Rundfunk in einem dualen Rundfunksystem der Länder des vereinten Deutschlands« ankündigt, mit der Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Rundfunkfragen, mit dem Sonderproblem, das durch Artikel 111a der Bayerischen Verfassung entstanden ist, der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zugeordneten Grundversorgung und dem Ausbau sowie der Fortentwicklung des privaten Rundfunksystems in der dualen Rundfunkordnung. Mit ihrer dezidierten Meinung halten sich die Verfasser nicht zurück, wenn sie beispielsweise im Zusammenhang mit dem Paragraphen 11, der sich mit der funktionsgerechten Finanzausstattung und dem Grundsatz des Finanzausgleichs befaßt, schreiben: »Im Bereich des Hörfunks überschreiten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten den Programmauftrag in vielen Fällen. Dadurch wird die Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Frage gestellt. Zahlreiche Hörfunkprogramme der öffentlich-rechtlichen Anstalten unterscheiden sich von den privaten Radiosendern nicht mehr.« (S. 167) Bezeichnend ist, daß für diese Aussage als Quelle eine Veröffentlichung des Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation e. V. angegeben wird. Während die anderen Gesetzestexte in Wortlaut und Kommentar abgedruckt werden, wird der Rundfunkstaatsvertrag zusätzlich durch ein differenziertes Sachregister erschlossen. Angekündigt wird im Vorwort eine sofortige Aktualisierung des Kommentars, wenn in Kürze der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft treten sollte.

Das Buch »Rundfunkrecht«, aufgeteilt in sieben Kapitel, beginnt zunächst mit einem komprimierten Überblick zur Geschichte des Rundfunks von der Weimarer Republik bis zur deutsch-deutschen Vereinigung. Es beschäftigt sich anschließend mit den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Rundfunkorganisation und thematisiert den Rundfunkstaatsvertrag – in seinem allgemeinen Teil und in den Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie den privaten Rundfunk. Den Schluß bilden Abschnitte über den digitalen Rundfunk sowie den Rundfunk im europäischen Raum. Ganz ohne Polemik heißt es zum Programmauftrag: »Neben (...) speziellen Ausformungen des gesetzlichen Programmauftrags in (...) einzelnen (...) Staatsverträgen tritt für den überwiegenden Teil der Landesrundfunkanstalten die Generalklausel zur Veranstaltung von Rundfunksendungen. (...) Durch diese Ermächtigung wird in programmlicher Hinsicht der gesamte Tätigkeitsbereich der jeweiligen Rundfunkanstalt abgedeckt.« (S. 127f.) Auch das »Rundfunkrecht« enthält ein differenziertes Register, das den Benutzer schnell zu den von ihm gesuchten Begriffen führt.

Beide Publikationen schlagen Schneisen in die immer unübersichtlicher werdende, von rechtlichen Rahmenbedingungen geprägte vor allem elektronische Medienlandschaft und tragen dazu bei sie transparenter werden zu lassen.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Walter Klingler u.a. (Hrsg.)

Fernsehforschung in Deutschland.

Themen – Akteure – Methoden. 2 Teilbände

(= Südwestrundfunk Schriftenreihe

Medienforschung, Bd. 1).

Baden-Baden: Nomos 1998, 1005 Seiten.

Ohne Frage hat sich die »Fernsehforschung in Deutschland« im letzten Jahrzehnt sprunghaft entwickelt – nicht zuletzt im Kontext der Entwicklung Neuer Medien. Eine kaum mehr überschaubare Zahl neuerer Publikationen liegt vor, nicht nur im Bereich der quantitativen, sondern auch in dem einer qualitativen Fernsehforschung. Zu begrüßen ist deshalb der Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Forschungstrends einerseits, einer Übersichtsdarstellung andererseits.

Der zweiteilige Sammelband »Fernsehforschung in Deutschland« erfüllt den mit dem Titel gegebenen Anspruch jedoch nur zum Teil. Schwerpunkt ist die quantitativ orientierte Rezeptionsforschung. Hier bietet der Band neue Perspektiven, interessante methodische Ansätze und auch erste beachtliche Ergebnisse. Zentrale Forschungsperspektiven qualitativer Art dagegen, wie die der historischen Fernsehforschung, der Fernsehästhetik und -wertung, der Erforschung der Gattungs- und Formatentwicklung, der Fernsehökonomie und -technologie im Kontext der Digitalmedien wird man nur randhaft und punktuell behandelt finden. Eine Fernsehtheorie (oder Fernsehtheorien) sowie eine Systematik des Forschungsfeldes wird nicht angegangen.

Dies ist, wie das Vorwort ausweist, auch nicht Absicht der Herausgeber gewesen. Die Titel von Sammelbänden, so darf man sagen, haben eigene Gesetze, die nicht gerade auf präzise Orientierung über »Inhalte« ausgerichtet sind. Auch ist das Zustandekommen oft durch Zufälle geprägt. Dies gilt für den vorliegenden Band: Er sammelt Beiträge aus Tagungen, die unter Leitung und Anregung der Herausgeber in den letzten Jahren stattgefunden haben. Insofern repräsentiert der Band einen Ausschnitt aus Forschungsdiskussionen, deren Wert aber nicht gering geschätzt werden sollte.

Um die Schwerpunkte des Bandes zu erkennen, seien die einzelnen Beiträge in der Anordnung der Herausgeber kurz referiert. Daß sie einen sehr unterschiedlichen Zuschnitt haben, sich teils auf kurzfristige, teils auf längerfristige Forschungsvorhaben beziehen, kann aus den Titeln nicht abgelesen werden. Auch wird nicht nach den Forschungskontexten (z. B. aus der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, der Soziologie, der Psychologie, der Medienwissenschaft) mit ihren jeweilig unterschiedlichen methodischen Ansätzen unterschieden.

Der erste Teil gibt allgemeine Übersichten zu Forschungen über »Fernsehnutzung in Deutschland«, so in Aufsätzen von Marie-Luise Kiefer über die Langzeitstudie Massenkommunikation, von Wolfgang Darschin über Fernsehgewohnheiten und Programmbewertung, geht über zu einer »zielgruppenbezogene Fernsehforschung« (Sabine Feierabend/Thomas Windgasse: »Was Kinder sehen«, Walter Klingler/Mario Gerhards: »Fernsehnutzung von Jugendlichen«, Andreas Grajczyk/Walter Klingler/Oliver Zöllner: »Fernsehverhalten älterer Menschen«, Gudrun

Schäfer: »Zum Zusammenhang zwischen Publikums- und Geschlechterforschung«, Michael Buß/Erk Simon: »Die Vielseher«). Hier wird ein systematischer Aufriß der Nutzungsforschung gegeben, der, angesichts der Herausforderung durch die »individualisierte Nutzung« im Kontext neuer Medien, wiederum zu problematisieren wäre.

Die folgenden Kapitel zur »sendungs- und programmbezogenen Fernsehforschung« weisen die Geschlossenheit, Präzision und Originalität des ersten nicht mehr auf. Die vorgestellten Ansätze zur »Konvergenzforschung« von Udo Michael Krüger, zu »Programmangebot und Spartennutzung« von Maria Gerhards/Andreas Grajczyk/Walter Klingler bleiben weithin ohne Reflexion des Konvergenz- bzw. Spartenbegriffs. Der Ansatz zur Fernsehprogrammanalyse von Rolf Hohlfeld ist überzeugend, aber die Analyse auf wenigen Seiten kaum zu leisten. Thomas Quasts Hinweise auf »reflexive Medienberichterstattung« belassen es weitgehend beim »blinden Fleck«. Gunnar Roters/Oliver Turecek/Andreas Grajczyk bieten eine im Gesamtrahmen der bereits angesprochenen Nutzungsstudien verortete Übersicht über die »Videonutzung im Alltag der deutschen Bevölkerung«, Andreas Grajczyk/Christian Schröter über die Videotextnutzung in Deutschland. Damit wird die Nutzungsforschung auch auf weitere Medien ausgelehnt.

Eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen ist in der Rubrik »Politiksendungen im Fernsehen« versammelt, von der politikwissenschaftlichen Übersichtsstudie von Hans Bernd Brosius, über den Beitrag zum »Polit-Flimmern« von Ulrich Sarcinelli/Jens Tenscher mit dem unsäglichen Modebegriff »Talkshowisierung«, den kommunikationswissenschaftlichen Überlegungen von Michael Jäckel, der sprachwissenschaftlichen »ZAK«-Analyse von Christof Barth, bis zur Frage nach Sinn und Zweck von »Europamagazinen« von Maria Gerhards. Ein thematischer Schwerpunkt ist mit »Geschichtsvermittlung im Fernsehen« (Walter Klingler/Andreas Grajczyk/Gunnar Roters bzw. Christian Schröter/Oliver Zöllner) angesprochen, punktuell damit auch eine »Qualitative Fernsehforschung«. Hinweischarakter auf laufende Einzelforschungen haben auch die Beiträge zu »Unterhaltungsformaten im Fernsehen«, zum »Fernsehkrimi« (Ingrid Brück/Andrea Guder/Reinhold Viehoff/Karin Wehn), zum »performativen Auftritt« in der »Traumhochzeit« (Jo Reichertz) und zu den »Fernsehstars« (Ricarda Strobel/Werner Faulstich).

Der erste Teilband wird abgeschlossen mit einem Abschnitt »Neue Angebotsformen des Fernsehens«, in dem Ulrich Kamp/Winand Gellner über »Offene Kanäle in Deutschland«, Ulrike Mandel/Albrecht Kutterhoff über »Business TV« in Baden-Württemberg und Oliver Turecek/Oliver Kopitzke über »Digitales Fernsehen« schreiben. Hier sind aktuelle Themen unterschiedlichster Dimension angesprochen.

Der zweite Teilband nimmt Themen und Methoden des ersten auf und erweitert sie vor allem um medienpsychologische Ansätze der letzten Jahre zu Fragen der Wirkungen und Rezeptionsmuster des Fernsehens. Michael Schenk gibt einen Überblick, Jo Groebel spricht die »UNESCO-Medienstudie« an. Die »Gewaltdarstellungen« bieten den thematischen Schwerpunkt für Michael Kunczik/Astrid Zipfel, Hans-

Werner Ludwig/Guido Marc Pruys und Peter Vitouch/Günter Kernbeiß. Psychologische und Emotionale Wirkungsaspekte untersuchen Gary Bente/Bettina Fromm, Roland Mangold sowie Uli Gleich/Eva Kreisel/Lars Thiele/Matthias Vierling/Stephan Walter. Mit »Parasozialen Beziehungen« im Blick auf Fernsehunterhaltung befaßt sich Peter Vorderer. Michael Charlton/Michael Klemm thematisieren die »Anschlußkommunikation«. Christian Doelker fordert »neue Medienkompetenz«. Aufgenommen wird erneut die Frage nach den »Nutzungsmustern der Fernsehrezeption« (Helena Bilandzic) bzw. »Muster individueller Fernsehnutzung« (Sascha Blödorn).

Den Abschluß des zweiten Teilbandes bildet eine Sammelrubrik »Trends und Entwicklungen«. Michael Buß referiert das »System der GfK-Fernsehforschung«, Axel Schlote/Peter Latzel geben einige Hinweise zur »Bewertung von Fernsehsendungen«, Marduk Buscher zeigt Probleme der Dokumentation von Fernsehsendungen auf. Monika Baldauf/Steffen Müller vertreten die »Sicht einer Media-Agentur«, Hedwig Zehetner die der »Medienforschung im privatrechtlichen Rundfunk«, Karl-Heinz Hofsummer die »Sicht der ARD-Werbung«, Walter Klingler die einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt, Norbert Schneider die der Landesmedienanstalten, Peter Behrens/Sabine Feierabend/Thomas Schmid die des »Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest«. Ansätze zur Kritik der »Quote« als »Leitwährung« finden sich in den Aufsätzen von Dieter Prokop und Volker Lilienthal. Ein nützliches »Glossar Fernsehforschung« ist dem Werk beigefügt.

Erkennbar ist, daß die Herausgeber eine integrative Rezeptionsforschung präferieren, die eine problematisch gewordene ältere Fernsehnutzungsforschung paradigmatisch ablösen soll. Deren Konturen sind erkennbar. Insgesamt handelt es sich um ein durchaus nützliches Sammelunternehmen, dem ein Titel wie »Neuansätze der Fernseh-Rezeptionsforschung« durchaus angestanden hätte. Versammelt sind viele Namen von Rang und viele Themen. Wer sich über »die Fernsehforschung« in Deutschland orientieren will, wird umfangreiche Zusatzstudien betreiben müssen. Die Herstellung der Übersicht bleibt dem Nutzer überlassen – und damit noch immer ein Desiderat.

Helmut Schanze, Siegen

Alfred Sous

Ein Orchester für das Radio.

Das Radio-Sinfonie-Orchester Frankfurt.

Frankfurt am Main: Verlag Waldemar Kramer 1998, 196 Seiten.

1929 entsteht mit dem Radio-Sinfonie-Orchester Frankfurt einer der ersten sinfonischen Klangkörper für das neue Medium. Schon bald wird es zu einer anerkannten Institution im Musikleben, und auch heute ist es ein nicht zuletzt aufgrund seiner zahlreichen Tonträgeraufnahmen und Konzerttourneen international bekanntes und anerkanntes Ensemble.

Alfred Sous, selbst langjähriges Mitglied des Orchesters, hat eine Chronologie dieser Institution von den Anfängen bis 1997 verfaßt. Im Mittelpunkt seiner Darstellung stehen die Dirigenten, die mit dem Or-

chester gearbeitet haben. Dagegen wird nur wenig vom Orchester selbst oder einzelnen Musikerinnen und Musikern berichtet. Unter den porträtierten Personen finden sich so klangvolle Namen von Chefdirigenten wie Hans Rosbaud, Dean Dixon, Eliahu Inbal und Gastdirigenten wie Kurt Weill, Karl Böhm, Michael Gielen. Vor allem die Chefdirigenten werden ausführlich vorgestellt. Nach kurzen biographischen Angaben wird der Frage nachgegangen, welche inhaltlichen Schwerpunkte die Dirigenten setzten und welche besondere Aktivitäten sie entfalteten. Daneben charakterisiert der Autor auch ihre sehr gegensätzlichen Persönlichkeiten und verschweigt hierbei auch nicht die Momente, die zu Spannungen in der Arbeit mit dem Orchester geführt haben. Diese Charakterisierungen sind vom Bemühen um Ehrlichkeit und Seriosität geprägt. Sie fallen angenehm zurückhaltend aus, niemals entsteht beim Lesen das Gefühl, daß hier Interna um der Sensation willen ausgebreitet werden. Auch die ansonsten so beliebten Anekdoten fehlen weitgehend, ebenso Anmerkungen zum Privatleben.

Zwischen die Porträts der Dirigenten sind Passagen eingefügt, in denen die Zeitumstände geschildert werden, aus deren Kontext heraus eine Würdigung der jeweiligen Dirigententätigkeit und der Leistungen des Orchesters versucht wird. Darüber hinaus beschäftigt den Autor hier immer wieder die Frage, wie durch die Orchesterarbeit die Verbreitung neuer Musik gefördert werden kann.

Die musikalische Qualität des Orchesters und seiner Dirigenten wird vor allem anhand von zahlreichen Konzertrezensionen der Presse beleuchtet, die ausführlich in die Darstellung aufgenommen wurden. Daneben findet auch Aktenmaterial Berücksichtigung, so etwa die Korrespondenz zwischen Orchestervorstand und Intendant. In die Darstellung der jüngeren Geschichte fließen zudem sicherlich viele persönliche Erlebnisse des Autors ein.

Der sorgfältig gestaltete Band mit zahlreichen Abbildungen vermittelt interessante Einblicke in die Dynamik von Orchesterarbeit und ein Stück bewegter Musikgeschichte, womit die Geschichte des Radio-Sinfonie-Orchesters Frankfurt sicherlich nicht nur für dessen Liebhaber von Interesse sein kann.

Thomas Münch, Oldenburg

Heinz W. Burow

Musik, Medien, Technik.

Ein Handbuch.

Laaber: Laaber 1998, 348 Seiten.

Das Handbuch erhebt den Anspruch, den Einfluß der Technik und der Medien auf die Musik in einer Gesamtübersicht zu referieren. Alle wichtigen Forschungsbereiche sollen Berücksichtigung finden und die Ergebnisse aus den unterschiedlichen Disziplinen so miteinander verbunden werden, daß das Handbuch zur hilfreichen Orientierung für die Schul- und Hochschulausbildung wird. Dabei fühlt sich der Autor nicht dem Zwang zu höchster Aktualität verpflichtet, sondern versucht in knapper Form grundlegende Entwicklungslinien herauszuarbeiten.

Das Buch gliedert sich in fünf Abschnitte: Gegenwart und Methode, Musikproduktion, Musikdistributi-

on, Musikrezeption, Zukunftsaussichten. Ein Anhang mit Sachregister und hilfreichen Glossar beschließt die Ausführungen. Während der erste Abschnitt sich mit grundlegenden Begrifflichkeiten auseinandersetzt und etwa der Zusammenhang zwischen Musik und Semiotik angesprochen wird, versuchen die übrigen Abschnitte sehr konkret, in die einzelnen Themenbereiche einzuführen. Technische Grundlagen werden erläutert, »Zahlen und Fakten« in Tabellenform aufgeführt, kurze historische Abrisse gegeben oder auch die Funktion von Organisationen erläutert. Überall ist das Bemühen um Breite in der Darstellung zu spüren, auch wenn nicht alle Medien in gleichem Umfang Berücksichtigung finden. Im Vergleich zu Tonträgern und dem Radio, findet das Fernsehen kaum Erwähnung, die Musikpresse bleibt unerwähnt.

Die Absicht, ein Handbuch zu einer so umfassenden Thematik zu schreiben, fordert Respekt ab. Jedoch schon in der Einleitung wird deutlich, daß der Autor selbst nicht recht an das Erreichen seiner hochgesteckten Ziele glaubt. Zu zahlreich sind seine Einschränkungen, was alles nicht geleistet werden könne. Und in der Tat: In dem Bestreben, möglichst viele Aspekte anzusprechen, bleibt zu vieles kurssorisch. Der Komplexitätsgrad der Darstellung schwankt erheblich, so daß nicht deutlich wird, welcher Kenntnisstand vorausgesetzt wird. So sind etwa die Ausführungen zur Technik sicherlich nicht voraussetzungslos verständlich.

Als problematisch ist die Berücksichtigung von Forschungsergebnissen anzusehen. Ganze Passagen, wie etwa zur Musikindustrie, enthalten keine Literaturhinweise, andere Abschnitte stützen sich nur auf eine Literaturquelle. Fremdsprachige Literatur findet fast keine Berücksichtigung, obwohl sie etwa zur Darstellung von Aufbau und Funktion der Musikindustrie unverzichtbar wäre. Im Abschnitt Musikrezeption dominiert die »Wirkungsperspektive«, nur ein knapper Verweis auf Baacke und Holly deutet den Paradigmenwechsel in der Medienforschung an. Konsequenterweise fehlen alle Arbeiten, die z.B. Aneignungsprozesse bei der Rezeption von Videoclips herausarbeiten (z.B. Bechdolf), statt dessen wird nur die Arbeit von Bastian (1986) zur Musik im Fernsehen erwähnt.

Schwierig erscheint mir auch das Verhältnis des Autors zur populären Musik. Bemerkungen, daß in der populären Musik im Gegensatz zur »ernsten« technische Möglichkeiten oft um ihrer selbst Willen und als Effekte eingesetzt werden, mit denen modischen und aktuellen Trends folgende Wirkungen erzielt werden (S. 74), sind wenig hilfreich zum Verständnis der Entwicklung von Sound in diesem Musikbereich, sondern konstruieren Gegensätze, die eigentlich überwunden sein sollten.

Insgesamt hinterläßt das Handbuch einen sehr zwiespältigen Eindruck. Es mag hilfreich sein, um sich einen ersten Eindruck von unbekanntem Wissensgebieten zu verschaffen. Für Studienzwecke kann ich es nicht empfehlen.

Thomas Münch, Oldenburg

Kaspar Maase

Grenzenloses Vergnügen.

Der Aufstieg der Massenkultur 1850 - 1970.

Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1997, 307 Seiten.

Seit der deutschen Vereinigung hat die Geschichte der Freizeit und des Konsums einen starken Aufschwung erlebt. Das hängt wohl zum einen damit zusammen, daß nach etwa 30 Jahren ein historischer Gegenstand im allgemeinen als bearbeitbar gilt – nicht zuletzt aufgrund der Quellenzugänglichkeit. Insofern liegt es nahe, in den 90er Jahren die ersten Detailstudien über die Konturen der westdeutschen Wirtschaftswundergesellschaft vorzufinden. Andererseits hängt diese Tendenz wohl auch mit einem politischen Paradigmenwechsel zusammen. Während in den 60er und 70er Jahren die Ausprägungen der Konsumgesellschaft primär negativ interpretiert wurden – als Fremdsteuerungs-, Manipulations- und Entfremdungszusammenhang, so änderte sich dies im Laufe der 80er Jahre. Schon vorher hatten britische, französische und amerikanische Geschichts- und Sozialwissenschaftler differenziertere Konzepte vorgelegt, die das schlichte Manipulationsschema durchbrachen und nach den Möglichkeiten und Realitäten eigensinniger Stildefinitionen in der Konsumgesellschaft suchten und auch fündig wurden. Der Autor der vorliegenden Studie gehörte bereits in den 80er Jahren zu jenen, die sich in der Bundesrepublik mit der Sinnproduktion der Arbeiter jenseits der Arbeitssphäre zugewandt hatten. 1992 legte Kaspar Maase dann eine Studie über die Amerikanisierungstendenzen in der populären Jugendkultur der 50er Jahre vor – einem Kernbereich der neuen westdeutschen Identitätsbildung unter den Bedingungen der entstehenden Konsumgesellschaft. Und nun liegt eine Überblicksdarstellung zur europäischen Geschichte der Massenkultur in der klassischen Moderne vor.

Der Verlag hat gut daran getan, mit der Reihe zur »Europäischen Geschichte«, in der vorliegender Band erschienen ist, zu einer vergleichenden Perspektivierung der verschiedenen nationalen Entwicklungen beizutragen, die in den historischen Disziplinen zur Zeit Konjunktur hat. Dadurch schälen sich die spezifischen nationalen Entwicklungen deutlicher heraus, als es ansonsten zumeist der Fall ist. Dieses Verdienst kommt auch Maases Buch zu. Der Autor schöpft das Gros seines Materials aus den deutschen Verhältnissen, und dies spiegelt sich in der Darstellung wider. Allerdings werden stets europäische Dimensionen dargelegt, insbesondere die Entwicklungen in Großbritannien und Frankreich, später auch in den USA – als einerseits Gegenpole, andererseits Impulsgeber deutscher »Kultur«. Mit einer solchen hin- und herreflektierenden Darstellung treten tatsächlich deutsche Besonderheiten stärker hervor. So etwa im Umgang der etablierten Hochkultur mit der vermeintlichen »Schmutz- und Schundliteratur«, die in Deutschland seit 1926 gesetzlich geregelt war und also von staatlicher Seite kontrolliert wurde, während der Staat sich in den westlichen Ländern hier weit weniger stark engagierte. Andererseits treten aber auch die Gemeinsamkeiten der europäischen Moder-

ne stärker hervor. Insbesondere im Hinblick auf die vermeintlich so spezifische Modernität des Nationalsozialismus fallen solche Gemeinsamkeiten ins Auge. Es zeigt sich, daß just auf diesem Gebiet, wo dem Dritten Reich stets besondere Modernisierungsleistungen attestiert wurden, nicht Deutschland die europäische Spitzenposition einnahm. Bei der Verbreitung des Radios etwa standen Großbritannien und die skandinavischen Länder an der Spitze, in der Entwicklung des Fernsehens hatten ebenfalls die Briten die Nase vorn, bei der individuellen Motorisierung wiederum Großbritannien und auch Frankreich.

Maase beschreibt den Aufstieg der modernen Massenkultur zwischen 1850 und 1970 in seiner ganzen Breite, differenziert und anschaulich: vom kargen, aber heftigen Freizeitvergnügen bei den wiederkehrenden Festen im Jahresverlauf, Jahrmärkte und Fastnacht, über die Freizeitindustrien, die allmählich – eben bei zunehmend freier Zeit – auch den Alltag bestimmten bis hin zu den Ausprägungen der beginnenden Konsumgesellschaft mit Fernsehkonsum und individueller Motorisierung. Diese sich über mehr als ein Jahrhundert erstreckende Entwicklung wird als ein widersprüchlicher Prozeß beschrieben, in dem die Konturen der jeweiligen nationalen Gesellschaften verhandelt wurden. Dies geschah allenthalben auf sehr kontroverse Weise, bei der die sozialen Hierarchien verändert wurden und – so Maases These – eine Kräfteverschiebung hin zu den »einfachen Leuten« stattfand. Während die hauptsächlich auf Entspannung von harter Arbeit, auf Vergnügen, ausgerichteten Vorlieben der Unterschichten lange Zeit als minderwertige und, insbesondere in Deutschland, als geistfeindliche Massenkultur angesehen wurden, figurieren diese am Ende des behandelten Zeitraums als eine weithin akzeptierte »Basiskultur« der modernen Massendemokratien, die auch von Intellektuellen ernstgenommen wurden. Maase versteht Massenkultur als »Element der Demokratisierungsprozesse der Moderne«, die sich in einem engen Wechselverhältnis von Freizeitindustrie und Konsumenten entwickelte – als ein demokratischer Prozeß, in dem sich der Geschmack der Unterschichten durchsetzte, weil der industrielle Produktionspart – anders als die intellektuellen Opinion leaders – nicht an der Aufrechterhaltung von Sinn interessiert war, sondern am quantitativ orientierten Massenabsatz. Dies war ein demokratischer Prozeß, weil der Massengeschmack wichtiger war als die kulturellen Präferenzen der kleinen Führungsschichten. Ob sich dabei tatsächlich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben – darüber ließe sich trefflich streiten. Denn auch wenn am Übergang zur Postmoderne Fußballspiel und Boxkampf, Rockmusik und Kinofilme auch von den intellektuellen Eliten konsumiert wurden, so verschob sich doch damit nicht unbedingt die Definitionsmacht über die Massenkulturen. Man könnte auch von einem Okkupationsvorgang sprechen, bei dem es immer noch die gebildeten Eliten sind, die definieren, welche Elemente der Populärkultur wie zu deuten sind, die auch erst jene Verbindung zur Hochkultur herstellen können, die den meisten »einfachen Leuten« auch heute noch verschlossen ist. Kein Zweifel, daß die sozialen Diskrepanzen abgenommen haben, die kulturellen Grenzen durchlässiger geworden sind. Fraglich aber bleibt wohl, ob die Distinktionen durch

die »feinen Unterschiede« nicht ähnlich hierarchisierend wirken wie einstmalig die groben, auf den ersten Blick sichtbaren Klassenunterschiede. Maase selbst reflektiert diesen verfeinerten Hierarchisierungsvorgang, hält jedoch an seiner These vom verschobenen Kräfteverhältnis fest.

Insgesamt erscheinen die »kleinen Leute« weithin als positive Bezugsgröße – ihre kulturellen Präferenzen als einleuchtend und gerechtfertigt –, während die Bevormundungsabsichten der elitären Interpreten als Versuche zur Sicherung der geistigen Oberhoheit, aber auch zur Bewahrung ihrer materiellen Position interpretiert werden. In diesem insgesamt gut begründeten Interpretationstableau geraten freilich die Unterschichten durchweg in ein positives Licht. So berechtigt es ist, die immer noch elitären Interpretationen der Massenkultur durch die gebildeten Schichten kritisch zu betrachten, so notwendig wäre es wohl auch, autoritäre Tendenzen und antimodernistische Ressentiments unter den »kleinen Leuten« zu benennen. Maase hingegen tendiert dazu, dies unter den Tisch fallen zu lassen. Dadurch entsteht etwa dort ein schiefes Bild, wo der Autor darauf besteht, daß die »terroristische Gegenmoderne« des Nationalsozialismus hauptsächlich das Werk von »Demagogen« gewesen sei, »denen es nicht um Kunst und Moral ging (...), sondern einzig um die Diskreditierung der Republik« (S. 155). Dagegen muß man wohl einwenden, daß ja auch viele »kleine Leute« viele Ausprägungen der Moderne als Bedrohung empfanden. Auch ihnen galt die Weimarer Republik als staatliche Inkarnation einer modernen Verlustgeschichte. Hoffnungen auf ein Drittes Reich, die auch von unten genährt wurden, verbanden sich eben auch mit der Vorstellung, nun nicht nur die Demokratie, sondern auch all die anderen vermeintlichen Verfallserscheinungen der modernen Gesellschaft überwinden zu können. Hier bekam der »Eigensinn« eine antimodernistische Dynamik, die kaum auf eine Instrumentalisierung durch Demagogen zurückgeführt werden kann. Ähnlich beeinflussten derartige Ressentiments von unten auch die Wahrnehmung der neuen Jugendkultur oder der sexuellen Liberalisierung seit Mitte der 50er Jahre. In den 60er Jahren schnitten nicht rechtskonservative Intellektuelle, sondern Bauarbeiter jungen Männern gewaltsam die »Pilzköpfe«, sprachen sich Hausfrauen dafür aus, Gammeler zu »vergasen«, wollten (West)Berliner Taxifahrer Rudi Dutschke den Garaus machen, indem man ihn etwa – so die verträglichste Variante – in einen Sack zu stecken und über die Mauer zurück in die DDR werfen könnte. Dieses Problem löste dann Ostern 1968 ein Hilfsarbeiter mit einer selbstgebastelten Pistole auf andere Weise. Und auch in den 90er Jahren entstanden ausländerfeindliche Tendenzen nicht zuletzt unter den Deklassierten.

Dieser Einwand zeigt freilich vor allem, wie anregend die vorgelegte Arbeit für die weitere Debatte ist. Maase hat auf knappem Raum eine insgesamt sehr differenzierte und abgewogene Darstellung vorgelegt, die sich manchen zur Zeit gängigen Interpretationstrends durchaus entzieht. So wird etwa die Politisierung des Körpers in der Weimarer Republik gezeigt, aber auch darauf verwiesen, daß ihre jeweiligen Ziele – Kriegsvorbereitung, Rassenpolitik oder sozialistische Solidarität – nicht egalisiert werden können.

Insgesamt liegt damit eine gut lesbare und spannende, dabei empirisch breit abgesicherte und theoretisch reflektierte Arbeit vor, die die großen Linien der Entwicklung europäischer Massenkultur zuverlässig beschreibt und zum Weiterforschen und Weiterdiskutieren anregt.

Detlef Siegfried, Kopenhagen

Udo Thiedeke

Medien, Kommunikation und Komplexität.

Vorstudien zur Informationsgesellschaft (= Studien zur Kommunikationswissenschaft, Bd. 30).

Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1997, 363 Seiten.

In seiner kommunikationswissenschaftlichen Studie analysiert der Soziologe Udo Thiedeke, inwieweit sich Korrelationen zwischen technischen Medien, sozialer beziehungsweise medialer Kommunikation sowie unterschiedlichen gesellschaftlichen Differenzierungstypen beobachten und beschreiben lassen. Um dieser abstrakten Problemexposition durch ein adäquates Theoriedesign Rechnung zu tragen, präferiert er Positionen des aktuellen konstruktivistisch-systemtheoretischen Diskurses.

Der Verfasser rekapituliert die jüngsten multi- und hypermedialen Trends und Tendenzen. Die Befunde lassen Thiedeke die Arbeitshypothese formulieren: »Es gibt Anzeichen dafür, daß sich ein Transformationsprozeß in Gang setzt, der die funktional differenzierte Gesellschaft zu einer informationell differenzierten Gesellschaft erweitert« (S. 12). Präzisierend fügt er in Form einer ersten definitorischen Fixierung hinzu: »Bei einer informationell differenzierten Gesellschaft basieren die Vergesellschaftung und die innere Strukturierung weniger auf faktischen Funktionsunterschieden, als vielmehr auf Funktionsbehauptungen, Selbstvermittlungsprozessen und der Konstruktion virtueller Wirklichkeitsentwürfe« (S. 12).

In der Entfaltung der Fragestellung folgt Thiedeke Luhmanns Theorie autopoietischer sozialer Systeme, indem er die für seine Studie konstitutiven Begriffe »Kommunikation« und »Sinn« als wechselseitige Beobachtungsoperation sowie als Wirklichkeitskonstruktion voraussetzt. Unter »Gesellschaft« faßt er sämtliche Kommunikationen eines umfassenden autopoietischen sozialen Systems, welches seine Operationen aufgrund der eigenen selbstreferentiellen Organisation von seiner Umwelt zu unterscheiden weiß. Die korrelativen Bezüge sozialer respektiver medialer Kommunikationsformen als Fundament eines informationell differenzierten Gesellschaftstypus rekonstruiert der Verfasser in vier zusammenhängenden Teilstudien zu den Medien und zu der sozialen, sachlichen sowie zeitlichen Dimension im Sinnhorizont der Informationsgesellschaft.

Im Rekurs auf Luhmanns Kommunikationsbegriff führt Thiedeke aus, daß man mit Hilfe symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien Unterscheidungen zwischen Information und Mitteilung vornehmen kann. Solche Differenzierungen ermöglichen die Bildung von Strukturen, redundante Operationen und stabile Prozesse. Medien gelten als »technische Strukturen« und soziale Systeme, die sich mittels technischer Medien (re)produzieren, als »so-

zio-technische Systeme« (S. 24f.). Darüber hinaus generieren technische Medien durch ihre Operationen (Selbst-)Beschreibungen von Welt. Zu beachten ist: »Wirklichkeitsverändernd werden Medien erst dann, wenn sich signifikante Kommunikationseffekte einstellen, die neue generalisierende Beschreibungen der veränderten Wirklichkeit der Kommunikation erfordern« (S. 74).

Der mediale Sinnhorizont der Informationsgesellschaft, innerhalb dessen sich Realität darstellt, ist wegen der medialen Vermittlungsbedingungen – sprich Verdichtung, Entgrenzung, Entzeitlichung, Entörtlichkeit usw. – gemäß der Luhmannschen Unterscheidung von Information/Nichtinformation beziehungsweise Thiedekes respezifizierter Unterscheidung für sozio-technische Systeme, »Vermittelbarkeit versus Nichtvermittelbarkeit«, als »informationell« (S. 85) zu charakterisieren. Aufgrund der Zunahme an informationeller Komplexität qua Medientechnik wird nicht nur ein Typus medialer Wirklichkeit erzeugt, sondern deren gleich drei: »Derealisation, Simulation und Virtualisierung« (S. 85). Die Entstehung einer umfassenden Medienstruktur zeitigt Folgen und Konsequenzen für Kommunikation und soziales Handeln.

Mit Blick auf die Sozialdimension im Sinnhorizont der Informationsgesellschaft wird deutlich, das ein Gesellschaftstypus, dessen Einheit im Prozessieren von Information respektive Vermittelbarkeit besteht, eines »kompatiblen Integrationsmodus der Vergesellschaftung von Individuen, Gruppen und Organisationen« bedarf – Thiedeke spricht von »informationelle[r] Inklusion« (S. 89). In der Informationsgesellschaft erschließen sich soziale Partizipations- und Inklusionspotentiale zunehmend über alltagsästhetische Evaluationen sowie expressive Stilisierungen in anschlussfähigen Kommunikationen: HipHop, Punk und Cyber-Identitäten dienen als Beispiele.

Außer der Sozial- ist auch die Sachdimension Veränderungen unterworfen. Die Sachdimension manifestiert sich in der Differenz von sachlich anschlussfähigen Themen, die im Kommunikationsgeschehen von sachlich nicht anschlussfähigen Themen unterschieden werden. Extrapoliert bedeutet dies für den informationell basierten Gesellschaftstypus: »Eine Fülle an Welttatsachen sind überhaupt nur deshalb kommunikativ zu behandeln, weil sie durch mediale Beobachtungs- und Beschreibungstechniken in Informationen umgewandelt werden, die dann Themen und Themenkomplexe aktualisieren« (S. 175). Hier konstatiert Thiedeke ein »Indifferenzproblem der Informationsgesellschaft« (S. 191), das nicht in der Verweigerung strategischer Informationen besteht, vielmehr in der inflationären Verfügbarkeit von Informationen, die ihrem Anschein nach als strategisch gelten. Hierbei tritt ein Selektionskalkül sachlichen Sinns auf den Plan, das bewußt mit themenbezogener Indifferenz arbeitet, was der Verfasser exemplarisch anhand von Werbung und Public Relations demonstriert.

Schließlich erfährt auch die Zeitdimension eine Wandlung. Der Zeitbegrifflichkeit droht durch die Expansion der Medienstrukturen und deren temporäre Operationsmodi eine massive Deontologisierung – mit Auswirkungen auf ein Zeitprozessierendes soziales System: »Im System muß eine Auswahl von Elementen getroffen werden, die durch Relationen zu

verknüpfen sind. Es steht aber (...) nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung, in der eine Auswahl aus den Sinnmöglichkeiten getroffen und realisiert werden kann« (S. 249). In der »medial dynamisierte[n] Gesellschaftszeit« (S. 313) treten Vergangenheit und Zukunft näher an die Gegenwart, was Auswirkungen hat: Im Bereich der individuell verfügbaren Zeit erfolgen daraus fragmentarisierte Zeiterfahrungen, im Bereich der gesellschaftlichen Zuschreibung von Entwicklungsmöglichkeiten besteht das Erfordernis der Selbstreflexion auf eigene Voraussetzungen sowie auf das Wahrscheinlichwerden von Risiken.

Um seine Intention, den Vorentwurf einer Informationsgesellschaft, ins Werk zu setzen, unternimmt Thiedeke einen – in Ansätzen – vielversprechenden Versuch. Der Verfasser vermag auf einer systemtheoretischen Matrix, Spezifika der Informatisierung der Sinndimensionen gesellschaftlicher Kommunikation herauszustellen, ohne dabei den Anspruch einer in sich geschlossenen Theorie zu erheben. Seine Projektionen weisen weit über die quantitativen Resultate der geläufigen Mediennutzungsforschung hinaus.

Mithin gelingt es Thiedeke – und das ist seine eigentliche Leistung – einen sich vage abzeichnenden Gesellschaftstypus zu skizzieren, der sich in großen Teilen seiner Strukturen, Prozesse und Semantiken von konventionellen Wirklichkeitserfahrungen entkoppelt, und dessen Identität auf der stetigen Konfrontation mit komplexen und zirkulären Kommunikationsbedingungen gründet. Hierbei vermag der Verfasser zu illustrieren, wie eine Gesellschaft idealiter kodifiziert sein könnte, wenn sich die Prämissen der Kommunikation von sozialer zu medialer Kommunikation »erweitern«, sich der Differenzierungstypus von funktional auf informationell »umstellt«.

Mitunter bleibt aber gerade hier unklar – die grundsätzlichen Einwände gegen konstruktivistisch-systemische Theoriedetails beiseite gelassen – wie das Neben- oder Nacheinander von Industrie- und Informationsgesellschaft mit ihren jeweiligen Differenzierungstypen in der theoretischen (Re-)Konstruktion vonstatten gehen soll. Hier treten kaum benannte, geschweige denn gelöste Probleme größeren Ausmaßes auf den Plan. Es sei beispielhaft verwiesen auf: den systemischen Status der Medien, die Differenzkriterien einer funktionalen oder informationellen Zuschreibung in Kommunikationsprozessen sowie die Präzisierung des gesellschaftlichen Komplexitätsniveaus, das eine Umstellung des Gesellschaftstypus evoziert.

Konzediert man auf der einen Seite die Vorzüge des ambitionierten Theorieentwurfs, so hat man auf der anderen Seite dessen Dilemmata und Leerstellen mit ins Kalkül zu ziehen, die vor allem aus den »Niederungen« des sozialwissenschaftlichen Forschungsgangs resultieren. So gesehen trägt das systemtheoretische Prozedere Thiedekes wenig bei zur Klärung offener Fragen wie etwa: der prognostischen Relativität der informationstechnologischen Evolution, dem Problem der Operationalisierung des Parameters »Information« und nicht zuletzt der Generierung empirischen Datenmaterials zur Informationsökonomie.

Hinterläßt die Studie Thiedekes zuweilen einen »work in progress«-Eindruck und bringt sie auch keine empirischen Resultate zur Validierung ihrer Ar-

beitshypothese bei, so gebührt ihrem Verfasser zweifelsohne das große Verdienst, einen soliden Theoriebeitrag zur Modellierung einer emergierenden Informationsgesellschaft geleistet zu haben. – Daran läßt sich in vielfältiger Weise anschließen.

Christian Filk, Köln

**Stiftung Haus der Geschichte der
Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)
Bilder, die lügen.**

Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der
Geschichte der Bundesrepublik, Bonn,
27. November 1998 bis 28. Februar 1999.
Bonn: Bouvier 1998, 100 Seiten.

Für den Historiker ist das Thema des Buches nicht neu. Spätestens seit den Flugschriften der Reformation wurde immer wieder versucht, mit Bildern Andersdenkende zu diffamieren und/oder für den eigenen Standpunkt zu werben. Schon vor dem Ersten Weltkrieg finden sich in deutschen Akten immer wieder Hinweise auf vermeintliche oder wirkliche Verunglimpfungen von Vertretern des Kaiserreichs in Form von Bildern. Seit dieser Zeit wurde unter demokratischen Regierungen immer wieder über den Wahrheitsgehalt von Bildern diskutiert. Vor dem Hintergrund dieser Diskussionen und einer Vervielfachung des zur Verfügung stehenden Bildmaterials stellt sich die Frage nach den neuen Aspekten, die der vorliegende Katalog zum Thema beizutragen hat. Im Vorwort heißt es bezogen auf die Hollywood-Produktion »Wag the dog«: »Die Ironie, mit welcher der Macht der Medien begegnet wird, kann auch schaudern lassen vor der Macht der Bilder und ihren zynischen Verfälschungen. Einerseits werden in einer Welt scheinbar unendlicher technologischer Manipulationsmöglichkeiten Zuverlässigkeit und Integrität des »Bildmachens« immer wichtiger. Andererseits muß der Betrachter immer stärker die Glaubwürdigkeit jeder Information prüfen«. Aus dieser unbestreitbaren Zustandsbeschreibung wird das Ziel der Ausstellung und damit auch des Katalogs definiert: Beide sollen aus dem Wissen um die Möglichkeiten von Bildmanipulationen »die kritische Wahrnehmung der Betrachter schärfen« (S. 6) oder wie es an anderer Stelle heißt: »»Bilder, die lügen« will aufrütteln und verunsichern« (S. 7).

Dieser aufklärerischen, einem Museum zur Ehre gereichenden Aufgabe, an Hand von konkreten und signifikant einprägsamen Beispielen die Frage von Bildmanipulation zu stellen, trägt das vorliegende Buch Rechnung. Es verzichtet weitgehend auf theoretische Auseinandersetzungen. In seinem kurzen reich bebilderten Aufsatz »Macht der Bilder« stellt Jürgen Reiche zwei grundsätzliche Probleme in den Mittelpunkt: »Bild und Gedächtnis« sowie »Abbild und Wirklichkeit«. Wesentlicher Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Feststellung: »Jede Kultur besetzt und verbindet ihre Welt der Gedanken und Wahrnehmungen durch Bilder und Symbole. Mit ihnen versuchen die Menschen, sich einen allgemein verständlichen Erfahrungs- und Erwartungshorizont aufzubauen« (S. 9). Das bedeutet, wie bereits auch im Vorwort deutlich wurde, Bilder stehen hier für das

kollektive Gedächtnis von Kulturen, Staaten usw.; der Verfasser spart von vornherein alle weiteren Problemfelder aus. Dazu würden etwa Fragen zählen wie die nach dem Verhältnis von privatem Erleben und Signifikanz des Abgebildeten, also danach, inwieweit die jeweiligen Bilder das Selbstverständnis des einzelnen spiegeln. Insbesondere unter diktatorischen Verhältnissen, in denen Bilder, wie gegenwärtig auch auf dem Balkan erkennbar, dem Machterhalt der Führungselite dienen, sind diese Diskrepanzen erheblich.

Der Leser des Katalogs wird mit einem »Lügen ABC« konfrontiert, das heißt, jeder Buchstabe steht für ein bestimmtes Thema: A für Aktuell, B für Born, Michael und C für Comic. Allein die ersten drei Buchstaben verdeutlichen bereits die Spannbreite und damit auch die unterschiedlichen Arten von Bildfälschungen. Der aktuelle Bereich wird an zwei Beispielen präsentiert: Nach dem Massaker in Luxor wurde eine Wasserpflanze zur Blutlilie umgearbeitet. Es wird auf ein Katalogbild der Thüringischen Landesregierung verwiesen, das den Ministerpräsidenten Vogel zusammen mit Clinton und Kohl zeigt. Ein im Original vorhandenes, offensichtlich unbequemes Protestplakat mit der Aufschrift »Ihr habt auch in schlechten Zeiten dicke Backen« wurde weggelassen. Am Beispiel Michael Borns wird indirekt noch einmal auf das A gleich aktuell Bezug genommen. Am Beispiel des freien Journalisten und der von ihm belieferten Magazine wird gewarnt, daß auf der Suche nach neuen Bildern zu aktuellen Themen die Sorgfaltspflicht im Umgang mit den Informationen nicht immer beachtet wird. Am Beispiel der Comics wird der Zusammenhang zwischen herrschender Auffassung über die Minderwertigkeit der Bildgeschichte und Eingriffen der Zensur in die Bildgeschichte dargestellt.

Der letzte Buchstabe, Z, steht nicht, wie man vielleicht erwarten würde, für Zensur, sondern für Zukunft und macht auf die im digitalen Zeitalter immer leichter werdende Bildmanipulation aufmerksam. Im Umkehrschluß verweist er auf die Grundaussage und den Anlaß der Ausstellung, es wird für den einzelnen immer schwieriger werden, den Wahrheitsgehalt von Bildern zu beurteilen.

Am Ende des Katalogs befindet sich noch ein kurzer Aufsatz zur »Bildpropaganda und Bildfälschung im Stalinismus« von Hermann Weber, der einige Aspekte, die bereits an anderen Stellen benannt sind, vertieft bzw. erweitert.

Unter wissenschaftlichen Aspekten wird man in dem vorliegenden Buch sicher kaum wesentliche neue Aspekte finden. Für all jene aber, die sich in den verschiedensten Bildungseinrichtungen mit Bildmanipulationen beschäftigen oder dieses für die Zukunft planen, bietet der Katalog eine ausgezeichnete, gut erklärte Materialbasis, die eine schnelle Orientierung ermöglicht.

Wolfgang Mühl-Benninghaus, Berlin

Günter Agde

Flimmernde Versprechen.

Geschichte des deutschen Werbefilms im Kino seit 1887.

Berlin: Verlag Das Neue 1998, 175 Seiten.

Obwohl die Mehrzahl der hergestellten Filme nicht dem Spielfilmgenre zuzurechnen sind, steht der Spielfilm seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der Filmgeschichtsschreibung. Dieser einseitige Blick vernachlässigte unter anderem auch den Werbefilm, dessen Geschichte nun erstmals in einer reich bebilderten Buchausgabe von Günter Agde vorgestellt wird. In sechs chronologisch strukturierten Kapiteln zeichnet der Autor die Entwicklung der Produktwerbung von ihren Anfängen auf noch flimmernden Streifen bis zu den 70er Jahren, als im Westen Onkel Otto, die Mainzelmännchen oder das HB-Männchen und im Osten die Tausend Tele-Tips, besser bekannt unter »ttt«, dem Publikum die Erleichterung von Alltags-schwierigkeiten versprochen.

Der Beginn des Werbefilms ist in Deutschland, wie so oft in der Filmgeschichte, mit dem Namen Oskar Messter verbunden. Sein erster, als verschollen geltender Werbefilm vergleicht eine neue Badvorrichtung mit einer alten. Zu dieser Zeit, also um 1897, war z.B. im Berliner Schloß noch kein Wannenbad eingebaut. Der Film huldigt damit Prinzipien, die bis heute zu den Konstanten von Werbung gehören. Zu diesen zählt neben der Gegenüberstellung »früher – heute« die Information über den neusten Stand von Produkten.

Günter Agde interessieren weder kultur- noch werbetheoretische Fragestellungen, sondern Werbefilmgeschichte und Geschichte des Werbefilms. Als Ausgangspunkt dienen ihm überwiegend konkrete Biographien, um jeweils relevante Tendenzen des Genres an konkreten Einzelbeispielen zu erläutern. Unter diesem Aspekt ist nicht Messter, sondern Julius Pinschewer, der 1910 sein Berliner Unternehmen eröffnete, der wichtigste und prägendste deutsche Werbefilmer der zehner und 20er Jahre. Dem deutschen nationalen Filmemacher, der vom Entwurf bis zum fertigen Endprodukt all seine Filme in eigener Regie produzierte, schaffte es, ein künstlerisch kreatives Klima zu erzeugen, das beispielhaft für die Werbefilmproduktion schlechthin wurde. Auch Hans Fischerkösen, Lotte Reininger, Oskar Fischinger, Walter Ruttmann, Hans Poelzig und Guido Seiber arbeiteten ebenfalls nach dem Autorenprinzip Pinschewers und verliehen so ihren Produktionen, wie der Autor nachweist, eine unverwechselbare Handschrift. Der Einfluß des Begründers einer eigenständigen deutschen Werbefilmästhetik reicht bis in die Filmavantgarde der 20er Jahre, der er wesentliche Impulse verlieh. So wurde Ruttmann hier zu seinen Ideen vom abstrakten Film angeregt und Reininger stellte den ersten Scherenschnittfilm her. Insofern eröffnete der offensichtlich gut bezahlte Werbefilm experimentelle Möglichkeiten, die den Spielfilmproduzenten in der Regel verwehrt blieben, deren Ergebnisse sie aber später nutzen konnten. Klassisches Beispiel hierfür sind etwa die frühen tönenden Werbespots und die ersten Farbaufnahmen.

Die bereits genannten Namen verkörpern die erste Blütezeit des Werbefilms, der auch zu einer Um-

wertung des öffentlichen Raumes beitrug. Markenzeichen von Massenprodukten, wie etwa der Erdal-Frosch klebten schon vor dem Ersten Weltkrieg an den Liffaßsäulen und Plakatwänden. Indem Maße, wie sie auch im Kino erscheinen und animiert werden, entstehen, und dies weist Agde sehr genau nach, gegenseitige Verweise zwischen Plakat, Annonce, Kino und Produkt. Es wird weiterer Untersuchungen bedürfen, ob und in welchem Umfang die technischen Möglichkeiten genutzt wurden, um mit ihrem konzentrierten Einsatz Werbekampagnen zu veranstalten.

Die ästhetische Breite, die den Werbefilm in den 20er Jahren charakterisierte, ist nach 1933 Geschichte. Obwohl nur wenige Werbefilmer das Land verlassen – zu ihnen zählt Pinschewer, der in der Schweiz zum Vater des Werbefilms der Alpenrepublik wird – schränken die neuen Machthaber die Gestaltungsbreite des Genres ein. Da die Industrie an der Wirksamkeit der von ihr bezahlten Produktionen großes Interesse hat, wirkte sich der nationalsozialistische Zugriff nicht abrupt, sondern, wie der Autor verdeutlicht, in Etappen aus. Wichtige Einschnitte sind hier die Jahre 1936, 1939 und 1942/43. In der Zeit des totalen Krieges sind es nur noch die Sparkassenfilme, die in den Kinos gezeigt werden. Sie sollen die Bevölkerung zum Sparen anhalten, etwa um nach dem Krieg ein Haus im Grünen bauen zu können.

Ein wichtiges Element des deutschen Werbefilms, der Zeichentrickfilm, wurde in seinen personellen Traditionen durch den Krieg kaum berührt, denn bis zum Ende des Krieges wurden Zeichentrickfilmer in den reichsmittelbaren Zeichentrickstudios benötigt, die nach den Wünschen Goebbels Disney Konkurrenz machen sollten. Abbildungen aus Filmen wie »Die verwiterte Melodie« und »Der Schneemann« von Fischerkösen stehen am Ende dieser Entwicklung. Eine weitere Verwendung fanden die Trickfilmzeichner in der 1941 gegründeten Mars-Film GmbH, die Lehr- und Ausbildungsfilm für die gesamte Wehrmacht herstellen sollte.

Mit der Teilung Deutschlands entstanden auch unterschiedliche Traditionen im Werbefilm. In der Bundesrepublik war sie eingebettet in das sogenannte Wirtschaftswunder, das auch den Werbefilmgestaltern neue Aufträge bescherte. Es sind die bereits aus der Vorkriegszeit bekannten Namen, wie Fischerkösen oder der Erfinder des Sarotti-Mannes, Wolfgang Kaskeline, die als Gründungsväter des westdeutschen Werbefilms fungieren. Obwohl die DEFA schon vor der Gründung der DDR beginnt, wieder Werbefilm zu produzieren, führt hier dies Genre eher ein Schattendasein, aus dem es kurzzeitig auf Anordnung Ulbrichts herausgeholt wird, um vor allem auch gegenüber der Bundesrepublik die Errungenschaften der DDR im Bereich des privaten Konsums zu demonstrieren. Unter Honecker verschwinden die ersten Ansätze weitgehend, weil die zunehmende Mangelwirtschaft Produktwerbung absurd erscheinen läßt.

Günter Agde setzt einen Schnitt in den 70er Jahren. Dieser ist historisch gerechtfertigt, weil Deutschland zu diesem Zeitpunkt längst seine ehemals führende und international anregende Rolle im Werbefilmgeschäft eingebüßt hatte und die Generation der Werbepioniere sich aus dem Geschäftsleben weitge-

hend zurückzog. Der Schluß scheint aber auch im Medium selbst begründet zu sein. Mit den neuen elektronischen Aufnahmetechniken wird der Werbefilm erneut zum Vorreiter neuer Filmtechniken. Deren Ergebnisse verlangen nicht nur einen anderen Zugriff auf die Geschichte als die stark personalisierte, sondern möglicherweise auch das Anlegen anderer Kriterien.

Wolfgang Mühl-Benninghaus, Berlin

Jan Foitzik

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), 1945 - 1949.

Struktur und Funktion (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44). Berlin: Akademie Verlag 1999, 544 Seiten.

Vom Verlag lange angekündigt und in Fachkreisen gespannt erwartet, füllt Jan Foitziks Untersuchung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) eine Lücke in der Geschichtsschreibung über die Besatzungszeit. Es fehlte auf dem deutschsprachigen Büchermarkt bis dato der Versuch einer Gesamtdarstellung der komplexen Organisationsstruktur der sowjetischen Besatzungsverwaltung, ihrer Veränderungen und Interdependenzen mit den verschiedenen vorgesetzten Behörden in Moskau. Foitziks Ziel ist zu erklären, wie die SMAD als Apparat funktionierte, und darzulegen, daß ihre Entwicklung nicht stringent aus der Verfolgung eines – wechselnden – deutschlandpolitischen Ziels zu erklären ist. Statt dessen lautet Foitziks These, daß der Apparat als komplexe Großorganisation eine eigene Dynamik entwickelte. Er versucht, das Gewirr sich überschneidender Kompetenzen, paralleler Unterstellungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, sich widersprechender Maßnahmen, das Dickicht also einer sich ständig verändernden Großorganisation zu entzerren, um deutlich zu machen, daß die Ergebnisse und Wirkungen der SMAD – in letzter Konsequenz also die Entstehung der DDR – das »strukturell-immanente Resultat« und die »objektiv unvermeidbare Folge der Organisation der sowjetischen Deutschlandpolitik« waren (S. 14). Damit richtet der Autor die Aufmerksamkeit auf die Funktionsweise des Apparates als dritte entscheidende Konstante für die Ergebnisse sowjetischer Deutschlandpolitik neben den in Moskau von Stalin und seinem engeren Führungszirkel verfolgten deutschlandpolitischen Zielen und den Richtungskämpfen einzelner Gruppierungen innerhalb der SMAD.

Um die Funktionsweise des Apparates zu erklären, stellt Foitzik zunächst den formalen Aufbau der SMAD vor. Beschrieben werden die zentralen Einrichtungen der SMAD in Berlin und ihrer territorialen Gliederungen in den Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sowie einzelne sogenannte »Sonderorganisationen«, zu denen Foitzik unter anderem auch die Massenkommunikationsmittel und das Sowjetische Nachrichtenbüro der SMAD zählt. Ergänzt wird die Darstellung der formalen Struktur durch einen Überblick über die Personalentwicklung in der SMAD und durch einen Abschnitt über die SMAD als Arbeitsplatz, d.h. über die Ar-

beitsbedingungen der SMAD-Angehörigen, über ihr Gehalt und die interne Hierarchie zwischen Militärangehörigen in Uniform und Zivilangestellten. Darauf aufbauend werden die externen und die SMAD-internen Führungsstrukturen und ihre Kommunikationsformen untersucht: Zum einen werden die verschiedenen vorgesetzten Behörden in Moskau wie das Staatliche Verteidigungskomitee, der Ministerrat, die einzelnen Fachministerien einschließlich des Ministeriums für Staatssicherheit, der Generalstab der Roten Armee und natürlich die Führung der KPdSU(B) im Hinblick auf ihre Einwirkungen auf die SMAD dargestellt und ihre unterschiedlichen Interessenlagen betont. Da sie alle in direkter Form Einfluß auf einzelne Bestandteile des SMAD-Apparates hatten, erklären sich die widersprüchlichen Ziele und Maßnahmen der SMAD zum Teil aus dieser Vielfalt. Zum anderen werden die SMAD-interne Leitungsebene und ihre wechselnde Führungsstruktur vorgestellt. Hier wendet sich Foitzik unter anderem gegen eine Überbewertung der Rolle des Leiters der SMAD-Propaganda/Informationsverwaltung Sergej Tjulpanow, der – in der Literatur seit langem umstritten – in den letzten Jahren durch die Veröffentlichung einer Quellensammlung zur Arbeit dieser Verwaltung erneut Aufmerksamkeit erfahren hat.¹ Auf bereits veröffentlichte eigene Forschungen stützt sich Foitzik bei der Untersuchung der Befehlsformen und -organisation, mit deren Hilfe nicht nur die groben besatzungspolitischen Linien, sondern auch nebensächlichste Verfahrensregeln festgelegt werden konnten.² Zusammen mit verschiedenen Formen der Kontrolle wie dem Berichtswesen, Stichproben-Überprüfungen und häufigem Kontakt zwischen deutschen Instanzen und sowjetischem Personal ergaben sie ein, wenn auch nicht sehr rationell arbeitendes, so doch engmaschiges System der Anleitung und Lenkung. Ein letzter Teil der Untersuchung ist der Entwicklung der Beziehungen zwischen der SMAD und den deutschen Selbstverwaltungsorganen gewidmet. Die KPD/SED ist in diesem Prozeß, Foitzik zufolge, durchaus eine eigenständige politische Größe gewesen, die in gänzlicher Abhängigkeit von Moskau, aber teilweise an der SMAD vorbei in direkter Kommunikation mit der Moskauer Führung und Stalin handelte.

Problematisch an Foitziks Buch ist, daß sein auch im Titel vertretener Anspruch, eine Darstellung der SMAD zu liefern, dazu verführt, das Buch als Handbuch zu nutzen; diesem Anspruch wird es aber nur bedingt gerecht. Die Betonung liegt eindeutig auf der detailgesättigten und mit vielen neuen Quellen belegten Darstellung von Verwaltungsabläufen und dem Verhältnis deutscher zu sowjetischen Strukturen. Ausgespart bleiben aber wichtige Bereiche der Wirkungen des Apparates wie die SMAD-Kulturpolitik. Und auch auf dem Sektor Informationspolitik bleibt einiges zu wünschen übrig. Die Darstellung der Massenkommunikationsmittel in der SBZ geht zunächst nicht über das hinaus, was bereits aus Foitziks Aufsatz über die SMAD im 1993 veröffentlichten SBZ-Handbuch des Instituts für Zeitgeschichte in München bekannt ist. Es fehlt die Zuordnung der einzelnen Medienbereiche – Presse, Rundfunk, Film, Verlagswesen – zur SMAD und eine systematische Darstellung der Tätigkeit. Teilweise liegen diese Informationen verstreut in anderen Abschnitten vor, sie sind

aber nur mühsam zu finden, da ein Sachregister fehlt. Trotzdem gibt es in Einzelbereichen auch neue Erkenntnisse und Daten, z.B. über den Verlag der SMAD, der ins Deutsche übersetzte sowjetische Literatur in hohen Auflagen herausgab. Diese ungleichmäßige Darstellung dürfte mit einiger Sicherheit dem ungleichmäßigen Zugang zu sowjetischen Quellen geschuldet sein, der eine systematische Suche häufig nicht ermöglicht und gleichzeitig auf unerwarteten Gebieten zu Entdeckungen führt.

Die Informationspolitik der SMAD betrachtet Foitzik unter dem Gesichtspunkt der Zentralisierung der Kontrolle über die Massenmedien (S. 324ff.). Dazu diene nach Zulassung der Parteipresse im Juni 1945 eine Politik der »aktiven Informationslenkung« durch den Aufbau eines Nachrichtenmonopols. Instrumente der aktiven Informationslenkung waren das Informationsbüro der SMAD (auch Sowjetisches Nachrichtenbüro genannt) und die im Herbst 1946 lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur (ADN). Der Rundfunk konnte zunächst nur bedingt zum Aufbau des Nachrichtenmonopols eingesetzt werden, weil die Radiogeräte in der SBZ (soweit bekannt nicht in allen Besatzungszonen) nach Kriegsende abzugeben waren und die Einzelbenutzung von Rundfunkgeräten erst im April 1946 wieder erlaubt worden sei – hier irrt Foitzik: die Einzelbenutzung war bereits mit Befehl Nr. 78 vom 27. September 1945 gestattet worden. Dennoch konnte Foitzik zufolge das Nachrichtennetz in der SBZ bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt zentralisiert werden, u.a. durch die Nutzung des Leipziger Senders für die Ausstrahlung des Programms des Berliner Rundfunks sowie deutschsprachige Sendungen Radio Moskaus und durch den Aufbau des Funkhauses Grünau in (Ost)Berlin, von dem aus die Länder- und Provinzsender der SBZ zentral mit Nachrichten und politischen Sendungen versorgt wurden. Der Berliner Rundfunk sei dabei als Körperschaft des öffentlichen Rechts unmittelbar der SMAD unterstellt gewesen. Ein weiteres Indiz für die aktive Informationslenkung durch die SMAD sieht Foitzik darin, daß es ab Frühjahr 1946 ein sogenanntes Berliner Radiozentrum innerhalb der SMAD-Propagandaverwaltung gegeben habe. Foitzik vermutet darunter eine Tarnbezeichnung für ein Ausbildungsprogramm der SMAD für deutsche Rundfunkjournalisten.

Foitziks Grundthese, daß die SMAD versucht habe, ein Informationsmonopol zu errichten, kann sicher zugestimmt werden. Im einzelnen aber verlief der Prozeß nicht ganz so gradlinig, wie der Autor dies schildert: So hatte die SMAD zwar tatsächlich im September 1945 die Anweisung gegeben, »beim Leipziger Sender eine Empfangsstation zu errichten, die die Moskauer und Berliner Sendungen empfangen und weiterleiten« sollte. Umgesetzt werden konnte dieser Befehl aber nur für die Sendungen des Berliner Rundfunks, und auch sie wurden ein Dreivierteljahr später, nachdem das Leipziger Funkhaus wieder instand gesetzt worden war, durch ein in Leipzig produziertes Programm ersetzt. Für die Ausstrahlung des deutschsprachigen Dienstes von Radio Moskau konnte sogar erst Anfang 1947 eine Langwellenfrequenz sporadisch genutzt werden. Regelmäßig auf einer gut hörbaren Mittelwellenfrequenz ausgestrahlt wurde Radio Moskau erst ab April

1948.³ Auch unterstand der Berliner Rundfunk nicht unmittelbar der SMAD, vielmehr war ab Dezember 1945 die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVfV) dazwischengeschaltet. Der Berliner Rundfunk wurde erst Ende 1946 zur Körperschaft des öffentlichen Rechts, allerdings ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die bei der DVfV blieb. Die Zwischenschaltung einer deutschen Verwaltung hinderte die SMAD zwar nicht daran, die Fäden in der Hand zu behalten, sie ist aber in Zusammenhang mit der – von Foitzik ansonsten bestätigten – generellen Linie der SMAD zu sehen, die Ausführung der Maßnahmen auch im Bereich der Massenmedien in KPD/SED-Hände zu geben. Zu Unrecht vermutet Foitzik des weiteren in dem Berliner Radiozentrum eine Tarnbezeichnung für ein Ausbildungsprogramm der SMAD. Als Berliner Radiozentrum wurde die Gruppe der Kontrolloffiziere bezeichnet, die ab Sommer 1945 im Funkhaus in der Masurenallee arbeitete und in dieser Funktion allerdings die deutschen Mitarbeiter anleitete.⁴ Diese »pädagogischen« Aufgaben waren nach Kriegsende Bestandteil der Tätigkeit der Kontrolloffiziere aller Besatzungsmächte. Ein weiterer Irrtum unterläuft Foitzik, wenn er die Aussagen des ersten Intendanten des Berliner Rundfunks, Hans Mahle, so interpretiert, daß die Westalliierten nach Kriegsende bei der SMAD (sie existierte zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht) dagegen protestiert hätten, daß der Berliner Rundfunk in deutscher Sprache und nicht in russischer Sprache sendete. Aus diversen veröffentlichten Interviews mit Mahle ist bekannt, daß die Westalliierten Ende Mai 1945 dagegen protestierten, daß das Programm in deutscher Sprache ohne alliierte Kontrolle, d.h. in diesem Fall ohne sowjetische Vorzensur gesendet wurde. Daraufhin veranlaßte die Politische Hauptverwaltung der Armee, daß eine Gruppe von Kontrolloffizieren in das Funkhaus geschickt wurde. Mahle bestreitet also keineswegs – wie Foitzik behauptet (S. 330) – den Sachverhalt, daß es ab diesem Zeitpunkt sowjetische Kontrolloffiziere im Rundfunk gegeben hat.

Dennoch: Ungeachtet der hier geäußerten Detailkritik auf einem Gebiet (Massenkommunikationsmittel), dem sicher nicht die volle Aufmerksamkeit des Autors galt, und der nicht einfachen Nutzung des Buches, ist Foitziks Studie für künftige Forschungen über die SMAD unentbehrlich. Was es unentbehrlich macht, ist neben vielen hier erstmals genannten Quellen die Zusammenschau der Funktionsmechanismen innerhalb des Apparates und mit den vorgeetzten Moskauer Behörden.

Petra Galle, Berlin

¹ Sowjetische Politik in der SBZ, 1945 - 1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. Hrsg. von Bern Bonwetsch u.a. Bonn 1997. Vgl. Rezension RuG Jg. 25 (1999), H. 1, S. 71; vgl. auch Norman Naimark: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 - 1949. Berlin 1997.

² Jan Foitzik (Hrsg.): Inventar der Befehle des Obersten Chefs der SMAD. München 1995. Vgl. auch die Rezension in: RuG Jg. 25 (1999), H. 1, S. 90.

³ Vgl. Petra Galle: Radio Moskau und Berliner Rundfunk 1945 - 1949, in: RuG Jg. 25 (1999), H. 1, S. 5ff.

⁴ Dies geht aus den SMAD-internen Mitteilungen »informazionaja swodka« ab Ende 1945 und aus den Namen von Kontrolloffizieren hervor, die in den Gehaltslisten der SMAD-Informationsverwaltung ab 1948 genannt werden. Vgl. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau: 0457b/1/8/2 und Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau: 7317/59/82.

European Broadcasting Union (Hrsg.) EBU Yearbook 1997.

Red.: Jean-Pierre Julien.

Grand-Saconnex: European Broadcasting Union/ Union Européenne de Radio-Télévision 1997, 52 Seiten.

European Broadcasting Union (Hrsg.) EBU Yearbook 1998.

Red.: Jean-Pierre Julien.

Grand-Saconnex: European Broadcasting Union/ Union Européenne de Radio-Télévision 1998, 48 Seiten.

Wer an Legenden der Samstagabendunterhaltung wie etwa »Einer wird gewinnen« zurückdenkt, mit Europahymne im Vorspann zeitgleich in Deutschland, Österreich und der Schweiz ausgestrahlt, an das europaweite »Spiel ohne Grenzen« oder an den »Grand Prix d'Eurovision de la chanson« mit seinen transkontinentalen Schlagern zwischen »douze« und »zéro points«, der ist ihr schon ganz nahe: der Europäischen Rundfunkunion, meist englisch EBU abgekürzt, mit Sitz in einem Genfer Vorort. Zu verdanken hat ihr der gemeine Fernseh- oder Hörfunknutzer nicht nur die öffentlich-rechtlichen Programmverbände Eurovision und Euroradio, sondern auch zwei beachtenswerte TV-Programme: Eurosport und Euronews, die von Mitgliedsanstalten gegründet wurden. Und dennoch ist die EBU außerhalb der engeren Fachöffentlichkeit kaum im Bewußtsein verankert.

»The EBU has always been an excessively low-profile organization. For the public at large (...) the EBU's work largely goes on backstage.« Mit diesen Worten leitet denn auch der Präsident der European Broadcasting Union (und Intendant des Bayerischen Rundfunks), Albert Scharf, sein Vorwort zum ersten Jahrbuch der Organisation überhaupt ein, das 1997 erschien. Es war wohl in der Tat ein Paradoxon, daß die EBU mit ihren damals 66 aktiven Mitgliedsanstalten aus 49 Ländern seit ihrer Gründung 1950 nie ein Jahrbuch vorgelegt hatte (S. 3).¹ Doch spätestens seit der immer stärkeren Zunahme des kommerziellen Rundfunks in Europa vor allem ab den 80er Jahren steht die Kooperative unter Legitimitätsdruck. Öffentliche Präsenz und Eigendarstellung – lies: Public Relations – werden in Zeiten der Deregulierung und des Wettbewerbs der Systeme notwendiger denn je. In diesem Zusammenhang ist auch das Jahrbuch 1997 zu verstehen. Die EBU scheint es durchaus ernst zu meinen: 1998 erschien das zweite.²

Rund 70 000 Sendungsteile – vom kurzen Bericht bis zur kompletten WM-Übertragung – laufen jährlich über das EBU-Ausstrahlungszentrum und inzwischen 20 Eutelsat-Satellitenkanäle. Programmaustausch und Förderung des öffentlich-rechtlichen, dem Gemeinwohl verpflichteten Rundfunks sind zwei fundamentale Ziele der Organisation. Dazu zählen etwa die Unterstützung grenzüberschreitender Koproduktionen, das Aushandeln von Ausstrahlungsrechten bedeutender Sportereignisse oder das Anbieten rechtlicher, strategischer (marktforscherischer) und technischer Hilfestellungen und Harmonisierungen. Nicht zuletzt wird auch die Lobbyarbeit bei der Europäischen Kommission und beim Europarat immer wichtiger. Die Jahrbücher 1997 und 1998 bieten zu diesen und weiteren Themen jeweils kurze, lesenswerte Artikel, die je nach Bedarf mit graphisch aufbereiteten Zusatzangaben und Statistiken ergänzt werden. Der Informationsgehalt ist für einen ersten Einstieg in die Materie durchaus zufriedenstellend. Mehr als ein Apéritif sind sie freilich nicht.

Ein Blick auf die im Anhang befindliche Aufstellung der inzwischen 68 aktiven Mitgliedsanstalten (die nicht nur in West- und Osteuropa, sondern auch im angrenzenden Mittelmeerraum zu finden sind) ruft in Erinnerung, daß die EBU mit der Eingliederung des »sozialistischen« Gegenverbandes Organisation Internationale de Radiodiffusion et Télévision (OIRT) 1993 dazu beigetragen hat, die Spaltung Europas auch im Rundfunk zu überwinden. Die 50 assoziierten Mitglieder zwischen Australien und Venezuela verweisen auf die nicht zu unterschätzende Stellung der EBU im weltweiten Kommunikationsgefüge. Daß freier Nachrichten- und Informationsaustausch auch heute noch nicht überall selbstverständlich ist und von manchen Regimen offensichtlich gefürchtet wird, zeigt die Reaktion Jugoslawiens (dessen staatlich gelenkter Rundfunk nicht EBU-Mitglied ist) bei Beginn der NATO-Kampfhandlungen im März 1999, das sofort, wenn auch nur vorübergehend, die Leitungen der Organisation kappte.

Oliver Zöllner, Köln

Jürgen Kirschner

Fischer Handbuch.

Theater, Film, Funk und Fernsehen.

Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
1997, 325 Seiten.

In zehn Abschnitten breitet Jürgen Kirschner, dem Carsten Gier und Eva Werth redaktionell zur Seite standen, Wissenswertes zu Geschichte und Gegenwart von Theater, Film und Rundfunk (und nicht zu »Funk und Fernsehen«, wie der Titel des Buches ankündigt) aus. Dokumentiert werden im Kapitel »Literatur« Einführungen und Handbücher, Lexika und Wörterbücher, Bibliographien und Referateorgane, Zeitungen und Zeitschriften. Im Kapitel »Adressen« sind einschlägige Angaben zu Archiven, Museen und Bibliotheken nachzuschlagen. Im nahezu 50seitigen Register finden sich – alphabetisch aufgelistet – neben den Namen von Autoren und Institutionen auch die Titel von Büchern und Buchreihen sowie von Sendungen und Sendereihen.

Die Informationen sind allgemein als zutreffend, aber nicht als vollständig einzustufen, auch wenn man dem Kompilator die Freiheit der Auswahl zugesteht. Für ein »Handbuch« ist es aber nicht akzeptabel, wenn von der fünfbandigen Reihe »Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland« nur die Bände eins und vier jeweils eigens bibliographiert werden und es zur ebenfalls fünfbandigen Reihe »Rundfunk in Deutschland« zwar einen Sammelbeitrag gibt, aber nur der erste Band separat erwähnt wird. Dafür darf sich der Studienkreis Rundfunk und Geschichte gleich zweier Einträge im Register erfreuen, die sich beide auf nur eine Stelle im Hauptteil beziehen. Das Deutsche Rundfunkarchiv muß sich hingegen mit vier Einträgen im Register bescheiden, obwohl es rund zwei Dutzend Mal in verschiedenen Zusammenhängen im Hauptteil auftaucht – als Herausgeber von Büchern, Bestandsverzeichnissen und Anlaufstelle für die rundfunkgeschichtliche Forschung.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

- 1 Zur Frühgeschichte der Organisation vgl. Le temps des pionniers. L'UER et l'Eurovision de 1950 à 1970. Diffusion Jg. 6, Sonderheft Mai 1997 (auch in englischer Version verfügbar); in anderer Form erschienen als Wolfgang Degenhardt u. a.: Europäisches Fernsehen bis 1970. Eine Idee wird zum Laufen gebracht. Eine kleine Geschichte der Europäischen Rundfunkunion und der Eurovision. Siegen 1996.
- 2 Unter dem Titel »Annuaire UER 1997 [1998]« sind sie zeitgleich auch in französischer Sprache aufgelegt worden.

Bibliographie

Online, Internet und Digitalkultur Eine internationale Bibliographie zur jüngsten Diskussion um die Informationsgesellschaft

I. Diskursive und programmatische Aspekte

- Allen, David. The live virtual studio. Getting there. In. Diffusion. 1998. Summer. S. 2-5.
- Berghaus, Margot. Wie Massenmedien wirken. Ein Modell zur Systematisierung. In. Rundfunk und Fernsehen. 1999. Nr. 2. S. 181-199.
- Bordia, Prashant. Rumor rest stops on the information highway. In. Human Communication Research. 1998. Nr. 2. S. 163-179.
- Bucher, Hans-Jürgen/Christoph Barth. Rezeptionsmuster der Onlinekommunikation. Empirische Studie zur Nutzung der Internetangebote von Rundfunkanstalten und Zeitungen. In. Media Perspektiven. 1998. Nr. 10. S. 517-523.
- Burckhardt, Martin. Unter Strom. Der Autor und die elektromagnetische Schrift. In. Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 27-54.
- Carey, James W. The Internet and the end of the national communication system. Uncertain predictions of an uncertain future. In. Journalism & Mass Communication Quarterly. 1998. Nr. 1. S. 28-34.
- Cottle, Simon. Ulrich Beck, »Risk Society« and the media. A catastrophic view? In. European Journal of Communication. 1998. Nr. 1. S. 5-32.
- Coy, Wolfgang. Berechenbares Chaos. In. Peter Zimmermann/Natalie Binczek (Hrsg.). Eigentlich könnte alles auch anders sein. S. 83-91.
- Dicken-Garcia, Hazel. The Internet and continuing historical discourse. In. Journalism & Mass Communication Quarterly. 1998. Nr. 1. S. 19-27.
- Eckhardt, Josef. Das digitale Radio im Fokus der Begleitforschung. In. Rundfunk und Fernsehen. 1999. Nr. 2. S. 220-230.
- Engelmann, Jan (Hrsg.). Michel Foucault. Botschaften der Macht. Reader Diskurs und Medien. Stuttgart 1999.
- Esposito, Elena. Fiktion und Virtualität. In. Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 269-296.
- Fotsch, Thomas. Interaktive Medien in der Kommunikation. Verhaltenswissenschaftliche und systemtheoretische Analyse neuer Medien. Leverkusen 1998.
- Groll, Matthias. Das Digital. Strategien der Neuen Medien. Berlin 1998.
- Gumbrecht, Hans Ulrich. Kaskaden der Modernisierung. In. Johannes Weiß (Hrsg.). Mehrdeutigkeiten der Moderne. S. 17-41.
- Hick, Ulrike. Geschichte der optischen Medien. München 1999.
- Hickethier, Knut. Am Ende einer Epoche – Vom analogen zum digitalen Fernsehen in Deutschland Ende der 90er Jahre. In. Knut Hickethier. Geschichte des Deutschen Fernsehens. Stuttgart/Weimar 1998. S. 518-543.
- Hinz, Rolf. Cultural Studies and Pop. Wiesbaden/Opladen 1998.
- Kiefer, Marie Luise. Wie betreibt man wissenschaftliche Langzeitforschung. Eine Replik auf die Kritik von Lauf/Peiser. In. Rundfunk und Fernsehen. 1999. Nr. 2. S. 243-256.
- Kirchmann, Kay. Blicke aus dem Bunker. Paul Virilios Zeit- und Medientheorie aus der Sicht einer Philosophie des Unbewußten. Stuttgart 1998.
- Krämer, Sybille (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien. Frankfurt am Main 1998.
- Krämer, Sybille. Was haben die Medien, der Computer und die Realität miteinander zu tun? Zur Einleitung in diesen Band. In. Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 9-26.
- Krämer, Sybille. Das Medium als Spur und Apparat. In. Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 73-94.
- Kroler, Arthur. Das besessene Individuum. Technologie und französische Postmoderne. Wien 1998.
- Krüger, Udo Michael/Karl H. Müller-Sachse. Medienjournalismus. Strukturen, Themen, Spannungsfelder. Opladen/Wiesbaden 1998.
- Lämmert, Eberhard. Der Kopf und die Denkmaschinen. In. Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 95-118.
- Lauf, Edmund/Wolfram Peiser. Zur Validität der Langzeitstudie Massenkommunikation. Eine kritische Untersuchung ihrer Trenddaten zur Mediennutzung. In. Rundfunk und Fernsehen. 1999. Nr. 2. S. 231-242.
- Lichtblau, Klaus. Die Selbstunterscheidung der Moderne. In. Johannes Weiß (Hrsg.). Mehrdeutigkeiten der Moderne. S. 43-87
- Lindlof, Thomas R./Milton J. Shatzer. Media ethnography in virtual space. Strategies, limits and possibilities. In. Journal of Broadcasting & Electronic Media. 1998. Nr. 2. S. 170-189.
- Löffelholz, Martin (Hrsg.). Theorien des Journalismus. Opladen/Wiesbaden 1999.

31. Marliere, Philippe. The rules of the journalistic field. Pierre Bourdieu's contribution to the sociology of the media. In. *European Journal of Communication*. 1998. Nr. 2. S. 219-234.
32. Mattelart, Armand. Kommunikation ohne Grenzen? Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung. Rodenbach 1999.
33. Meyer, Herbert A. Von Punkt zu Punkt. Skizzen zu einer Theorie der interaktiven Medien. In. Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 177-193.
34. Mindich, David T. The future of the Internet. A historical perspective. In. *Journalism & Mass Communication Quarterly*. 1998. Nr. 1. S. 7f.
35. Morat, Daniel. Simulation und Wirklichkeit. Eine ontologische Annäherung an den Cyberspace. In. *Communicatio Socialis*. 1998. Nr. 1. S. 32-46.
36. Münker, Stefan/Alexander Roesler (Hrsg.). *Mythos Internet*. Frankfurt am Main 1997.
37. Nöth, Winfried. Die Semiotik als Medientheorie. In. Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 47-60.
38. Nöth, Winfried/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. Kassel 1998.
39. Perse, Elizabeth M./Debra Dunn Greenberg. The utility of home computers and media use. Implications of multimedia and connectivity. In. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*. 1998. Nr. 4. S. 435-456.
40. Quant, Siegfried/Wolfgang Gast (Hrsg.). *Deutschland im Dialog der Kulturen. Medien – Images – Verständigung*. Konstanz 1998.
41. Rademacher, Claudia/Gerhard Schweppenhäuser (Hrsg.). *Postmoderne Kultur? Soziologische und philosophische Perspektiven*. Opladen 1997.
42. Rötzer, Florian. Virtueller Raum oder Weltraum. Raumutopien des digitalen Zeitalters. In. Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Mythos Internet*. S. 368-390.
43. Rötzer, Florian. Vom zweiten und dritten Körper oder: Wie es wäre, eine Fledermaus zu sein oder einen Fernling zu bewohnen? Ein Essay. In. Sybille Krämer (Hrsg.). *Medien, Computer, Realität*. S. 152-168.
44. Roesler, Alexander. Jenseits des Bildschirms. Mediale Wahrnehmung und Wirklichkeit. In. Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Televisionen*. S. 203-219.
45. Roessler, Patrick (Hrsg.). *Online-Kommunikation. Beiträge zu Nutzung und Wirkung*. Opladen/Wiesbaden 1998.
46. Rusch, Gebhard (Hrsg.). *Einführung in die Medienwissenschaft. Konzeption, Theorien, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden 1999.
47. Santaella, Lucia. Krise der Moderne? In. Johannes Weiß (Hrsg.). *Mehrdeutigkeiten der Moderne*. S. 89-108.
48. Santaella, Lucia. Der Computer als semiotisches Medium. In. Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 121-157.
49. Schmidt, Siegfried J. Medien. Die Kopplung von Kommunikation und Kognition. In. Sybille Krämer (Hrsg.). *Medien, Computer, Realität*. S. 55-72.
50. Schmidt, Siegfried J. Literaturwissenschaft als Medienkulturwissenschaft. Anmerkungen zur Integration von Literatur- und Medienwissenschaft(en). In. Bodo Lecke (Hrsg.). *Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht*. S. 65-83.
51. Schmidt, Siegfried J. Konstruktivismus als Medientheorie. In. Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 21-46.
52. Schönert, Jörg. »Kultur« und »Medien« als Erweiterungen zum Gegenstandsbereich der Germanistik in den 90er Jahren. In. Bodo Lecke (Hrsg.). *Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht*. S. 43-64.
53. Schumacher, Heidemarie. *Medien/Fernsehen/Netzwerke*. Stuttgart/Weimar 1998.
54. Seel, Martin. Medien der Realität und Realität der Medien. In. Sybille Krämer (Hrsg.). *Medien, Computer, Realität*. S. 244-268.
55. Seiter, Ellen. *Television and new media audiences*. Oxford 1999.
56. Sottong, Hermann/Michael Müller. *Zwischen Sender und Empfänger. Eine Einführung in die Semiotik der Kommunikationsgesellschaft*. Berlin/Bielefeld/München 1998.
57. Spreen, Dierk. *Cyborgs und andere Technokörper. Ein Essay im Grenzbereich von Bios und Techne*. Passau 1998.
58. Tholen, Georg Christoph. Die Zäsur der Medien. In. Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 61-87.
59. Waldenfels, Bernhard. Experimente mit der Wirklichkeit. In. Sybille Krämer (Hrsg.). *Medien, Computer, Realität*. S. 213-243.
60. Weinreich, Frank. Nutzen- und Belohnungsstrukturen computergestützter Kommunikationsformen. Zur Anwendung des Uses and Gratifications Approach in einem neuen Forschungsfeld. In. *Publizistik*. 1998. Nr. 2. S. 130-142.
61. Weiß, Johannes (Hrsg.). *Mehrdeutigkeiten der Moderne*. Kassel 1998.
62. Welsch, Wolfgang. »Wirklich«. Bedeutungsvarianten – Modelle – Wirklichkeit und Virtualität. In. Sybille Krämer (Hrsg.). *Medien, Computer, Realität*. S. 169-212.

63. Wilke, Jürgen (Hrsg.). Massenmedien und Zeitgeschichte. Konstanz 1999.
64. Wilke, Jürgen (Hrsg.). Mediengeschichte in der Bundesrepublik. Köln/Weimar 1999.
65. Winston, Brian. Media technology and society. A history. From the telegraph to the Internet. London/New York 1998.
66. Wirth, Werner/Wolfgang Schweiger (Hrsg.). Selektion im Internet. Opladen/Wiesbaden 1999.
67. Zimmermann, Peter/Natalie Binczek (Hrsg.). Eigentlich könnte alles auch anders sein. Köln 1998.
- II. Technische und ökonomische Aspekte
68. Backhaus, Klaus. Was bringt der Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt. Erste Erfahrungen aus dem liberalisierten Markt. Münster/Hamburg 1998.
69. Barkai, Amnon. Live broadcasting with virtual reality. In: Diffusion. 1998. Summer. S. 16ff.
70. Bolter, Jay D. Das Internet in der Geschichte der Technologien des Schreibens. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 37-55.
71. Breuning, Florian. Marktchancen des digitalen Fernsehens. München 1997.
72. Ceruzzi, Paul E. A history of modern computing. Cambridge, Ma./London 1998.
73. Chan-Olmsted, Sylvia M. Mergers, acquisitions and convergence. The strategic alliances of broadcasting, cable television and telephone services. In: Journal of Media Economics. 1998. Nr. 2. S. 33-46.
74. Chenevière, Guillaume. Programming in the digital age. In: Diffusion. 1997/1998. Winter. S. 35ff.
75. Drew, David. Practical programme. In: Diffusion. 1998. Summer. S. 12-15.
76. Ewald, Karl/Christoph Gescheidle. Professionalisierung und Spezialisierung im Onlinemedium. Internetangebote öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter in Deutschland 1998. In: Media Perspektiven. 1998. Nr. 10. S. 508-516.
77. Freitag, Andreas/Rudolf Busemann. Zur wettbewerbsrechtlichen Zulässigkeit von elektronischer Post als Mittel des Direktmarketings. In: AfP. 1998. Nr. 5. S. 475-479.
78. Frieden, Robert M. The telecommunications act of 1996. Predicting the winners and losers. In: Comm-Ent. 1998. Nr. 1. S. 11-58.
79. Garling, Jens. Interaktives Fernsehen in Deutschland. Frankfurt am Main u.a. 1997.
80. Graack, Cornelius. Telekommunikationswirtschaft in der Europäischen Union. Innovationsdynamik, Regulierungspolitik und Internationalisierungsprozesse. Heidelberg 1997.
81. Ha, Louisa u.a. Interactivity reexamined. A baseline analysis of early business web sites. In: Journal of Broadcasting & Electronic Media. 1998. Nr. 4. S. 457-474.
82. Herget, Joseph u.a. (Hrsg.). Informationsmanagement – Chancen ergreifen. Konstanz 1999.
83. Höflich, Joachim R. <http://www.zeitung.de>. Perspektiven der Online-Aktivitäten lokaler Tageszeitungen oder: das Wagnis Internet und der Verlust des Lokalen? In: Publizistik. 1998. Nr. 2. S. 111-129.
84. Hsiang, Iris Chyi u.a. Competing with whom? A structural analysis of the electronic newspaper market. In: Journal of Media Economics. 1998. Nr. 2. S. 1-18.
85. Hürst, Daniel. Marktchancen und Finanzierung von Digital Audio Broadcasting (DAB). Eine Untersuchung der Prognos AG. Basel. München 1997.
86. Keuter, Alfons. Beschäftigungseffekte neuer TK-Infrastrukturen und -Dienste. Bad Honnef 1998.
87. Kittler, Friedrich. Hardware, das unbekannte Wesen. In: Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 119-132.
88. Kliment, Tibor. Digitales Radio in Nordrhein-Westfalen. Opladen 1999.
89. Kliment, Tibor. Digital Radio im Urteil der Hörer. Ergebnisse einer Akzeptanzuntersuchung von DAB in Nordrhein-Westfalen. In: Media Perspektiven. 1998. Nr. 11. S. 545-558.
90. Krannig, Annette. Sichere multimediale Telekommunikation. Wiesbaden 1998.
91. Lin, Carolyn A. Exploring personal computer adoption dynamics. In: Journal of Broadcasting & Electronic Media. 1998. Nr. 1. S. 95-112.
92. LPR Hessen (Hrsg.). Digital oder original? Virtuelle Werbung bei Sportübertragungen im Fernsehen. München 1999.
93. Mai, Manfred/Klaus Neumann-Braun (Hrsg.). Von den »Neuen Medien« zu Multimedia. Baden-Baden 1999.
94. McQuail, Denis (Hrsg.). Media policy. Convergence, concentration and commerce. London 1998.
95. Modoux, Alain (Hrsg.). World communication report. The media and the challenge of the new technologies. Paris 1997.
96. Moran, Albert. Copycat TV. Globalisation, program formats and cultural identity. Luton 1998.
97. Müller, Günter. Das Internet als Experimentierfeld für moderne Telekommunikationsinfrastrukturen. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 272-287.
98. Neuberger, Christoph (Hrsg.). Online, die Zukunft der Zeitung? Das Engagement deutscher

- Tageszeitungen im Internet. Opladen/Wiesbaden 1998.
99. Pospischil, Rudolf. Redispositionierung von AT&T. Eine Analyse zur Entwicklung von 1983 bis 1998. Bad Honnef 1998.
 100. Reddington, Joe. The digital newsroom. In: Diffusion. 1998. Summer. S. 43ff.
 101. Sassen, Saskia. Cyber-Segmentierungen. Elektronischer Raum und Macht. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 215-235.
 102. Schierl, Thomas. Vom Werbespot zum interaktiven Werbedialog. Über die Veränderungen des Werbefernsehens. Köln 1997.
 103. Schlattmann, Gabriele. Multimedia im Buch- und Filmmarkt. Eine sozioökonomische Analyse. Leverkusen 1998.
 104. Schub von Bossiazky, Gerhard. Perspektiven für die neuen Online-Vertriebswege. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 249-270.
 105. Schulze-Flielitz, Helmuth. Betätigung öffentlich-rechtlicher Institutionen im Onlinebereich. In: AfP. 1998. Nr. 5. S. 447-457.
 106. Sennewald, Nicola. Massenmedien und Internet. Zur Marktentwicklung in der Pressebranche. Wiesbaden 1998.
 107. Soukup, Michael. Interaktives Fernsehen. Quo vadis? Bern 1998.
 108. Thoma, Helmut. Analog, digital oder per Post – Die Zukunft des Fernsehens liegt im Programm. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Televisionen. S. 171-182.
 109. Todtenhaupt, Anja. CyberTV. Die Zukunft des Fernsehens zwischen 0 und 1. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Televisionen. S. 127-147.
 110. Vitt, Alexandra. Zukunftsvision Cybergeld. Finanzdienste und ihre Netzerfahrung. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 236-248.
 111. Wagner, Gerald. Rupert Murdoch. Die Globalisierung des deutschen Fernsehmarktes. Düsseldorf 1999.
 112. Wehmeier, Stefan. Fernsehen im Wandel. Differenzierung und Ökonomisierung eines Mediums. Konstanz 1998.
 113. Wood, David. The mysteries of the market. In: Diffusion. 1997/1998. Winter. S. 39ff.
 114. Zerdick, Axel u.a. Die Internet-Ökonomie. Strategien für die digitale Wirtschaft. Berlin 1999.
 115. Zimmer, Jochen. Werbemedium World Wide Web. In: Media Perspektiven. 1998. Nr. 10. 498-507.
 116. Zimmermann, Harald A. Knowledge Management und Kommunikationssysteme. Konstanz 1998.
- ### III. Politische und juristische Aspekte
117. Arlt, Ute. Zukünftige Organisation und Rechtsstellung der Datenschutzkontrolle in Deutschland. Anforderungen an die Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie. In: Computer und Recht. 1998. Nr. 12. S. 713-719.
 118. Bär, Wolfgang. Strafprozessurale Fragen der EDV-Beweissicherung. In: Multimedia und Recht. 1998. Nr. 11. S. 577-584.
 119. Bailie, Mashoed/Dwayne Winseck (Hrsg.). Democratizing communication? Comparative perspectives on information and power. London 1997.
 120. Bartsch, Michael. Software und das Jahr 2000. Haftungsrechtliche Probleme. In: Computer und Recht. 1998. Nr. 4. S. 193-197.
 121. Bentele, Günter (Hrsg.). Konflikte, Krisen und Kommunikationschancen in der Mediengesellschaft. Case studies aus der PR-Praxis. Berlin 1998.
 122. Büllesbach, Alfred (Hrsg.). Datenschutz im Telekommunikationsrecht. Deregulierung und Datensicherheit in Europa. Köln 1997.
 123. Carter, Cynthia/Gill Branston/Stuart Allan (Hrsg.). News, gender and power. London 1998.
 124. Coy, Wolfgang. Media Control. Wer kontrolliert das Internet? In: Sybille Krämer (Hrsg.). Medien, Computer, Realität. S. 133-151.
 125. Davis, Jonathan/Amelia Fletcher. Industriepolitische Wunschvorstellungen bei Kabel und Satellit gescheitert. Erfahrungen mit der Regulierung neuer Medien in Großbritannien. In: Media Perspektiven. 1998. Nr. 6. 298-309.
 126. Davis, Richard. New media and American politics. Oxford 1998.
 127. Degenhart, Christoph. Programmauftrag Internet. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Online-Dienste. In: Multimedia und Recht. 1998. Nr. 3. S. 137-140.
 128. Degenhart, Christoph. Rundfunk und Internet. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. 1998. Nr. 5. S. 333-349.
 129. Deutscher Kulturrat. Urheber- und Leistungsschutzrecht in der Informationsgesellschaft. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. Nr. 12. S. 1011-1015.
 130. Dieselhorst, Jochen. Anwendbares Recht bei internationalen Online-Diensten. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. 1998. Nr. 4. S. 293-300.
 131. Eberle, Carl-Eugen. Betätigung des ZDF im Online-Bereich. In: AfP. 1998. Nr. 3. S. 272ff.
 132. Filk, Christian/Michael Malachewitz. Rechtsextremismus in Gesellschaft, Kultur, Medien. In: Manfred Büttner (Hrsg.). Braune Saat in jungen Köpfen. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und

- Rechtsgewalt, Band 2. Baltmannsweiler 1999. S. 380-395.
133. Filk, Christian. An der »Informationsfront«. Anmerkungen zur Rolle der Massenmedien im Kosovo-Krieg. In: *Multimedia*. 1999. Nr. 8. S. 8f.
134. Fischer, Ulrich/Bruno Schierbaum. Telearbeit und Datenschutz. Eine vernachlässigte Debatte. In: *Computer und Recht*. 1998. Nr. 6. S. 321-327.
135. Flechsig, Norbert P. Urheberrecht und verwandte Schutzrechte in der Informationsgesellschaft. Der Richtlinienvorschlag der EG-Kommission zur Harmonisierung bestimmter Aspekte dieses Rechts. In: *Computer und Recht*. 1998. Nr. 4. S. 225-231.
136. Flechsig, Norbert P./Detlev Gabel. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Netz durch Einrichten und Vorhalten von Hyperlinks. In: *Computer und Recht*. 1998. Nr. 6. S. 351-358.
137. Frey, Dieter. Fernsehen und audiovisueller Pluralismus im Binnenmarkt der EG. Baden-Baden 1999.
138. Funk, Axel. Wettbewerbsrechtliche Grenzen von Werbung per Email. In: *Computer und Recht*. 1998. Nr. 7. S. 411-420.
139. Gellner, Winand/Fritz von Korff (Hrsg.). Demokratie und Internet. Baden-Baden 1998.
140. Gersdorf, Hubertus. Chancengleicher Zugang zum digitalen Fernsehen. Berlin 1998.
141. Grewlich, Klaus W. Wirtschaftsvölkerrechtliche Ordnung für das Internet. Multimediadienste und elektronischer Geschäftsverkehr im internationalen und europäischen Wirtschaftsrecht. In: *Kommunikation & Recht*. 1998. Nr. 3. S. 81-89.
142. Größmann, Christine. Electronic commerce. Die EU-Fernabsatzrichtlinie und ihre Auswirkungen auf den Handel über neue Medien. In: *Multimedia und Recht*. 1998. Nr. 2. S. 88-92.
143. Herkströter, Dirk. Neue elektronische Werbeformen. Glaubwürdigkeit des Programms gefährdet? Rundfunkrechtliche Probleme von virtueller Werbung und Split-Screening. In: *Media Perspektiven*. 1998. Nr. 3. S. 106-112.
144. Hesse, Albrecht. Ausgewählte Rechtsprechung mit grundsätzlicher Bedeutung für die Rundfunkordnung in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Rundfunk und Fernsehen*. 1998. Nr. 4. S. 515-537.
145. Hoeren, Thomas (Hrsg.). Rechtsfragen der Informationsgesellschaft. Berlin 1999.
146. Jarass, Hans. Rundfunkbegriffe im Zeitalter des Internet. Zum Anwendungsbereich der Rundfunkfreiheit, des Rundfunkstaatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags. In: *AfP*. 1998. Nr. 2. S. 133-141.
147. Kamps, Klaus (Hrsg.). Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen/Wiesbaden 1999.
148. Klimek, Oliver/Stefanie Sieber. Anwendbares Recht beim Vertrieb digitalisierbarer Waren über das Internet am Beispiel der Softwareüberlassung. In: *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*. 1998. Nr. 11. S. 902-908.
149. Köhntopp, Kristian/Magrit Köhntopp. Sperrungen im Internet. Eine systematische Aufbereitung der Zensurdiskussion. In: *Kommunikation & Recht*. 1998. Nr. 1. S. 25-31.
150. Kreile, Johannes/Stefan Neuenhahn. Online-Angebote öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. Darstellung der aktuellen rechtswissenschaftlichen Diskussion. In: *Kommunikation & Recht*. 1998. Nr. 1. S. 41-47.
151. Kroeber-Riel, Werner u.a. (Hrsg.). Kommunikative Beeinflussung in der Gesellschaft. Kontrollierte und unbewusste Anwendung von Sozialtechniken. Wiesbaden 1998.
152. Kuhlen, Rainer. Die Mondlandung des Internet. Die Bundestagswahl 1998 in den elektronischen Kommunikationsforen. Konstanz 1998.
153. Ladeur, Karl Heinz. Zur Notwendigkeit einer flexiblen Abstimmung von Bundes- und Landeskompetenzen auf den Gebieten des Telekommunikations- und Rundfunkrechts. In: *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*. 1998. Nr. 4. S. 262-269.
154. Lammek, Marc. Die Kooperation der Landesmedienanstalten. Frankfurt am Main 1997.
155. Leupold, Andreas. Auswirkungen der Multimedia-Gesetzgebung auf das Urheberrecht. In: *Computer und Recht*. 1998. Nr. 4. S. 234-240.
156. Lewinski, Silek von. Die Multimedia-Richtlinie. Der EG-Richtlinienvorschlag zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft. In: *Multimedia und Recht*. 1998. Nr. 3. S. 115-118.
157. Machill, Marcel/Niels Lutzhöft. Der französische Fernsehmarkt im digitalen Zeitalter. Entwicklungen in der Medienpolitik Frankreichs. In: *Media Perspektiven*. 1998. Nr. 3. S. 132-143.
158. Maresch, Rudolf. Öffentlichkeit im Netz. Ein Phantasma schreibt sich fort. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Mythos Internet*. S. 193-212.
159. *Media Perspektiven*. Daten zur Mediensituation in der Bundesrepublik Deutschland. Basisdaten 1998. Frankfurt am Main 1998.
160. Meyn, Hermann. Massenmedien in Deutschland. Konstanz 1999.
161. Michel, Eva-Maria. Rundfunk und Internet. Die Zulässigkeit von Internet-Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. In: *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*. 1998. Nr. 5. S. 350-357.

162. Niemann, Annette. Das Recht des Bildes. Untersuchungen zu Auswirkungen der Digitalisierung auf den Urheberrechtsschutz in der Bildbranche. Potsdam 1998.
163. Otto, Jan. T. Urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Internet-Service-Providern in den USA. In: Kommunikation & Recht. 1998. Nr. 11. S. 487-490.
164. Pankin, Alexei. Economic constraints on media independence and pluralism in Eastern and Central Europe. In: Balkan Media. 1998. Nr. 1. S. 27-34.
165. Pelz, Christian. Die Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Internet-Providern. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. 1998. Nr. 6. S. 530-534.
166. Penchina, Robert/Christopher Serbagi. Publishers' electronic rights. Comfortable times to come? In: Kommunikation & Recht. 1998. Nr. 1. S. 23f.
167. Pfeiffer, Thomas. Bornierte Bits 'n' Bytes – Thule-Netz will »Gegenöffentlichkeit« der Rechtsextremisten schaffen. In: Manfred Büttner (Hrsg.). Braune Saat in jungen Köpfen. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt, Band 1. Baltmannsweiler 1999. S. 103-121.
168. Poster, Mark. Elektronische Identitäten und Demokratie. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 147-170.
169. Rath-Glawatz, Michael. Betätigung öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten im Internet. In: AfP. 1998. Nr. 3. S. 261-272.
170. Reinbothe, Jörg. Der EU-Richtlinienentwurf zum Urheberrecht und zu den Leistungsschutzrechten in der Informationsgesellschaft. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. 1998. Nr. 6. S. 429-437.
171. Ricker, Reinhart. Digitalisierung und interaktive Medienangebote – Grenzen für ARD und ZDF? In: AfP. 1998. Nr. 5. S. 437-446.
172. Riehmer, Klaus. W. Compliance-Pflichten für TK-Unternehmen. Die Telekommunikations-Kundenverordnung 1998. In: Computer und Recht. 1998. Nr. 5. S. 273-280.
173. Ring, Wolf-Dieter. Rundfunk und Internet. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. 1998. Nr. 5. S. 358-361.
174. Roesler, Alexander. Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Mythos Internet. S. 171-192.
175. Rüßmann, Helmut. Verbraucherschutz im Internet. In: Kommunikation & Recht. 1998. Nr. 4. S. 129-136.
176. Schaefer, Martin/Clemens Rasch. Zur Verantwortlichkeit von Online-Diensten und Zugangsvermittlern für fremde urheberrechtsverletzende Inhalte. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht. 1998. Nr. 6. S. 451-458.
177. Schierholz, Anke. Der Schutz der menschlichen Stimme gegen Übernahme und Nachahmung. Baden-Baden 1998.
178. Schlechter, Richard. Sicherheit im Internet. Grundzüge einer europäischen Rechtspolitik. In: Kommunikation & Recht. 1998. Nr. 4. S. 147-152.
179. Schoch, Friedrich. Betätigung öffentlich-rechtlicher Anstalten im Online-Bereich. In: AfP. 1998. Nr. 3. S. 253-261.
180. Schulz, Wolfgang. Jugendschutz bei Tele- und Mediendiensten. In: Multimedia und Recht. 1998. Nr. 4. S. 182-187.
181. Schumacher, Stephan. Digitale Signaturen in Deutschland, Europa und den USA. Ein Problem, zwei Kontinente, drei Lösungen? In: Computer und Recht. 1998. Nr. 12. S. 758-763.
182. Schütz, Walter J. (Hrsg.). Medienpolitik. Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990. Konstanz 1999.
183. Schwenger, Oliver. Die Rechte des Musikproduzenten. Eine Untersuchung zu den Urheber- und Leistungsschutzrechten und dem Urhebervertragsrecht in der Produktion und Vermarktung von Popmusik. Baden-Baden 1998.
184. Spindler, Gerald. Die Haftung von Online-Diensteanbietern im Konzern. In: Computer und Recht. 1998. Nr. 12. S. 745-757.
185. Stocker, Gerfried/Christine Schöpfer (Hrsg.). Information. Macht. Krieg. Wien/New York 1998.
186. Tettenborn, Alexander. Europäische Union. Rechtsrahmen für die Informationsgesellschaft. In: Multimedia und Recht. 1998. Nr. 1. S. 18-25.
187. Uwer, Dirk. Medienkonzentration und Pluralismussicherung im Lichte des europäischen Menschenrechts der Pressefreiheit. Berlin 1998.
188. Wegner, Ralf. Rechtlicher Schutz von Internetdomains. Kollisionsrecht. In: Computer und Recht. 1998. Nr. 11. S. 676-684.
189. Zankova, Bissera. The information society. A challenge for Eurpoa. 5th European Ministeral Conference on mass media policy. In: Balkan Media. 1998. Nr. 1. S. 22ff.
- IV. Soziokulturelle und pädagogische Aspekte
190. Aufenanger, Stefan. Multimedia – eine Herausforderung an Erziehung und Unterricht. Opladen 1999.
191. Baacke Dieter u.a. Zielgruppe Kind. Kindliche Lebenswelten und Werbeinszenierungen. Opladen 1999.
192. Barthelmes, Jürgen. Fernsehen und Computer in der Familie. Für einen kreativen Umgang mit Medien. München 1998.

193. Becker, Barbara. Fragmentierung oder Zufall. Anmerkungen zu möglichen Auswirkungen elektronischer Medien. In: Peter Zimmermann/Natalie Binczek (Hrsg.). *Eigentlich könnte alles auch anders sein*. S. 229-234.
194. Blatt, Inge. Computer als Medium – Eine Herausforderung für den Deutschunterricht. In: Bodo Lecke (Hrsg.). *Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht*. S. 179-203.
195. Bofinger, Jürgen u.a. Das Freizeit- und Medienverhalten von Hauptschülern. Eine explorative Studie über Hintergründe und Zusammenhänge. München 1999.
196. Bolter, Jay David/Richard Grusin. *Remediation. Understanding new media*. Cambridge, Ma./London 1998.
197. Brants, Kees u.a. (Hrsg.). *The media in question. Popular cultures and public interest*. London u.a. 1998.
198. Collins, Janet u.a. (Hrsg.). *Teaching and learning with multimedia*. London/New York 1997.
199. Collins, Jude. Media education in Northern Ireland. In: Andrew Hart (Hrsg.). *Teaching the media*. S. 57-77.
200. Cottmann, Kathrin. *Wie verstehen Kinder Maschinen und Computer? Eine empirische Studie mit Konsequenzen für Pädagogik und Softwareentwicklung*. München 1998.
201. Court, Sue/Costas Criticos. Media education in an emergent democracy. KwaZulu-Natal, South Africa. In: Andrew Hart (Hrsg.). *Teaching the media*. S. 79-105.
202. Dörr, Günter/Karl Ludwig Jüngst (Hrsg.). *Lernen mit Medien. Ergebnisse und Perspektiven zu medial vermittelten Lehr- und Lernprozessen*. Weinheim 1998.
203. Eiwand, Barbara. *Lehren und Lernen mit dem Computer*. Regensburg 1998.
204. Erlinger, Hans Dieter/Hans-Jörg Stiller (Hrsg.). *Deutschdidaktik und Medienerziehung. Kulturtechnik Medienkompetenz in Unterricht und Studium*. München 1999.
205. Faßler, Manfred. Telephobien und digitalisierte Fernen. Aspekte elektronischer Abwesenheit. In: Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 89-104.
206. Feierabend, Sabine/Walter Klingler. *Jugend, Information und (Multi-)Media. Eine Bestandsaufnahme und Trends 1998*. In: *Rundfunk und Fernsehen*. 1998. Nr. 4. S. 480-497.
207. Filk, Christian. *Konzepte gefragt: »Neue Medien« fordern Bildung und Erziehung heraus*. *Multimedia* 1999. Nr. 5. S. 10f.
208. Fredin, Eric S./David Parbu. *Browsing and the hypermedia interaction cycle*. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*. 1998. Nr. 1. S. 35-54.
209. Gerhards, Maria/Walter Klingler. *Jugendmedium Radio. Die Rolle des Hörfunks bei Jugendlichen im Kontext von Multimedia*. In: *Media Perspektiven*. 1998. Nr. 11. S. 570-577.
210. Göttlich, Udo u.a. (Hrsg.). *Kommunikation im Wandel. Zur Theatralität der Medien*. Köln 1998.
211. Gumpert, Gary/Susan J. Drucker. *The demise of privacy in a private world. From front porches to chat rooms*. In: *Communication Theory*. 1998. Nr. 4. S. 408-425.
212. Grubauer, Franz. *Schlüsselqualifikationen für die Mediengesellschaft. Lernprojekte und Simulationssoftware zur Konfliktbewältigung in modernen Gesellschaften*. Opladen 1999.
213. Hall, Ann C. (Hrsg.). *Delights, desires and dilemma. Essays on woman and the media*. Westport, Con./London 1998.
214. Harauer, Robert. *Die Zukunft der Kultur in Europa. Zwischen technologischer Innovation und sozialer Ausgrenzung*. Wien 1998.
215. Hart, Andrew (Hrsg.). *Teaching the media. International perspectives*. London 1998.
216. Hart, Andrew. *Introduction. Media education in the global village*. In: Andrew Hart (Hrsg.). *Teaching the media*. S. 1-21.
217. Hart, Andrew. *Models of media education in England and the secondary curriculum for English*. In: Andrew Hart (Hrsg.). *Teaching the media*. S. 23-56.
218. Hart, Andrew. *Paradigms revisited*. In: Andrew Hart (Hrsg.). *Teaching the media*. S. 169-196.
219. Hickethier, Knut. *Medienkultur und Medienwissenschaft im Germanistikstudium*. In: Bodo Lecke (Hrsg.). *Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht*. S. 85-112.
220. Hobbs, Renee. *Media Literacy in Massachusetts*. In: Andrew Hart (Hrsg.). *Teaching the media*. S. 127-144.
221. Holtz-Bacha, Christina u.a. (Hrsg.). *Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben*. Opladen 1998.
222. Hug, Theo (Hrsg.). *Technologie und Medienpädagogik. Zur Theorie und Praxis kritisch-reflexiver Medienkommunikation*. Baltmannsweiler 1998.
223. Jääsaari, Johanna/Erja Ruohomaa. *Who will use new media?* In: *Diffusion*. 1997/1998. Winter. S. 42-45.
224. Jarren, Ortfried/Friedrich Krotz (Hrsg.). *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*. Baden-Baden 1998.
225. Kerckhove, de Derrick. *Das Internet erobert das Fernsehen. Ein Trojanisches Pferd im öffentlichen Bewußtsein*. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Televisionen*. S. 183-202.

226. Kiefer, Klaus H./Margit Riedel. Dada, Konkrete Poesie, Multimedia. Bausteine zu einer transgressiven Literaturdidaktik. Frankfurt am Main u.a. 1998.
227. Kiesler, Sara (Hrsg.). Culture of the Internet. Mahwah 1997.
228. Köhnen Ralph (Hrsg.). Philologie im Wunderland. Medienkultur im Deutschunterricht. Frankfurt am Main u.a. 1998.
229. Kubicek, Herbert u.a. (Hrsg.). Lernort Multimedia. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft. Heidelberg 1998.
230. Kübler, Hans-Dieter. Mediengenerationen oder Medien für »Generationen«? Heuristische Überprüfung eines neuen Paradigmas. In. Medien Praktisch. 1998. Nr. 2. S. 9-16.
231. Kübler, Hans-Dieter. An der Schwelle zur Informationsgesellschaft. Wie ratlos ist die Didaktik? In. Bodo Lecke (Hrsg.). Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht. S. 113-149.
232. Kuhn, Hans-Werner/Peter Massing (Hrsg.). Politikunterricht. Kategorial und handlungsorientiert. Ein Videobuch. Schwalbach, Ts. 1999.
233. Lange, Andreas/Kurt Lüscher. Kinder und ihre Medienökologie. Eine Zwischenbilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung des Leitmediums Fernsehen. München 1998.
234. Lecke, Bodo (Hrsg.). Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht. Frankfurt am Main u.a. 1999.
235. LPR Rheinland-Pfalz/LfR Nordrhein-Westfalen/LPR Hessen (Hrsg.). Baukasten »Kinder und Werbung«. Medienkompetenz für Kindergarten, Grundschule und Familie. München 1999.
236. MacMahon, John. Educational broadcasting live and interactive. In. Diffusion. 1997/1998. Winter. S. 5-8.
237. Meyrowitz, Joshua. Multiple media literacies. In. Journal of Communication. 1998. Nr. 1. S. 96-108.
238. Mirzoeff, Nicholas (Ed.). The visual culture reader. London 1998.
239. Morgan, Robert. Media education in Ontario. Generational differences in approach. In. Andrew Hart (Hrsg.). Teaching the media. S. 145-167.
240. Münker, Stefan. Epilog zum Fernsehen. In. Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Televisionen. S. 220-235.
241. Münker, Stefan/Alexander Roesler (Hrsg.). Televisionen. Frankfurt am Main 1999.
242. Neuß, Norbert. Visualität als Herausforderung der Schule. In. Bodo Lecke (Hrsg.). Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht. S. 153-178.
243. Potter, James W. Media literacy. Thousand Oaks u.a. 1998.
244. Quin, Robyn. Media education in western Australia. In. Andrew Hart (Hrsg.). Teaching the media. S. 107-126.
245. Roe, Keith/Daniel Muijs. Children and computergames. A profil of the heavy user. In. European Journal of Communication. 1998. Nr. 2. S. 181-200.
246. Rötzer, Florian. Digitale Weltentwürfe. Streifzüge durch die Netzkultur. München 1998.
247. Saxer, Ulrich. Medien-Kulturkommunikation. Opladen/Wiesbaden 1998.
248. Schell, Fred (Hrsg.). Aktive Medienarbeit mit Jugendlichen. Theorie und Praxis. 3. Aufl. München 1999.
249. Schorb, Bernd/Helga Teunert. Jugendschutz im Digitalen Zeitalter. Wie er technisch funktioniert und wie Familien damit umgehen. Berlin 1998.
250. Schwab, Jürgen/Michael Stegmann. Die Windows-Generation. Profile, Chancen und Grenzen jugendlicher Computeraneignung. München 1998.
251. Seel, Norbert M. Using online learning in education. In. Diffusion. 1997/1998. Winter. S. 9-12.
252. Singh, Sameer u.a. Enhancing comprehension of web information for users with special linguistic needs. In. Journal of Communication. 1998. Nr. 2. S. 86-108.
253. Six, Ulrike. Medienerziehung im Kindergarten. Theoretische Grundlagen und empirische Befunde. Opladen 1998.
254. Sjölin, Amelie. Kinder schreiben über Medienfiguren. Spuren symbolischer Vermittlungsweisen von Medien in Kindertexten. In. Bodo Lecke (Hrsg.). Literatur und Medien in Studium und Deutschunterricht. S. 205-223.
255. Spanhel, Dieter. Integrative Medienerziehung in der Hauptschule. München 1999.
256. Timm, Caja (Hrsg.). Soziales im Netz. Sprache, soziale Beziehungen und Identität im Internet. Opladen/Wiesbaden 1999.
257. Weiler, Stefan. Die neue Mediengeneration. Medienbiographien als medienpädagogische Prognoseinstrumente. Eine Studie zur Entwicklung von Medienpräferenzen. München 1998.
258. Wyver, John. »Broadcatching« und »Inhabited Television«. Neue Formen partizipatorischer Medien. In. Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). Televisionen. S. 148-170.

- V. Ethische und ästhetische Aspekte
259. Engelmann, Peter (Hrsg.). *Cyborgs & Designerbabies*. Wien 1998.
260. Grassmuck, Volker. Die japanische Schrift und ihre Digitalisierung. In: Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 195-233.
261. Griem, Julia (Hrsg.). *Bildschirmfiktionen. Interferenzen zwischen Literatur und neuen Medien*. Tübingen 1998.
262. Jäckel, Michael. Wird die Welt flach? CD-ROM und gedruckte Publikationen im Vergleich. In: *Medienpsychologie*. 1998. Nr. 1. S. 3-25.
263. Kac, Eduardo. Das Internet und die Zukunft der Kunst. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Mythos Internet*. S. 291-318.
264. Plottegg, Manfred. Der Demiurg, die Kontingenz, das Surfen. In: Peter Zimmermann/Natalie Binczek (Hrsg.). *Eigentlich könnte alles auch anders sein*. S. 107-115
265. Manovich, Lev. What is digital cinema? In: *Balkan Media*. 1998. Nr. 1. S. 1-16.
266. Roppel, Stephan. *Visualisierung und Adaption. Techniken zur Verbesserung der Interaktion mit hierarchisch strukturierter Information*. Konstanz 1998.
267. Sachs-Hombach, Klaus/Klaus Rehkämper (Hrsg.). *Bild – Bildwahrnehmung – Bildverarbeitung. Interdisziplinäre Beiträge zur Bildwissenschaft*. Leverkusen 1998.
268. Sandbothe, Mike. Interaktivität – Hypertextualität – Transversalität. Eine medienphilosophische Analyse des Internet. In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Mythos Internet*. S. 56-82.
269. Sandbothe, Mike. Der Pfad der Interpretation. Zur Medienethik des Internet. In: *Computer und Recht*. 1998. Nr. 5. S. 311-316.
270. Schilson, Arno. Medienethik der zweiten Dimension. Die Herausforderung des Medienreligiösen in der Fernsehkultur der Gegenwart. In: *Communicatio Socialis*. 1998. Nr. 2. S. 144-157.
271. Shaw, Colin. *Deciding what we watch*. Oxford 1999.
272. Spinner, Helmut F. *Die Architektur der Informationsgesellschaft*. Bodenheim 1998.
273. Thomaß, Barbara. *Journalistische Ethik. Ein Vergleich der Diskurse in Frankreich, Großbritannien und Deutschland*. Opalden 1998.
274. Vetsch-Thalmann, Jakob. Das Internet als neues Medium für die Seelsorge. In: *Communicatio Socialis*. 1998. Nr. 2. S. 170-174.
275. Voß, Peter. Mündigkeit im Mediensystem – Hat Medienethik eine Chance? Anmerkungen eines Verantwortlichen zur Theorie und Praxis der Massenmedien. Baden-Baden 1998.
276. Wenz, Karin. Der Text im Zeitalter seiner elektronischen Reproduzierbarkeit. In: Winfried Nöth/Karin Wenz (Hrsg.). *Medientheorie und die digitalen Medien*. S. 159-175.
277. Wiegerling, Klaus. *Medienethik*. Stuttgart 1998.
278. Wirth, Uwe. Literatur im Internet. Oder: Wen kümmert's, wer liest? In: Stefan Münker/Alexander Roesler (Hrsg.). *Mythos Internet*. S. 319-337.
279. Wunden, Wolfgang (Hrsg.). *Freiheit und Medien*. Frankfurt am Main 1998.
280. Zehnder, Matthias. *Gefahr aus dem Cyberspace? Das Internet zwischen Freiheit und Zensur*. Basel 1998.

Christian Filk, Köln

Zeitschriftenlese 79 (1.1. - 30.4.1999)

- Bartosch, Günter: Fernsehen als Geburtshelfer des Hörfunks. Die weitgehend unbekanntete Geschichte der Ultrakurzwelle. In: *ZDF-Kontakt*. 1999. H. 2. S. 20f., H. 3. S. 14f.
1. Vor 50 Jahren: UKW - »Die Welle der Freude«
 2. Vor 75 Jahren: UKW - Die Welle der Zukunft
- Bentle, Günter: Harry Pross wurde 75. In: *Publizistik*. Jg. 44. 1999. H. 1. S. 94-97.
- Publizist, Journalist, Chefredakteur bei Radio Bremen, Nachfolger von Emil Dovifat auf dem Lehrstuhl für Publizistik an der Freien Universität Berlin, geboren 2. September 1923.
- Bernard, Birgit: »Die Frau in Weiß.« Zur Vita des Hörspiel- und Fernsehspielregisseurs Wilhelm Semmelroth (1914 - 1992). [Nebentitel:] Der WDR-Regisseur Wilhelm Semmelroth: eine biographische Skizze. In: *Geschichte in Köln*. H. 42. 1997. S. 119-128.
- Brück, Ingrid u.a.: Krimigeschichte(n): zur Entwicklung des deutschen Fernsehkrimis. In: Walter Klingler u.a. (Hrsg.): *Fernsehforschung in Deutschland. Themen - Akteure - Methoden*. Teilband 1. Baden-Baden 1998. S. 401-415.
- Chronik [des privaten Rundfunks in Deutschland]. In: *Jahrbuch der Landesmedienanstalten. Privater Rundfunk in Deutschland*. 1997/98. München 1998. S. 673-722.
- Deppe, Jens: Rußland auf dem Weg zur pluralistischen Gesellschaft. Ein kurzer Überblick über die Entwicklung freier Massenmedien. In: *Rundfunk und Fernsehen*. Jg. 47. 1999. H. 1. S. 43-60.
- »Kurzer Überblick über die geschichtliche und rechtliche Situation der russischen Massenmedien seit der Perestrojka.«
- 30 Jahre im ZDF: Das Sonntagskonzert. In: *ZDF. Monatsjournal*. Jg. 15. 1999. H. 1. S. 16-17.
- Dussel, Konrad: Unterhaltung im Sozialismus. Hörfunkprogramme in der DDR der fünfziger Jahre. In: *Deutschland-Archiv*. Jg. 31. 1998. H. 3. S. 404-418.

Eimeren, Birgit van, Heinz Gerhard: Talkshows - Formate und Zuschauerstrukturen. Überblick über Entwicklung und Nutzung eines alltäglichen Programmformats. In: *Media Perspektiven*. 1998. H. 12. S. 600-607.

darin: Die Geschichte des Genres Talkshow.

Entwicklung des privaten Rundfunks und Tätigkeit der Landesmedienanstalten 1996 bis 1998. In: *Jahrbuch der Landesmedienanstalten. Privater Rundfunk in Deutschland*. 1997/98. München 1998. S. 9-42.

darin: Entwicklung des privaten Fernsehens in Deutschland; Entwicklung des privaten Hörfunks in Deutschland

Eßer, Kerstin: Von Null auf Hundert. Das Zeichentrickangebot im deutschen (Kinder-)Fernsehen - ein historischer Abriß. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): *Handbuch des Kinderfernsehens*. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 339-359.

Faulstich, Werner: Mediengeschichte. In: Werner Faulstich (Hrsg.): *Grundwissen Medien*. 3., erw. Aufl. München 1998. S. 29-41.

Faulstich, Werner: Zur Entwicklung der Medienwissenschaft. In: Werner Faulstich (Hrsg.): *Grundwissen Medien*. 3., erw. Aufl. München 1998. S. 11-18.

Zur Entstehung (seit Mitte der 70er Jahre) und Entwicklung einer eigenständigen Medienwissenschaft in Deutschland in Abgrenzung zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.

Grimm, Jürgen: Talkshows - aus Sicht der Rezipienten. In: *TV Diskurs*. H. 7. 1999. S. 66-79.

»Talkshows gehören zu den Klassikern des Infotainment, deren Prototyp erstmals Dietmar Schönherr 1973 mit »Je später der Abend ...« moderierte.«
darin: Zur Entwicklung des Talkshow-Genres; Einfluß des »Code of Conduct« auf die Genre-Entwicklung; Von der Talkshow zum Live-Life-Drama

Heinrichs, Elke, Michael Jäckel: Aus dem Alltag in den Alltag? Zur Bedeutung von Daily Soaps und Serien für Programmanbieter und Zuschauer. In: *Medien praktisch*. Jg. 23. 1999. H. 1. S. 35-40.

darin: Soap opera: Hinweise zur historischen Entwicklung eines Genres

Hickethier, Knut: Die Anfänge des deutschen Kinderfernsehens und Ilse Obrigs Kinderstunde. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): *Handbuch des Kinderfernsehens*. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 151-163.

darin: Kinderfernsehen im Dritten Reich; Das Radio-vorbild: Zum Beispiel Ilse Obrig, Die Anfänge des Kinderfernsehens beim Nordwestdeutschen Rundfunk

Hickethier, Knut: Produzenten und Vermittler von Medienkultur - am Beispiel des Fernsehspiels. In: Ulrich Saxer (Hrsg.): *Medien-Kulturkommunikation*. (Publizistik. Sonderheft 2). Opladen, Wiesbaden 1998. S. 141-159.

darin: Kunstproduzenten in den Medien; vom Hörspiel zum Fernsehspiel; vom Theater zum Fernsehspiel; kulturelle Verflechtung in der Phase der Industrialisierung des Fernsehens; von Literatur und Film zum Fernsehen

Hömberg, Walter: Vielseitiger Komplexitätsartist. Manfred Rühl 65 Jahre. In: *Publizistik*. Jg. 44. 1999. H. 1. S. 97-99.

Kommunikationswissenschaftler, geboren 31.12. 1933.

Kleber, Thomas: Alte Bastlertugenden. Im Guinness-Buch: Radiomuseum mit 3000 Geräten. In: *Westfalenspiegel*. Jg. 46. 1997. H. 2. S. 61.

Über das private Internationale Radiomuseum Hans Necker in Bad Laasphe.

Kopp, Matthias: Kommunikation in Kirche und Welt: 50 Jahre Päpstlicher Medienrat. In: *Communicatio socialis*. Jg. 31. 1998. H. 4. S. 421-426.

Krüger, Udo Michael: Thementrends in Talkshows der 90er Jahre. Talkshows bei ARD, ZDF, RTL, SAT.1 und PRO SIEBEN im Vergleich. In: *Media Perspektiven*. 1998. H. 12. S. 608-624.

Kubicek, Herbert: Von der Angebots- zur Nachfrageförderung. Die Medien- und Kommunikationspolitik in und nach der Ära Kohl. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Jg. 43. 1998. H. 9. S. 1093-1104.

Lersch, Edgar: Kommunikatororientierte Programmgeschichte und empirische Programmanalyse. Ein kritischer Rückblick auf zehn Jahre Forschung. In: Wolfgang Duchkowsch u.a. (Hrsg.): *Journalismus als Kultur. Analysen und Essays*. Opladen/Wiesbaden 1998. S. 253-267.

Marchal, Peter: Talk in Fernsehen und Radio als »Lebenshilfe«. Analyse und Reflexionen zu Meiser, Fliege, Domian und Co. In: *SI:SO*. Siegen: Sozial. Analyse, Berichte, Kontroversen. Jg. 3. 1998. H. 2. S. 34-50.

darin: Herkunft und Vorbilder.

Mattusch, Uwe: Nachrichten im Kinderprogramm. Kinder und Nachrichten. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): *Handbuch des Kinderfernsehens*. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 307-320.

darin: Zur Entwicklung der Kindernachrichten in der BRD

Mühlfenzl, Rudolf: Auftrag und Wirken der »Einrichtung«. Ein Kapitel Mediengeschichte der Wiedervereinigung. In: Helmut G. Bauer, Stephan Ory (Hrsg.): *Inhalt gestalten - Technik nutzen*. Beiträge zur Medienentwicklung im vereinten Deutschland. Festschrift für Claus Detjen. Berlin 1996. S. 105-116.

Orth, Stefan: Verstummt. Der christliche Rundfunksender Radio Campanile hat Konkurs angemeldet. In: *Herder-Korrespondenz*. Jg. 52. 1998. H. 8. S. 383f.

Der private katholische Sender strahlte vom 8. Dezember 1996 bis Juli 1998 ein tägliches 15stündiges Programm aus Ludwigshafen aus.

Paus-Haase, Ingrid: Vom Sesam-öffne-Dich des Vorschulbooms hin zur guten alten Tante des Kinderfernsehens der 90er Jahre. Die wechselvolle Geschichte der Sesamstraße. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): *Handbuch des Kinderfernsehens*. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 199-214.

Rebehn, Lars, Christoph Schmitt: Kasper, Kermit, Kalle Wirsch. Zur Entwicklung des Puppenspiels im Fernsehen. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): Handbuch des Kinderfernsehens. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 321-338.

Rosenthal, Thomas, Ralf Töllner: Gesundheit und Unterhaltung. Arzt- und Krankenhausserien im Fernsehen. Ergebnisse einer Inhaltsanalyse. In: Medien praktisch. Jg. 23. 1999. H. 2. S. 54-58.

Saxer, Ulrich: Annäherung an eine Rundfunk-Institutionsgeschichte. In: Wolfgang Duchkowitsch [u.a.] (Hrsg.): Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Opladen/Wiesbaden 1998. S. 213-225.

Medienhistoriographie als theoriegeleitete Institutionengeschichte; Eine institutionsgeschichtliche Pilotstudie [Ulrich Saxer, Ursula Ganz-Blättler: Schweizer Fernsehen: Werden und Wandel einer Institution. Zürich 1998]

Schäfer, Dieter: Gameshows und Quizsendungen für junge Menschen. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): Handbuch des Kinderfernsehens. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 291-306.

Schäffner, Gerhard: Fernsehen. In: Werner Faulstich (Hrsg.): Grundwissen Medien. 3., erw. Aufl. München 1998. S. 174-200.

darin: Begriff und Theorie; Geschichte; Produktion; Programme; Rezeption.

Schäffner, Gerhard: Hörfunk. In: Werner Faulstich (Hrsg.): Grundwissen Medien. 3., erw. Aufl. München 1998. S. 253-273.

darin: Begriff und Theorie; Geschichte; Produzenten/Produktion; Programm; Rezeption.

Schausten, Bettina: Zum 150. Mal: »Was nun...?«. Die politische Talksendung 1999 alle 14 Tage im ZDF-Programm. In: ZDF. Monatsjournal. Jg. 15. 1999. H. 3. S. 72-73.

Scheicher, Ursula: 15 Jahre »Die ZDF-reportage«. Lange Nächte mit den Glanzlichtern der Reportage [28., 29., 30. Dezember 1998, 1. Januar 1999]. In: ZDF-Monatsjournal. Jg. 15. 1999. H. 1. S. 76-77.

Schimanski, Helmut: Ein Stück Mediengeschichte & -gegenwart. 30 Jahre »Länderspiegel« - 30 Jahre politische Information am Samstagnachmittag. Interview: Thomas Hagedorn. In: ZDF-Kontakt. 1999. H. 1. S. 16-18.

Unter dem Titel: »Wir setzen den Deckel auf die Woche«. In: ZDF. Monatsjournal. Jg. 15. 1999. H. 1. S. 80-81.

Schönbach, Klaus: Winfried Schulz 60 Jahre. In: Publizistik. Jg. 43. 1998. H. 4. S. 427-428.

Kommunikationswissenschaftler, geboren 11. August 1938.

Stötzel, Dirk Ulf: Die Maus wird älter. Redaktions- und Sendungskonzept einer Kindersendung im WDR. In: Hans-Dieter Erlinger u.a. (Hrsg.): Handbuch des Kinderfernsehens. 2. Aufl. Konstanz 1998. S. 215-225.

Strobel, Ricarda, Werner Faulstich: Von Peter Frankfeld bis Thomas Gottschalk: historiographische

Typologie der deutschen Fernsehstars. In: Walter Klingler u.a. (Hrsg.): Fernsehforschung in Deutschland. Themen - Akteure - Methoden. Teilband 1. Baden-Baden 1998. S. 441-454.

Weiher, Sigfrid von: Radiogrüße aus Moskau. Erinnerungen an die Kindertage des Radios. In: Kultur & Technik. Jg. 22. 1998. H. 4. S. 32f.

Medienbiographisch gefärbte Erinnerungen des Autors an die Vor- und Frühgeschichte des Rundfunks in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen technikgeschichtliche und persönliche Erinnerungen an Manfred von Ardenne.

20 Jahre Zeugen des Jahrhunderts. Programmschwerpunkt ZDF/3sat/PHOENIX ab 17. Januar 1999. In: ZDF. Monatsjournal. Jg. 15. 1999. H. 1. S. 78f.

Rudolf Lang, Köln

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Mitgliederversammlung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Siegen

Am 7. Mai 1999 fand in Siegen am Rande der Jahrestagung turnusgemäß die Mitgliederversammlung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V. statt. Die Versammlung wurde eröffnet durch einen kurzen Rechenschaftsbericht des scheidenden Vorsitzenden, Dr. Helmut Drück. Er führte u.a. aus, daß die Mitgliederzahl stabil geblieben sei, Austritte bzw. Abgänge durch Todesfälle sich mit Neueintritten die Waage hielten. Insgesamt sei jedoch die Entwicklung unbefriedigend: praktizierende Journalisten seien kaum noch unter der aktiven Mitgliedschaft auszumachen, ähnliche Zurückhaltung übten Historiker aus dem wissenschaftlichen bzw. universitären Bereich. Die Zeitschrift »Rundfunk und Geschichte« habe sich seit der letzten Versammlung weiter positiv entwickelt, sie stelle ein wichtiges Identifikationsmoment für den Verein dar, in dem sich seine Arbeit dauerhaft widerspiegele. Allerdings bereite die Finanzierung größte Sorgen, neue Modelle (nur noch zwei Hefte pro Jahr und ein unabhängig vom Verein finanziertes Jahrbuch oder ggf. nur ein Jahrbuch) würden vom Vorstand schon seit längerem erörtert. Angesprochen wurden die übrigen Aktivitäten des Studienkreises, so das Doktorandenkolloquium – inzwischen unbenannt in »Examenskolloquium Rundfunkforschung« –, das vor allem dank des Engagements von Dr. Walter Klingler einen neuen Veranstaltungsort in Baden-Baden gefunden habe und dessen Existenz auf diese Weise gesichert sei, sowie die Arbeit der Fachgruppen. Die Jahrestagungen bedeuteten jedes Mal einen hohen Aufwand, sie fänden allerdings nicht über den engeren Kreis der Mitgliedschaft hinaus die Resonanz, die sie verdienten, dies sei mit der insgesamt geringen Teilnehmerzahl aus dem Studienkreis auf der jetzigen Veranstaltung deutlich geworden. Dr. Drück dankte den Mitgliedern des Vorstands für die gute Zusammenarbeit in den gemeinsamen Jahren in der Führung des Vereins seit 1991.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde zum Vorsitzenden des Studienkreises Prof. Dr. Rüdiger Steinmetz (Medienwissenschaft und Medienkultur, Universität Leipzig) gewählt, zu Stellvertretern des Vorsitzenden Dr. Walter Klingler (Medienforschung des Südwestrundfunks – SWR –, Baden-Baden) und Prof. Dr.

Reinhold Viehoff, (Medienwissenschaften, Universität Halle). Als Schriftführer bzw. Schatzmeister wurden Dr. Edgar Lersch (Historisches Archiv des SWR, Stuttgart) bzw. Dr. Michael Crone (Dokumentation und Archive des HR, Frankfurt am Main) bestätigt. Zu Beisitzern gewählt wurden Dr. Marianne Ravenstein (Universität Münster), Dr. Ingrid Scheffler (Universität Halle), Dr. Ansgar Diller (Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt am Main) und Dr. Oliver Zöllner (Medienforschung Deutsche Welle, Köln). Der Vorstand des Deutschen Rundfunkarchivs, Direktor Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard (Frankfurt am Main-Berlin), und der Leiter der Hauptabteilung ABD des ZDF, Dr. Heiner Schmitt (Mainz), gehören dem Vorstand qua Amt an. In den ersten beiden Sitzungen hat der neugewählte geschäftsführende Vorstand folgende Damen und Herren für das erweiterte Gremium kooptiert: Frau Dr. Gerlinde Frey-Vor (Medienforschung MDR, Leipzig), Prof. Dr. Lothar Albertin (Universität Bielefeld), Dr. Peter Dusek (ORF, Wien), Dr. Fritz Hausjell (Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien), Dr. Michael Harms (Hauptabteilungsleiter Dokumentation und Archive beim SWR, Baden-Baden), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Präsident des Bundesarchivs, Koblenz), Christian Schurig (Geschäftsführer des Landesrundfunkausschusses Sachsen-Anhalt, Halle) und Prof. Dr. Dieter Wiedemann (Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf«, Potsdam-Babelsberg). Ein studentisches Mitglied des erweiterten Vorstands soll nach dem im November 1999 stattfindenden Kolloquium »Rundfunkforschung« in Baden-Baden hinzugewählt werden.

Der Studienkreis will – so kündigte der neue Vorsitzende nach seiner Wahl an – die Öffnung zu den Neuen Medien und zu den privaten Rundfunkveranstaltern intensivieren und eine gewichtigere Mittler- und Kommunikationsrolle zwischen Medienpraxis und Wissenschaft spielen.

EL

Internet, E-Mail und Studienkreis

E-Mail und das Internet sollen künftig intensiver der Kommunikation unter den Mitgliedern des Studienkreises und den Abonnenten seiner Zeitschrift dienen. Die Adresse der Homepage des Studienkreises lautet:

<http://www.uni-leipzig.de/~skrug>.

Dort soll auch ein Chat-Forum eingerichtet und ein Newsletter publiziert werden, der herunterzuladen und auszudrucken ist. Eine Übersicht über den Inhalt der Zeitschrift »Rundfunk und Geschichte« ist ebenfalls auf der Homepage zu erhalten und zwar unter der Adresse:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/zeitschr/RuGe/rugindex.htm>.

Bitte teilen Sie Ihre e-mail-Adresse mit, damit Ihnen der Newsletter und andere Informationen übermittelt werden können:

rstein@rz.uni-leipzig.de

RSt

27. Examenskolloquium Rundfunkforschung des Studienkreises in Baden-Baden 1999

Vom 19. bis 21. November 1999 findet das Examenskolloquium Rundfunkforschung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte statt. Der Studienkreis folgt mit seinem Kolloquium Rundfunkforschung zum zweiten Mal einer Einladung des Südwestrundfunks und wird sich daher in Baden-Baden zum Diskurs mit Studierenden treffen.

Während des alljährlich veranstalteten Kolloquiums haben Doktoranden, Diplomanden und Magisterkandidaten und -kandidatinnen die Möglichkeit, sich in Fragen ihrer geplanten Examensarbeiten von Kommunikationswissenschaftlern, Rundfunkpraktikern und Archivfachleuten intensiv beraten zu lassen und ihre konzipierten Forschungsprojekte einem sachkundigen Publikum vorzustellen. Die Erfahrungen mit den Examenskolloquien der letzten Jahre zeigen deutlich, daß rundfunkbezogene Forschung nicht mehr das Monopol einer einzelnen wissenschaftlichen Disziplin ist. Gerade zur Zeit wird deutlich, daß verschiedene universitäre Fachrichtungen ihren klassischen thematischen Kanon erweitert und sich rundfunkbezogenen Fragestellungen geöffnet haben. Den Informationsbedarf der Teilnehmer(innen) erfüllen Wissenschaftler und Archivfachleute, die bei methodischen und inhaltlichen Fragen sowie Quellenproblemen weiterhelfen. Teilnehmen können Studierende, die im Rahmen ihrer Abschlußarbeit ein Thema aus dem Bereich der Rundfunkforschung bearbeiten. Dies können sowohl historische wie auch gegenwartsbezogene Themen sein, mit organisationsgeschichtlichen, programmwissenschaftlichen, technikbezogenen oder rezeptionsorientierten Schwerpunkten. Vor allem beim Rundfunk ist die Historizität der Medien offenkundig geworden. Gerade die Examenskolloquien der letzten Jahre haben immer wieder deutlich gemacht, daß ne-

ben klassischen rundfunkhistorischen Fragen auch die Etablierung des dualen Systems sowie das Ende der DDR die Erfahrung medialer Zäsuren vermittelt haben.

An den Tagungsort Baden-Baden kann der Studienkreis Rundfunk und Geschichte bis zu 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einladen. Anmeldeschluß ist der 31. Oktober 1999. Übernachtung und Verpflegung sind kostenlos. Verantwortlich für das Kolloquium sind Dr. Ralf Holthfeld (Universität Eichstätt), Dr. Marianne Ravenstein (Universität Münster) und Norbert Weigend (Universität Essen).

Interessenten können die Anmeldeunterlagen erhalten bei: Dr. Marianne Ravenstein, Universität Münster, Institut für Kommunikationswissenschaft, Bispinghof 9-14, 48143 Münster, Tel. 0251/ 832-4262, Fax 0251/832-8394, email-Adresse: ravenst@uni-muenster.de

Folgendes Programm ist vorgesehen:

Freitag, 19. November 1999

- 17.00 Uhr Anreise
- 17.30 Uhr Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer(innen)
- 18.30 Uhr Abendessen
- 20.00 Uhr Besuch beim Jugendmultimedia-Projekt des SWR »DAS DING«

Samstag, 20. November 1999

- 8.00 Uhr Frühstück
- 9.00 Uhr Bildung der Arbeitsgruppen, Gruppenarbeit
- 12.30 Uhr Mittagessen
- anschl. Fortsetzung der Gruppenarbeit
- 18.30 Uhr Abendessen

Sonntag, 21. November 1999

- 8.00 Uhr Frühstück
- 9.30 Uhr Dietz Schwiesau, Chef der Redaktion Nachrichten/Zeitgeschehen (MDR): Stellenwert von Nachrichten in der Informationsgesellschaft
- Schlußdiskussion
- anschl. Mittagessen und Abreise

Marianne Ravenstein, Münster

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Weitere Publikationen in der Buchreihe des DRA

Mit der Publikation »Günter Eich und der Rundfunk« setzt das Deutsche Rundfunkarchiv Frankfurt am Main – Berlin seine Buchreihe »Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs« fort.

Das Buch bietet einen Überblick über das Rundfunkschaffen von Günter Eich, der wie kaum ein anderer Kontinuität bzw. Diskontinuität der Rundfunkentwicklung in sich verkörpert. Als Autor schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik für das damals neue Medium aktiv, war er auch in den Jahren des Dritten Reiches als Mitarbeiter gefragt und erlebte den Höhepunkt seiner »Karriere« in den 50er Jahren in Westdeutschland, als das Radio ungeahnte Hörerpotentiale erschloß. Die vorliegende Publikation trägt sämtliche ermittelten Arbeiten von Günter Eich für den Rundfunk zusammen, erschließt in chronologischer Reihenfolge die Titel der Sendungen, nennt die produzierenden Sender, gegebenenfalls Koautor(en), Mitwirkende und Regisseur. Der Schwerpunkt der Dokumentation liegt auf der inhaltlichen Erschließung der einzelnen Arbeiten und ihrer kommentierten Einordnung in das Gesamtwerk des Autors, wozu Materialien in zahlreichen Archiven ausgewertet wurden, vor allem der Nachlaß von Günter Eich sowie seine Arbeiten begleitende gedruckte Publizistik. Ein einleitender Essay, in dem Eichs Rundfunkwerk gewürdigt wird, ist der Dokumentation vorangestellt.

Hans Ulrich Wagner: Günter Eich und der Rundfunk. Essay und Dokumentation (= Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 27). Verlag für Berlin-Brandenburg 1999, 422 Seiten, ISBN 3-932891-46-4.

DRA

ARD-Stipendien zur Erforschung des DDR-Rundfunks für 2000

Erneut schreibt die ARD durch das Deutsche Rundfunkarchiv Frankfurt am Main – Berlin zwei Stipendien zur Erforschung der Rundfunkgeschichte der DDR aus. Gefördert werden für das Jahr 2000 die Dissertationen vorzugsweise jüngerer Wissenschaftler (bis 35 Jahre), die sich mit Aspekten der Programm-, Organisations- und

Technikgeschichte von Hörfunk und Fernsehen befassen oder deren Untersuchungen sich auf mediengeschichtliche bzw. -politische Fragestellungen beziehen. Die Arbeiten sollen sich – wie bisher schon – auf Primärquellen stützen und vorrangig Aktenbestände, Tonträger und Filmmaterialien des Deutschen Rundfunkarchivs am Standort Berlin auswerten. Die Arbeiten an der Dissertation sollten sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befinden.

Die zwei Stipendien sind mit je DM 1 500,- monatlich dotiert. Bewerbungen, denen eine Projektskizze, eine Inhaltsübersicht sowie bereits fertige Teile der Dissertation beiliegen sollen, können bis zum 15. Oktober 1999 an den Vorstand des Deutschen Rundfunkarchivs, Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, 60620 Frankfurt am Main, gerichtet werden.

DRA

Kalter Krieg und Mauerfall »Stimmen des 20. Jahrhunderts« mit zwei neuen CDs

In der CD-Reihe »Stimmen des 20. Jahrhunderts« mit Tondokumenten, die das Deutsche Historische Museum (DHM), Berlin, und die Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Frankfurt am Main – Berlin, gemeinsam herausgeben, sind zwei weitere Editionen erschienen: zum Ost-West Konflikt 1949 – 1956 sowie zum Fall der Berliner Mauer und zur Wende in Deutschland 1989/90. Die Tondokumente entstammen – wie auch bei früheren Editionen – im wesentlichen den Phonotheken des DRA an seinen beiden Standorten, die Fotos für die Bebilderung der Beihefte dem Bildarchiv des DHM; einige Tonaufnahmen haben ARD-Rundfunkanstalten und ein Privatarchiv zur Verfügung gestellt.

Die CD zum Ost-West-Konflikt bzw. zu Wiederbewaffnung und Kaltem Krieg in Deutschland von 1949 bis 1956 enthält 20 Tondokumente, das erste vom 17. Dezember 1949 mit einer Umfrage des Süddeutschen Rundfunks zum Thema »Soll es wieder deutsche Soldaten geben«, das letzte vom 30. April 1956 mit einer Reportage zur Fahnenübergabe an das erste mechanisierte Regiment der ersten Division der Nationalen Volksarmee durch DDR-Verteidigungsminister Willi Stoph. Die maßgeblichen Politiker Ost- und Westdeutschlands kommen in

den Aufnahmen zu Wort: Theodor Heuss und Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß und Theodor Blank, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Willi Stoph. Adenauer nutzte am 20. Oktober 1950 das Plenum des ersten Bundesparteitags der CDU in Goslar, um mit Hinweisen auf die Macht der Sowjetunion und dem »mit aller Kraft gegen uns geführt[en]« Kalten Krieg die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland zu begründen. Den Abschluß des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Mai nahm Ulbricht am 9. Juli 1952 zum Anlaß, während der zweiten Parteikonferenz der SED die Aufstellung »nationaler Streitkräfte« für die DDR »zur Sicherung unseres Friedenskampfes sowie des demokratischen Fortschritts und des sozialistischen Aufbaues der DDR gegenüber den Aggressionsakten vom Westen« anzukündigen. Warnern vor einer drohenden Aufrüstung in Deutschland kommen zu Wort, wie der in die DDR gewechselte Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, der sich am 11. August 1954 in einer Sendung des DDR-Deutschlandsenders äußerte, oder Gustav Heinemann, der Vorsitzende der Gesamtdeutschen Volkspartei, der auf einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche am 29. Januar 1955 sprach. Wie die spätere Entwicklung zeigen sollte, appellierten sie vergeblich: Bundeswehr und Nationale Volksarmee wurden gegründet, die Bundesrepublik trat der NATO und die DDR dem Warschauer Vertrag bei.

Den Fall der Berliner Mauer und die Wende in Deutschland 1989/90 dokumentieren 25 Tonaufnahmen: Die erste datiert vom 19. Januar 1989, als der Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, bei einer Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees im Berliner Staatsratsgebäude erklärte, die Mauer werde »in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.« Die letzte beinhaltet einen Auszug der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker während des Staatsaktes in der Berliner Philharmonie am 3. Oktober 1990 zum Tag der deutschen Einheit mit einem Appell an die »Landsleute überall«, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden und den Verfassungspatriotismus der einen Seite mit der menschlichen Solidarität der anderen Seite zu verbinden. Zu hören sind außerdem Günter Schabowski und Egon Krenz, Hans Modrow und Lothar de Maizière, Helmut Kohl und Willy Brandt, Sabine Bergmann-Pohl und Rita Süßmuth, Christa Wolf und Markus Wolf, Reportagen von den Leipziger Montagsdemonstrationen und den Grenzübergängen nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der

innerdeutschen Grenze, Rundfunknachrichten, Auszüge aus Pressekonferenzen und aus Sitzungen der Volkskammer und des Deutschen Bundestages. Alle Tondokumente vermitteln etwas von der Atmosphäre und der politischen Dynamik dieses »deutschen Jahres«.

Die beiden CDs können vom Deutschen Historischen Museum oder vom Deutschen Rundfunkarchiv jeweils für 9,95 DM bezogen werden.

DRA